

Kölner Bildungsbericht – Bildungsmonitoring 2012

Von frühkindlicher Bildung bis Weiterbildung

LernenvorOrt
Bildungssekretariat Köln

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,


Jürgen Roters

Bildung ist für alle Menschen ein entscheidender Schlüssel zur Entwicklung der Persönlichkeit, individueller Lebenschancen und gesellschaftlicher Teilhabe. Für Köln ist sie Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Zusammenhalt und außerdem ein bedeutender Rohstoff für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Köln hat sich deshalb vorgenommen, ein für alle Altersgruppen hervorragendes und aufeinander abgestimmtes Entwicklungs- und Bildungsangebot zu schaffen. Denn Bildung beschränkt sich längst nicht nur auf Schule und Berufsbildung, sondern schließt mit ihrem lebenslaufbezogenen Ansatz auch frühkindliche Bildung, Weiterbildung im Erwachsenenalter und sogar das Lernen außerhalb von Bildungsinstitutionen ein. Die Bildungsangebote sollen alle Kölnerinnen und Kölner erreichen und müssen deshalb transparent und für alle zugänglich sein – unabhängig vom sozialen und kulturellen Hintergrund.


Dr. Agnes Klein

Auch die Kölner Bildungsakteure benötigen Transparenz im Bildungsgeschehen und damit aussagefähige Daten und Informationen. Der vorliegende Bericht bietet erstmals eine Übersicht über das ganze Kölner Bildungssystem. Er widmet sich besonders zentralen Fragestellungen wie den Übergängen zwischen den Schulformen bis hin zur Ausbildung und in den Beruf. Außerdem wird der sprachlichen Bildung in frühen Lebensphasen, dem informellen Lernen und der Bildungsberatung besonderer Stellenwert eingeräumt. Dabei richtet sich der Blick auch immer wieder auf die Stadtbezirke und Stadtteile, beispielsweise um deutlich zu machen, wo Kinder und Jugendliche unter erschwerten Bedingungen aufwachsen, die den Bildungserfolg beeinträchtigen können. Bildungsanstrengungen in den Teilräumen der Stadt bedeuten auch immer ein Stück Stadtteilentwicklung.

Mit der Veröffentlichung des Kölner Bildungsberichts bekommt die fachliche und politische Diskussion der Bildungssituation Kölner Bürgerinnen und Bürger eine weitere Informationsgrundlage. Den Bildungsakteuren liefert der Bericht einen Überblick über zentrale Fragestellungen und Herausforderungen im Kölner Bildungssystem. Für Politikerinnen und Politiker dient er als verlässliche Grundlage für aktuelle und zukünftige bildungspolitische Entscheidungen.

Ermöglicht wurde der vorliegende Bildungsbericht durch das Programm „Lernen vor Ort“, einer Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gemeinsam mit deutschen Stiftungen und gefördert auch durch den Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union.

Wir danken an dieser Stelle dem Projektteam „Lernen vor Ort“ für die Bildungsberichterstattung sowie allen Beteiligten aus Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft, die an diesem Bildungsbericht mitgewirkt und seine Entstehung konstruktiv unterstützt haben. Unser Dank gilt auch den RheinEnergieStiftungen „Familie“ und „Jugend/Beruf, Wissenschaft“, die neben ihrem ideellen Engagement auch maßgeblich zur Veröffentlichung des Bildungsberichts beigetragen haben.

Ihr

Jürgen Roters
Oberbürgermeister der Stadt Köln

Ihre

Dr. Agnes Klein
Beigeordnete für Bildung, Jugend und Sport

Inhalt

Abbildungs-, Tabellen- und Kartenverzeichnis 8

Einführung in den Kölner Bildungsbericht 12

Wichtige Ergebnisse im Überblick 15

1 Rahmenbedingung für Bildung in Köln 21
1.1 Bevölkerungssituation und -entwicklung 21
1.2 Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund 23
1.3 Soziale Lage der Kölner Bevölkerung 27
1.4 Lage auf dem Arbeitsmarkt 30
1.5 Bildungsstand der Bevölkerung 34

2 Frühkindliche Bildung und Betreuung 37
2.1 Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige 38
2.1.2 Daten im Einzelnen 39
2.1.2.1 Anzahl der Kinder unter 3 Jahren 39
2.1.2.2 Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren 41
2.1.2.3 Kleinräumige Betrachtung von Betreuungsplätzen 42
2.1.2.4 Betreuung von Kindern unter 3 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund 44
2.1.3 Interkommunaler Vergleich 45
2.1.4 Schlussbetrachtung 46
2.2 Sprachliche Bildung und Förderung im Elementarbereich – Sprachstandserhebung Delfin 4 49
2.2.1 Daten im Einzelnen 50
2.2.1.1 Entwicklung des Sprachförderbedarfs 50
2.2.1.2 Sprachförderbedarf nach Geschlecht und Migrationshintergrund 51
2.2.1.3 Sprachförderbedarf nach Familiensprache 52
2.2.1.4 Sprachförderbedarf nach Verweildauer in der Kindertagesstätte 52
2.2.1.5 Kleinräumige Betrachtung der Sprachförderbedarfsquote 53
2.2.2 Schlussbetrachtung 54

3 Allgemeinbildende Schulen 57
3.1 Offener und gebundener Ganztag an Kölner Schulen 58
3.1.1 Daten im Einzelnen 60
3.1.1.1 Schulen mit offenem und gebundenem Ganztag 60
3.1.1.2 Plätze im offenen Ganztag an Grundschulen (Primarbereich) 61
3.1.1.3 Plätze im gebundenen Ganztag an weiterführenden Schulen in den Eingangsklassen (Sekundarbereich I) 62
3.1.1.4 Kleinräumige Betrachtung 63
3.1.2 Interkommunaler Vergleich 64
3.1.2.1 Schülerinnen und Schüler im offenen Ganztag 65
3.1.2.2 Schülerinnen und Schüler im gebundenen Ganztag 66
3.1.3 Schlussbetrachtung 66

3.2 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen 68
3.2.1 Daten im Einzelnen 70
3.2.1.1 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf 70
3.2.1.2 Inklusiv beschulte Schülerinnen und Schüler 70
3.2.1.3 Schülerinnen und Schüler an Förderschulen sowie Förderschwerpunkte 72
3.2.2 Interkommunaler Vergleich 74
3.2.3 Schlussbetrachtung 75
3.3 Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss 77
3.3.1 Daten im Einzelnen 78
3.3.1.1 Schulabschlüsse 79
3.3.1.2 Entwicklung der Schulabgängerzahlen 80
3.3.1.3 Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss nach schulischem Hintergrund 81
3.3.1.4 Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss nach Geschlecht und Nationalität 82
3.3.2 Interkommunaler Vergleich 84
3.3.3 Schlussbetrachtung 84

4 Bildungsübergänge 87
4.1 Kinder im Übergang von der Kita in die Grundschule 88
4.1.1 Daten im Einzelnen 89
4.1.1.1 Entwicklung der Einschulungen 89
4.1.1.2 Einschulungen nach Geschlecht und Nationalität 90
4.1.1.3 Kleinräumige Betrachtung vorzeitiger Einschulungen 90
4.1.2 Vergleich zum Landesdurchschnitt 91
4.1.3 Schlussbetrachtung 92
4.2 Kinder im Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I 95
4.2.1 Daten im Einzelnen 96
4.2.1.1 Entwicklung der Übergänge an weiterführende Schulen 96
4.2.1.2 Übergänge nach Geschlecht und Nationalität 97
4.2.2 Kleinräumige Betrachtungen der Übergänge an Gymnasien und Hauptschulen 98
4.2.3 Interkommunaler Vergleich 101
4.2.4 Schlussbetrachtung 103
4.3 Jugendliche im Übergang von Schule in die Ausbildung 105
4.3.1 Daten im Einzelnen 105
4.3.1.1 Schulische Vorbildung der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger 105
4.3.1.2 Ausbildungswünsche von Schulabsolventinnen und -absolventen 106
4.3.1.3 Nachschulische Pläne Kölner Gymnasiastinnen und Gymnasiasten nach Migrationshintergrund 107
4.3.1.4 Übergänge in das Berufliche Bildungssystem 108
4.3.1.5 Verwertung schulischer Bildungsabschlüsse 109
4.3.2 Schlussbetrachtung 110
4.4 Junge Erwachsene im Übergang von Ausbildung in Beschäftigung 113
4.4.1 Daten im Einzelnen 114
4.4.1.1 Berufsqualifizierende Abschlüsse an Kölner Berufskollegs 114
4.4.1.2 Übergangstypen für Absolventinnen und Absolventen Kölner Berufskollegs 115
4.4.1.3 Migrationshintergrund nach Übergangstypen 116

4.4.1.4 Verteilung der Schulabschlüsse über die Übergangstypen 117
4.4.1.5 Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Arbeitsplatz für Menschen mit Migrationshintergrund 118
4.4.1.6 Die Situation auf dem Arbeitsmarkt: Ausländische Arbeitslose unter 25 Jahren nach Abschluss 119
4.4.2 Schlussbetrachtung 119

5 Berufliche Ausbildung 121
5.1 Daten im Einzelnen 122
5.1.1 Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf dem Kölner Ausbildungsmarkt 122
5.1.2 Prognose für Schulabgängerinnen und -abgänger 123
5.1.3 Neuzugänge in die Berufsbildungs-Teilsysteme 124
5.1.4 Entwicklung der Ausbildungsbeteiligung 125
5.1.5 Auszubildende bei Handwerkskammer und Industrie- und Handelskammer 126
5.1.6 Einpendlerverhalten von deutschen und ausländischen Auszubildenden 127
5.2 Schlussbetrachtung 128

6 Der Hochschulstandort Köln 131
6.1 Daten im Einzelnen 133
6.1.1 Hochschulstandorte in Köln 133
6.1.2 Studierende an Kölner Hochschulen 134
6.1.3 Entwicklung der Studierendenzahlen 136
6.1.4 Herkunft der Studierenden an Kölner Hochschulen 137
6.1.5 Absolventinnen und Absolventen an Kölner Hochschulen 138
6.1.6 Doppelter Abiturjahrgang 2013 140
6.2 Schlussbetrachtung 141

7 Weiterbildung im Kontext Lebenslangen Lernens 143
7.1 Daten aus dem Mikrozensus im Einzelnen 146
7.1.1 Teilnehmende an organisierter Weiterbildung 146
7.1.2 Teilnehmende nach Alter und Geschlecht 147
7.1.3 Teilnehmende nach Bildungsabschluss und Erwerbsstatus 147
7.1.4 Motive für die Weiterbildungsteilnahme 149
7.1.5 Kleinräumige Betrachtung der Weiterbildungsteilnahme 149
7.2 Daten zu Weiterbildungsmaßnahmen der Volkshochschule im Einzelnen 150
7.2.1 Belegungen in der Volkshochschule 150
7.2.2 Entwicklung der Belegungen in Kursen und Lehrgängen nach Alter 152
7.2.3 Motive für einen Besuch der Volkshochschule 153
7.3 Kleinräumige Betrachtung der VHS-Kundenanteile 153
7.4 Interkommunaler Vergleich 155
7.5 Schlussbetrachtung 155

8 Informelles Lernen im Bürgerschaftlichen Engagement 157
8.1 Daten im Einzelnen 159
8.1.1 Bürgerschaftliches Engagement nach Geschlecht und Alter 159
8.1.2 Bereiche Bürgerschaftlichen Engagements nach Geschlecht und Alter 160
8.1.3 Bürgerschaftliches Engagement nach Einkommen, Bildung und beruflicher Stellung 162
8.2 Sozialräumliche Betrachtung des Bürgerschaftlichen Engagements 164
8.3 Schlussbetrachtung 166

9 Bildungsberatung 169
9.1 Daten im Einzelnen 171
9.1.1 Beratungsbedarf und Inanspruchnahme von Beratung nach Geschlecht, Alter, Nationalität und Migrationshintergrund 171
9.1.2 Beratungsbedarf und Inanspruchnahme von Beratung nach Bildungs-, Berufsabschluss und Erwerbsstatus 174
9.2 Kleinräumige Betrachtung des Beratungsbedarfs und der Inanspruchnahme von Bildungsberatung 176
9.3 Schlussbetrachtung 176

Kontakt/Impressum 178

Abbildungs- Tabellen- und Kartenverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bevölkerungspyramide nach Geschlecht, Migrationshintergrund und Nationalität (31.12.2010) ... 22
Abbildung 2: Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund (31.12.2010) ... 24
Abbildung 3: Anteile der Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund nach Altersgruppen (31.12.2010) ... 25
Abbildung 4: Bevölkerungsanteile in der Grundsicherung nach Sozialgesetzbuch II (Dezember 2010) ... 28
Abbildung 5: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Auszubildende nach Wirtschaftsabteilungen (31.12.2010) ... 31
Abbildung 6: Arbeitslosenquote und Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren in Köln und NRW im Vergleich ab 2000 ... 32
Abbildung 7: Höchster Schulabschluss nach Stadtbezirk ... 35
Abbildung 8: Höchster berufsbildender Abschluss nach Stadtbezirk ... 35
Abbildung 9: Bevölkerungsentwicklung von Kindern unter 3 Jahren in Köln und Nordrhein-Westfalen (NRW) von 2006 bis 2010 ... 39
Abbildung 10: Bevölkerungsentwicklung von Kindern unter 3 Jahren nach Stadtbezirken von 2005 bis 2010 ... 40
Abbildung 11: Veränderung der Anzahl der Kinder unter 3 Jahren nach Stadtbezirken von 2005 bis 2010 ... 41
Abbildung 12: Entwicklung von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren (U3) sowie Versorgungsquote ... 42
Abbildung 13: Anteil der Kinder unter 3 Jahren in öffentlich geförderten Kindertageseinrichtungen nach Migrationshintergrund von 2007 bis 2010 ... 45
Abbildung 14: Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren in kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen 2011 ... 46
Abbildung 15: Sprachförderbedarfsquote gesamtstädtisch von 2009 bis 2011 ... 50
Abbildung 16: Sprachförderbedarf nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2011 ... 51
Abbildung 17: Sprachförderbedarf nach Familiensprache 2011 ... 52
Abbildung 18: Sprachförderbedarf nach Migrationshintergrund und bisheriger Verweildauer in der Kindertagesstätte 2011 ... 53
Abbildung 19: Entwicklung der Platzzahlen im offenen Ganztag sowie Versorgungsquoten in den Schuljahren 2007/08 bis 2011/12 ... 61
Abbildung 20: Versorgungsquoten im offenen Ganztag im Primarbereich im Schuljahr 2011/12 nach Stadtbezirken ... 62
Abbildung 21: Entwicklung der Platzzahlen im gebundenen Ganztag sowie Versorgungsquote im Sekundarbereich I ... 63
Abbildung 22: Versorgungsquoten im gebundenen Ganztag an weiterführenden Schulen in den Eingangsklassen im Schuljahr 2011/12 nach Stadtbezirken ... 64
Abbildung 23: Anteil der Schülerinnen und Schüler am offenen Ganztag im Primarbereich in kreisfreien Städten in NRW im Schuljahr 2010/11 ... 65
Abbildung 24: Anteil der Schülerinnen und Schüler in der 5. Jahrgangsstufe am gebundenen Ganztag an weiterführenden Schulen in kreisfreien Städten in NRW im Schuljahr 2010/11 ... 66
Abbildung 25: Anzahl und Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Schuljahren 2000/01 bis 2010/11 ... 70

Abbildung 26: Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Gemeinsamen Unterricht (GU) und integrativen Lerngruppen (IL) in Köln sowie Inklusionsquote in den Schuljahren 2000/01 bis 2010/11 71
Abbildung 27: Anteil der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen nach Förderschwerpunkten im Schuljahr 1999/2000 73
Abbildung 28: Anteil der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen nach Förderschwerpunkten im Schuljahr 2010/11 73
Abbildung 29: Inklusionsanteile in kreisfreien Städten in NRW in der Primar- und Sekundarstufe I im Schuljahr 2010/11 74
Abbildung 30: Schulabgängerinnen und -abgänger im Schuljahr 2010/11 nach Abschlussart ... 79
Abbildung 31: Prozentuale Entwicklung der Abgängerinnen und Abgänger ohne Abschluss in den Schuljahren 2005/06 bis 2010/11 80
Abbildung 32: Anzahl der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss nach Schulform im Schuljahr 2010/11 81
Abbildung 33: Schulabgängerinnen und -abgänger nach Abschlüssen, nach Geschlecht und Nationalität 2010/11 83
Abbildung 34: Schulabgängerinnen und -abgänger ohne mindestens Hauptschulabschluss in kreisfreien Städten in NRW im Schuljahr 2009/10 84
Abbildung 35: Anteil der vorzeitigen und verspäteten Einschulungen gesamtstädtisch von 2006 bis 2010 89
Abbildung 36: Anzahl der vorzeitigen und verspäteten Einschulungen gesamtstädtisch nach Nationalität und Geschlecht im Jahr 2010 90
Abbildung 37: Übergangsquoten an weiterführende Schulen in den Schuljahren 2005/06 bis 2010/11 97
Abbildung 38: Übergangsquoten an weiterführende Schulen im Schuljahr 2010/11 nach Geschlecht und Nationalität 98
Abbildung 39: Übergangsquoten an weiterführende Schulen in kreisfreien Städten in NRW im Schuljahr 2010/11 102
Abbildung 40: Wünsche nach Abschluss der Klasse 10 nach Nationalität von 2005 bis 2010 107
Abbildung 41: Pläne für den ersten nachschulischen Schritt nach Migrationshintergrund von 2008 bis 2010 108
Abbildung 42: Verteilung der Neuzugänge auf die Teilsysteme der beruflichen Ausbildung nach Nationalität von 2005 bis 2010 109
Abbildung 43: Verteilung der Neuzugänge auf die Teilsysteme der beruflichen Ausbildung nach Nationalität und schulischer Vorbildung im Jahr 2010 110
Abbildung 44: Übergangsverläufe nach Migrationshintergrund und Ausländerstatus 116
Abbildung 45: Allgemeinbildender Schulabschluss der Absolventinnen und Absolventen 117
Abbildung 46: Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Arbeitsplatz – nach Migrationshintergrund 118
Abbildung 47: Ausländeranteile bei Arbeitslosen unter 25 Jahren nach schulischem und beruflichem Bildungsabschluss 2010 119
Abbildung 48: Bei der Arbeitsagentur gemeldete Ausbildungsstellen und Bewerberinnen und Bewerber 2005 bis 2011 123
Abbildung 49: Neuzugänge in die Teilsysteme der beruflichen Ausbildung von 2005 bis 2010 .. 125
Abbildung 50: Verhältnis der Auszubildendenzahl zur Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 15 bis unter 25 Jahren von 2000 bis 2009 126
Abbildung 51: Entwicklung der Studierendenzahlen an der Universität zu Köln und Fachhochschule Köln 136
Abbildung 52: Entwicklung der Studierendenzahlen an Kölner Hochschulen vom Wintersemester 2005/06 bis 2010/11 137

Abbildung 53: Studierende nach Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung im Wintersemester 2010/11 138
Abbildung 54: Veränderung der Absolventenzahlen an Kölner Hochschulen von 2005 bis 2010 139
Abbildung 55: Anzahl von Absolventinnen und Absolventen im Jahr 2010 an Kölner Hochschulen nach Fachbereichen 140
Abbildung 56: Teilnahme an organisierter Weiterbildung im Jahr 2008 146
Abbildung 57: Teilnahme an organisierter Weiterbildung nach Geschlecht in den Altersgruppen im Jahr 2008 147
Abbildung 58: Hauptgründe für die Weiterbildungsteilnahme 149
Abbildung 59: Teilnahme an organisierter Weiterbildung nach Stadtbezirken im Jahr 2008 ... 150
Abbildung 60: Absolute und prozentuale Entwicklung der Belegungen der Volkshochschule von 2001 bis 2010 nach Geschlecht 151
Abbildung 61: Belegungsquoten nach Alter in den Jahren 2005 und 2010 152
Abbildung 62: Motive für einen Besuch der Volkshochschule 153
Abbildung 63: Unterrichtsstunden je 1000 Einwohner in kreisfreien Städten in NRW 155
Abbildung 64: Freiwillig Engagierte nach Geschlecht und Alter im Jahr 2009 160
Abbildung 65: Beratungsbedarf und Inanspruchnahme von Beratung nach Geschlecht, Alter, Nationalität und Migrationshintergrund im Jahr 2008 172
Abbildung 66: Beratungsbedarf und Inanspruchnahme von Beratung nach Bildungsabschluss, Berufsabschluss und Erwerbsstatus im Jahr 2008 175
Abbildung 67: Beratungsbedarf und Inanspruchnahme von Beratung nach Stadtbezirken im Jahr 2008 176

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Anzahl der weiterführenden Schulen mit gebundenem Ganztag im Schuljahr 2011/12 60
Tabelle 2: Anzahl der Schulabgängerinnen und -abgänger nach Abschluss nach Schulform im Schuljahr 2010/11 82
Tabelle 3: Entwicklung der Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen nach Nationalität von 2005 bis 2010 106
Tabelle 4: Entwicklung der berufsqualifizierenden Abschlüsse an Kölner Berufskollegs nach Nationalität von 2005 bis 2010 114
Tabelle 5: Schulabgängerprognose Sekundarstufe I und Sekundrastufe II 124
Tabelle 6: Auszubildende nach Bereichen, Qualifikation und Nationalität im Jahr 2010 127
Tabelle 7: Auszubildende nach Kammern und Wohnort im Jahr 2010 128
Tabelle 8: Anzahl der Studierende nach Fächergruppen an den Kölner Hochschulen im Wintersemester 2010/11 135
Tabelle 9: Schulabgängerprognose Sekundarstufe II 140
Tabelle 10: Weiterbildungsteilnahme nach Allgemeinbildendem Abschluss, Berufsabschluss und Erwerbsstatus 148
Tabelle 11: Engagementbereiche nach Geschlecht und Alter im Jahr 2009 161
Tabelle 12: Engagementquote nach Einkommen, Bildung und beruflicher Stellung im Jahr 2009 162
Tabelle 13: Zugänge von Jugendlichen zum Engagement nach Schulform 163

Kartenverzeichnis

Karte 1: Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren mit Migrationshintergrund in Kölner Stadtteilen 26
Karte 2: Anteil der Kinder unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach Sozialgesetzbuch II 29
Karte 3: Arbeitslosenquote und Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an allen Arbeitslosen... 33
Karte 4: Versorgungsquote im Kindergartenjahr 2010/11 für Kinder unter 3 Jahren nach Stadtteilen 43
Karte 5: Sprachförderbedarfsquote auf Stadtteilebene 2011 54
Karte 6: Bevölkerungsanteile der unter 6-Jährigen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach Sozialgesetzbuch II und Anteil der vorzeitig eingeschulten Kinder 2010 91
Karte 7: Übergangsquoten an Gymnasien nach Stadtteilen im Schuljahr 2010/11 99
Karte 8: Übergangsquoten an Hauptschulen nach Stadtteilen im Schuljahr 2010/11 100
Karte 9: Hochschulstandorte in Köln im Wintersemester 2010/11 133
Karte 10: Anteil der VHS-Kunden an allen Einwohnerinnen und Einwohnern ab 15 Jahren je Stadtteil im Jahr 2010 154
Karte 11: Engagementquote nach Sozialraumgebieten 165

Einführung in den Kölner Bildungsbericht

Bildungsmonitoring – mit fundierten Daten steuern

„Bildung und Erziehung sind Schlüsselfunktionen für individuelle Lebenschancen und selbstbestimmtes Handeln sowie für Wohlergehen und den Erfolg der Stadt insgesamt“ (Leitbild 2020). Bildung als wichtiger Rohstoff für die Zukunftsgestaltung Kölns impliziert Qualitätssicherung im Bildungssystem und Bildungssteuerung als eine wichtige kommunale Aufgabe. Beides benötigt Instrumente, die aufzeigen wie lokale Besonderheiten, Herausforderungen und Schwerpunkte in den unterschiedlichen Bildungsbereichen gelagert sind und bietet die Grundlagen für Veränderungen.

Bildungsmonitoring bietet als Instrumentarium die Möglichkeit, das Bildungsgeschehen zu analysieren. Nach bisherigen Bildungsberichten auf Bundes- und Länderebene haben inzwischen auch Kommunen die Bedeutung eines Bildungsmonitorings zur Qualitätssicherung von Bildung vor Ort erkannt. Ein kommunales Bildungsmonitoring ermöglicht den aktuellen Zustand, Entwicklungen und Veränderungen im kommunalen Bildungssystem zu beobachten und zu analysieren. Hierzu erhebt das Bildungsmonitoring regelmäßig Daten und Strukturmerkmale im kommunalen Bildungswesen. Es hat die Aufgabe, Informationen über Rahmenbedingungen, Verlaufsmerkmale, Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen für Politik und Öffentlichkeit bereitzustellen.

Ein wichtiges Produkt eines Bildungsmonitorings ist die Bildungsberichterstattung. Mit dem Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ ist es der Stadt Köln gelungen, aufbauend auf den bisherigen Arbeiten zu einer Bildungsberichterstattung im Rahmen des Kölner Leitbildprozesses und des Ausbildungsmonitorings gesteuert durch das Kölner Bündnis für Arbeit, den Aufbau eines umfassenden Bildungsmonitorings weiter zu unterstützen und den Bildungsbericht für Köln vorzulegen.

Bildungsbericht – ein Diagnose- und Steuerungsinstrument

Ein kommunaler Bildungsbericht ist ein Steuerungsinstrument, das eine indikatorengestützte Gesamtdarstellung über die Situation von Bildung auf kommunaler Ebene beziehungsweise in Stadtteilen bietet. Diese Informationen sollen Verwaltung und Politik bei ihren Steuerungsaufgaben unterstützen. Als Diagnose- und Steuerungsinstrument zielt der Bericht darauf, die handelnden Akteure zu konstruktiven Diskussionen anzuregen, mit dem Ziel, Bildung in Köln gemeinsam zu gestalten. Damit der Kölner Bildungsbericht eine für Planungs- und Entscheidungsebenen relevante Informationsgrundlage darstellt, orientiert er sich in seiner Zielsetzung an der Kölner Stadtentwicklungskonzeption „Leitbild 2020“ und den strategischen Handlungszielen der Kölner Bildungspolitik. Im Mittelpunkt der Bildungsberichterstattung stehen die übergeordneten Leitbegriffe Bildungsgerechtigkeit und Bildungsteilhabe. Auf Basis dieses breit angelegten Bildungsverständnisses werden indikatorengestützt relevante Informationen zu den zu behandelnden Fragestellungen und ihren wichtigen Zusammenhängen zusammengefasst.

Der Kölner Bildungsbericht erhebt nicht den Anspruch, die Kölner Bildungslandschaft in ihrer vollständigen Breite und Tiefe abzubilden. Vielmehr richtet er die Aufmerksamkeit auf ausgewählte, zentrale bildungsrelevante Herausforderungen. Themenfelder, die in der Vergangenheit in anderen bildungsbezogenen Berichtssystemen wie beispielsweise dem Ausbildungsmonitoring 2010 oder der Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011 ausführlich behandelt wurden, werden im vorliegenden Bericht meist nur gestreift und nicht vertieft, um Redundanzen zu vermeiden.

Aufbau des Kölner Bildungsberichts – Bildung im Lebenslauf

Wir lernen, und das ein Leben lang! Bildung ist nicht auf ein bestimmtes Lebensalter begrenzt, sondern aus dem Blickwinkel des Lebenslaufs des Menschen zu betrachten. Die Systematik des Berichts folgt daher weitgehend der Leitidee „Bildung im Lebenslauf“ und gliedert sich in folgende Bereiche auf:

1. Rahmenbedingungen für Bildung in Köln
2. Frühkindliche Bildung und Betreuung
3. Allgemeinbildende Schulen
4. Bildungsübergänge
5. Berufliche Ausbildung
6. Der Hochschulstandort Köln
7. Weiterbildung im Kontext Lebenslangen Lernens
8. Informelles Lernen im Bürgerschaftlichen Engagement
9. Bildungsberatung

Es werden je Bildungsbereich aussagefähige, steuerungsrelevante Hauptindikatoren ausgewählt, die fortschreibungsfähig sind. Neben der Abbildung von Entwicklungen in Form von Zeitreihen wird gezeigt, wie sich die Indikatoren – sofern die Datenlage es erlaubt – nach soziodemografischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Nationalität, Migrationshintergrund oder sozialem Status gestalten. Hiermit sollen Disparitäten im Kölner Bildungsgeschehen und mögliche soziale Polarisierungstendenzen aufgezeigt werden.

Kleinräumige Analysen auf Ebene der Stadtbezirke, Stadtteile oder auch Sozialraumgebiete – je nach Verfügbarkeit der Daten – sollen dazu beitragen, mögliche Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Bildung und Standort aufzudecken und Handlungsnotwendigkeiten auf dieser räumlichen Ebene zu identifizieren. Geleitet von einer ganzheitlichen Perspektive berücksichtigt die Bildungsberichterstattung somit Bildungschancen als Indikator auch für Stadtentwicklung.

Eine Darstellung der Kölner Zahlen im interkommunalen oder landesweiten Vergleich verfolgt das Ziel, die eigenen Leistungen in Köln mit denen anderer NRW-Städte in Beziehung zu setzen und eventuell Hinweise auf Optimierungspotentiale zu erhalten. Die Vergleiche werden nur dort durchgeführt, wo entsprechende Daten entweder aus amtlichen Statistiken oder aus wissenschaftlichen Studien zur Verfügung stehen.

Datenlage und Datenquellen

Die bisherigen Erfahrungen mit Bildungsberichterstattung zeigen, dass trotz der Nutzung vielfältiger Datenquellen eine indikatorenbasierte Berichterstattung auch an Grenzen stößt. Sie ermöglicht nur die Abbildung von Ausschnitten des Bildungsgeschehens. Da Daten und Auswertungen aus unterschiedlichen Datenquellen oftmals schwierig zu vernetzen sind, bleibt die Beschreibung von Ursache-Wirkungszusammenhängen eingeschränkt. Auch sind die zur Verfügung stehenden Daten bei der amtlichen Statistik nicht immer aktuell. Nach Möglichkeit werden im vorliegenden Bericht stets Daten aus dem Jahr 2010 oder auch 2011 herangezogen, um die aktuellen Entwicklungen aufzuzeigen. Dort, wo Daten aus verschiedenen Quellen in einen Rechnungszusammenhang gestellt werden, werden gegebenenfalls ältere Stichtage dargestellt. Vor dem Hintergrund, dass Bildungsberichterstattung eher systemorientiert angelegt und

unterschiedliche Datenquellen und Erhebungsmethoden genutzt werden, können individuelle Bildungsbiografien im Rahmen der Bildungsberichterstattung nicht begleitet oder abgebildet werden.

Die Berücksichtigung des Migrationshintergrunds ist Voraussetzung für die Darstellung spezifischer Chancen in Bildung, Berufsbildung und auf dem Arbeitsmarkt. Ein Blick in die unterschiedlichen Statistiken zeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund vor allem mit dem Merkmal der Staatsangehörigkeit erfasst werden. Diese Differenzierung zwischen deutschen Staatsangehörigen und Ausländerinnen beziehungsweise Ausländern wird der sozio-demografischen Realität in Deutschland nicht mehr gerecht. Die alleinige Verwendung der Staatsangehörigkeit erlaubt es demnach nicht, Personen mit Migrationshintergrund differenziert abzubilden und die Vielfältigkeit dieser Bevölkerungsgruppe zu erfassen. Diese Einschränkung trifft für fast alle Datenquellen zu, die für diesen Bericht verarbeitet wurden. Eine Ausnahme bilden die Einwohnerdaten der Kölner Statistik, die das Merkmal Migrationshintergrund seit 2005 enthalten.

Zusammenarbeit im Rahmen der Bildungsberichterstattung

Der vorliegende Bericht ist in einem interaktiven Prozess zwischen den Mitarbeiterinnen des Bildungsmonitorings, Kolleginnen und Kollegen des Projekts „Lernen vor Ort“ und unterschiedlicher Fachdienststellen der Stadt Köln, die sich mit Bildung befassen, sowie Bildungsexpertinnen und -experten der Stadtgesellschaft erstellt worden. Verschiedene Fachdienststellen, insbesondere das Amt für Stadtentwicklung und Statistik sowie die Stabsstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung haben Daten und Informationen zur Verfügung gestellt und intensive Unterstützung erteilt, die für die Erarbeitung des Berichts wesentlich waren. Viele weitere Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Fachbereichen sowie die Bildungsexpertinnen und -experten unterstützten das Vorhaben ebenfalls sehr engagiert. Sie haben ergänzend die Auswahl der Indikatoren und Zwischenergebnisse kritisch begleitet, Einzelkapitel begutachtet und kommentiert, sowie zahlreiche Anregungen eingebracht. Die Resultate dieser Abstimmungen sind in die Berichterstattung eingeflossen. Allen, die die Entstehung dieses Berichts konstruktiv begleitet und zum Gelingen beigetragen haben, gilt ein besonderer Dank.

Neben diesen Kooperationen innerhalb Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft haben das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) sowie das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) die Erarbeitung des Kölner Bildungsberichts wissenschaftlich begleitet und beraten. Auch hat die inhaltliche Begleitung durch den Programmträger Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Fachforen des Bildungsmonitorings einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau und zur Qualitätssicherung einer Bildungsberichterstattung in Köln beigetragen.

Begleitet wird das Kölner Vorhaben „Lernen vor Ort“ durch die RheinEnergieStiftungen „Familie“ und „Jugend/Beruf, Wissenschaft“, die in den unterschiedlichen Aktionsfeldern des Projekts bedeutende Kooperationspartner sind. Für Ihren Beitrag hinsichtlich der Veröffentlichung des vorliegenden Berichts gilt es der RheinEnergieStiftung einen besonderen Dank auszusprechen.

Im Anschluss an den Aufbau des Bildungsmonitorings im Rahmen von „Lernen vor Ort“ gilt es zu prüfen, inwiefern es gelingen kann, die mit den genannten Kooperationspartnern in Stadt und Stadtgesellschaft erarbeiteten Grundlagen auszubauen und als dauerhaften Monitoringprozess zu etablieren. Dazu gehört die Datenlogistik, die Verstetigung des aufgenommenen Kommunikationsprozesses und die Entwicklung von Formaten, in denen die Ergebnisse des Monitorings für die unterschiedlichen Anwenderkreise problemorientiert aufbereitet und dargestellt werden.

Wichtige Ergebnisse im Überblick

Rahmenbedingungen für Bildung in Köln (Kapitel 1)

Die Altersstruktur der Kölner Bevölkerung ist eine prägende Rahmenbedingung für die Bildungslandschaft in Köln. Die Verteilung der Kölner Bevölkerung auf die unterschiedlichen Altersstufen verändert sich durch den demografischen Wandel. Dies hat Auswirkungen auf die Anzahl zukünftiger Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in den verschiedenen Bildungsbereichen sowie auf das Arbeitskräfteangebot. Zahlenmäßig besonders stark vertreten waren im Jahr 2010 die Altersgruppen zwischen 20 bis unter 30 Jahre sowie 30 bis unter 40 Jahre, während die jüngeren Altersgruppen weniger stark ausgeprägt waren. Außerdem zeichnet sich eine Zunahme an Personen mit Migrationshintergrund ab, insbesondere in den jüngeren Altersgruppen. Damit wird sich deren Anteil an Kindern und Jugendlichen im Kölner Bildungs- und Ausbildungssystem zukünftig erhöhen. Betrachtet man die soziale Lage der Kinder und Jugendlichen, ist festzustellen, dass 2010 mindestens jedes vierte Kind in sozial benachteiligten Verhältnissen lebte.

Als weitere zentrale Rahmenbedingung ist die Wirtschaftsstruktur der Stadt Köln zu nennen, die unter anderem die Qualifizierungsfunktion des Bildungswesens beeinflusst. Die Kölner Wirtschaftsstruktur ist stark durch Dienstleistungen geprägt. Mehr als die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Auszubildenden konzentrierte sich 2010 auf diesen Bereich. Die Kölner Arbeitslosenzahlen insgesamt sind rückgängig, allerdings hat die Jugendarbeitslosigkeit zugenommen. Nach Stadtteilen differenziert liegt die Jugendarbeitslosenquote in mehr als der Hälfte aller Stadtteile über dem Kölner Durchschnittswert und ist daher ein verbreitetes Phänomen.

Die Herausforderung, die Arbeitslosigkeit zu senken und den Fachkräftenachwuchs zu sichern, lenkt die Aufmerksamkeit auf den Bildungsstand der Kölner Bevölkerung, die eine weitere wesentliche Rahmenbedingung darstellt. Etwa die Hälfte der Kölner erwachsenen Bevölkerung besitzt Fach-/Hochschulreife. Gemessen am Abitur zeigen sich allerdings lokale Unterschiede, wonach Stadtbezirke wie Innenstadt und Lindenthal über ein hohes Bildungsniveau verfügen gegenüber Bezirken wie Kalk und Chorweiler, wo Volks- und Hauptschulabschlüsse dominieren. Ähnliche Unterschiede zeigen sich hinsichtlich berufsbildender Abschlüsse.

Frühkindliche Bildung und Betreuung (Kapitel 2)

Betreuung von Kindern unter 3 Jahren

Im Gegensatz zu den Entwicklungen auf Landesebene steigt in Köln der Anteil an Kindern unter 3 Jahren seit dem Jahr 2006 an. Dabei variieren die Kinderzahlen in den einzelnen Stadtbezirken. Die steigenden Kinderzahlen insgesamt bedingen eine steigende Nachfrage an Kindertagesbetreuung. Das Angebot an Betreuungsplätzen wurde in den letzten Jahren erheblich ausgebaut. Es hat sich seit dem Kindergartenjahr 2006/07 auf nahezu 30 Prozent verdreifacht und es sind weiterhin starke Bemühungen für die Schaffung bedarfsgerechter Plätze vorgesehen. Mit Blick auf die aktuelle Versorgungssituation der Tagesbetreuung für Kinder unter 3 Jahren zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen der gesamtstädtischen Versorgungsquote und den Teilräumen der Stadt. Das Ziel der Jugendhilfeplanung besteht darin, mittel- bis langfristig entsprechend der Entwicklung an Kinderzahlen eine bedarfsgerechte Versorgung in allen Stadtteilen zu erreichen. Ebenfalls gestiegen ist die Quote der betreuten Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund, wobei diese Kinder nach wie vor in einem geringeren Maße eine Kindertageseinrichtung besuchen als

Kinder ohne Migrationshintergrund. Im Vergleich mit allen kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen liegt die Betreuungsquote von Köln weit vorne.

Sprachliche Bildung und Förderung im Elementarbereich
Nach den Ergebnissen der Sprachstandsfeststellung Delfin 4 hatten im Jahr 2011 mehr als ein Viertel der 4-jährigen Kinder in Köln Förderbedarf in der deutschen Sprache. Dabei wiesen Kinder mit Migrationshintergrund einen höheren Bedarf als Kinder ohne Migrationshintergrund auf; nahezu die Hälfte von ihnen verfügte nicht über die altersgemäßen Sprachkenntnisse in der deutschen Sprache. Betrachtet man den Förderbedarf differenziert nach Familiensprache und nicht nach Migrationshintergrund zeigten sich bei Kindern, die zu Hause ausschließlich deutsch sprachen, deutliche Veränderungen gegenüber der Sprachstandsfeststellung im Jahr 2009. Bei ihnen ist die Sprachförderbedarfsquote deutlich gesunken. Im Zusammenhang mit der Verweildauer der Kinder in der Kindertageseinrichtung (Kita) zeigte sich, dass der Sprachförderbedarf geringer ist, je länger ein Kind die Kita bereits besucht. Besonders auffällig waren die Ergebnisse bei Kindern mit Migrationshintergrund: mit jedem zusätzlichen Jahr in der Kita halbiert sich nahezu der Anteil, der Sprachförderung benötigt. Die Analyse auf Stadtteilebene zeigt, dass in Stadtteilen mit höheren Sprachförderbedarfsquoten gleichzeitig auch der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund und derer, die in schwierigen sozialen Verhältnissen leben, höher ist als in Stadtteilen mit geringerem Sprachförderbedarf. Hier deutet sich der Einfluss des Migrationshintergrunds und der sozialen Lage eines Kindes auf seine Sprachkompetenz an.

Allgemeinbildende Schulen (Kapitel 3)

Offener und gebundener Ganztag an Kölner Schulen
Die Anzahl der Plätze im offenen Ganztag im Primarbereich sowie die der Plätze im gebundenen Ganztag im Sekundarbereich steigt seit dem Schuljahr 2007/08 in Köln kontinuierlich an. Im Schuljahr 2011/12 liegt die gesamtstädtische Versorgungsquote bei den offenen Ganztagesplätzen im Primarbereich bei 64 Prozent. Sie wird zwar noch nicht in allen Stadtbezirken erreicht, jedoch haben alle Bezirke eine Versorgungsquote von über 50 Prozent. Ähnlich verhält es sich mit der Versorgungssituation im gebundenen Ganztag im Sekundarbereich: hier lagen die Stadtbezirke Innenstadt und Nippes im Schuljahr 2011/12 deutlich unter der gesamtstädtischen Versorgungsquote von 59 Prozent. Im interkommunalen Vergleich lag Köln im Schuljahr 2010/11 mit seinem Anteil an Schülerinnen und Schülern im offenen sowie im gebundenen Ganztag gegenüber allen kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen mit an der Spitze.

Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen
Die Anzahl an Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist in den letzten zehn Jahren leicht gestiegen. Von allen an Förderschulen unterrichteten Kindern wurde im Schuljahr 2010/11 die Mehrheit im Schwerpunkt „Lernen“ gefördert, gefolgt von den Förderschwerpunkten „Emotionale und Soziale Entwicklung“ und „Sprache“. In Köln bieten 29 Grundschulen und zehn weiterführende Schulen bisher gemeinsamen Unterricht für Kinder und Jugendliche mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf an. Im Schuljahr 2010/11 wurde jede sechste Schülerin beziehungsweise jeder sechste Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht oder in Integrativen Lerngruppen unterrichtet. Seit dem Schuljahr 2003/04 steigt der Anteil inklusiv beschulter Schülerinnen und Schüler kontinuierlich an. Um die inklusive Beschulung in Köln weiterhin auszuweiten, hat der Rat der Stadt Köln die Verwaltung beauftragt, bis Mitte 2012 einen Inklusionsplan für Kölner Schulen zu erarbeiten. Dieser soll die erforderlichen Maßnahmen für eine kontinuierliche Steigerung der Inklusionsquote aufzeigen. Im interkommunalen Vergleich lag Köln im Schuljahr

2010/11 mit seinem Inklusionsanteil im Mittelfeld aller kreisfreien Städte und knapp unter dem Landesdurchschnitt.

Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss
Im Schuljahr 2010/11 verließen in Köln knapp 600 junge Menschen die allgemeinbildenden Schulen, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben, welcher als Mindestvoraussetzung für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung gilt. Diese jungen Menschen ohne Abschluss kamen überwiegend aus Hauptschulen. Betrachtet man den persönlichen Hintergrund dieser Jugendlichen, zeigt sich, dass ausländische Schülerinnen und Schüler häufiger ohne Hauptschulabschluss bleiben als ihre deutschen Mitschülerinnen und -schüler. Auch sind Jungen in stärkerem Maße betroffen als Mädchen. Im Vergleich zu anderen kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen weist Köln eine geringere Quote von Schulabgängerinnen und -gängern ohne Hauptschulabschluss auf.

Bildungsübergänge (Kapitel 4)

Kinder im Übergang von der Kita in die Grundschule
Die Mehrheit der Schulanfängerinnen und -anfänger wurde zum Schuljahr 2010/11 fristgerecht eingeschult. Von den 554 vorzeitig eingeschulten Schülerinnen und Schülern waren knapp mehr als die Hälfte Mädchen. Es bestanden nur geringe Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Kindern hinsichtlich früher und verspäteter Einschulungen. Die Betrachtung des Einschulungsalters auf Stadtteilebene weist auf lokale Disparitäten hin. Dabei zeigt sich, dass der Anteil der vorzeitigen Einschulungen in Stadtteilen mit schwierigen sozialen Verhältnissen tendenziell geringer ist.

Kinder im Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I
Im Schuljahr 2010/11 wechselte nahezu die Hälfte aller Grundschülerinnen und -schüler an Gymnasien, während knapp nur 10 Prozent an die Hauptschule überging. Die Entwicklung des Schulwahlverhaltens zeigt, dass sich die Hauptschulen auf immer weiter sinkende Schülerzahlen einrichten müssen, während Gymnasien in ihrer Bedeutung stark zunehmen und steigende Schülerzahlen verzeichnen. Auch die Gesamtschulen erfahren aufgrund ihres Konzepts des längeren gemeinsamen Lernens in den letzten Jahren Schülerwachstum. Differenziert nach Nationalität und Geschlecht deutet sich eine unterschiedliche Teilhabe an: Ausländische Kinder wechseln seltener auf ein Gymnasium als ihre deutschen Mitschülerinnen und -schüler. Deutschen und ausländischen Jungen gelingt seltener der Übergang an Gymnasien oder Gesamtschulen als den Mädchen. Sie wechseln häufiger an Hauptschulen. Außerdem lassen sich erhebliche Unterschiede auf Stadtteilebene feststellen, die auf eine soziale Selektivität beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I hindeuten. Überdurchschnittliche Übergangsquoten zur Hauptschule finden sich vor allem in Stadtteilen mit einer hohen sozialen Belastung.

Jugendliche im Übergang von Schule in Ausbildung
Der in der Vergangenheit beobachtete Trend zu höheren allgemeinbildenden Abschlüssen setzt sich in Köln fort, er wird aber im Wesentlichen von deutschen Schülerinnen und Schülern getragen. Bei den ausländischen Schulabgängerinnen und -abgängern dominieren mittlere und Hauptschulabschlüsse, während es bei den deutschen Absolventinnen und Absolventen vor allem die Hochschulreife ist. Laut der Kölner Schulabgängerbefragung sinkt seit 2005 unter ausländischen Jugendlichen der Wunsch nach Ausbildung, gleichzeitig wächst ihr Interesse an weiterführender Schulbildung. Auch Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund tendieren nach Erwerb des Abiturs weniger zur Ausbildung und häufiger zu einem Studium. Die

Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen in Köln zeigt, dass ausländische Jugendliche weniger in der Lage sind, vergleichbare Schulabschlüsse in eine qualifizierte Ausbildung umzusetzen. Dies bezieht sich vor allem auf die niedrigen Schulabschlüsse, während bei höheren Abschlüssen die Chancen der ausländischen Jugendlichen auf eine Ausbildung ähnlich gut sind wie die der deutschen. So sind auch die ausländischen Jugendlichen seit 2005 an dem Anstieg der dualen Berufsausbildung zu Lasten des Übergangssystems beteiligt. Gleichwohl verteilen sich ausländische Jugendliche zu gleichen Teilen auf Übergangssystem und duale Ausbildung, während das Verhältnis bei den Deutschen eins zu drei beträgt.

Junge Menschen im Übergang von Ausbildung in Beschäftigung
Die Zahl der berufsqualifizierenden Abschlüsse an Kölner Berufskollegs hat seit 2005 zugenommen. Gleichzeitig ist der Anteil der Abschlüsse unter ausländischen Absolventinnen und Absolventen gesunken. Nach einer Studie der Fachhochschule Köln lassen sich unterschiedliche idealtypische Verlaufsmuster des Übergangs von der Schule in den Beruf für Absolventinnen und Absolventen Kölner Berufskollegs feststellen. Sie unterscheiden sich vor allem darin, ob Absolventinnen und Absolventen im Bildungssystem verbleiben oder eher in Beschäftigungsverhältnisse übergehen. Dabei zeigt sich, dass Personen mit Migrationshintergrund größere Probleme im Übergang aufweisen. Ein Großteil von ihnen verbleibt entweder im Bildungssystem, um beispielsweise nicht erreichte Schulabschlüsse nachzuholen oder Zusatzqualifikationen zu erwerben oder mündet in geringfügige Beschäftigung ein. Unabhängig vom Migrationshintergrund erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für einen eher problematisch und nicht linear verlaufenden Übergang auch dann, wenn der erreichte allgemeinbildende Abschluss niedrig ist. Bei der Arbeitsplatzsuche begegnen Personen mit Migrationshintergrund der Schwierigkeit, dass sie über eine zu geringe Qualifikation verfügen, während es deutschen Absolventinnen und Absolventen ohne Migrationshintergrund eher an speziellen, für die Einstellung erforderlichen Kenntnissen mangelt. Betrachtet man ergänzend die Ausländerarbeitslosigkeit bei unter 25-Jährigen in Köln im Jahr 2010, so werden die Studienergebnisse insofern bestätigt, als dass ein hoher Bildungsabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit unter Ausländerinnen und Ausländern beitrug.

Berufliche Ausbildung (Kapitel 5)

Die Zahl der 2011 bei der Arbeitsagentur Köln gemeldeten Ausbildungsstellen hat sich gegenüber 2010 erhöht. Demgegenüber sinkt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber insgesamt seit 2006. Durch diese Entwicklungen hat sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt zwar rechnerisch entspannt, dennoch deuten die Zahlen auf eine mangelnde Passung zwischen Angebot und Nachfrage hin: Die gemeldeten Ausbildungsplätze liegen über den Bewerberzahlen, jedoch bleiben zahlreiche Bewerberinnen und Bewerber ohne Ausbildungsplatz. Nach der Schulabgängerprognose ist bis 2016 weiterhin mit sinkenden Absolventenzahlen zu rechnen. Für den Rückgang der Bewerberzahlen können neben sinkenden Absolventenzahlen der allgemeinbildenden Schulen auch Alternativen zur dualen Berufsausbildung eine Rolle spielen. Sie werden von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den letzten Jahren stärker wahrgenommen. Hier ist vor allem die verstärkte Neigung zum weiteren Schulbesuch zur Erreichung der Hochschulreife zu nennen, die insbesondere bei ausländischen Jugendlichen ausgeprägt ist. Gleichzeitig hat sich die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher in den letzten Jahren positiv entwickelt. Die kammerspezifische Betrachtung der Auszubildenden zeigt, dass fast die Hälfte aller Auszubildenden in Kölner Betrieben Einpendler sind. Dies trifft vor allem auf die Auszubildenden in Industrie und Handel zu. Außerdem zeigt sich, dass ausländische Jugendliche häufiger eine handwerkliche Berufsausbildung aufnehmen. Auch befinden sich im Bereich der Handwerkskammer mehr

Auszubildende mit Hauptschulabschluss als mit Abitur, während dieses Verhältnis im Bereich der Industrie- und Handelskammer umgekehrt ist.

Der Hochschulstandort Köln (Kapitel 6)

Zwei Universitäten, zwei Kunsthochschulen und zehn staatlich anerkannte Hochschulen tragen dazu bei, dass Köln einen der bedeutendsten Wissenschaftsstandorte Deutschlands darstellt. Mehr als 70.000 Studierende zählt Köln, wovon über 40.000 an der Universität zu Köln eingeschrieben sind. Dies macht sie zur drittgrößten Universität in Deutschland. Während bei Kölner Universitäten und Hochschulen mit Promotionsrecht in den letzten Jahren eher ein Rückgang an Studierendenzahlen zu beobachten war, stiegen die Zahlen bei den Fachhochschulen und Hochschulen ohne Promotionsrecht an. Etwa die Hälfte aller Studierenden an Kölner Hochschulen kommt dabei nicht aus Köln, was eine starke Sogwirkung der Kölner Hochschullandschaft belegt. Für die nächsten Jahre ist mit erhöhten Studienanfängerzahlen zu rechnen, da nach der Schulabgängerprognose die Zahl der Abgängerinnen und Abgänger mit Fach- beziehungsweise allgemeiner Hochschulreife steigen wird. Insbesondere im Jahr 2013, wenn der doppelte Abiturjahrgang zu erwarten ist, gilt es Engpässen hinsichtlich Studienplätzen vorzubeugen.

Weiterbildung im Kontext Lebenslangen Lernens (Kapitel 7)

Etwas mehr als ein Drittel der erwachsenen Kölner Bevölkerung nimmt an organisierter Weiterbildung teil. Dabei zeigt sich, dass die Beteiligung an Weiterbildung mit der Qualität der bereits vorhandenen allgemein- und berufsbildenden Abschlüsse zunimmt. Erwerbstätige Personen beteiligen sich ebenfalls häufiger an Weiterbildung, was mit dem beruflichen Bezug vieler Weiterbildungsaktivitäten zusammenhängen kann. Setzt man den Fokus der Betrachtung auf die Weiterbildungsteilnahme an Volkshochschulen (VHS) so ist zu beobachten, dass die Belegungen in den letzten Jahren stark zurückgegangen sind. Dabei tragen vor allem Frauen zur rückläufigen Beteiligung bei. Auch bei den jüngeren Altersgruppen sind die Belegungen gesunken, während sie im Gegenzug bei den mittleren Altersgruppen gestiegen sind. In den einzelnen Stadtteilen variiert die Weiterbildungsbeteiligung, was unter anderem auf die Verteilung der VHS-Standorte und deren Angebotsspektrum zurückzuführen ist. Gleichzeitig lassen sich aber auch Einflüsse des Migrationshintergrunds und der sozialen Lebensverhältnisse auf die unterschiedliche Teilhabe an Weiterbildung ausmachen. Im Vergleich zum landesweiten Durchschnitt, liegt Köln mit seiner Versorgungsquote unter dem Landesdurchschnittswert.

Informelles Lernen im Bürgerschaftlichen Engagement (Kapitel 8)

Jede fünfte Kölnerin beziehungsweise jeder fünfte Kölner über 18 Jahre ist bürgerschaftlich aktiv. Dabei bringen sich vor allem die Älteren sowie die gut ausgebildete und einkommensstärkere Bevölkerung ein. Die freiwilligen Aktivitäten konzentrieren sich neben dem finanziellen Engagement in Form regelmäßiger Spenden und Stiftungen auf soziale Tätigkeiten wie unbezahlte Familienarbeit und Aktivitäten im kirchlichen Bereich. Jüngere Altersgruppen sind vor allem in außerschulischer Jugendarbeit und Erwachsenenbildung, Unfall- und Rettungsdiensten, in Sportvereinen, Politik und Naturschutz tätig: Tätigkeiten, in denen „natürlich“ gelernt und Kompetenzen erworben werden, die sowohl im persönlichen als auch im beruflichen Bereich von Nutzen sein können. Auf sozialräumlicher Ebene lässt sich feststellen, dass das Engagement ähnlich hoch ist wie in der Gesamtstadt Köln und ebenso vom Bildungsgrad beeinflusst wird. Die

Einkommenshöhe hingegen ist hier allerdings weniger relevant. Bürgerschaftliches Engagement ist eine Lebensaufgabe: wer sich bereits als Jugendlicher einsetzt, ist auch motiviert im Erwachsenenalter aktiv zu sein.

Bildungsberatung (Kapitel 9)

Nach den Daten des Kölner Mikrozensus hatte im Jahr 2008 mehr als jede sechste Kölner Bürgerin beziehungsweise jeder sechste Kölner Bürger Beratungsbedarf zu Bildungsthemen. Allerdings hatte nur jede beziehungsweise jeder Zwölfte bereits in der Vergangenheit Bildungsberatung in Anspruch genommen. Der Beratungsbedarf sowie das Aufsuchen von Einrichtungen der Bildungsberatung war vor allem bei jüngeren Personen, die sich noch in Schule oder in Ausbildung befanden, und bei Personen mit Migrationshintergrund ausgeprägt. Außerdem ist zu beobachten, dass sich der Bildungshintergrund einer Person in ihrem Beratungsbedarf niederschlug: je höher der allgemeinbildende Abschluss, desto höher war auch der Beratungsbedarf beziehungsweise die Inanspruchnahme von Bildungsberatung. Gleichzeitig zeigte sich ein hoher Beratungsbedarf bei Personen, die sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung befanden sowie bei Arbeitslosen und nicht erwerbstätigen Personen. In den einzelnen Stadtbezirken variierten die Quoten zu Beratungsbedarf und Inanspruchnahme von Beratung. Dies zieht die Frage nach sich, wie Bildungsberatung zukünftig als Instrument chancengleicher Bildungsteilhabe auf kleinräumiger Ebene besser umgesetzt werden kann.

Hinweise für die Leserinnen und Leser
Zur besseren Übersicht bei der Lektüre gibt es für den Kölner Bildungsbericht ein Farbleitsystem. Für die Kapitel werden jeweils unterschiedliche Farben verwendet, so dass erkenntlich ist, zu welchem Kapitel ein Indikator gehört.

Methodische und datentechnische Anmerkungen werden nicht in den Fließtext integriert, sondern im zugehörigen Abschnitt als methodische, begriffliche Erläuterungen oder Erläuterungen zur Datenlage in grauen Kästen zusammengefasst. Alle Erläuterungen sind durch einen hellgrauen Hintergrund vom Text abgesetzt.

Die Quellenbezeichnungen bei den Abbildungen und Tabellen weisen darauf hin, wo die Daten erhoben beziehungsweise aufbereitet wurden. Zusätzliche Aufbereitungen durch das Bildungsmonitoring im Projekt „Lernen vor Ort“ Köln werden in den Quellenangaben durch den Hinweis „Eigene Berechnungen“ ausgewiesen.

1 Rahmenbedingung für Bildung in Köln

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozesse in Köln legen wesentliche Rahmenbedingungen für das Bildungsgeschehen fest. Hierbei ist es besonders wichtig, auch das Umfeld, in dem Bildung stattfindet, in den Blick zu nehmen.

Die folgenden für den Kölner Bildungsbericht ausgewählten Indikatoren und Kennzahlen
- zur demografischen Entwicklung,
- zum Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund,
- zur wirtschaftlichen und sozialen Risikolage von Kindern und Jugendlichen und
- zum Bildungsstand der Bevölkerung

liefern wichtige Informationen und helfen, die in den folgenden Kapiteln dargestellten Entwicklungen besser einordnen und bewerten zu können. Die Hintergrundinformationen sind außerdem für eine Zieldiskussion und zur Entwicklung von steuerungsrelevanten Maßnahmen erforderlich. Eine Beschreibung der Ausgangssituationen nach Stadtbezirken beziehungsweise Stadtteilen ermöglicht eine kleinräumig differenziertere Betrachtung der Rahmenbedingungen.

1.1 Bevölkerungssituation und -entwicklung

Die Darstellung der Bevölkerungssituation und ihrer Entwicklung lässt Rückschlüsse auf die zukünftige Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer zu.

Für die frühkindliche und schulische Bildung zeigt allein die Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011[1] sehr deutlich, dass die Zahlen zum aktuellen und zukünftigen Altersaufbau der Bevölkerung eine entscheidende Planungsgröße für die Sicherstellung eines wohnortnahen Bildungsangebots im Elementar-, Primar- und Sekundarbereich sind.

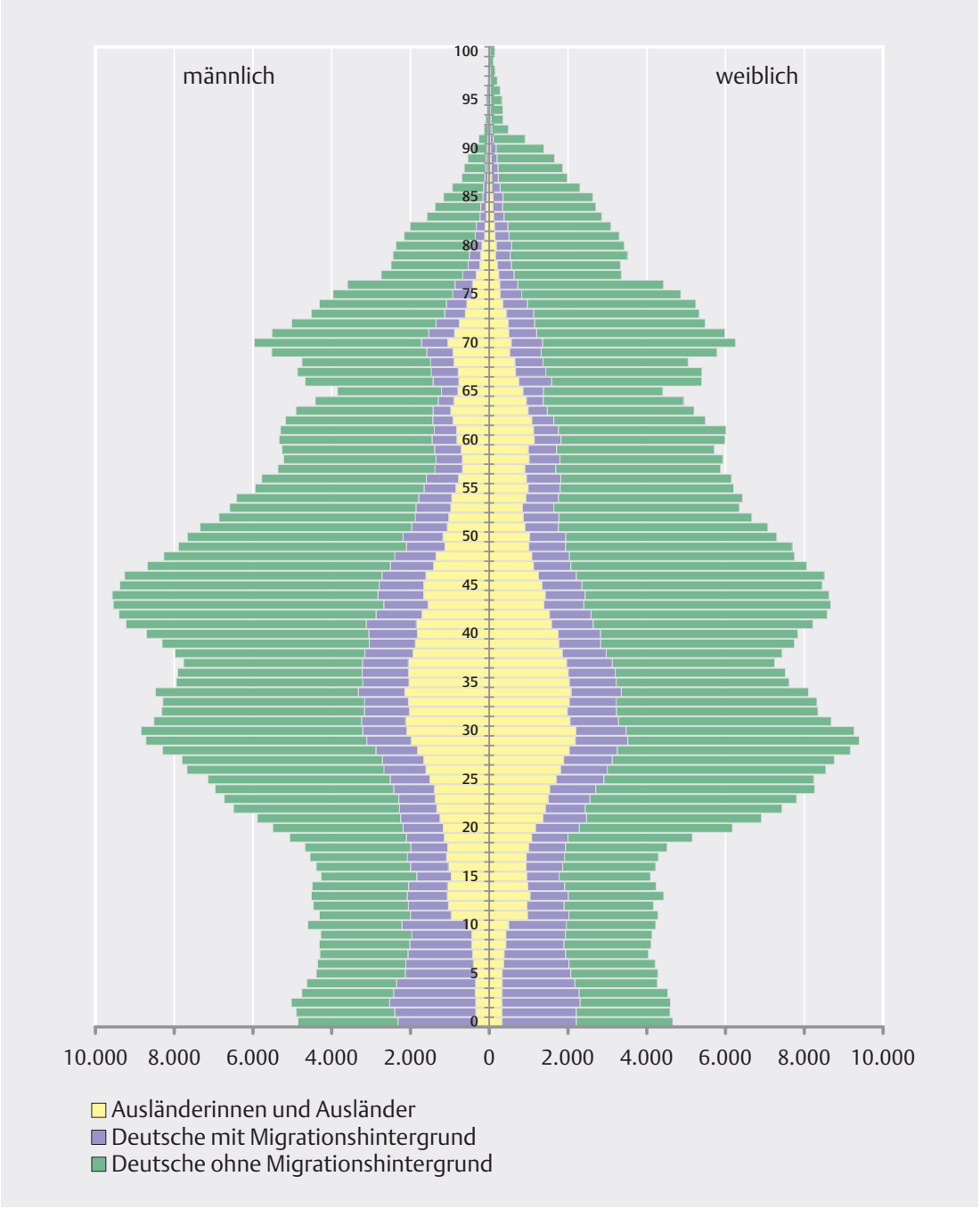
Bei der Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung in den mittleren Altersjahren sind Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot der Wirtschaft zu vermuten. Es wird anhand der Zahlen deutlich, dass zukünftig weniger Erwerbspersonen deutlich mehr Nicht-Erwerbspersonen gegenüberstehen werden. Zudem ziehen die steigenden Zahlen bei den höheren Altersgruppen auch Fragen nach einer Verschiebung des Bildungsangebots sowie dessen Ausweitung für ältere Bevölkerungsgruppen nach sich.

Daten im Einzelnen
- Am 31.12.2010 waren in Köln insgesamt 1.027.504 Einwohnerinnen und Einwohner gemeldet. Ausgehend vom Bevölkerungsstand am 31.12.2005 prognostiziert die Einwohnerprognose des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik bis 2035 eine Bevölkerungsentwicklung auf 1.029.700 Einwohnerinnen und Einwohner, das einem Anstieg von 0,6 Prozent entspricht.
- Die Verteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen Altersgruppen im Jahr 2010 kann der Bevölkerungspyramide entnommen werden. Die Altersgruppen der 0- bis unter 10-Jährigen und der 10- bis unter 20-Jährigen waren mit je rund 89.000 Personen etwa gleich groß und gleichzeitig die zahlenmäßig kleinsten Gruppen. Die nächst höhere Altersgruppe der 20- bis unter 30-Jährigen war zahlenmäßig (152.163 Personen) gegenüber den 10- bis unter 20-Jährigen fast doppelt so groß. Hier wirkt sich der Hochschulstandort aus.

1 Stadt Köln Köln, 2011.

- Hohe Zahlen wiesen auch die Altersgruppen der 30- bis unter 40-Jährigen (172.800 Personen) sowie der 40- bis unter 50-Jährigen (126.727) auf.
- Es zeichnet sich eine Zunahme des Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund[2] ab. Insbesondere in den jüngeren Altersgruppen war 2010 der Anteil höher als im Durchschnitt von 33 Prozent und wird kontinuierlich zunehmen.

Abbildung 1: Bevölkerungspyramide nach Geschlecht, Migrationshintergrund und Nationalität (31.12.2010)



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

2 Für die Definition des Migrationshintergrunds vgl. die Ausführungen im Unterkapitel „Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund".

1.2 Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund

Neben der Bevölkerungsentwicklung mit Veränderungen in den bildungsrelevanten Altersgruppen wartet der demografische Wandel auch mit einer Zunahme von jungen Menschen mit Migrationshintergrund auf. Vielfalt und Multikulturalität sind inzwischen Teil der Kölner Lebenswirklichkeit.

Im Zuge der demografischen Entwicklung wird sich der Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Kölner Bildungs- und Ausbildungssystem zukünftig erhöhen. Damit stellen Migrantinnen und Migranten ein großes, künftig noch besser zu erschließendes Bildungspotenzial dar. Zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses ist davon auszugehen, dass die Kölner Wirtschaft verstärkt auf diese Bevölkerungsgruppe angewiesen sein wird. Damit dieses Potenzial erfolgreich genutzt werden kann und gleichzeitig die bildungsbezogene sowie gesellschaftliche Teilhabe dieser Personengruppe gewährleistet wird, werden zukünftig entsprechende Integrationsleistungen und gezielte Förderungen seitens des Bildungssystems – auch auf kleinräumiger Ebene – erforderlich sein.[3]

Daten im Einzelnen

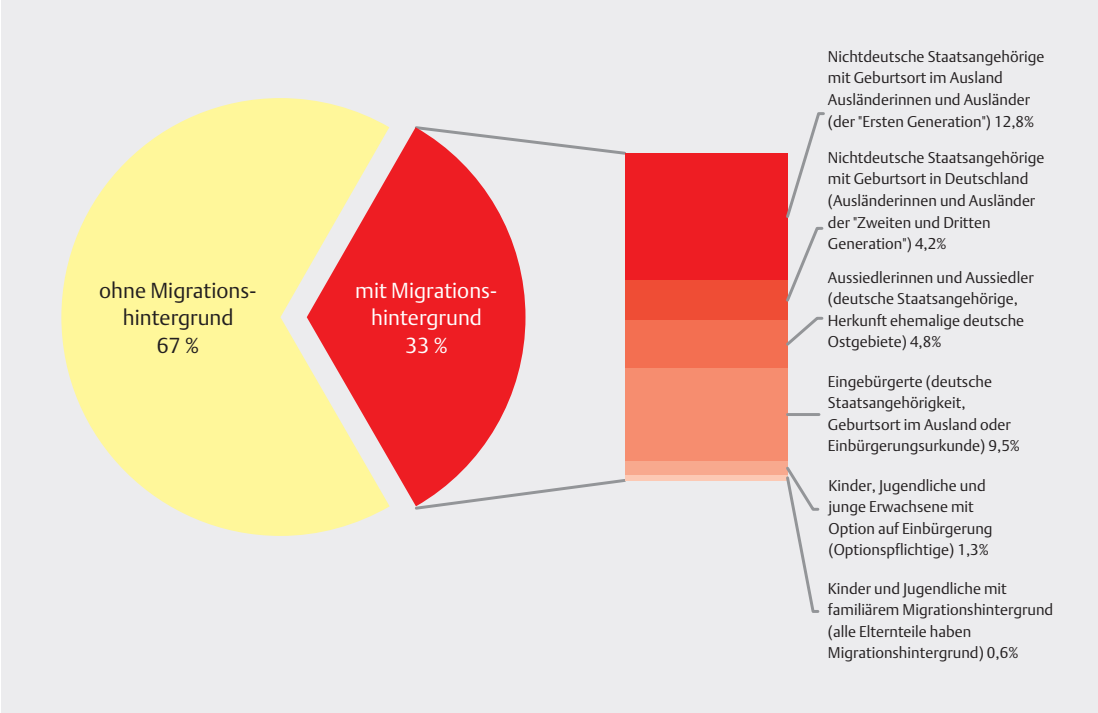
- Ein Drittel (33 Prozent) der Kölner Bevölkerung setzte sich im Jahr 2010 aus Menschen mit Migrationshintergrund zusammen.
- Die höchsten Anteile unter Kölner Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund nahmen die im Ausland geborenen ausländischen Staatsbürgerinnen und -bürger (12,8 Prozent) und die Eingebürgerten (9,5 Prozent) ein. Nahezu jede fünfte Bürgerin beziehungsweise jeder fünfte Bürger mit Migrationshintergrund war Aussiedlerin beziehungsweise Aussiedler (4,8 Prozent) oder in Deutschland geborene Ausländerin oder geborener Ausländer (4,2 Prozent). Optionspflichtige (1,3 Prozent) und Personen mit familiärem Migrationshintergrund (0,6 Prozent) machten nur geringe Anteile aus.

Methodische Erläuterungen

Definition Migrationshintergrund, gültig für Einwohnerdaten des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik:
Personen, die eine ausländische Staatsbürgerschaft haben, im Ausland geboren und selbst nach 1949 zugewandert sind oder deren Elternteile selbst zugewandert sind oder eine ausländische Staatsangehörigkeit haben.

3 „Erfolgreiche Etablierung in Deutschland ist wesentlich bildungsabhängig (...). Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund (...) haben eine ausgeprägte Bildungsorientierung, die allerdings aufgrund von strukturellen Hürden, Informationsdefiziten und Fehleinschätzungen nicht immer in adäquaten Abschlüssen und Berufspositionen mündet.“ Stadt Köln, 2011b.

Abbildung 2: Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund in Prozent (31.12.2010)

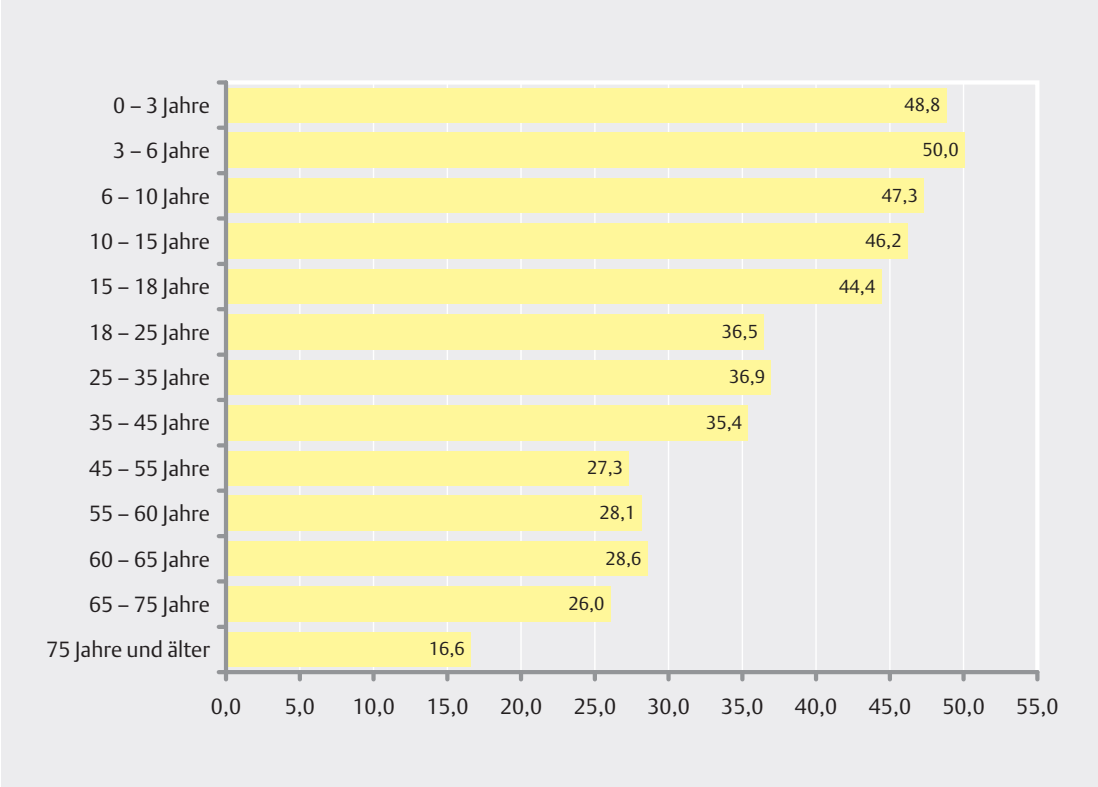


Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Bezogen auf die einzelnen Altersgruppen zeigt sich für 2010, dass je älter die Gruppe, desto geringer der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund ist:

- Die jüngeren Altersgruppen zwischen 0 und unter 18 Jahren wiesen 2010 den höchsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund auf. Nahezu die Hälfte der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren (47,3 Prozent) und bereits jedes zweite Kind zwischen 3 und unter 6 Jahren hatte Migrationshintergrund (50 Prozent).
- In den mittleren Altersgruppen zwischen 18 bis unter 45 Jahren reduziert sich der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund auf rund ein Drittel.
- Bei den Menschen zwischen 45 und 75 Jahren hatte etwa jeder Fünfte Migrationshintergrund. Bei den über 75-Jährigen war der Anteil mit 16,6 Prozent am niedrigsten.

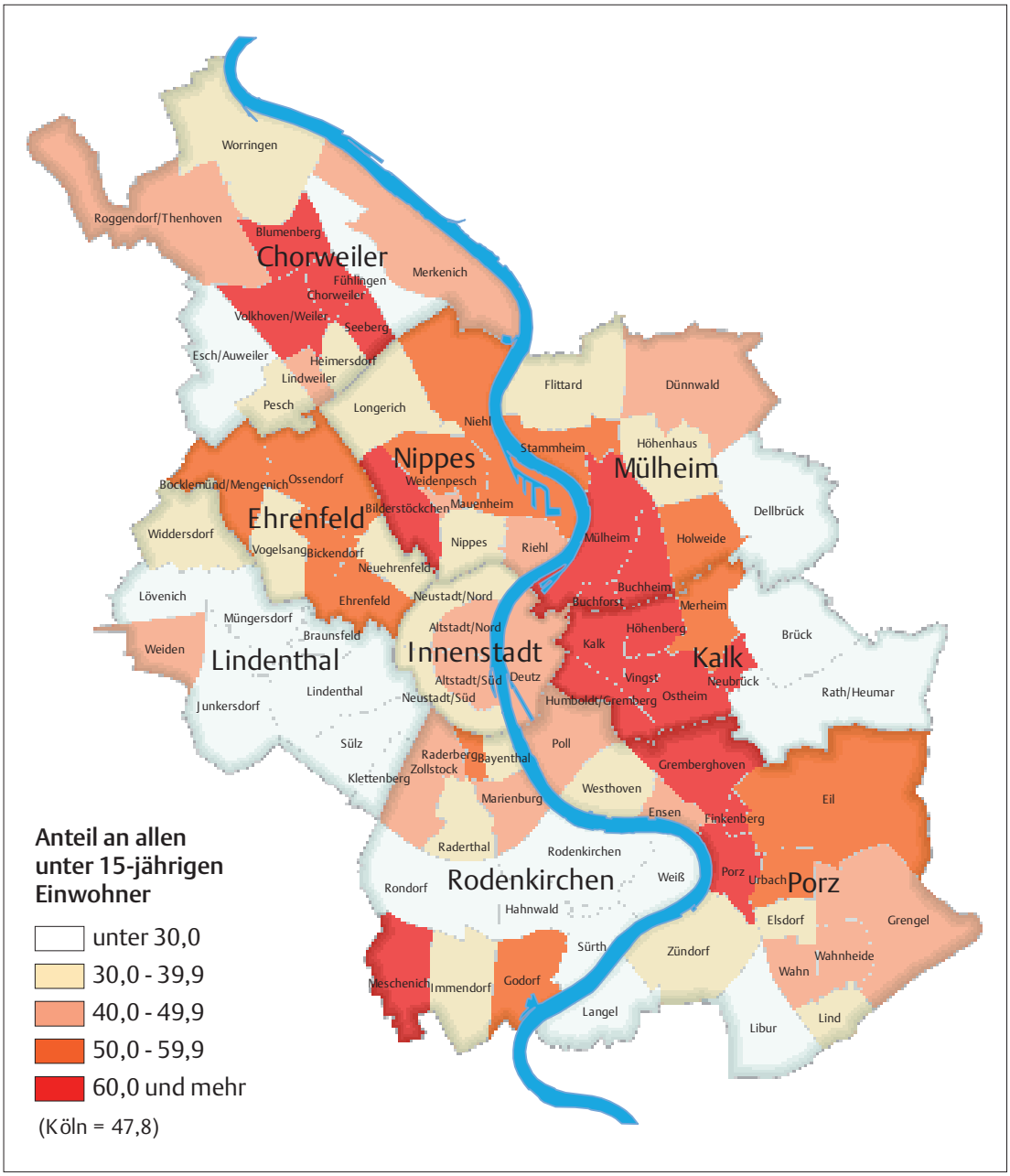
Abbildung 3: Anteile der Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund nach Altersgruppen (31.12.2010) in Prozent



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

- Bezogen auf die Altersspanne der 0- bis unter 15-jährigen Kinder und Jugendlichen hatte nahezu jeder Zweite (47,8 Prozent) einen Migrationshintergrund.
- Die höchsten Migrantenanteile bei den unter 15-Jährigen wiesen die Stadtteile Finkenberg (89,9 Prozent), Chorweiler (84,2 Prozent) und Gremberghoven (82 Prozent) auf. Insgesamt lag der Anteil in 34 Stadtteilen über dem Kölner Durchschnittswert. Die niedrigsten Anteile wiesen Langel (10,2 Prozent), Junkersdorf (17,5 Prozent) sowie Weiß und Sülz (jeweils 17,9 Prozent) auf.

Karte 1: Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren mit Migrationshintergrund in Kölner Stadtteilen in Prozent



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

1.3 Soziale Lage der Kölner Bevölkerung

Nicht nur der wachsende Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch die soziale Lage der Kölner Bevölkerung ist ein wichtiger Einflussfaktor auf individuelle Bildungsprozesse. Dass Bildungschancen mit der sozialen Herkunft zusammenhängen, haben einschlägige Studien in den letzten Jahren immer wieder thematisiert. Einkommensarmut beziehungsweise das Leben in sozial benachteiligten Verhältnissen geht bei Kindern oft mit Lernschwierigkeiten einher, beeinträchtigt den Bildungserfolg und führt zu geringeren Bildungsabschlüssen.[4]

Das Bildungssystem ist daher gefordert, der heterogenen Gruppe der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer mit entsprechend differenzierten Bildungs- und Förderangeboten zu begegnen. Ziel ist es, sie besser in die Gesellschaft zu integrieren. Um langfristig der Entwicklung einer Kluft zwischen den Stadtteilen beziehungsweise einer sozialräumlichen Polarisierung entgegenzuwirken sind Bildungsanstrengungen auf kleinräumiger Ebene erforderlich.

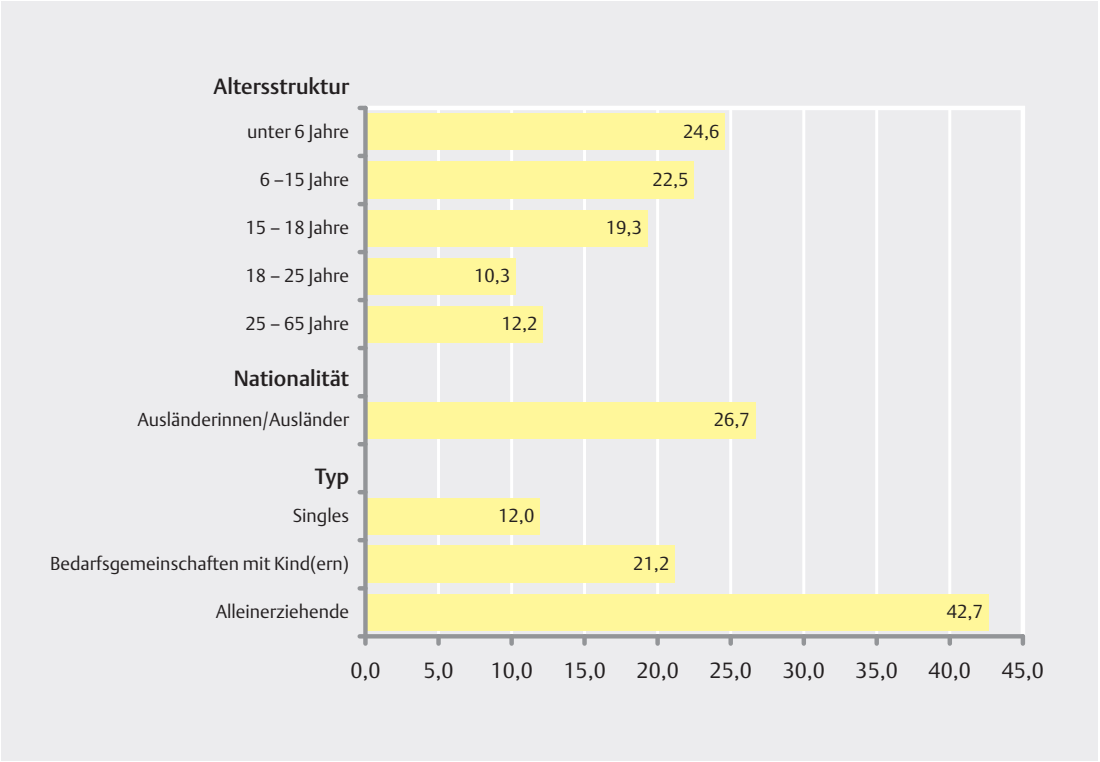
Daten im Einzelnen

Mittels Sozialgesetzbuch II-Quoten (SGB II) können die sozialen Belastungen in Köln beschrieben werden. Die Kennzahl weist den Anteil der Bevölkerung unter 65 Jahren aus, der seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht vollständig mit eigenen Mitteln finanzieren kann und von Transferleistungen nach dem SGB II (auch „Hartz IV“ genannt) abhängig ist.

- Der Anteil der hilfebedürftigen Personen nach SGB II an allen Einwohnerinnen und Einwohnern unter 65 Jahren mit Hauptwohnsitz in Köln betrug 2010 14 Prozent. In Nordrhein-Westfalen lag dieser Wert bei 11,4 Prozent. Somit lag Köln über dem Landesdurchschnitt.
- Betrachtet man die für das Bildungs- und Ausbildungssystem relevanten Altersgruppen so zeigt sich, dass ein Viertel aller Kinder unter 6 Jahren Empfänger von SGB II-Leistungen ist. Der Anteil an Hilfeempfängern im Alter zwischen 6 und 15 Jahren an allen Kindern und Jugendlichen dieser Altersgruppe ist kaum geringer (22,5 Prozent). Nahezu jeder Fünfte zwischen 15 und 18 Jahren empfängt ebenfalls Sozialleistungen nach SGB II.
- Alleinerziehende sind in überdurchschnittlich hohem Maße von Leistungen nach SGB II abhängig (42,7 Prozent).
- Etwa jede vierte Ausländerin beziehungsweise jeder vierte Ausländer in Köln ist hilfebedürftig nach SGB II (26,7 Prozent).

4 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010.

Abbildung 4: Bevölkerungsanteile in der Grundsicherung nach Sozialgesetzbuch II in Prozent (im Dezember 2010)

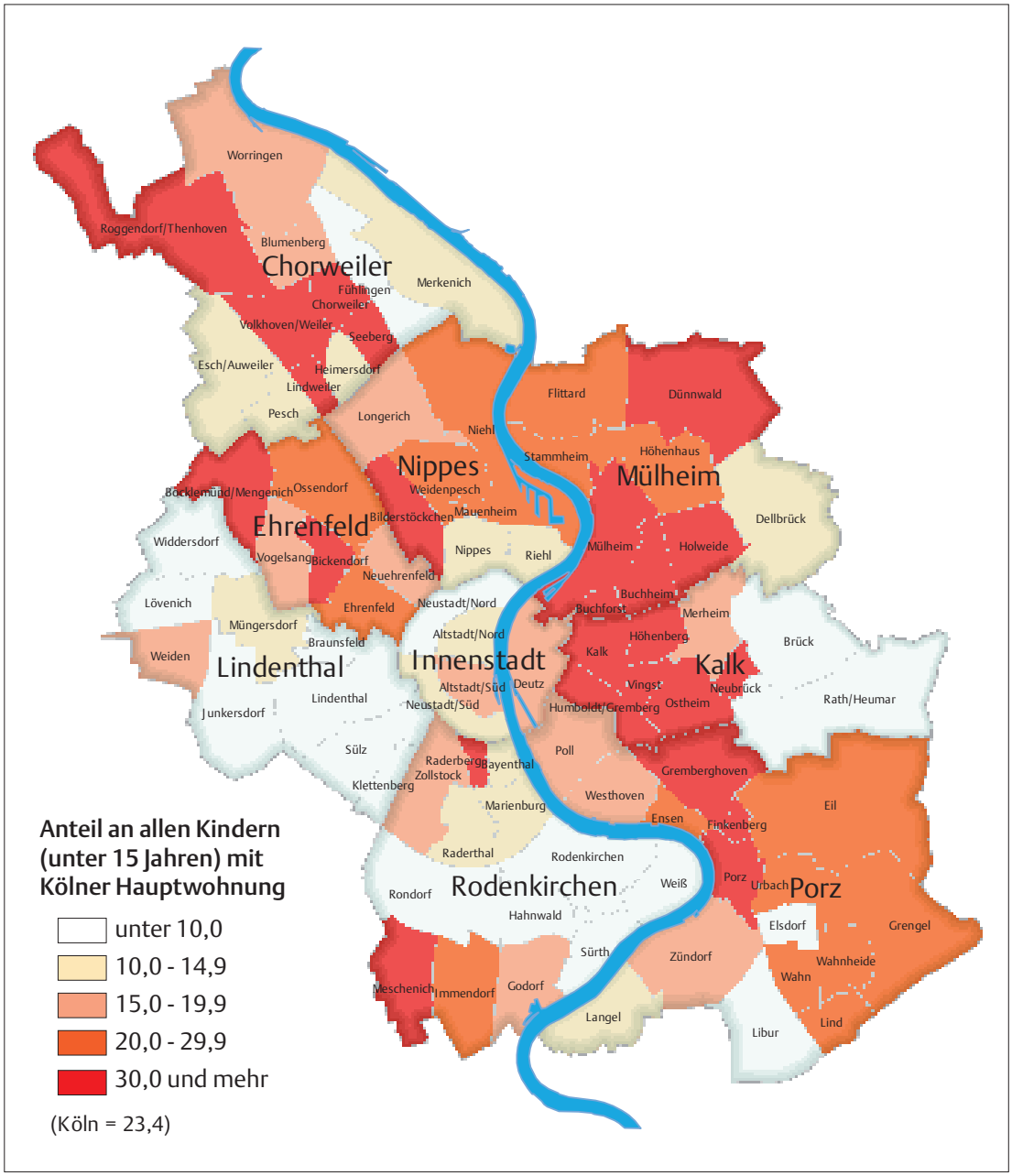


Begriffliche Erläuterung: Singles sind Einpersonenhaushalte; Alleinerziehende sind Erziehungsberechtigte mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Die soziale Risikolage von Kindern unter 15 Jahren ist in Köln räumlich unterschiedlich verteilt. In mehr als jedem 5. Stadtteil liegt der Anteil an Kindern unter 15 Jahren, die in Bedarfsgemeinschaften leben, über dem Kölner Durchschnitt (23,4 Prozent). In den Stadtteilen Finkenberg (58,3 Prozent), Chorweiler (55,6 Prozent) und Ostheim (48,1 Prozent) liegen die höchsten Quoten, während Hahnwald (0 Prozent), Elsdorf (2,5 Prozent) und Fühlingen (3,2) die geringsten Quoten aufweisen.

Karte 2: Anteil der Kinder unter 15 Jahren in Bedarfsgemeinschaften der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach Sozialgesetzbuch II (SGB II) in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit ; Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Methodische Erläuterungen

Die Leistung der Grundsicherung für Arbeitsuchende setzt sich zusammen aus dem Arbeitslosengeld II (ALG II) und dem Sozialgeld. ALG II erhalten erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Sozialgeld erhalten nicht erwerbsfähige Personen. Meist sind dies Kinder unter 15 Jahren, die Mitglied in einer Bedarfsgemeinschaft sind.

Die SGB II-Quote gibt das Verhältnis von hilfebedürftigen Personen nach dem SGB II zur Bevölkerung mit Hauptwohnsitz unter 65 Jahren an.

Der Migrationshintergrund wird von den Jobcentern nicht erhoben, so dass hier nur die Darstellung der Staatsangehörigkeit möglich ist.

1.4 Lage auf dem Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Situation Kölns stellt eine wichtige Rahmenbedingung für Bildung dar. Sie kann sich einerseits auf die Ausstattung des Bildungswesens mit Ressourcen auswirken und andererseits Anforderungen an das Bildungswesen hinsichtlich dessen Qualifizierungsfunktion stellen.[5] Die lokale Wirtschaft ist immer stärker auf die Sicherstellung qualifizierter Fachkräfte angewiesen. Daraus leiten sich unter anderem Anforderungen an das berufliche Bildungssystem ab.

Grundsätzlich erweist sich das Bildungsniveau als ein einflussreiches individuelles Merkmal, das den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt fördert oder hemmt. Neben der schulischen Bildung spielt auch das Vorhandensein einer beruflichen Ausbildung eine wichtige Rolle. Die Jugendarbeitslosigkeit zeigt, in welchem Maße es Jugendlichen gelingt, auf dem Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein. Gleichzeitig weist dieses Merkmal auf Probleme des Übergangs von der Schule in berufliche Ausbildung hin.

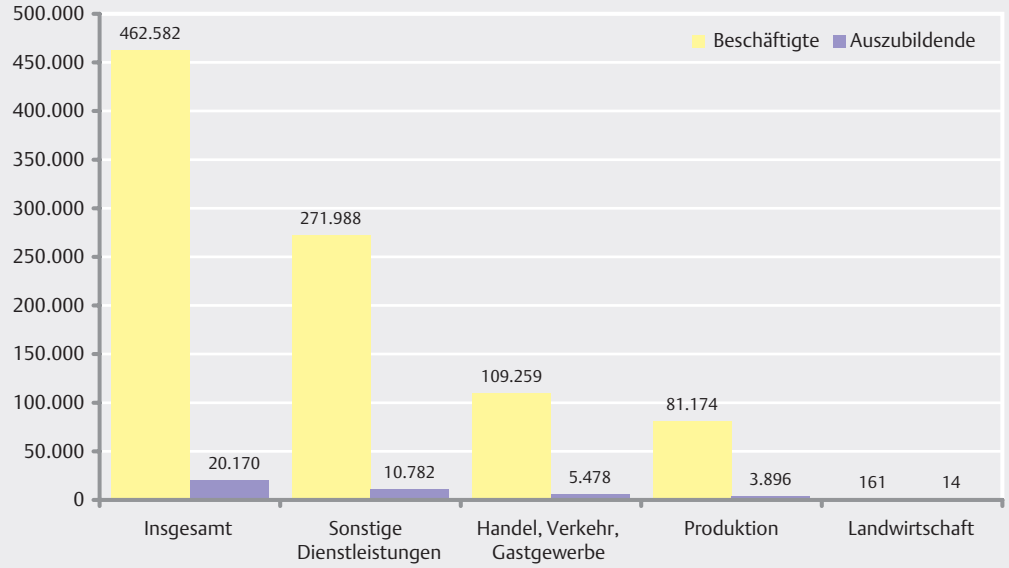
In stadtentwicklungspolitischer Hinsicht zeigen die lokalen Disparitäten innerhalb Kölns einen Bedarf an ausgleichsorientierten Maßnahmen auf kleinräumiger Ebene, um langfristig gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

5 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 20.

Daten im Einzelnen

Insgesamt lebten 2010 in Köln 462.592 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und 20.170 sozialversicherungspflichtige Auszubildende: Mehr als die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (58,8 Prozent) und Auszubildenden (53,5 Prozent) konzentrierte sich auf den Dienstleistungsleistungsbereich, gefolgt von Handel, Verkehr und Gastgewerbe, sonstigen Dienstleitungen und Produktionsgewerbe. In der Landwirtschaft befand sich der geringste Anteil an Beschäftigten und Auszubildenden.

Abbildung 5: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Auszubildende nach Wirtschaftsabteilungen (31.12.2010)



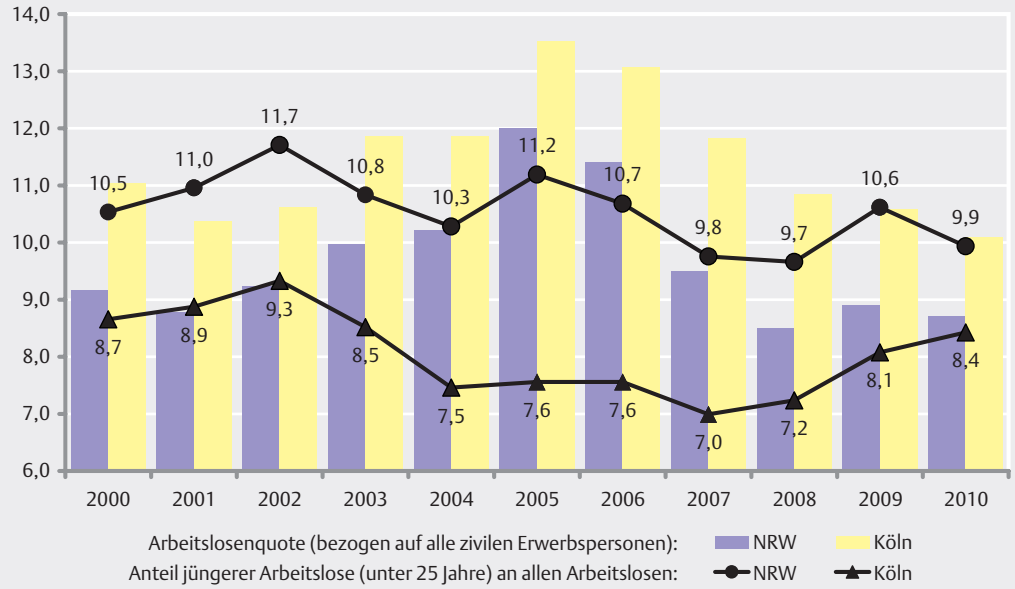
Begriffliche Erläuterung: Sonstige Dienstleistungen umfassen alle Dienstleistungen außer Handel, Verkehr und Gastgewerbe

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Die Zahl der Arbeitslosen ist von Ende 2005 bis Ende 2010 von 68.313 auf 51.361 Personen zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote nahm demnach seit 2005 ab, lag jedoch 2010 mit 10,1 Prozent höher als auf Landesebene (8,7 Prozent).

Die Jugendarbeitslosigkeit in Köln nahm im Gegensatz zur Gesamtarbeitslosigkeit – ausgehend von einem niedrigeren Niveau – zu und lag 2010 im **Jahresdurchschnitt** bei 8,4 Prozent. Sie war im Vorjahresvergleich leicht gestiegen, lag aber unterhalb des Landesdurchschnitts (9,9 Prozent).

Abbildung 6: Arbeitslosenquote und Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren in Köln und NRW im Vergleich ab 2000 (Bundesagentur für Arbeit, jeweils Jahresdurchschnitt) in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

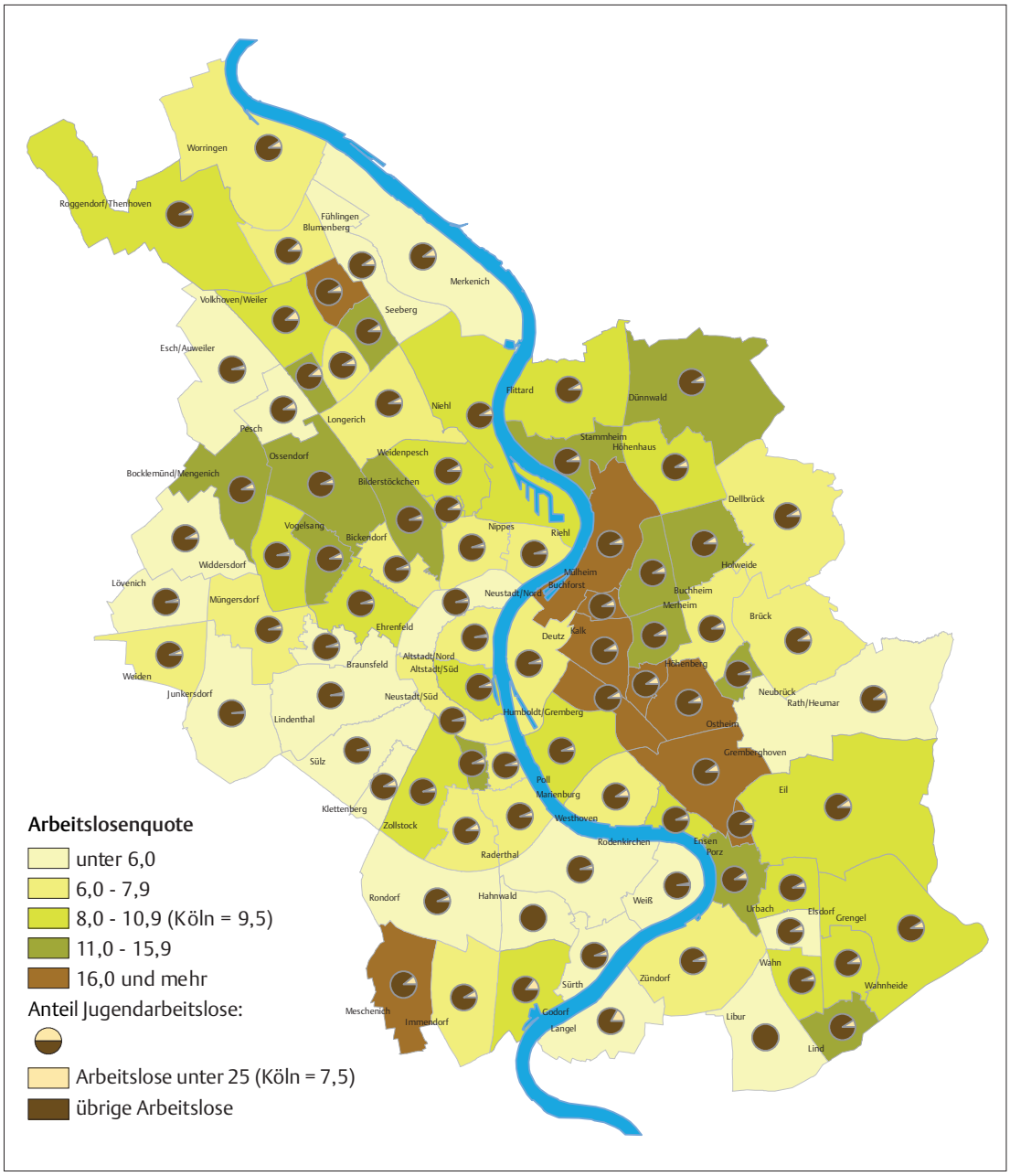
Methodische Erläuterungen

Die Jugendarbeitslosenquote ist der prozentuale Anteil der Arbeitslosen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren an allen zivilen Erwerbspersonen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren.

Die räumliche Darstellung der Arbeitslosenquote nach Stadtteilen zeigt, dass im **Dezember** 2010 in 36 Stadtteilen die Arbeitslosenquote über dem Kölner Durchschnitt von 9,5 Prozent lag. Die höchsten Arbeitslosenquoten gab es in den Stadteilen Finkenberg (21,5 Prozent), Vingst (19,7 Prozent), und Chorweiler, Ostheim, Kalk (jeweils 17,6 Prozent).

Die höchsten Jugendarbeitslosigkeitsquoten – hier gemessen am Anteil aller Arbeitslosen je Stadtteil – waren in Langel (16,7 Prozent), Godorf (14,4 Prozent) und Volkhoven/Weiler (11,7 Prozent) zu finden. In mehr als der Hälfte aller Kölner Stadtteile (49 Stadtteile) lag die Jugendarbeitslosenquote über dem Kölner Durchschnittswert von 7,5 Prozent.

Karte 3: Arbeitslosenquote und Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an allen Arbeitslosen (Köln, im Dezember 2010) in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

1.5 Bildungsstand der Bevölkerung

Der Bildungsstand der Bevölkerung misst sich an den erworbenen Bildungsabschlüssen. Er zeigt, über welche Humanressourcen Köln verfügt. Allgemeine und berufliche Bildungsabschlüsse stehen im Vordergrund, da keine weiteren Aussagen zu erreichten Kompetenzen möglich sind. Bildungsabschlüsse bestimmen die Zugangsmöglichkeiten zu weiterführenden Ausbildungsgängen und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten. Je höher der Bildungsstand, desto besser sind die Chancen auf eine individuelle Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe.[6]

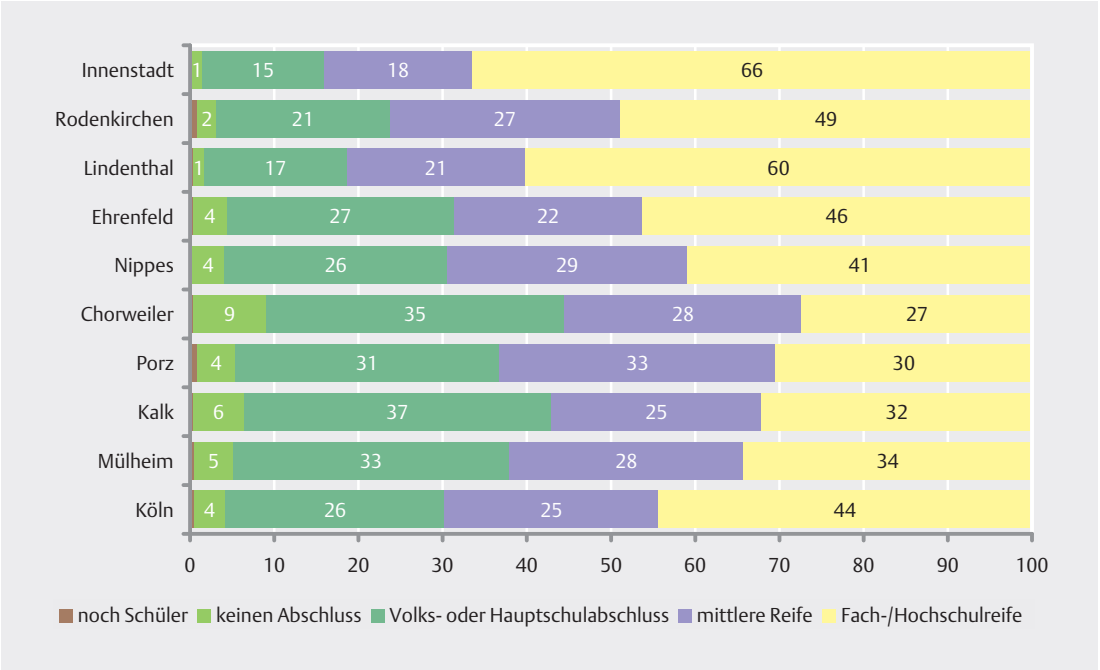
Die Herausforderung, den qualifizierten Fachkäftenachwuchs für Köln zu sichern, und gleichzeitig dem Risiko entgegenzuwirken, dass Ungelernte durch steigende Qualifikationsanforderungen hohen Arbeitsmarktrisiken ausgesetzt sein werden, lenkt die Aufmerksamkeit auf Personen mit niedrigem beziehungsweise ohne Abschluss. Der hohe Anteil an Personen mit niedrigen Abschlüssen oder ohne Berufsabschluss in ausgewählten Stadtteilen wirft die Fragen auf, wie die Schülerinnen und Schüler hier zu höheren Bildungsabschlüssen oder zu Ausbildungsabschlüssen geführt werden können und wie das Bildungsangebot auf kleinräumiger Ebene entsprechend zu gestalten ist. Die Zahl der Personen mit niedrigem Bildungsstand und ohne Berufsabschluss erfordert auch Überlegungen beispielsweise im Bereich der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung, besonders in Bezug auf niedrigschwellige Angebote.

Daten im Einzelnen

- Gesamtstädtisch betrachtet besaß im Jahr 2008 bei den allgemeinen Bildungsabschlüssen nahezu jede zweite Einwohnerin beziehungsweise jeder zweite Einwohner die Fach-/Hochschulreife (44 Prozent). Bei den beruflichen Abschlüssen überwog eine abgeschlossene Berufsausbildung (43 Prozent).
- Der Vergleich der allgemeinbildenden Abschlüsse auf Stadtbezirksebene zeigt regionale Ungleichheiten. Gemessen am Abitur wiesen Innenstadt und Lindenthal ein hohes Bildungsniveau auf, das über dem gesamtstädtischen Durchschnitt (44 Prozent) lag. In diesen Stadtbezirken war der Anteil an Volks- und Hauptschulabschlüssen sowie keinen Abschlüssen wesentlich geringer als in Kalk und Chorweiler.
- Die räumliche Verteilung bei den berufsbildenden Abschlüssen zeigt ähnliche Ausprägungen wie bei den allgemeinbildenden Abschlüssen. Während in der Innenstadt und in Lindenthal im Jahr 2008 etwa zwei Drittel der Bevölkerung einen Fachschul- und Fach-/Hochschulabschluss besaß, überwog in den anderen Stadtbezirken der Anteil derer mit abgeschlossener Berufsausbildung. In Chorweiler und Kalk war der Anteil derjenigen ohne Berufsabschluss am höchsten.

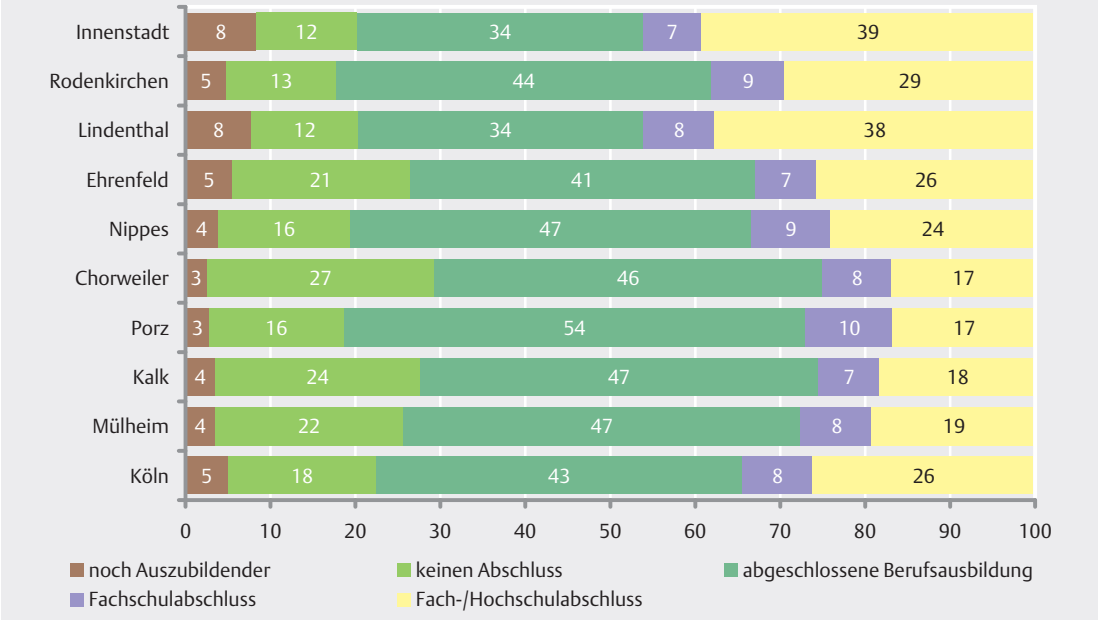
6 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 37.

Abbildung 7: Höchster Schulabschluss nach Stadtbezirk in Prozent (Ergebnisse der „Leben in Köln“ – Umfrage 2008/2009 (Kommunaler Mikrozensus)) (n = 10.664)



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Abbildung 8: Höchster berufsbildender Abschluss nach Stadtbezirk in Prozent (Ergebnisse der „Leben in Köln“ – Umfrage 2008/2009 (Kommunaler Mikrozensus)) (n = 10.070)



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld 2010.

Stadt Köln (2011a): Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011. Ziele, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für gerechte Bildungs- und Zukunftschancen. Köln 2011.

Stadt Köln (2011b): Köln 100 %. Kulturelle Vielfalt einer Stadt. Lebenswelten und Milieus von Kölnerinnen und Kölnern mit Migrationshintergrund. Köln 2011.



2 Frühkindliche Bildung und Betreuung

2 Frühkindliche Bildung und Betreuung

2.1 Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige

In Anbetracht des ab 2013 geltenden Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten vollendeten Lebensjahr befindet sich Köln, wie andere Städte bundesweit auch, weiter im Ausbau seines Betreuungsangebotes. Ziel des Ausbaus ist die Schaffung eines bedarfsgerechten Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebots für unter Dreijährige. Das Kölner Ziel lautet, bis zum Jahr 2013 eine Betreuungsquote von rund 40 Prozent aller Kinder bis unter 3 Jahren zu erreichen.

Eine flexible Betreuung von Kindern unter 3 Jahren soll unter anderem eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Besonders Alleinerziehenden hilft ein gutes Betreuungsangebot, um einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Auch unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigungsförderung ist die Betreuung von unter Dreijährigen relevant. Angesichts des anstehenden Fachkräftemangels kann die Wirtschaft zukünftig nicht auf die qualifizierte Arbeitskraft von Frauen und Männern verzichten.

Frühkindliche Bildung und Betreuung nützt vor allem auch den Kindern, denn sie hat hohen Einfluss auf ihren Bildungserfolg. Wissenschaftliche Studien weisen auf die positiven Effekte hin, die ein (mehrjähriger) Kindertagesstättenbesuch eines Kindes sowohl für seine Bildungsbiografie als auch für eine verbesserte Teilhabe an Gesellschaft und am Arbeitsleben haben kann.[7] Der frühe, freiwillige Besuch von Betreuungsangeboten führt zur Verbesserung von Bildungschancen insbesondere von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen und kann somit Chancenungleichheiten entgegenwirken, die etwa durch Sprachschwierigkeiten ausgelöst werden.

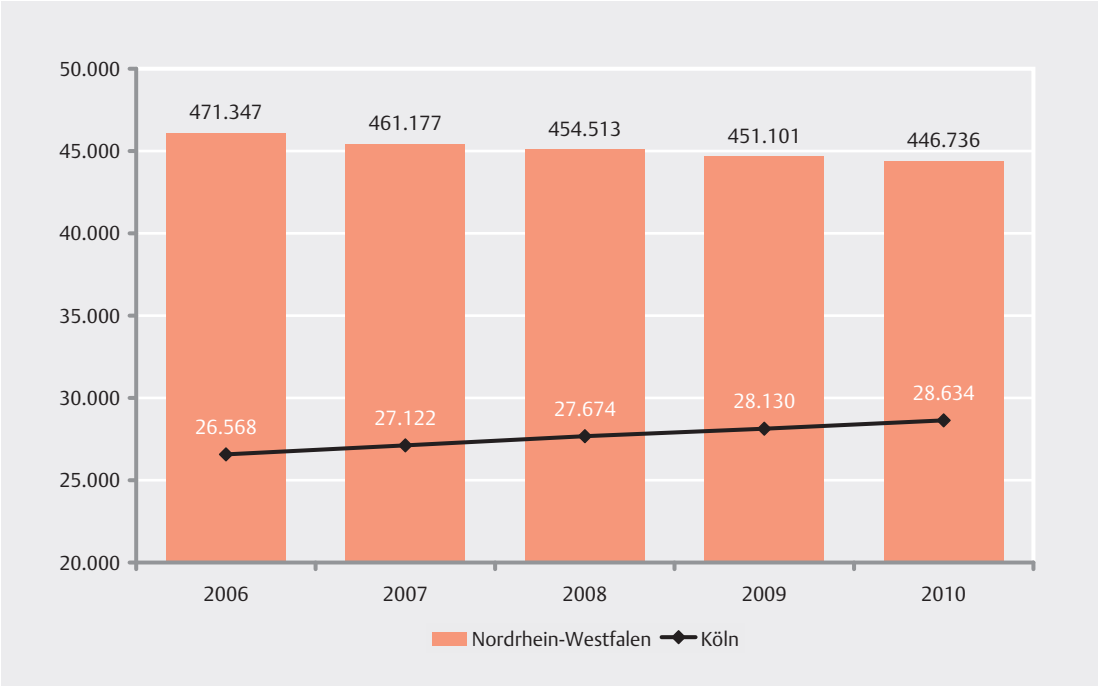
7 Vgl. Rabe-Kleeberg 2008, S. 237 – 250; Vgl. Fritschi/Oesch 2008, S. 4ff.

2.1.2 Daten im Einzelnen

2.1.2.1 Anzahl der Kinder unter 3 Jahren

- Im Jahr 2010 lebten in Köln insgesamt 28.634 Kinder unter 3 Jahren. Damit ist die Anzahl der unter 3-Jährigen seit dem Jahr 2006 um 7,8 Prozent gestiegen.
- Verglichen mit der Entwicklung auf Landesebene zeigt sich für Köln eine gegenläufige Entwicklung. Während die Anzahl der Kinder unter 3 Jahren in Köln gestiegen ist, ist in Nordrhein-Westfalen der Wert seit 2006 um 3,7 Prozent gesunken.

Abbildung 9: Bevölkerungsentwicklung von Kindern unter 3 Jahren in Köln und Nordrhein-Westfalen von 2006 bis 2010 in absoluten Zahlen

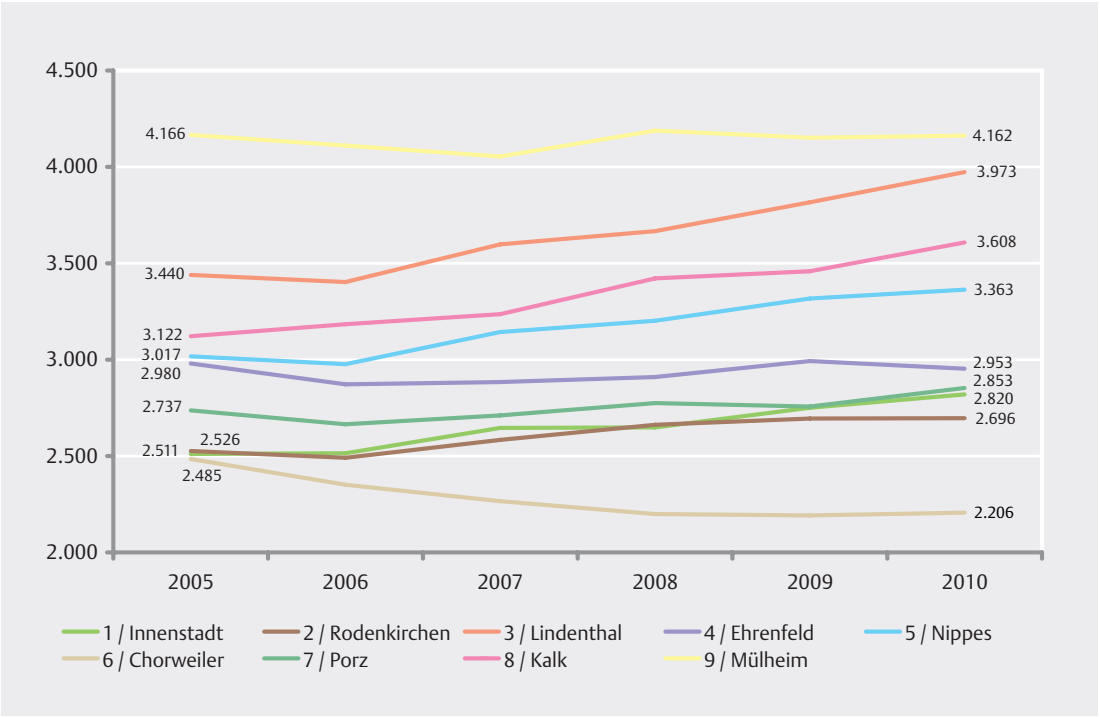


* Stichtag der Einwohnerdaten ist der 31.12. des jeweiligen Jahres

Quelle: Information und Technik NRW

- In den Stadtbezirken Mülheim, Lindenthal und Kalk wohnten absolut gesehen 2010 die meisten Kinder unter 3 Jahren in Köln. Die Anzahl der unter 3-Jährigen im Stadtbezirk Mülheim ist 2010 fast doppelt so hoch wie im Stadtbezirk Chorweiler.
- Betrachtet man die Kinderzahlen in Bezug auf die gesamte Bevölkerung im jeweiligen Stadtbezirk, so ist der Anteil der unter 3-Jährigen im Stadtbezirk Kalk am höchsten; 3,2 Prozent der dort lebenden Bevölkerung ist unter 3 Jahre alt. Im Stadtbezirk Innenstadt hingegen ist der Anteil der unter 3-Jährigen mit 2,2 Prozent am geringsten.

Abbildung 10: Bevölkerungsentwicklung von Kindern unter 3 Jahren nach Stadtbezirken von 2005 bis 2010 in absoluten Zahlen

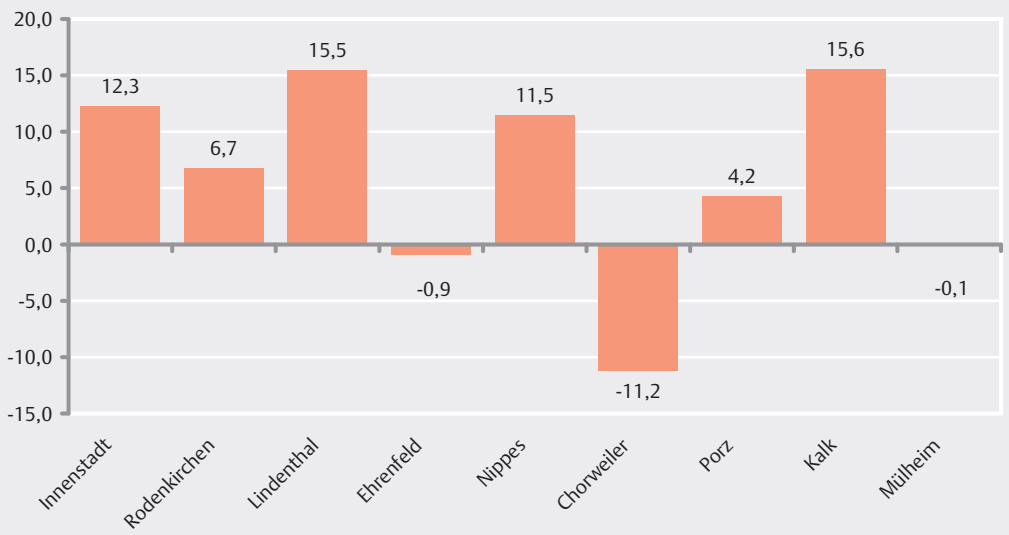


* Stichtag der Einwohnerdaten ist der 31.12. des jeweiligen Jahres

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

- Während in den Stadtbezirken Kalk und Lindenthal seit 2006 eine starke Zunahme von Kindern unter 3 Jahren zu verzeichnen ist, ist die Anzahl im Stadtbezirk Chorweiler hingegen um mehr als 10 Prozent gesunken. Auch die Stadtbezirke Ehrenfeld und Mülheim verzeichnen seit 2006 einen leichten Rückgang von Kindern unter 3 Jahren. In allen anderen Stadtbezirken ist die Anzahl der unter 3-Jährigen gestiegen.

Abbildung 11: Veränderung der Anzahl der Kinder unter 3 Jahren nach Stadtbezirken von 2005 bis 2010 in Prozent



* Stichtag der Einwohnerdaten ist der 31.12 des jeweiligen Jahres

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik. Eigene Berechnungen.

2.1.2.2 Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren

- Die gesamtstädtische Versorgungsquote von Betreuungsplätzen für unter 3-jährige Kinder lag im Kindergartenjahr 2010/11 bei 27 Prozent und hat sich seit dem Kindergartenjahr 2006 verdreifacht. Insgesamt wurden vom Kindergartenjahr 2006/07 bis 2010/11 5.763 neue Plätze geschaffen.
- Im aktuellen Kindergartenjahr 2011/12 soll eine Versorgungsquote von 30 Prozent zum Ende des Kindergartenjahres erreicht werden. Damit würden in Köln 8.690 Plätze für Kinder unter 3 Jahren zur Verfügung stehen.

Methodische Erläuterungen

Die Versorgungsquote bezeichnet das Verhältnis zwischen den vorhandenen Betreuungsplätzen für unter Dreijährige und den in Köln lebenden Kindern in dieser Altersgruppe von der Geburt bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres.

Der Versorgungsgrad bezieht sich auf die angebotenen Plätze, nicht auf die Anzahl der betreuten Kinder in einem bestimmten Alter zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Die Platzzahlen für Kinder unter 3 Jahren (U3) beinhalten sowohl Plätze in der Tagespflege, als auch Plätze in Kindertageseinrichtungen. In den Angebotszahlen sind auch U3-Plätze in rein privat-gewerblichen Kindertageseinrichtungen enthalten.

Abbildung 12: Entwicklung von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren (U3) sowie Versorgungsquote



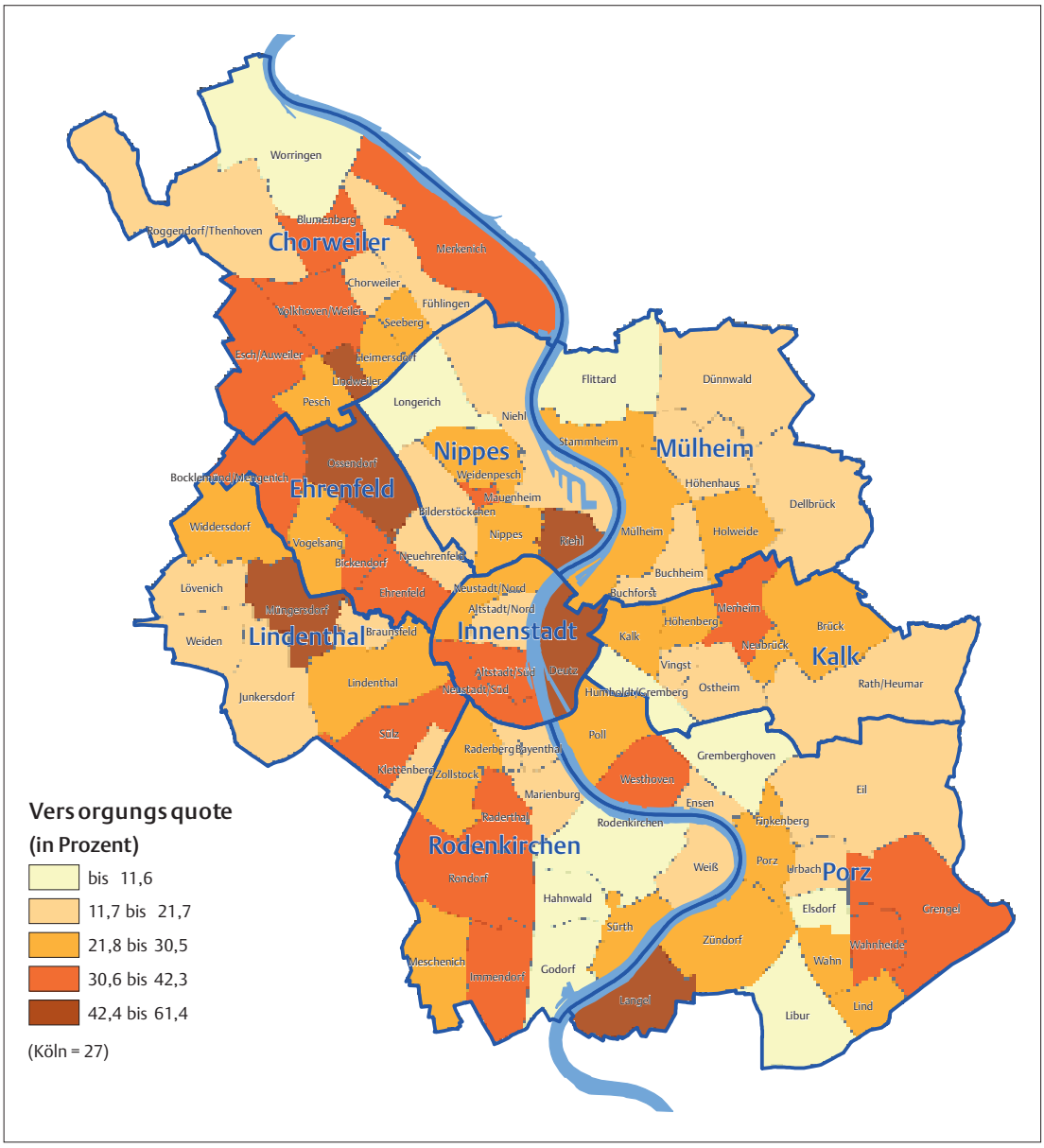
Quelle: Stadt Köln – Stabsstelle für Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung

2.1.2.3 Kleinräumige Betrachtung von Betreuungsplätzen

- Ähnlich wie sich die Kinderzahlen in den Stadtbezirken unterscheiden, zeigen auch die Versorgungsquoten von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren auf Stadtbezirksebene Unterschiede auf. Während im Stadtbezirk Innenstadt im Kindergartenjahr 2010/11 die höchste Versorgungsquote von 34 Prozent erreicht wurde, lag die niedrigste Quote im Stadtbezirk Mülheim (21 Prozent)[8].
- Auf Stadtteilebene zeigen sich Unterschiede in der Versorgung für das Kindergartenjahr 2010/11 noch deutlicher. Die Betreuungsquote reichte von 0 Prozent in den Stadtteilen Hahnwald und Elsdorf bis zu 61 Prozent im Stadtteil Deutz.
- In 24 von 86 Stadtteilen lag die Versorgungsquote im Jahr 2010/11 über dem Kölner Durchschnitt von 27 Prozent. In den Stadtteilen Deutz, Riehl, Lindweiler und Langel stand etwa jedem zweiten Kind unter 3 Jahren ein Betreuungsplatz entweder in Kindertageseinrichtungen oder in der Tagespflege zur Verfügung.
- Nach Ratsbeschluss soll zum Kindergartenjahr 2013/14 stadtweit eine Versorgungsquote von 40 Prozent erreicht werden. Dieses Ziel gilt im Grundsatz auch für alle Stadtbezirke und alle Stadtteile Kölns. Die aktuellen Versorgungsquoten weisen aber auf Unterschiede betreffend der Möglichkeiten für einen gleichmäßigen Ausbau hin. So stehen in einigen Stadtteilen eher Grundstücke für Neubauten von Kindertageseinrichtungen bereit, während sie in anderen Stadtteilen knapp sind. Das Ziel besteht darin, mittel- bis langfristig und abhängig vom tatsächlichen Bedarf ähnliche Versorgungsquoten in den Stadtbezirken und Stadtteilen zu realisieren. Übergangsweise soll versucht werden, unterdurchschnittliche Versorgungsquoten in einzelnen Stadtteilen durch überdurchschnittliche Quoten in benachbarten Stadtteilen auszugleichen.

8 Vgl. Stadt Köln 2011, S. 65.

Karte 4: Versorgungsquote im Kindergartenjahr 2010/11 für Kinder unter 3 Jahren nach Stadtteilen in Prozent



Quelle: Stadt Köln – Stabsstelle für Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung; Amt für Stadtentwicklung und Statistik

2.1.2.4 Betreuung von Kindern unter 3 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund[9]

- In wissenschaftlichen Studien (wie der Bertelsmann Stiftung) wird immer wieder darauf hingewiesen, dass Kinder mit Migrationshintergrund später oder seltener eine Kindertageseinrichtung besuchen. Das lässt sich für Kinder unter 3 Jahren auch in Köln nachweisen, allerdings ist der Abstand im Zeitverlauf kleiner geworden. Für Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt ergeben sich in Köln bezüglich der Kitabesuchsquoten von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund kaum Unterschiede.

Methodische Erläuterungen

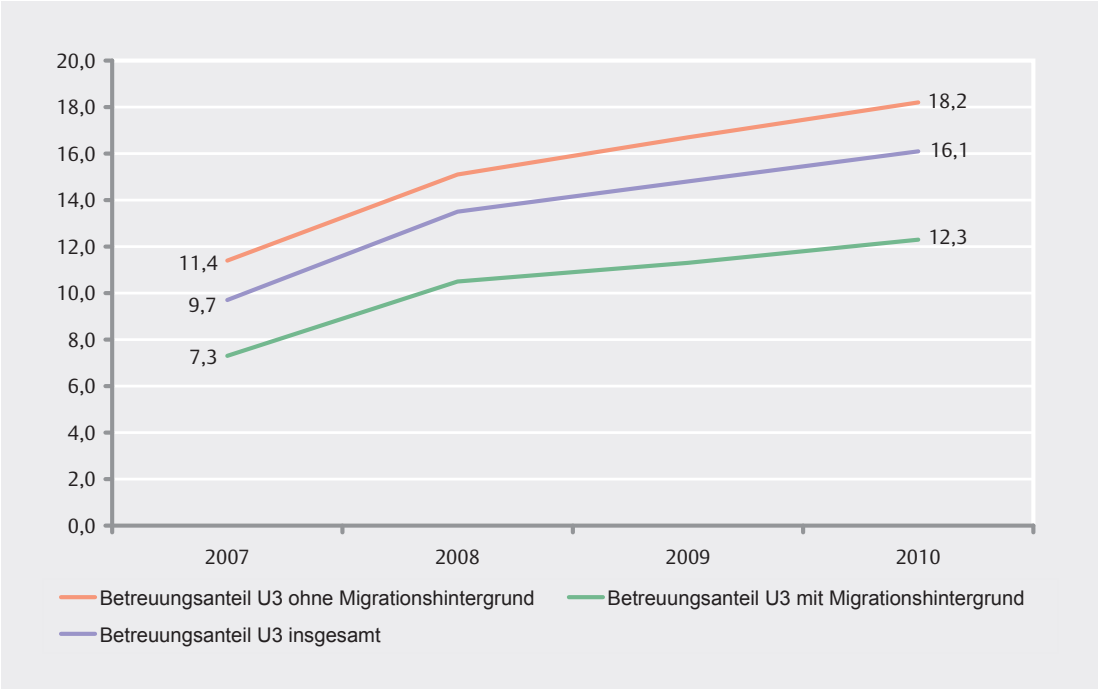
Die in der folgenden Abbildung zugrunde liegenden Daten heben im Unterschied zu den Abbildungen zuvor nur auf die Kinder ab, die am 31.12.2010 noch unter 3 Jahre alt waren. Kinder, die zu Anfang des Kitajahres noch unter 3 Jahren waren und bis zum genannten Stichtag ihr drittes Lebensjahr vollendet haben, müssen hier ausgeblendet werden.

Der Betreuungsanteil der hier dargestellten Kinder bezieht sich zudem nur auf betreute Kinder in öffentlich geförderten Kindertagesstätten. Kinder in privaten Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege können hier nicht berücksichtigt werden.

- Zum Jahresende 2010 beanspruchten mehr Kinder unter 3 Jahren ohne Migrationshintergrund (18,2 Prozent) einen Betreuungsplatz in der Kindertageseinrichtung als Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund (12,3 Prozent).
- Der Anteil von unter 3-jährigen Kindern ohne Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen ist seit 2007 etwas stärker angestiegen (um 6,8 Prozentpunkte) als der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund (um 5 Prozentpunkte).

9 Zur begrifflichen Erläuterung von „Personen mit Migrationshintergrund“ siehe Kapitel Rahmenbedingungen.

Abbildung 13: Anteil der Kinder unter 3 Jahren in öffentlich geförderten Kindertageseinrichtungen nach Migrationshintergrund von 2007 bis 2010 in Prozent



* Stichtag ist der 31.12 des jeweiligen Jahres

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik; Amt für Kinder, Jugend und Familie

2.1.3 Interkommunaler Vergleich

- Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamts zur „Kindertagesbetreuung Regional 2011“[10] belegte Köln im Jahr 2011 mit einer Betreuungsquote von 20,7 Prozent den fünften Platz aller kreisfreien Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen.
- Die Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren reicht von 9,6 Prozent in Oberhausen bis zu 25 Prozent in Münster. Der Landesdurchschnitt liegt bei 15,9 Prozent.

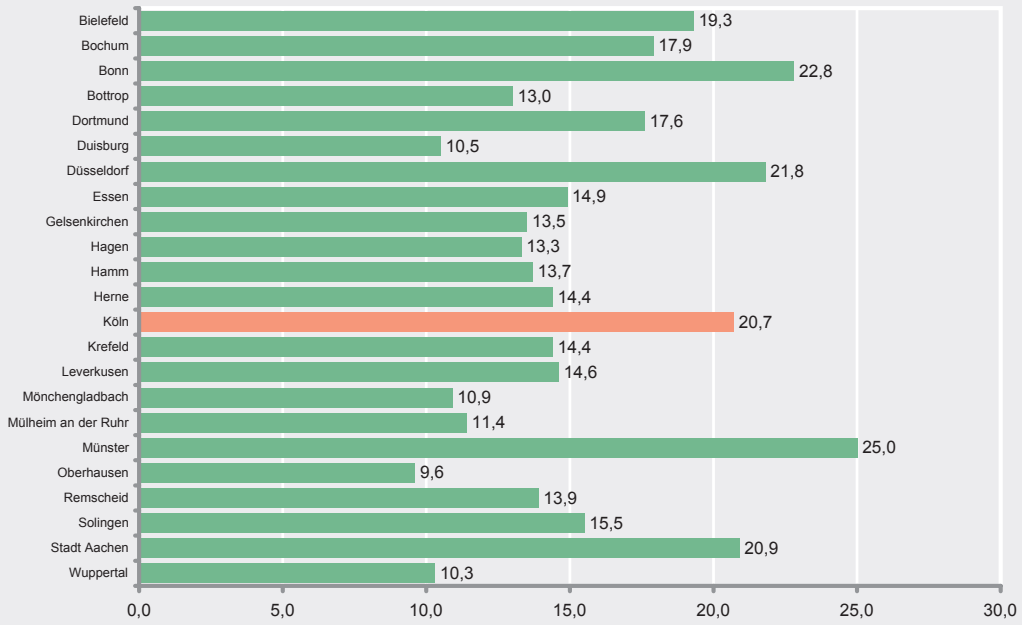
10 Statistisches Bundesamt 2011, S. 24ff.

Methodische Erläuterungen

Die dargestellten Werte in der Abbildung zeigen den Anteil der Kinder unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung je 100 Kinder in der gleichen Altersgruppe an.

Um eine Vergleichbarkeit von Daten zur Kinderbetreuung zu gewährleisten, wurde auf Daten zurückgegriffen, die Kinder in der Tagespflege und in Kindertageseinrichtungen am Stichtag 01.03.2011 betreut wurden. In den vorherigen Berechnungen der Stadt Köln wurde als Stichtag der 31.12.2010 gewählt.

Abbildung 14: Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren in kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen 2011 in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

2.1.4 Schlussbetrachtung

Im Gegensatz zu den Landeswerten steigen in Köln die Geburtenzahlen an. Besonders stark zeigt sich dieser Trend in den Stadtbezirken Kalk, Lindenthal und Innenstadt, während der Stadtbezirk Chorweiler in den letzten Jahren sinkende Kinderzahlen zu verzeichnen hat.

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln geht mit großen Schritten weiter voran. Seit dem Kindergartenjahr 2006 hat sich die Versorgungsquote von Betreuungsplätzen verdreifacht. Zum Ende des Kindergartenjahres 2011/12 sollen 8.690 Plätze für Kinder unter 3 Jahren zur Verfügung stehen, dies entspricht bei insgesamt 28.634 Kindern unter 3 Jahren in Köln einer Versorgungsquote von 30 Prozent. Nach Ratsbeschluss vom Februar 2009 soll zum Kindergartenjahr 2013/14 die Versorgungsquote bei 40 Prozent liegen. Dabei sollen 70 Prozent der Plätze durch

Kindertageseinrichtungen gedeckt werden und 30 Prozent bei der Tagespflege liegen. Derzeit bietet die Kindertagespflege 21 Prozent der Betreuungsplätze an, während sich 79 Prozent auf die Kindertageseinrichtungen verteilen.

Auf Stadtteilebene zeigen sich deutliche lokale Unterschiede in der Versorgung. Mögliche Gründe für die unterschiedlichen Versorgungsquoten zwischen den Stadtteilen liegen vor allem in den unterschiedlichen Möglichkeiten, das Angebot rasch auszubauen (wie Erweiterungsmöglichkeiten bestehender Kindertageseinrichtungen oder zur Verfügung stehender Grundstücke für Kita-Neubauten).

Außerdem ist die Zahl der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund gestiegen. Dennoch besuchen Kinder unter 3 Jahren mit Migrationshintergrund in Köln seltener die Kindertageseinrichtung als Kinder ohne Migrationshintergrund. Dabei benötigen Migrantenkinder frühkindliche Bildung dringender als Kinder ohne Migrationshintergrund, da sie laut einschlägiger Studien bessere Integrations-, Spracherwerbs- und Teilhabechancen ermöglicht.

Um die Barrieren abzubauen, die Kinder aus Zuwandererfamilien heute vom Besuch einer Kindertageseinrichtung fernhalten, hat die Stadt Köln, als eine Maßnahme von vielen, zusammen mit der freien Wohlfahrtspflege und Kommunalpolitik in seinem Handlungskonzept „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ die „Erhöhung der Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern aus bildungsfernen Familien in Kindertageseinrichtungen“ zum Jahresschwerpunktthema der Jahre 2010 bis 2012 gewählt. In einer ganzen Reihe von Projekten wurden zum Beispiel durch niedrigschwellige Angebote wie Mutter-Kind-Gruppen oder Spielkreise Zugänge für Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund und bildungsferne Familien erschlossen. Die Aktivitäten in den Sozialraumgebieten zeigen messbare Erfolge, die Unterschiede zwischen den Besuchsquoten von 3-Jährigen und älteren Kindern mit und ohne Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen in den elf Sozialraumgebieten haben sich im Zeitverlauf weitestgehend aufgelöst.

Im interkommunalen Vergleich liegt Köln mit seiner Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren, nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts, in der Spitzengruppe der 23 kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen.

Die Stadt Köln hat in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, das Angebot an Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige bedarfsgerecht auszubauen und hierbei schon viel erreicht. Gleichwohl sind weitere, massive Anstrengungen notwenig, um die vom Rat beschlossenen Zielquoten von 40 Prozent zum Kindergartenjahr 2013/14 zu erweitern. Vermutlich werden danach weitere Ausbauschritte folgen, da Studien darauf hinweisen, dass die institutionelle Kindertagesbetreuung unter 3-Jähriger gesellschaftlich immer früher akzeptiert wird und auch entsprechend die Nachfrage weiter steigt.

Hingewiesen sei auch darauf, dass ebenfalls das Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt wieder stark ausgebaut werden muss. Das liegt zum einen an den gestiegenen Geburtenzahlen der letzten Jahre, die sich nunmehr auch in dieser Altersgruppe bemerkbar machen. Zum anderen verbleiben durch die Neufestlegung des Stichtags für die Einschulung im Rahmen des 5. Schulrechtsänderungsgesetz viele Kinder ein Jahr länger im System Kita, als zuvor erwartet werden konnte.

Das Land Nordrhein-Westfalen hatte am 19.12.2011 zu einer „Krippenkonferenz“ nach Düsseldorf eingeladen, um mit den Kommunen zu klären, wie der Ausbau der Kindertagesbetreuung in den Kommunen durch das Land noch stärker unterstützt werden kann und bürokratische Hemmnisse überwunden werden können. Seitens der Stadt Köln wurde unter anderem auf folgende Punkte hingewiesen:

- Der Bedarf an Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige in Köln liegt weit über dem seinerzeit kalkulierten Landesdurchschnitt von 32 Prozent.
- Die Stadt Köln erwartet einen zügigen Abschluss der laufenden Konnexitätsverhandlungen vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport und kommunalen Spitzenverbänden und im Ergebnis einen fairen Belastungsausgleich für die Kommunen.
- Das Land wird gebeten, die Problematik der Belastung des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen durch Aufgaben im Bereich der Übermittagbetreuung von Kindern anzuerkennen und eine finanzielle Förderung von Hauswirtschaftskräften vorzusehen.
- Im Zusammenhang mit der Investitionskostenförderung des Landes wird die dauerhafte und einheitliche Zusicherung des „vorzeitigen Maßnahmenbeginns“ angeregt. Seitens des Landes müssen mit Blick auf die Bedarfszahlen zudem grundsätzlich ausreichende Mittel für die Investitionskostenförderung zur Verfügung gestellt werden.
- Die Stadt Köln fordert das Land auf, den Differenzbetrag zwischen der landeseinheitlichen Mietpauschale und den tatsächlichen Miethöhen auszugleichen.
- Die Stadt Köln fordert für einen zügigen Platzausbau eine deutliche Flexibilisierung der Terminvorgaben des Kinderbildungsgesetz (KiBiz). Insbesondere die Anmeldung der Plätze für das kommende Kindergartenjahr (für die Bereitstellung der Landesförderung der Betriebskosten) muss flexibilisiert werden.

Literatur

Fritschi, T./Oesch, T.: Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern. Bern 2008. Abrufbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_23966_23968_2.pdf. Stand 10.02.2012.

Rabe-Kleeberg, U. (2008): Zum Verhältnis von Wissenschaft und Profession in der Frühpädagogik. In: Von Balluseck, H. (Hrsg.): Professionalisierung in der Frühpädagogik. Perspektiven, Entwicklungen, Herausforderungen. Opladen 2008.

Stadt Köln (2011): Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011. Ziele, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für gerechte Bildungs- und Zukunftschancen. Köln 2011.

Statistisches Bundesamt (2011): Kinderbetreuung regional. Ein Vergleich aller 412 Kreise in Deutschland. Wiesbaden 2011.

2.2 Sprachliche Bildung und Förderung im Elementarbereich – Sprachstandserhebung Delfin 4[11]

Sprache wird für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen als Schlüsselkompetenz betrachtet. Eine altersgemäße Sprachentwicklung insgesamt in den vom Kind gesprochenen Sprachen, aber vor allem gute Kenntnisse in der deutschen Sprache sind wichtige Voraussetzungen für den Lernerfolg in der Schule, für die gesamte Bildungsbiografie und somit für die zukünftigen Lebenschancen von Kindern.

Insbesondere für Kinder und Jugendliche mit einer anderen Herkunftssprache sind gute Kenntnisse der deutschen Sprache essentiell für eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft. Doch nicht allen Kindern deutscher oder auch anderer Herkunft gelingt es, bis zur Einschulung die Kompetenzen in der deutschen Sprache zu erlangen, die sie in der Schule brauchen. Daher ist es entscheidend, dass sprachliche Bildung bereits möglichst früh ansetzt und nicht ausschließlich an den Bildungsort Familie gebunden ist.

Ungleiche Startbedingungen in der Sprachentwicklung von Kindern gilt es bereits vor Schulbeginn auszugleichen. Mit dieser Forderung entwickelt sich sprachliche Bildung zu einer zentralen Aufgabe der Bildung im Elementarbereich und insbesondere mit Blick auf den Übergang in die Grundschule. Sprachliche Bildung wird zunehmend zu einem wesentlichen Bestandteil der pädagogischen Arbeit in Kindertagesstätten.[12]

Um Sprachentwicklung kontinuierlich fördern zu können, sind alle Eltern in Nordrhein-Westfalen seit 2007 verpflichtet, ihre Kinder zwei Jahre vor der Einschulung der Sprachstandsfeststellung Delfin 4 unterzuziehen. Dieses gesetzlich verankerte Sprachstandsfeststellungsverfahren misst die deutschen Sprachfähigkeiten vierjähriger Kinder in Kindertageseinrichtungen.[13] Ziel ist es, den vorschulischen Sprachförderbedarf in deutscher Sprache zu ermitteln und sprachförderbedürftige Kinder mittels zusätzlicher Sprachfördermaßnahmen in deutscher Sprache zu unterstützen.[14]

11 Delfin 4 steht für Diagnostik, Elternarbeit, Förderung der Sprachkompetenz in NRW bei 4-Jährigen.

12 Für weitere Informationen vgl. Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen/ Ministerium für Generationen, Familien, Frauen, Integration des Landes Nordrhein-Westfalen 2010, S. 61.

13 Zur Methode Delfin 4 vgl. Stadt Köln 2011, S. 5f.

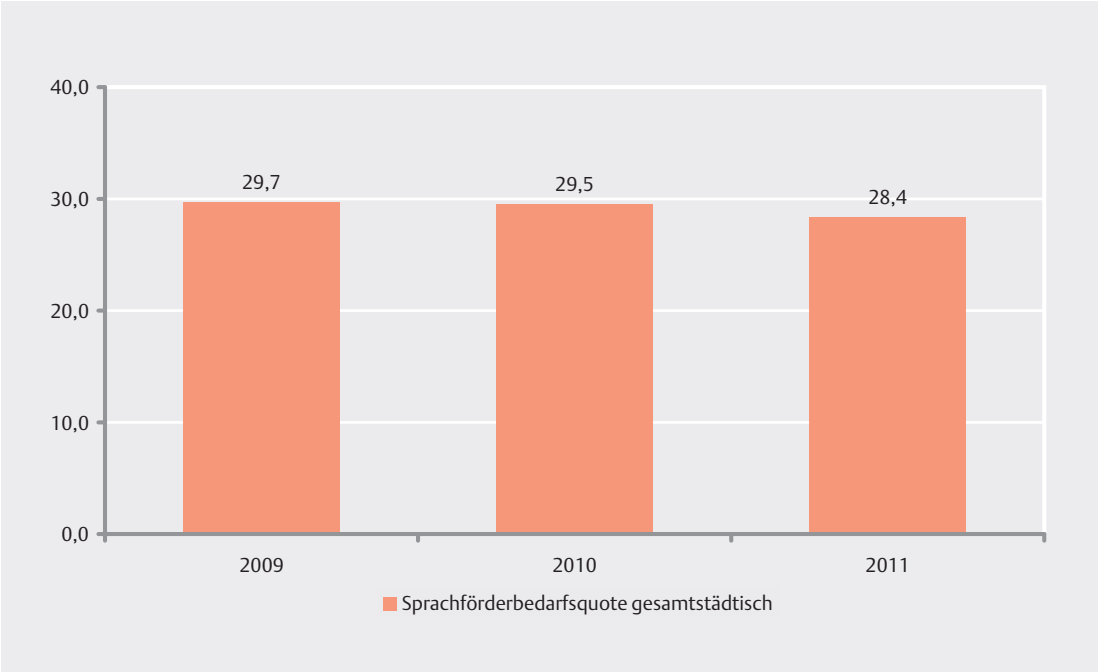
14 Wenn im Folgenden von Sprachförderbedarf die Rede ist, so ist der Förderbedarf in der deutschen Sprache gemeint.

2.2.1 Daten im Einzelnen

2.2.1.1 Entwicklung des Sprachförderbedarfs

- Im Jahr 2011 wurden insgesamt 8.349 Kinder getestet, und es wurde bei 2.369 Kindern (28,4 Prozent) Sprachförderbedarf festgestellt. Somit benötigte mehr als jedes vierte Kind aller getesteten Kinder Sprachförderung.
- Die Sprachförderbedarfsquote war gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken (-1,1 Prozent).

Abbildung 15: Sprachförderbedarfsquote gesamtstädtisch von 2009 bis 2011 in Prozent

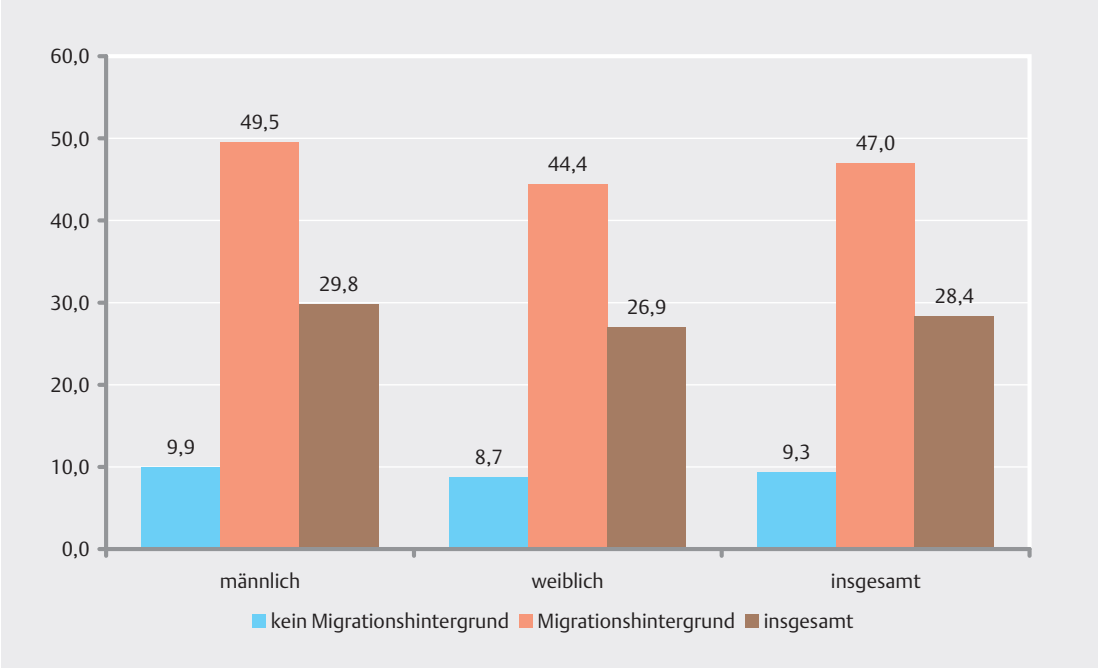


Quelle: Schulamt für die Stadt Köln; Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

2.2.1.2 Sprachförderbedarf nach Geschlecht und Migrationshintergrund[15]

- Nahezu die Hälfte aller getesteten Kinder mit Migrationshintergrund war 2011 sprachförderbedürftig. Hingegen benötigte nur jedes zehnte Kind ohne Migrationshintergrund sprachliche Förderung.
- 30 Prozent aller getesteten Jungen wiesen Sprachförderbedarf auf. Unter Mädchen war der Anteil etwas geringer. Die migrationsspezifischen Unterschiede unter den Geschlechtern waren gering ausgeprägt und entsprachen dem Gesamtergebnis.

Abbildung 16: Sprachförderbedarf nach Migrationshintergrund und Geschlecht 2011 in Prozent



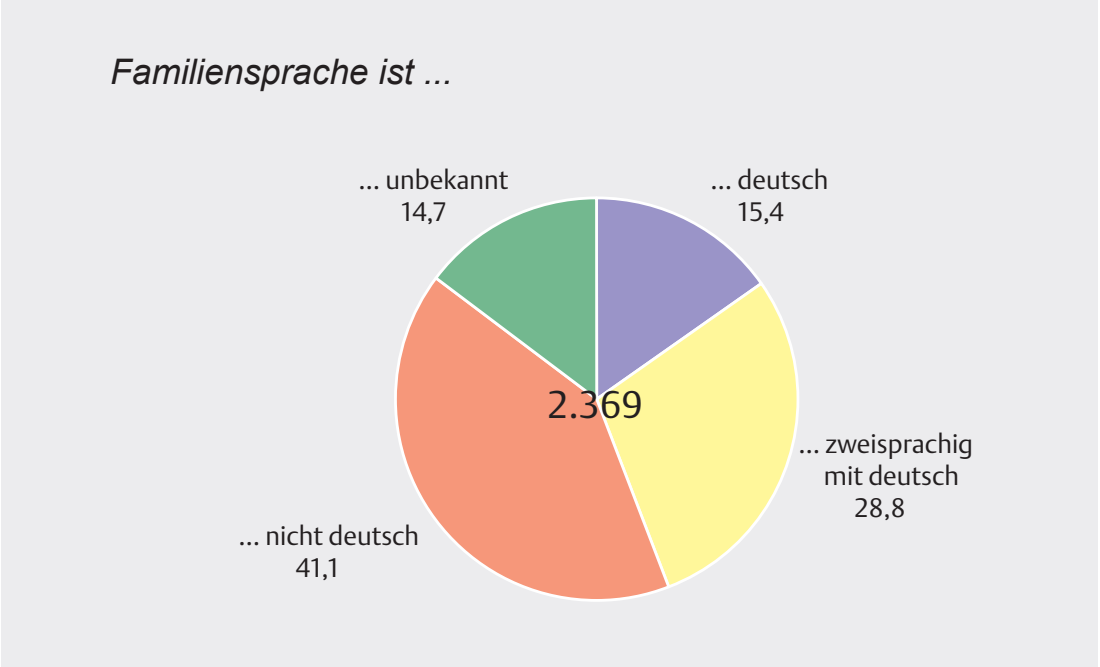
Quelle: Schulamt für die Stadt Köln; Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

15 Im Jahr 2011 konnte erstmalig der Migrationshintergrund der getesteten Kinder erhoben werden. Dieses Merkmal liegt für ältere Daten der Erhebung Delfin 4 nicht vor, so dass zeitliche Entwicklungen nicht dargestellt werden können. Zur Definition von Migrationshintergrund vgl. Kapitel 1.

2.2.1.3 Sprachförderbedarf nach Familiensprache

- 41,1 Prozent der Kinder mit Sprachförderbedarf sprachen zu Hause kein Deutsch. Gegenüber 2009 war der Förderbedarf in dieser Gruppe um 1,1 Prozent gestiegen.
- Knapp 30 Prozent der sprachbedürftigen Kinder – insgesamt 682 Kinder – wuchsen zweisprachig auf. Gegenüber 2009 gab es hier keine Veränderungen (29 Prozent).
- Deutliche Veränderungen waren bei den Kindern festzustellen, die zu Hause ausschließlich Deutsch sprachen. In dieser Gruppe war im Jahr 2011 der Anteil des Sprachförderbedarfs gegenüber 2009 um fast 6 Prozent gesunken.

Abbildung 17: Sprachförderbedarf nach Familiensprache 2011 in Prozent

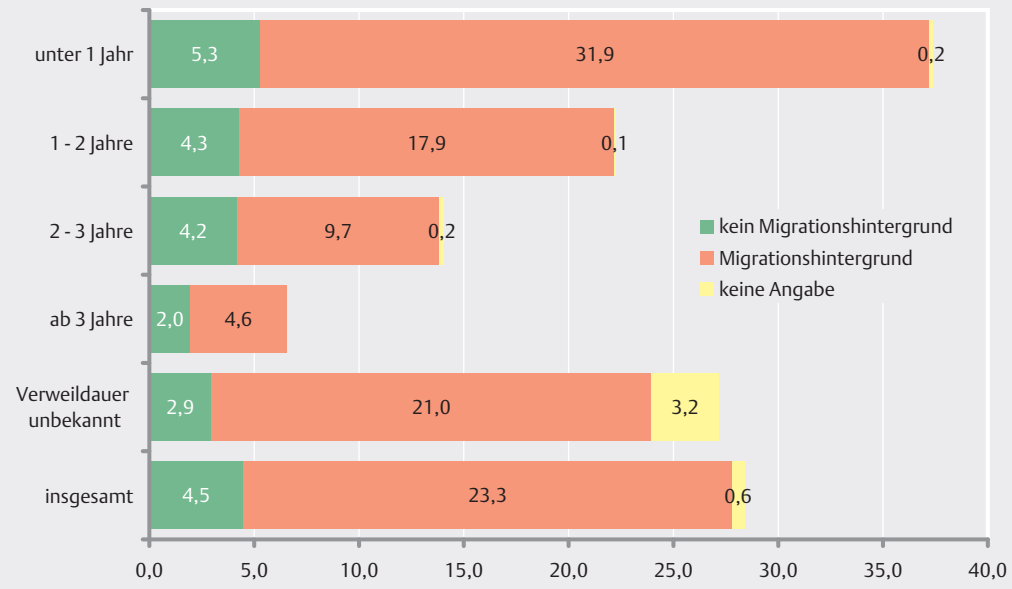


Quelle: Schulamt für die Stadt Köln; Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

2.2.1.4 Sprachförderbedarf nach Verweildauer in der Kindertagesstätte

- Ausgehend von der Verweildauer der sprachförderbedürftigen Kinder in der Kindertagesstätte zeigte sich, dass Kinder mit geringerer Verweildauer in der Kindertagesstätte einen höheren Sprachförderbedarf aufweisen als Kinder, die bereits länger die Kindertagesstätte besuchten. Insbesondere zeigte sich dies bei Kindern mit Migrationshintergrund.
- Von allen sprachförderbedürftigen Kindern, die erst seit einem Jahr ihre Kindertagesstätte besuchten (37,4 Prozent), hatte die Mehrheit (31,9 Prozent) einen Migrationshintergrund. Ihr Anteil war etwa sechs Mal höher als bei Kindern ohne Migrationshintergrund mit derselben Verweildauer.
- Mit jedem zusätzlichen Jahr in der Kindertagesstätte halbierte sich nahezu der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund, die Sprachförderbedarf aufweisen.
- Bei Kindern ohne Migrationshintergrund war der Rückgang des Sprachförderbedarfs mit jedem zusätzlichem Jahr weniger ausgeprägt und variierte zwischen 1 und 2 Prozent.

Abbildung 18: Sprachförderbedarf nach Migrationshintergrund und bisheriger Verweildauer in der Kindertagesstätte 2011 in Prozent



* Die Balkenlänge gibt die Quote des Sprachförderbedarfs insgesamt an. Die Teilbalken geben die Prozentpunkte an, mit denen Kinder mit und ohne Migrationshintergrund dazu beitragen.

Quelle: Schulamt für die Stadt Köln; Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

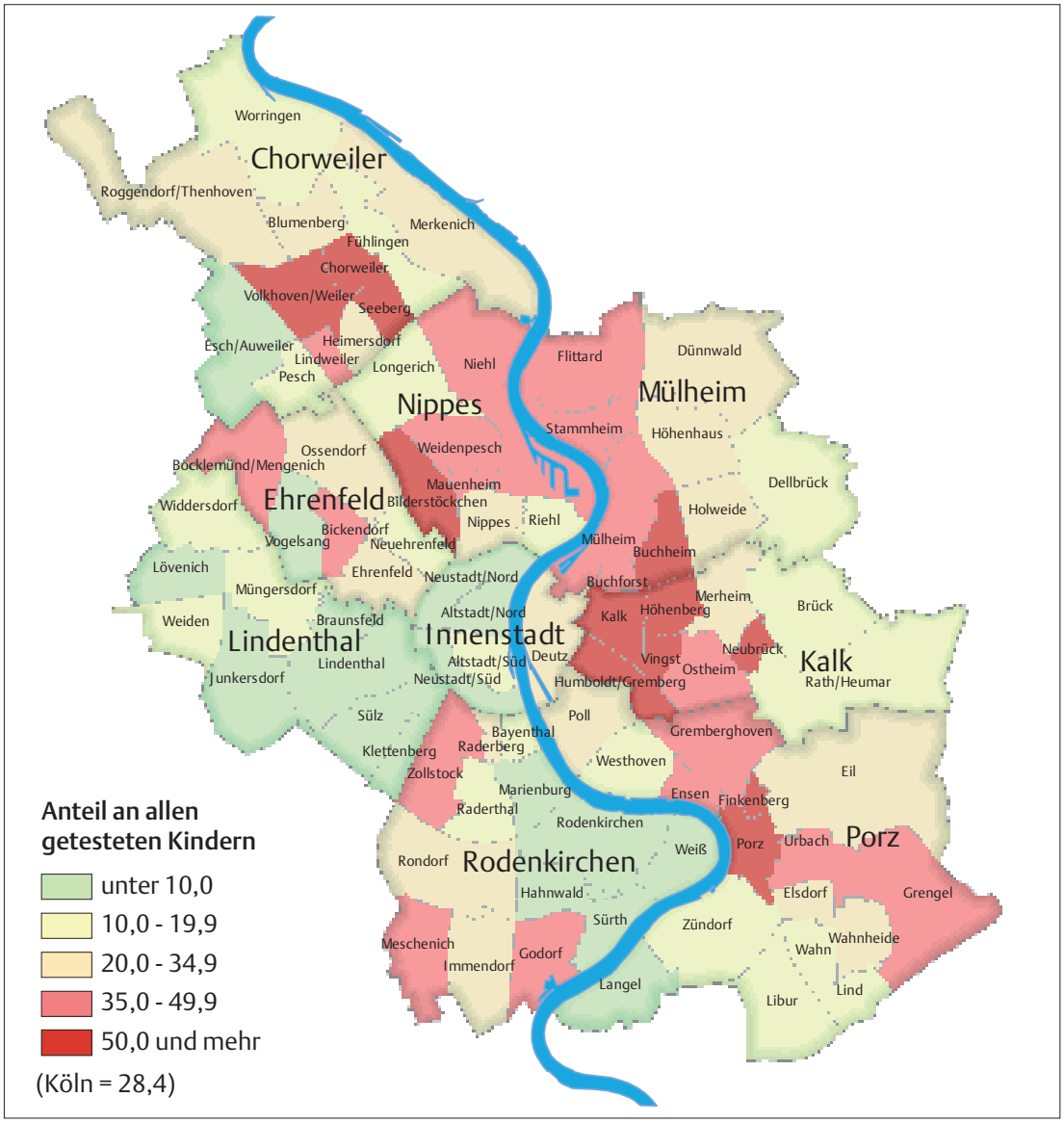
Methodische Erläuterungen

Die Daten beinhalten die Verweildauer des Kindes in der Kindertagesstätte, in der das Kind den Sprachstandstest vollzieht. Weitere Jahre, die das Kind gegebenenfalls im Vorfeld in einer anderen Kindertagesstätte verbracht hat, fließen in den Daten nicht ein.

2.2.1.5 Kleinräumige Betrachtung der Sprachförderbedarfsquote

- Die Sprachförderbedarfsquoten auf Stadtteilebene variierten zwischen 71,2 Prozent in Finkenberg und 2 Prozent in Rodenkirchen.
- In den Stadtteilen Finkenberg (71,2 Prozent), Chorweiler (65,9 Prozent) und Seeberg (58,4 Prozent) fanden sich die höchsten Sprachförderbedarfsquoten, die weit über dem Kölner Durchschnittswert lagen. Hingegen wiesen Rodenkirchen, Klettenberg und Esch/Auweiler mit Quoten zwischen 2 und 4 Prozent den niedrigsten Sprachförderbedarf auf.
- Setzt man den Sprachförderbedarfsquoten die Anteile an vierjährigen Kindern mit Migrationshintergrund sowie die Anteile derer, die in SGB II-Bedarfsgemeinschaften leben, gegenüber, so zeigte sich, dass in Stadtteilen mit höheren Sprachförderbedarfquoten der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund und derer, die in Armutsverhältnissen leben, höher war als in Stadtteilen mit niedrigen Sprachförderbedarfsquoten. Wie im letzten Bericht zur Sprachstandsfeststellung beschrieben, lassen sich hier Zusammenhänge zwischen Sprachförderbedarf, Migrationshintergrund und sozialer Lage vermuten.

Karte 5: Sprachförderbedarfsquote auf Stadtteilebene 2011 in Prozent



Quelle: Schulamt für die Stadt Köln; Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

2.2.2 Schlussbetrachtung

Etwas mehr als ein Viertel aller getesteten Kinder wies 2011 Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache auf. Gegenüber den beiden letzten Jahren war die Quote geringfügig gesunken. Dabei wiesen im Jahr 2011 Kinder mit Migrationshintergrund einen wesentlich höheren Sprachförderbedarf auf als Kinder ohne Migrationshintergrund. Nahezu die Hälfte aller getesteten Kinder mit Migrationshintergrund war 2011 sprachförderbedürftig. Ferner sprach ein hoher Anteil der sprachförderbedürftigen Kinder zu Hause kein Deutsch oder wuchs zweisprachig auf.

Die Betrachtung des Sprachförderbedarfs nach der bisherigen Verweildauer in der Kindertagesstätte (Kita) und nach dem Migrationshintergrund zeigte, dass Defizite in der deutschen Sprache bei Kindern mit Migrationshintergrund mit zunehmender Verweildauer in der Kita wesentlich stärker abnehmen als dies bei Kindern ohne Migrationshintergrund der Fall ist. Der Besuch einer Kindertagesstätte wirkt sich also bei Kindern mit Migrationshintergrund besonders positiv auf den Erwerb der deutschen Sprache aus, zumal wenn sie erst in der Kindertagesstätte mit der

deutschen Sprache in Berührung gekommen sind. Die Kenntnisse einer anderen Sprache oder die Dauer des Deutschlernens werden in der Sprachstandserhebung nicht berücksichtigt. Bei dieser Betrachtung wurden auch andere Faktoren außer Acht gelassen. Wie im Bericht zur Sprachstandsfeststellung zwei Jahre vor der Einschulung (Ergebnisse 2009 und 2010) angeführt, sind nicht der Migrationshintergrund und die Familiensprache vorrangig für eine höhere Sprachförderquote verantwortlich, sondern vor allem schwierige soziale Verhältnisse. Daten der Kölner Statistik belegen, dass Familien mit Migrationshintergrund deutlich häufiger von SGB II-Leistungen betroffen sind als solche ohne Migrationshintergrund.[16]

Der Bedarf an Sprachfördermaßnahmen im Elementarbereich variiert auf Ebene der Stadtteile. Es lassen sich Stadtteile mit Quoten von 2 bis 4 Prozent ausmachen, die kaum Sprachförderbedarf aufweisen. Andererseits gibt es Stadtteile, in denen die Sprachförderbedarfsquote weit mehr als doppelt so hoch war wie der gesamtstädtische Durchschnitt. In diesen Stadtteilen zeigen sich außerdem hohe Anteile an Kindern, die in Armutsverhältnissen leben und an Kindern mit Migrationshintergrund.

Zur Förderung der deutschen Sprache in Bezug auf Kinder mit Migrationshintergrund ist neben den Fördermaßnahmen in Kindertagesstätten das Projekt “Rucksack” zu erwähnen, das das Erlernen der Zweitsprache Deutsch in der Kindertageseinrichtung mit der Förderung der Kinder in der Familiensprache durch die Eltern verbindet und die Zusammenarbeit zwischen Regeleinrichtung und Elternhaus stärkt.[17] Trotz angespannter Haushaltslage hat der Rat der Stadt Köln im Oktober 2011 beschlossen, dieses Projekt im derzeitigen Umfang unbefristet fortzusetzen. Im Rahmen des Programms „Mülheim 2020“ findet derzeit eine Ausweitung im Fördergebiet Köln-Mülheim statt. Geplant ist darüber hinaus eine Ausweitung auch in anderen Stadtbezirken mit Mitteln aus dem Kulturförderprogramm.

Einen zentralen Einfluss auf den Erwerb der deutschen Sprache übt die Familiensprache aus, das heißt die Sprache, die die Kinder zu Hause mit ihren Bezugspersonen sprechen. Von allen sprachförderbedürftigen Kindern sprachen 40 Prozent kein Deutsch in ihrer Familie und nahezu 30 Prozent wuchsen zweisprachig auf. Diese Daten machen deutlich, dass ein nicht geringer Anteil an Kindern von zu Hause unterschiedliche Sprachen in die Kindertagesstätten und später dann auch in die Schulen mitbringt. Die Zwei- beziehungsweise Mehrsprachigkeit von Kindern ist eine wichtige Bildungsvoraussetzung, die angemessen berücksichtigt werden sollte. Der Erwerb der deutschen Sprache wird für Kinder mit anderer Herkunftssprache zu einem frühen Zweitsprachenerwerb. Studien weisen nach, dass das Aufwachsen mit zwei oder mehr Sprachen auf die frühe Sprachentwicklung Einfluss hat und hieraus Konsequenzen für die Förderung abzuleiten sind. Eine Erstsprache kann als Wegbereiterin der zweiten Sprache angesehen werden.[18] Systematische Förderung des Erstspracherwerbs muss daher als pädagogische Aufgabe begriffen werden, womit Sprachförderung nicht nur auf die deutsche Sprache angewandt werden kann, sondern zunehmend als Förderung von Mehrsprachigkeit verstanden werden muss.

16 Vgl. Stadt Köln 2011, S. 11ff.

17 Im Rahmen dieses Projekts werden Kinder mit Migrationshintergrund in der Kindertagesstätte/Grundschule in der deutschen Sprache (unter Umständen zusätzlich in der Muttersprache) und zu Hause in der Muttersprache gefördert. Parallel zu der Arbeit mit den Kindern in der Kindertagesstätte beziehungsweise dem themenbezogenen Unterricht in der Grundschule treffen sich die Mütter der Kinder einmal wöchentlich, um unter Anleitung durch eine Elternbegleiterin am gleichen Thema zu arbeiten, das sie dann zu Hause in der Muttersprache aufgreifen.

18 Vgl. Röhner, 2008.

Die Stadt Köln geht bereits im Elementar- und Primarbereich auf diese Herausforderung ein. Trotz fehlender Fördermaßnahmen von Mehrsprachigkeit seitens des Landes wird im Elementarbereich versucht, die bisher stattfindenden bilingualen Angebote in Kindertagesstätten und den Bestand an mehrsprachigen städtischen Kindertageseinrichtungen (im Kindergartenjahr 2010/11 waren es 19 bilinguale Kindertageseinrichtungen, davon zwei zur Unterstützung der natürlichen Mehrsprachigkeit – ein Modellprojekt auf Initiative des Integrationsrates) auszuweiten.

Im Primarbereich findet herkunftssprachlicher Unterricht von bis zu fünf Wochenstunden statt, sobald mindestens 15 Schüler gleicher Sprache hierfür angemeldet sind. Der Unterricht zielt darauf, die muttersprachlichen Fähigkeiten in Wort und Schrift zu erweitern sowie landeskundliche Inhalte zu vermitteln. Das bisherige freiwillige Angebot in Köln konzentriert sich auf die Sprachen Albanisch, Arabisch, Bosnisch, Griechisch, Italienisch, Kroatisch, Kurdisch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch und Türkisch. Hier besteht seitens der Stadt Köln das Interesse gemeinsame Angebote für mehrere Schulen und für unterschiedliche Schulformen zu schaffen sowie altersgemischte Gruppen zu bilden.

Zusätzlich bietet das Schulamt für die Stadt Köln die Programme „Koordinierte Alphabetisierung im Anfangsunterricht (KOALA)“ und „Bilinguale Schulen“ zur Stärkung der Mehrsprachigkeit an. Das Programm KOALA wird derzeit in neun Schulen mit der Sprache Türkisch durchgeführt und zielt darauf den herkunftssprachlichen Unterricht mit dem Regelunterricht systematisch und organisatorisch zu verzahnen. Die „Bilingualen Schulen“ bieten den Schülerinnen und Schülern fünf zusätzliche Wochenstunden in der Herkunftssprache sowie zweisprachigen Sachunterricht an. Bilingual wird derzeit in Französisch, Italienisch, Spanisch und Türkisch unterrichtet. 2009 gründete die Stadt den „Verbund Kölner Europäischer Grundschulen“, dem derzeit zehn Schulen angehören. Diese Schulen wurden wegen ihres systematischen Ansatzes zur Unterstützung der natürlichen Mehrsprachigkeit ausgezeichnet.

Für eine kontinuierliche und systematische Förderung sprachlicher Bildung steht die Stadt Köln vor der Herausforderung, zukünftig im Elementar- und Primarbereich und darüber hinaus nicht nur die entsprechenden strukturellen Rahmenbedingungen wie die Beschäftigung zwei- beziehungsweise mehrsprachiger Fachkräfte zu schaffen, sondern die jeweiligen Sprachkonzepte verstärkt aufeinander zu beziehen. Dabei sind die Verzahnung von Maßnahmen und das konstruktive Zusammenwirken aller betroffenen Akteure vor Ort zukünftig für eine Verbesserung der Sprachfähigkeit von Kindern relevant.

Literatur

Röhner, Charlotte (Hrsg.): Erziehungsziel Mehrsprachigkeit. Diagnose von Sprachentwicklung und Förderung von Deutsch als Zweitsprache. Weinheim und München 2008. Abrufbar unter: http://books.google.de/books?hl=de&lr=&id=_IzDsGhl3EEC&oi=fnd&pg=PA7&dq=fr%C3%BChe+F%C3%B6rderung+von+Mehrsprachigkeit&ots=g5uhnAKWnm&sig=1L1k76OmuDSzO9udhs6Ku47puCs#v=onepage&q=fr%C3%BChe%20F%C3%B6rderung%20von%20Mehrsprachigkeit&f=false. Stand 10.02.2012.

Stadt Köln (2011): Sprachstandfeststellung zwei Jahre vor der Einschulung – Ergebnisse 2009 und 2010 in Köln. Köln 2011.



3 Allgemeinbildende Schulen

3 Allgemeinbildende Schulen

3.1 Offener und gebundener Ganztag an Kölner Schulen

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, als auch für die Förderung bildungsbenachteiligter Kinder und Jugendlicher ist es essentiell, Strukturen zu schaffen, die eine qualitativ hochwertige Betreuung beinhalten und gleichzeitig die Bildungschancen von allen Schülerinnen und Schülern erhöhen.

Ganztagsschulen sind ein wichtiger Baustein, der dabei hilft, diese Ziele zu erreichen. Offene Ganztagsschulen im Primarbereich bieten Schülerinnen und Schülern im Rahmen der außerunterrichtlichen Maßnahmen bedarfsgerechte Betreuungs-, Förder- und Freizeitangebote an, die auf die Besonderheiten der jeweiligen Schule ausgerichtet sind. Hierzu zählen unter anderem Lernzeiten, individuelle Förderung für Kinder sowohl mit Lernproblemen als auch mit besonderen Begabungen, themenbezogene Arbeitsgemeinschaften und Projekte sowie Freizeitangebote. Gebundene Ganztagsschulen in der Sekundarstufe I gewährleisten ganztägigen Unterricht und Betreuung der Schülerinnen und Schüler. Diese sind hier verpflichtet an einer Mindestzahl von Wochentagen für eine bestimmte Anzahl an Stunden an den ganztägigen Angeboten teilzunehmen.

Das Ganztagskonzept fördert zudem die individuelle Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. So bestätigen Eltern, in einer von BiGa[19] Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010/11 erhobenen Studie zu Ganztagsschulen in Nordrhein-Westfalen, eine positive Wirkung des Ganztages auf die persönlichen und sozialen Kompetenzen ihrer Kinder, vor allem in der Primarstufe.[20] Auch hinsichtlich der schulischen Leistung, so belegt die Studie, trägt die Förderung am Nachmittag dazu bei, Benachteiligungen zu kompensieren und bessere Noten vorzubringen: „Nimmt das Kind an vier oder fünf Tagen die Woche am Ganztag teil, nehmen die Eltern eine stärkere positive Entwicklung in Bezug auf die Schulleistung und die deutsche Sprache des Kindes wahr.“[21]

In Deutschland hat sich in den letzten Jahren eine enorme Offensive hinsichtlich der Ganztagsbetreuung vollzogen. Während im Jahr 2002 bundesweit erst 16 Prozent aller Schulen ein Ganztagsangebot zur Verfügung stellten, waren es im Jahr 2009 bereits fast die Hälfte (46,8 Prozent) aller Schulen in Deutschland.[22]

Auch in Köln hat mit der im Schuljahr 2006/07 begonnenen Qualitätsoffensive Hauptschule, in der Hauptschulen in Köln zu erweitert gebundenen Ganztagsschulen umgewandelt wurden und der Ganztagsoffensive Sekundarstufe I im Schuljahr 2009/10, ein Wandel hinsichtlich Halbtags- und Ganztagsschulen im Sekundarbereich I stattgefunden. Der Prozess des Ausbaus von städtischen Grundschulen zum offenen Ganztag wurde bereits im Schuljahr 2003/04 initiiert.

---

19 BiGa NRW steht für Bildungsberichterstattung Ganztagsschule Bildungsbericht Ganztagsschule NRW. Die BiGa NRW erfasst Entwicklungen, Veränderungen und Weiterentwicklungsbedarfe anhand eigener empirischer Erhebungen in den Ganztagsschulen NRW und veröffentlicht in den Jahren 2010 bis 2014 jährlich einen Bildungsbericht zum Ganztag in NRW. Vgl. Börner u. a. 2011, S. 4.

20 Vgl. Börner u. a. 2011, S. 37.

21 Börner u. a. 2011, S. 38.

22 Vgl. Rede der Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Berlin, 2011. S. 2.

Mit dem Ausbau verfolgt Köln die vorab genannten familien- und bildungspolitischen Zielsetzungen, die beide eng mit den veränderten Lebensbedingungen und den – abweichend zu den meisten anderen Landesteilen – steigenden Kinderzahlen verknüpft sind. Gleichzeitig ist der Ganztag ein wesentlicher Baustein einer zukunftsfähigen Entwicklung gleichermaßen von Schulen und Jugendhilfe in der Kölner Bildungslandschaft.

Begriffliche Erläuterungen

Unter dem Begriff Ganztagsschulen fallen in Nordrhein-Westfalen drei Formen von Angeboten für Schülerinnen und Schüler:

Offener Ganztag: Es handelt sich um ein von Schule und Jugendhilfe gemeinsam getragenes Bildungsangebot der Grund- und Förderschulen (das heißt für Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 4 an Grundschulen und an Förderschulen bis Klasse 6). Die Teilnahme ist freiwillig, jedoch für ein Schuljahr verbindlich.[23]

Gebundener Ganztag: Das Angebot findet in weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I statt und ist als Nachmittagsangebot bindend. Die Schülerinnen und Schüler sind verpflichtet für einen bestimmten Zeitrahmen die zusätzlichen Kurse zu besuchen. Die Unterrichtszeit bezieht sich auf mindestens sieben Zeitstunden an mindestens drei Schultagen.

Erweitert gebundener Ganztag: Das Angebot findet in Haupt- und in wenigen Fällen auch in Förderschulen statt. Die Teilnahme ist für Schülerinnen und Schüler an mindestens vier Tagen mit sieben Stunden Unterricht verbindlich. Jede einzelne Schule kann dabei noch zusätzliche freiwillige und außerunterrichtliche Angebote aufstellen.

23 Vgl. Börner u. a., 2011, S. 4.

3.1.1 Daten im Einzelnen

3.1.1.1 Schulen mit offenem und gebundenem Ganztag

- Im Schuljahr 2011/12 sind von 140 städtischen Grundschulen und 22 städtischen Förderschulen insgesamt 139 Grundschulen und 17 Förderschulen „offene Ganztagsschulen".
- Gleichzeitig stellen mehr als die Hälfte der weiterführenden Schulen in Köln in städtischer Trägerschaft ein Ganztagsangebot zur Verfügung. Von 107 weiterführenden städtischen Schulen in Köln werden 56 im gebundenen oder erweitert gebundenen Ganztag geführt.
- Die Hälfte aller 30 städtischen Gymnasien in Köln stellt ein Ganztagsangebot zur Verfügung, während elf von 23 Realschulen und alle neun Gesamtschulen in Köln in städtischer Trägerschaft Ganztagsbetreuung eingeführt haben. Auch an den beiden Gemeinschaftsschulen[24] wird gebundener Ganztagsunterricht angeboten. 13 der 23 städtischen Hauptschulen werden im gebundenen Ganztag geführt, davon neun im erweitert gebundenen Ganztag.

Tabelle 1: Anzahl der weiterführenden Schulen mit gebundenem Ganztag im Schuljahr 2011/12

	Förder-schulen	Haupt-schulen	Real-schulen	Gym-nasien*	Gesamt-schulen*	Gemeinschafts-schulen
Schulformen insgesamt	23**	23	23	30	9	2
darunter im Ganztag gebunden	5	4	11	15	9	2
erweitert gebunden	1	9	-	-	-	-

* Das Ganztagsangebot richtet sich nur an die Sekundarstufe I

** 17 Förderschulen im offenen Ganztag 1. bis 6. Schuljahr. Davon drei Förderschulen mit Förderschwerpunkt Sprache nur im Primarbereich (1. bis 4. Schuljahr).

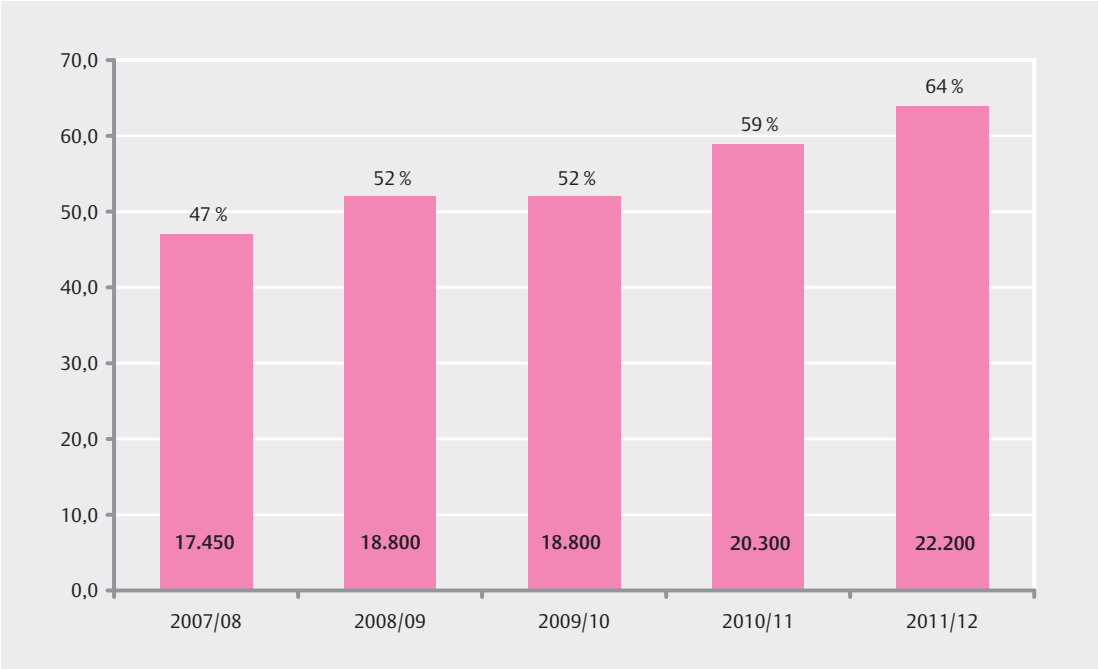
Quelle: Stadt Köln – Stabsstelle für Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung

24 Im Rahmen des Schulversuchs hat der Rat der Stadt Köln am 14.12.2010 die Errichtung von Gemeinschaftsschulen zum Schuljahr 2011/12 beschlossen.

3.1.1.2 Plätze im offenen Ganztag an Grundschulen (Primarbereich)

- In seiner Sitzung vom 26.05.2011 beschloss der Rat der Stadt Köln die Plätze im offenen Ganztag im Schuljahr 2011/12 auf 22.200 zu erhöhen. Dies entspricht einer Versorgungsquote von 64 Prozent, das heißt für 64 Prozent aller Kölner Schülerinnen und Schüler steht gesamtstädtisch im Schuljahr 2011/12 ein Platz im offenen Ganztag im Primarbereich zur Verfügung.[25]
- Seit dem Schuljahr 2007/08 wurden insgesamt 4.750 zusätzliche Plätze im offenen Ganztag geschaffen. Dies entspricht einer prozentualen Erhöhung von 17 Prozent.

Abbildung 19: Entwicklung der Platzzahlen im offenen Ganztag sowie Versorgungsquoten in den Schuljahren 2007/08[26] bis 2011/12



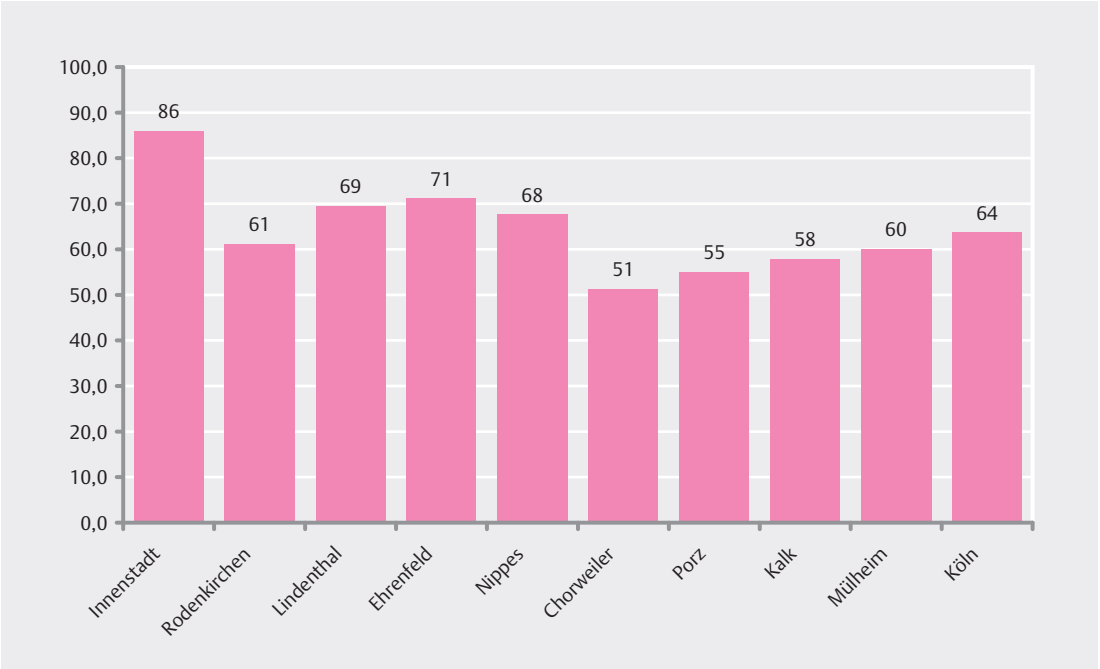
Quelle: Stadt Köln – Amt für Schulentwicklung

25 Der Primarbereich umfasst auch die Förderschulen, in denen der offene Ganztag vom ersten bis zum sechsten Jahrgang stattfindet.

26 Die Versorgungsquote bei den offenen Ganztagesplätzen errechnet sich anhand der Plätze im offenen Ganztag geteilt durch die Schülerzahl Stand 2009/10.

- In allen Kölner Stadtbezirken liegt die Versorgungsquote an offenen Ganztagsplätzen zum Schuljahr 2011/12 bei mindestens 50 Prozent. In fünf Stadtbezirken liegt die Versorgung noch unter dem städtischen Durchschnitt von 64 Prozent.
- Den höchsten Versorgungsgrad an offenen Ganztagsplätzen in städtischer Trägerschaft weist dabei der Stadtbezirk Innenstadt auf (86 Prozent), gefolgt von Ehrenfeld (71 Prozent) und Lindenthal (69 Prozent). In Chorweiler hingegen findet man die niedrigste Versorgungsquote. Hier kann etwa jede zweite Schülerin beziehungsweise jeder zweite Schüler am offenen Ganztag teilnehmen (51 Prozent).

Abbildung 20: Versorgungsquoten im offenen Ganztag im Primarbereich im Schuljahr 2011/12 nach Stadtbezirken in Prozent



Quelle: Stadt Köln – Amt für Schulentwicklung

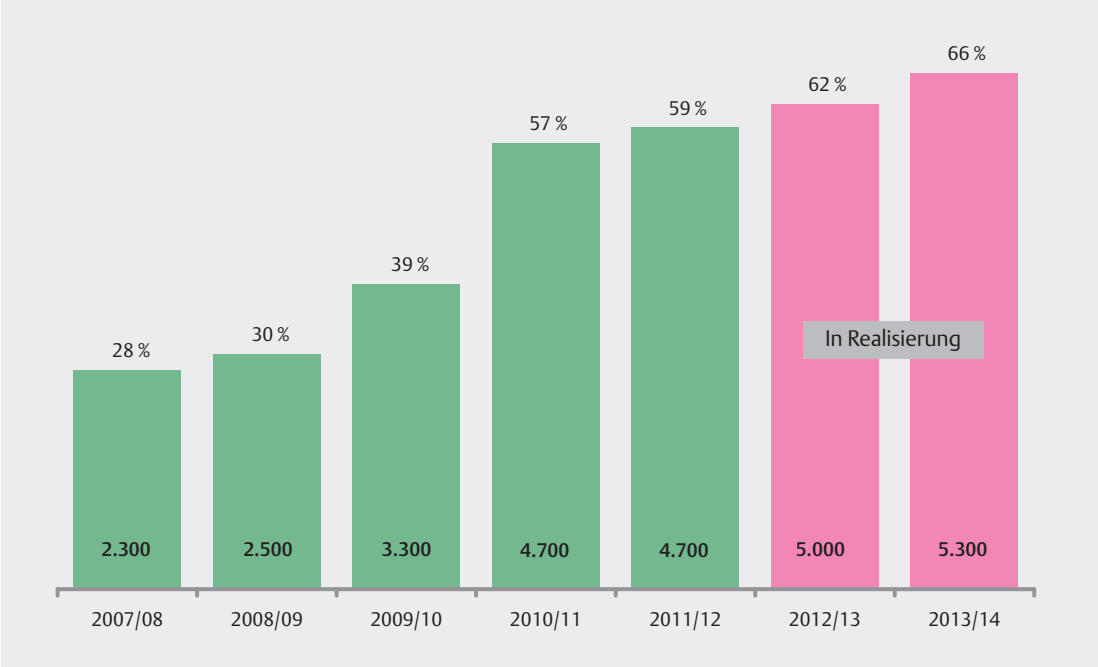
3.1.1.3 Plätze im gebundenen Ganztag an weiterführenden Schulen in den Eingangsklassen (Sekundarbereich I)

- Seit dem Schuljahr 2007/08 haben sich die Platzzahlen im gebundenen Ganztag im Sekundarbereich I der weiterführenden Schulen mehr als verdoppelt.
- Die Versorgungsquote im gebundenen Ganztag liegt bei 59 Prozent und ist seit dem Schuljahr 2007/08 um 31 Prozentpunkte gestiegen. Im aktuellen Schuljahr 2011/12 sind somit mehr als die Hälfte aller Plätze in den Eingangsklassen aller weiterführenden Schulen in städtischer Trägerschaft Ganztagsplätze.[27]

27 Ausgenommen sind hier die städtische Montessori Hauptschule Ferdinandstrasse (sie ist auslaufend; keine Aufnahme ins 5. Schuljahr für 2011/12) und die private Internationale Friedensschule Neue Sandkaul.

- Der Rat der Stadt Köln hat am 20.12.2011 beschlossen, für weitere fünf städtische Schulen die Zulassung zum Ganztagsbetrieb ab dem Schuljahr 2012/13 beziehungsweise 2013/14 zu beantragen. Die Versorgungsquote würde dann auf rund 65 Prozent ansteigen.[28]

Abbildung 21: Entwicklung der Platzzahlen im gebundenen Ganztag sowie Versorgungsquote im Sekundarbereich I[29]



Quelle: Stadt Köln – Stabsstelle für Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung

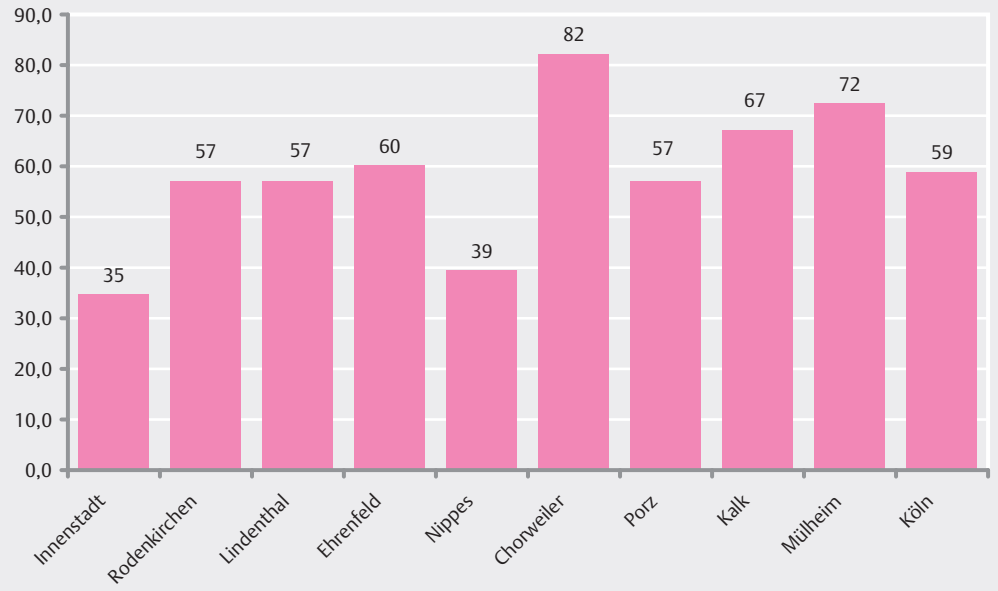
3.1.1.4 Kleinräumige Betrachtung

- Auf Ebene der Kölner Stadtbezirke zeigt sich, dass die Versorgungsquote an Plätzen im gebundenen Ganztag in sieben von neun Stadtbezirken bei 57 Prozent und mehr liegt. Der gesamtstädtische Durchschnittswert von 59 Prozent wird somit in fast allen Stadtbezirken nahezu erreicht oder sogar überstiegen.
- Die Quoten reichen von 35 Prozent im Stadtbezirk Innenstadt bis zu 82 Prozent im Stadtbezirk Chorweiler. Während Innenstadt und Nippes mit weniger als 40 Prozent die niedrigste Versorgung an gebundenen Ganztagsplätzen aufweisen, verzeichnen Chorweiler, Mülheim und Kalk die höchsten Versorgungsquoten. Diese drei Stadtbezirke zeichnen sich im Vergleich zu Innenstadt und Lindenthal durch einen höheren Bevölkerungsanteil an Personen mit Migrationshintergrund sowie einem höheren Anteil an Menschen aus, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind.

28 Vgl. Stadt Köln. Pressemitteilung vom 12/2011.

29 Die Versorgungsquote im gebundenen Ganztag errechnet sich anhand der gebundenen Ganztagsplätze in den Eingangsklassen der Sekundarstufe I geteilt durch alle Plätze in den Eingangsklassen.

Abbildung 22: Versorgungsquoten im gebundenen Ganztag an weiterführenden Schulen in den Eingangsklassen im Schuljahr 2011/12 nach Stadtbezirken in Prozent



Quelle: Stadt Köln – Stabsstelle für Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung

3.1.2 Interkommunaler Vergleich

Methodische Erläuterungen

Für einen Vergleich mit anderen Kommunen müssen Daten betrachtet werden, die auf der gleichen Grundlage erhoben wurden. Der interkommunale Vergleich stützt sich daher auf Datenquellen vom Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen (IT.NRW). Die Daten der amtlichen Statistik haben den Vorteil, dass sie in vergleichbarer Form für alle Kreise und kreisfreien Städte in NRW vorliegen und somit nicht nur Vergleiche zwischen einzelnen Kommunen sondern auch mit der Landesebene und dies auch in Zeitreihen ermöglichen. Es ist darüber hinaus an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass sich die Daten von IT.NRW von den von der Stadt Köln an die Bezirksregierung gelieferten Daten aufgrund von unterschiedlichen Datenzugängen beziehungsweise Fortschreibungen leicht abweichen können.

Quoten im offenen Ganztag: Aufgrund der Datenlage werden in den folgenden Ausführungen zum offenen Ganztag **nicht** wie in den bisherigen Ausführungen **alle** vorhandenen Plätze im Ganztag betrachtet, **sondern** der Anteil an Schülerinnen und Schülern im offenen Ganztag an Grundschulen. Um eine Vergleichbarkeit zu den anderen kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen herstellen zu können, müssen hierfür die Schülerinnen und Schüler an Förderschulen ausgeklammert werden. Vor diesem Hintergrund weicht die für den interkommunalen Vergleich berechnete Quote für Köln von der im Vorfeld berechneten Quote ab.

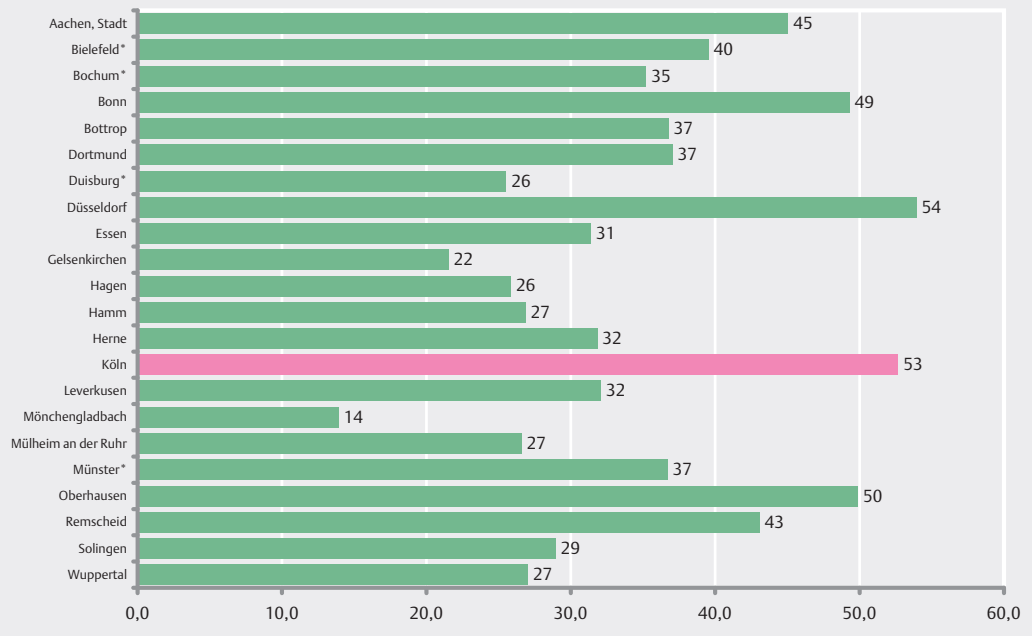
Bei den für die kreisfreien Städte Bielefeld, Bochum, Duisburg und Münster ermittelten Quoten muss berücksichtigt werden, dass sie auch Schülerinnen und Schüler im gebundenen Ganztag an Grundschulen enthalten.

Quoten im gebundenen Ganztag: Für die ermittelten Quoten im gebundenen Ganztag in den kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen wurde der Anteil der Schülerinnen und Schüler im gebundenen Ganztag an weiterführenden Schulen betrachtet.

3.1.2.1 Schülerinnen und Schüler im offenen Ganztag

- Der Anteil der Schülerinnen und Schülern im offenen Ganztag an Grundschulen im Schuljahr 2010/11 reichte von 14 Prozent in Mönchengladbach bis 54 Prozent in Düsseldorf.
- In Köln nutzten knapp mehr als die Hälfte (53 Prozent) aller Schülerinnen und Schüler an Grundschulen im Schuljahr 2010/11 den offenen Ganztag. Damit steht Köln mit seinem Anteil der Schülerinnen und Schülern im offenen Ganztag im Primarbereich mit an der Spitze aller kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen.

Abbildung 23: Anteil der Schülerinnen und Schüler am offenen Ganztag im Primarbereich in kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen im Schuljahr 2010/11[30] in Prozent



*beinhaltet auch Schülerinnen und Schüler am gebundenen Ganztag

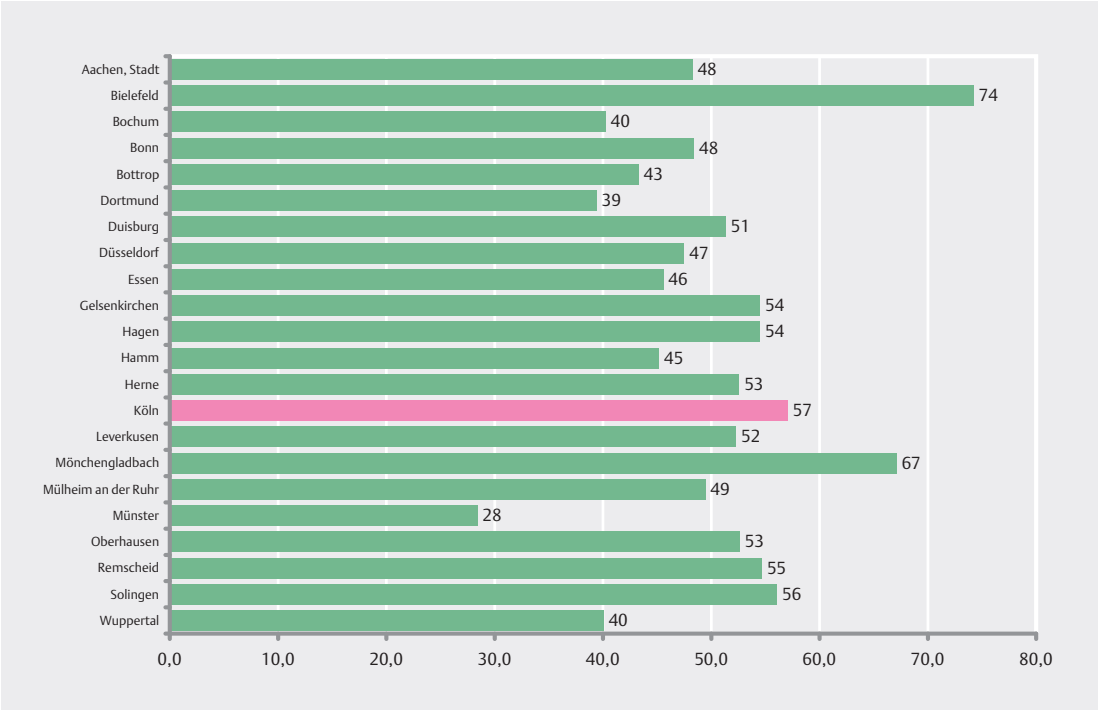
Quelle: Information und Technik NRW. Eigene Berechnungen.

30 Beinhaltet Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Grundschulen. In den Städten Bielefeld, Dortmund, Duisburg und Münster bieten die Grundschulen, anders als in Köln, auch gebundenen Ganztag an. Deshalb sind in den Quoten dieser Städte auch Schülerinnen und Schüler im gebundenen Ganztag an Grundschulen enthalten. Ausgeschlossen sind Schülerinnen und Schüler im Primarbereich an Förderschulen.

3.1.2.2 Schülerinnen und Schüler im gebundenen Ganztag

- Bezogen auf die Inanspruchnahme von Ganztagsplätzen an weiterführenden Schulen lag Köln im Schuljahr 2010/11 auf dem dritten Platz aller kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen. In Köln nahmen mehr als die Hälfte (57 Prozent) aller Schülerinnen und Schüler der 5. Jahrgangsstufe an weiterführenden Schulen am gebundenen Ganztag teil.
- Die höchsten Anteile von Schülerinnen und Schüler in der 5. Jahrgangsstufe im gebundenen Ganztag fanden sich im Schuljahr 2010/11 in den Städten Bielefeld (74 Prozent) und Mönchengladbach (67 Prozent). In den Städten Münster und Dortmund lagen die Anteile von Schülerinnen und Schüler im gebundenen Ganztag hingegen am niedrigsten bei 28 Prozent, beziehungsweise 39 Prozent.

Abbildung 24: Anteil der Schülerinnen und Schüler in der 5. Jahrgangsstufe am gebundenen Ganztag an weiterführenden Schulen in kreisfreien Städten in NRW im Schuljahr 2010/11[31] in Prozent



Quelle: Information und Technik NRW

3.1.3 Schlussbetrachtung

Die Zeit, die eine Schülerin beziehungsweise ein Schüler durchschnittlich am Tag in der Schule verbringt hat sich bundesweit, wie auch in Köln, in den letzten Jahren gravierend verändert. Haben Mitte der 1990er Jahre Schülerinnen und Schüler noch vorwiegend an Halbtagsschulen gelernt, stehen den Schülerinnen und Schülern zum aktuellen Schuljahr in Köln zwei Drittel Plätze im offenen Ganztag an Grundschulen und im gebundenen Ganztag der Sekundarstufe I an weiterführenden Schulen zur Verfügung. Auch an Hauptschulen, an denen derzeit die Nachfrage nach Schülerplätzen zurück geht, werden Ganztagsplätze vorgehalten. Daher wird sich in Köln zukünftig auch durch (möglicherweise erforderlich werdende) schulorganisatorische Maßnahmen an Hauptschulen der Anteil der Plätze im gebundenen Ganztag verändern.

31 Beinhaltet Schülerinnen und Schüler an Haupt-, Real-, und Gesamtschulen und Gymnasien in der Jahrgangsstufe 5.

Auf kleinräumiger Ebene zeigen die Versorgungsquoten an gebundenen Ganztagsplätzen, dass im Schuljahr 2010/11 vorrangig in Stadtbezirken mit einem hohem Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund und hilfebedürftigen Personen nach SGB II die Versorgung an Ganztagsplätzen über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 59 Prozent lag. Unter dem Aspekt der Bildungs- und Chancengerechtigkeit zeigen diese Quoten, dass bei der Umsetzung des Ganztagskonzepts auch sozialräumliche Kriterien beachtet werden und vor allem dort angesetzt wird, wo der Bedarf an Ausgleichsmaßnahmen hoch ist.

Im interkommunalen Vergleich stand Köln im Schuljahr 2010/11 bei der Nutzung von sowohl offenen wie auch gebundenen Ganztagsplätzen jeweils mit an der Spitze aller kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen.

In den nächsten Jahren soll der Ganztag an den weiterführenden Schulen in Köln weiter ausgebaut werden, und ähnlich wie der offene Ganztag im Primarbereich, perspektivisch an allen Kölner Schulen angeboten werden. Für die nächsten Schuljahre hat der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 20.12.2011, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln, die Einführung von gebundenem Ganztag an fünf weiteren Schulen zum Schuljahr 2012/13 oder 2013/14 beschlossen.

Literatur

Börner, N.; Eberitzsch, S.; Grothues, R.; Agathe, W. (2011): Bildungsbericht Ganztagsschule NRW 2011. Münster, 2011.

3.2 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen

Mit dem im Jahr 2009 in Kraft getretenem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK)[32], hat Deutschland sich zum Ziel gesetzt, Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitsleben zu ermöglichen.

Nach Artikel 24, Absatz 2 dieses Übereinkommens sollen die Vertragsstaaten sicherstellen, dass kein Mensch mit Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen wird und kein Kind aufgrund seiner Behinderung vom Besuch einer allgemeinen Schule – von der Grundschule bis zu den weiterführenden Schulen – ausgeschlossen wird[33]. Ihnen soll gleichberechtigt mit anderen der Zugang zum allgemeinen Schulsystem ermöglicht werden, so dass Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderung gemeinsam unterrichtet werden; man spricht hier auch von „inklusiver Beschulung".

Es wird ein „inklusives Bildungssystem" gefordert, das nicht nur den allgemein bildenden Bereich, sondern auch die Frühförderung, den Vorschulbereich, die berufliche Bildung und das lebenslange Lernen mit einschließt.[34]

Laut eines Gutachtens von Klemm/Preuss-Lausitz soll in Nordrhein-Westfalen mit einem inklusiven Bildungssystem bis zum Jahr 2020 ein Inklusionsanteil von 85 Prozent erreicht werden können.[35] Das Gutachten konzentriert sich zunächst auf den Bereich der allgemein bildenden Schulen und bietet verschiedene Lösungen für die Realisierung eines inklusiven Schulwesens an. Es wird zudem die Einbeziehung aller beteiligten Akteure zur Erarbeitung inklusiver Konzepte empfohlen.

In seinen Sitzungen am 23.03.2010 und 13.07.2010 hat der Rat der Stadt Köln die Verwaltung beauftragt, die inklusive Beschulung auszuweiten, sowie einen Inklusionsplan für Kölner Schulen zu erarbeiten. Dieser soll die notwendigen Schritte zur Umsetzung der UN-Konvention darstellen, unter anderem auch die erforderlichen Maßnahmen für eine kontinuierliche Steigerung der Inklusionsquote[36] aufzeigen. Im Dezernat für Bildung, Jugend und Sport wird der Plan derzeit in einem gemeinsamen Entwicklungsprozess von der Stabsstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung und dem Amt für Schulentwicklung in enger Abstimmung mit weiteren Fachämtern und unter Einbeziehung aller für das Schulleben relevanten Akteure erarbeitet. Ziel ist es, den Inklusionsplan für Kölner Schulen Mitte 2012 den politischen Gremien vorzustellen.

---

32 UN-Behindertenrechtskonvention.

33 Vgl. Vereinte Nationen 2009. S. 18f.

34 Vgl. Klemm/Preuss-Lausitz 2011, S. 5.

35 Vgl. Klemm/Preuss-Lausitz 2011, S. 5.

36 Mit der Inklusionsquote ist der Anteil der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an einer allgemeinen Schule (und nicht an einer Förderschule) gemeint.

Begriffliche Erläuterungen

Der Begriff Inklusion ist grundsätzlich allumfassend. Inklusion bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe **aller** Menschen, es sind also Menschen mit Behinderung genauso gemeint wie Menschen mit Migrationshintergrund, anderer Staatangehörigkeit, unterschiedlicher Religion, Geschlecht und so weiter.

Ein wichtiger Aspekt der Inklusionsentwicklung ist die gleichberechtigte Teilhabe von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Angeboten des allgemeinen Bildungssystems.

Inklusion erfordert einen Systemwechsel, das heißt nicht die Schülerin oder der Schüler muss eine Anpassungsleistung an die Schule erbringen, um erfolgreich teilhaben zu können. Vielmehr entwickelt sich das System Schule so, dass jedes Kind durch eine bestmögliche individuelle Förderung gleichberechtigt am Schulleben teilnehmen kann. Damit stellt sich eine inklusive Schule auf die Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler ein, so dass alle Kinder in ihrer Heterogenität erfasst und individuell gefördert werden können.

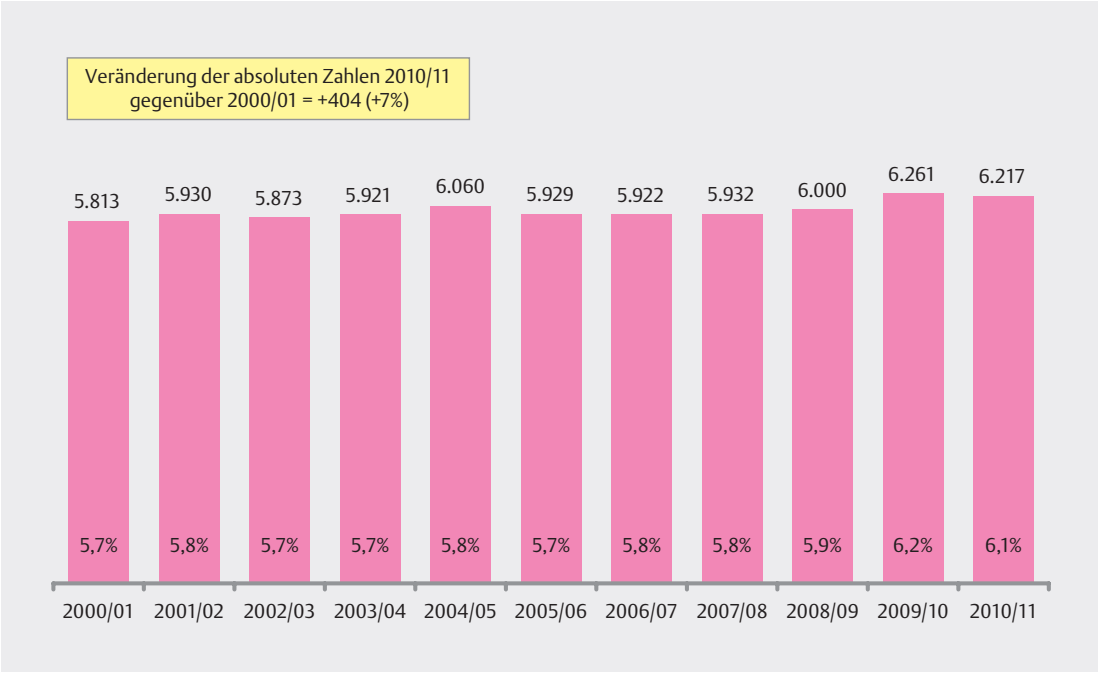
Im Gemeinsamen Unterricht (GU) lernen Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf mit Kindern ohne Förderbedarf in der Primarstufe zusammen. In der Sekundarstufe I werden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zusammen mit Schülerinnen und Schülern ohne Behinderung in sogenannten „Integrativen Lerngruppen“ (IL) zusammen unterrichtet.

3.2.1 Daten im Einzelnen

3.2.1.1 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

- Im Schuljahr 2010/11 zählt Köln von insgesamt 101.236 Schülerinnen und Schülern 6.217 Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Dies entspricht einem Anteil von 6,1 Prozent an allen Schülerinnen und Schülern.
- Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allen Schülerinnen und Schülern ist seit dem Schuljahr 2000/01 leicht um 0,4 Prozent gestiegen. Insgesamt sind 404 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf seit dem Schuljahr 2000/01 hinzugekommen, was einer Veränderung von plus 7 Prozent entspricht.

Abbildung 25: Anzahl und Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Schuljahren 2000/01 bis 2010/11



Quelle: Stadt Köln – Stabsstelle für Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung

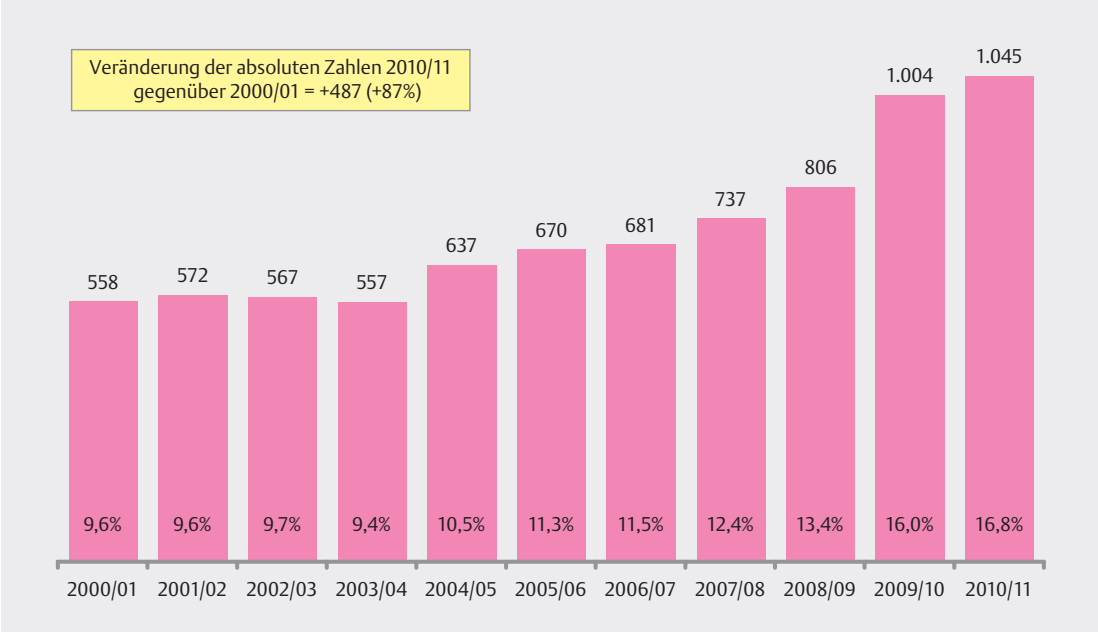
3.2.1.2 Inklusiv beschulte Schülerinnen und Schüler

Methodische Erläuterungen

Zählt man alle Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einem Schuljahr zusammen und berechnet man daran den Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf, die nicht an einer Förderschule, sondern zusammen mit Schülerinnen und Schülern an einer allgemeinen Schule lernen, so erhält man die Inklusionsquote.

- Im Schuljahr 2010/11 lag die Inklusionsquote in Köln bei 16,8 Prozent.[37] Das heißt jede sechste Schülerin beziehungsweise jeder sechste Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf befindet sich an einer allgemeinen Schule. 83,2 Prozent werden in Förderschulen unterrichtet.
- Der Anteil der inklusiv beschulten Kinder hat sich seit dem Schuljahr 2000/01 um 7,2 Prozentpunkte erhöht. Insgesamt 1.045 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf lernen im Schuljahr 2010/11 zusammen mit Schülerinnen und Schülern ohne Behinderung.

Abbildung 26: Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Gemeinsamen Unterricht (GU) und Integrativen Lerngruppen (IL) in Köln sowie Inklusionsquote in den Schuljahren 2000/01 bis 2010/11



Quelle: Stadt Köln – Stabsstelle für Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung

In der Schullandschaft Köln bieten im aktuellen Schuljahr 29 Grundschulen und zehn weiterführende Schulen Gemeinsamen Unterricht (GU) für Schülerinnen und Schüler mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf an. Die Michaeli Schule (Freie Waldorfschule) in privater Trägerschaft bietet zusätzlich inklusiven Unterricht für den Primar- und Sekundarbereich an. Von den weiterführenden Schulen beteiligen sich bisher drei Hauptschulen, eine Realschule, vier Gesamtschulen und zwei Gemeinschaftsschulen am gemeinsamen Unterricht. Darüber hinaus fördern mehrere weiterführende Schulen Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Einzelintegration. In dem landesweiten Modellprojekt „Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung“ wird in zwei Kompetenzregionen erprobt (Mülheim-Ost und im Stadtbezirk Porz), wie durch frühe, verstärkte Prävention sonderpädagogischer Förderbedarf vermieden und der Unterricht von den Förderschulen auf allgemeine Schulen verlagert werden kann. Der ursprünglich auf drei Jahre angelegte Modellversuch wurde zwischenzeitlich von der Landesregierung bis Sommer 2013 verlängert.[38]

37 Basis für die Berechnung der Inklusionsquote sind alle Schülerinnen und Schüler. Davon abweichend wird für die Ermittlung landesdurchschnittlicher Werte und für interkommunale Vergleiche als Basis nur die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 10 gezählt (siehe auch weiter unten).

38 Vgl. Stadt Köln 2011, S. 270.

Erläuterungen zur Datenlage

Übergänge an und von Förderschulen
Um Informationen über die Durchlässigkeit innerhalb der Schulformen zu erhalten, ist es wichtig, die Anzahl von Schülerinnen und Schülern auszuwerten, die von einer allgemeinen Schule auf eine Förderschule wechseln, oder von der Förderschule zu einer allgemeinen Schule übergehen. Bei genauer Betrachtung der Datenlage der amtlichen Schulstatistik ergeben sich aber folgende Hindernisse hinsichtlich der Datenqualität, die zu einem verzerrten Grundbild und möglicherweise zu falschen Schlüssen führen kann:

Die amtliche Schulstatistik führt die Schule für Kranke als Förderschule. Schülerinnen und Schüler dieser Schule können aufgrund einer Erkrankung in Verbindung mit einem mindestens vier Wochen andauernden stationären Klinikaufenthalt nicht am Unterricht ihrer Schule teilnehmen. Bei dieser Schülergruppe handelt es sich also grundsätzlich nicht um Kinder und Jugendliche, bei denen ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt wurde. Eine Zurechnung dieser Schülerinnen und Schüler zu den Förderschulen ist also abzulehnen.

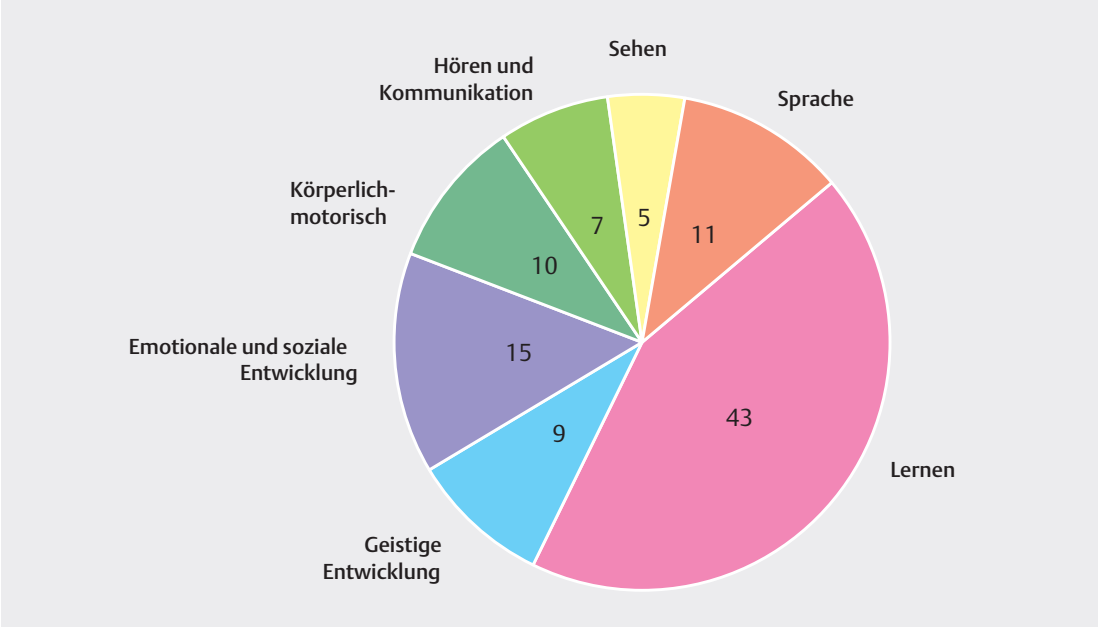
Zudem werden Kinder als Wechsler gezählt, die an der Anna-Freud-Schule unterrichtet werden. Als Förderschule mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung bietet diese Schule eine gymnasiale Oberstufe an. Da dieses Schulangebot ein Alleinstellungsmerkmal darstellt, sind die Erfassungsbögen für die amtliche Schulstatistik nicht darauf ausgelegt. Die Schülerinnen und Schüler dieser Schule werden in der Statistik sowohl beim Übergang in die Sekundarstufe II als auch bei den Versetzungen innerhalb der Sekundarstufe II als Übergänger aus der Schulform Gymnasium gezählt. Darüber hinaus nimmt die Anna-Freud-Schule Schülerinnen und Schüler mit der entsprechenden Befähigung von allgemeinen Schulen in die gymnasiale Oberstufe auf. Diese Schülerinnen und Schüler werden hier ohne einen sonderpädagogischen Förderbedarf aufzuweisen zielgleich unterrichtet und können hier ihr Abitur ablegen.

Um zukünftig die schulische Situation von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf besser betrachten zu können, bedarf es einer zuverlässigen, validen und landesweit einheitlichen Datenlage. Die Stadt Köln hat zur Klärung der Datenlage Kontakt mit dem statistischen Landesamt (IT.NRW) aufgenommen.

3.2.1.3 Schülerinnen und Schüler an Förderschulen sowie Förderschwerpunkte

- Förderschulen bieten verschiedene Förderschwerpunkte an. Damit soll den Schülerinnen und Schülern eine speziell auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnittene sonderpädagogische Förderung ermöglicht werden.
- Von den im Schuljahr 2010/11 gezählten 5.172 Schülerinnen und Schülern an Förderschulen wurden 3.944 Schülerinnen und Schüler an städtischen Förderschulen (76,3 Prozent) und 1.228 Schülerinnen und Schüler an Schulen des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) (23,7 Prozent) unterrichtet. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an städtischen Förderschulen ist seit dem Schuljahr 2000/01 von 3.999 auf 3.944 Schülerinnen und Schülern gesunken.
- Im Schuljahr 1999/2000 wurde nahezu die Hälfte (43 Prozent) der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen im Bereich Lernen unterrichtet. 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf wurden im Bereich emotionale und soziale Entwicklung und 11 Prozent im Bereich Sprache gefördert.

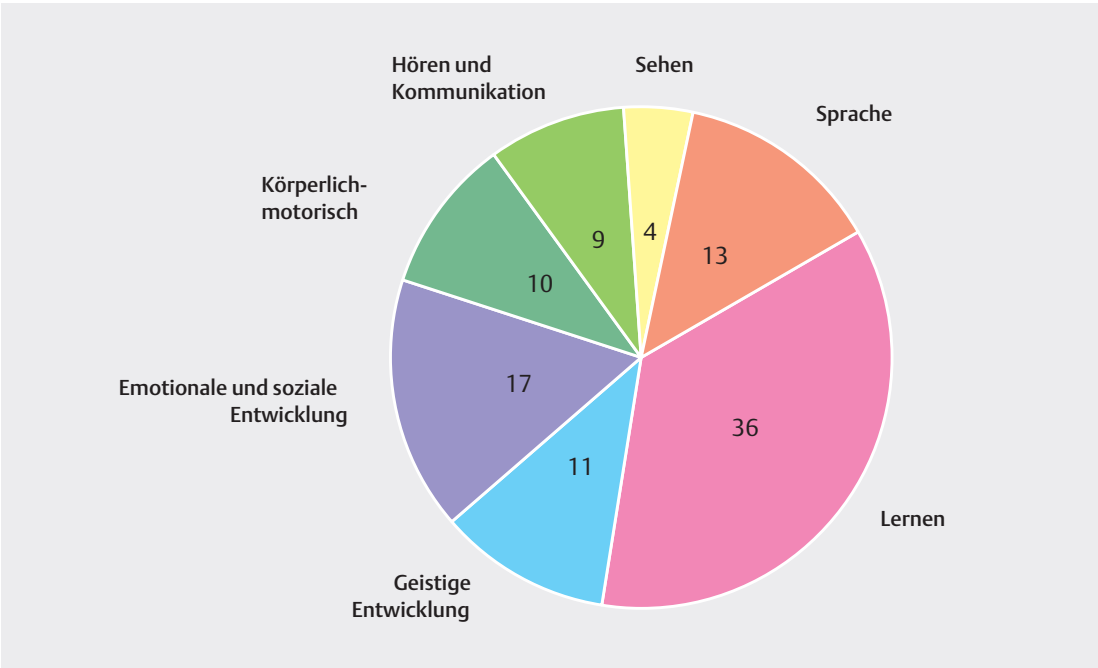
Abbildung 27: Anteil der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen nach Förderschwerpunkten im Schuljahr 1999/2000 in Prozent



Quelle: Stadt Köln – Stabsstelle für Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung

Im Schuljahr 2010/11 wurden mehr als ein Drittel (36 Prozent) der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen im Bereich Lernen unterrichtet, gefolgt von den Förderschwerpunkten emotionale und soziale Entwicklung (17 Prozent) und Sprache (13 Prozent).

Abbildung 28: Anteil der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen nach Förderschwerpunkten im Schuljahr 2010/11 in Prozent



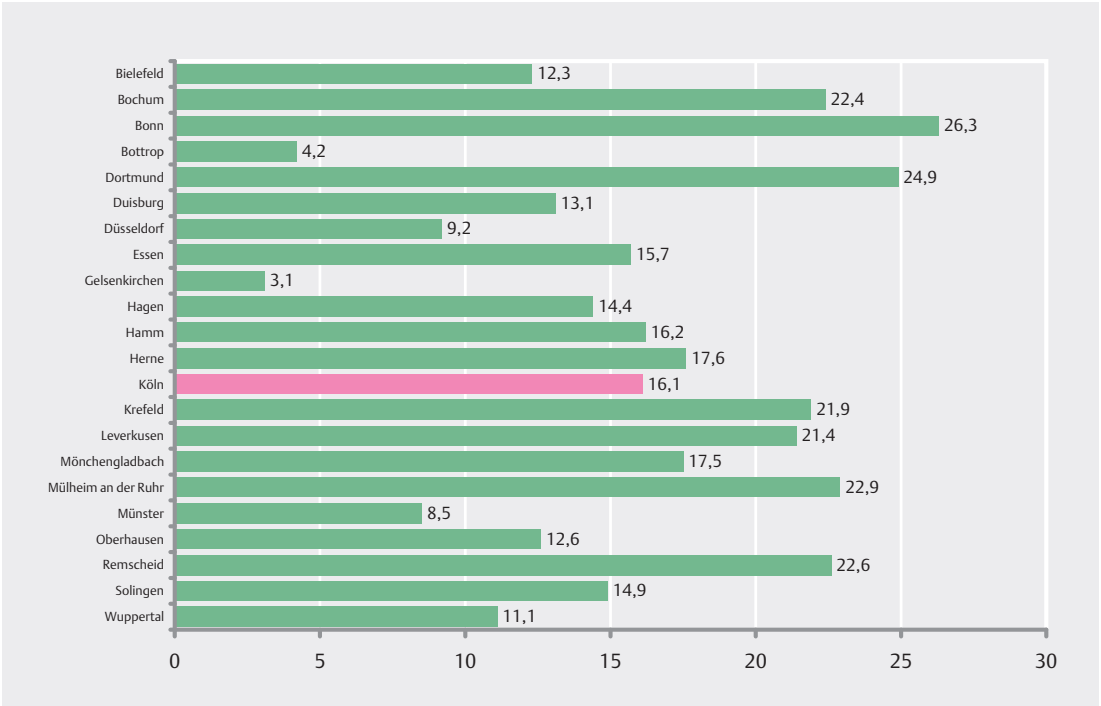
Quelle: Stadt Köln – Stabsstelle für Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung

- Im zeitlichen Verlauf ist die größte Veränderung im Förderschwerpunkt Lernen zu beobachten. Hier hat sich der Anteil von Schülerinnen und Schülern an Förderschulen vom Schuljahr 1999/2000 bis zum Schuljahr 2010/11 um 7 Prozentpunkte verringert.
- In den Förderschwerpunkten geistige, emotionale und soziale Entwicklung, Hören und Kommunikation, Sehen und Sprache hat sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler seit dem Schuljahr 1999/2000 hingegen leicht erhöht.

3.2.2 Interkommunaler Vergleich

- Für Nordrhein-Westfalen wurde nach einem Gutachten von Klemm/Preuss-Lausitz zur schulischen Inklusion eine durchschnittliche Inklusionsquote von 16,7 Prozent für das Schuljahr 2010/11 ausgewiesen. Hierbei wurde die Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schülern der Jahrgangstufen 1 bis 10 prozentuiert. Köln lag mit 16,1 Prozent etwa im Mittelfeld aller kreisfreien Städte, knapp unter dem Landesdurchschnitt.[39]
- Die Spannbreite der Inklusionsanteile in allen kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen lag im Schuljahr 2010/11 zwischen 3,1 Prozent in Gelsenkirchen und 26,3 Prozent in der kreisfreien Stadt Bonn.

Abbildung 29: Inklusionsanteile in kreisfreien Städten in NRW in der Primar- und Sekundarstufe I im Schuljahr 2010/11[40] in Prozent



Quelle: Klemm/Preuss-Lausitz

39 Vgl. Klemm/Preuss-Lausitz 2011, S. 155.

40 Die berechneten Werte beinhalten Schülerinnen und Schüler in der Primarstufe und der Sekundarstufe I sowie Schülerinnen und Schüler an öffentlichen und privaten Schulen.

3.2.3 Schlussbetrachtung

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass im Schuljahr 2010/11 6,1 Prozent aller Kölner Schülerinnen und Schüler sonderpädagogischen Förderbedarf aufwiesen. Von den an Förderschulen gezählten Schülerinnen und Schülern wurde die Mehrheit im Förderschwerpunkt Lernen unterrichtet. Inklusiv beschult wurde im Schuljahr 2010/11 jede sechste Schülerin beziehungsweise jeder sechste Schüler, was einer Inklusionsquote von 16,8 Prozent entspricht. Dies bedeutet, dass der Großteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf (83,2 Prozent) noch an Förderschulen unterrichtet wird. Nach dem Gutachten von Klemm/Preuss-Lausitz zur schulischen Inklusion belegte Köln im Schuljahr 2010/11 mit einem Inklusionsanteil von 16,1 Prozent im Vergleich zu allen kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen den 12. Platz und lag damit knapp unter dem Landesdurchschnitt von 16,7 Prozent[41].

Die vorgelegten Daten zeigen einen großen Handlungsbedarf auf, was die Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen, insbesondere an den Sekundarschulen anbelangt. Die Stadt Köln hat das in der UN-Behindertenrechtskonvention postulierte Recht eines jeden Kindes auf gleichberechtigte Teilhabe in der allgemeinen Schule aufgegriffen und sich mit den eingangs skizzierten Ratsbeschlüssen für einen Inklusionsplan an Kölner Schulen positioniert – es sollen Handlungsschritte aufgezeigt werden, wie eine inklusive Schullandschaft geschaffen werden kann. Der Fokus wird hier zunächst auf die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf gelegt. Die für die Realisierung erforderlichen gesetzlichen Vorgaben des Landes liegen derzeit aber noch nicht vor.

Der Inklusionsplan für Kölner Schulen wird – neben einem Forderungskatalog an das Land – eine Zielvorstellung aufzeigen, wie im Rahmen eines Entwicklungsprozesses eine inklusive Bildungslandschaft in Verantwortungsgemeinschaft aller mit dem Kind befassten Institutionen und Akteure entstehen kann, die an den vorhandenen Kenntnissen, Ressourcen und Netzwerken anknüpft. Die Inklusionsentwicklung soll von der allgemeinen Schule in Kooperation mit Sonderpädagogik, Jugendhilfe und weiteren Diensten ausgehen. Hierfür sollen regional ausgerichtete Unterstützungssysteme aufgebaut werden.

Daneben werden die derzeit bereits stattfindenden vielfältigen Entwicklungen aufgezeigt. So melden zum Beispiel jetzt schon viele Eltern ihre Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Grund- und weiterführenden Schulen an. In Kooperation von Schulaufsicht und Schulträger werden diese Kinder derzeit – in einer Übergangszeit bis zu der ausstehenden gesetzlichen Regelung – in einem gesteuerten Verfahren in einer möglichst wohnortnahen allgemeinen Schule, die die notwendigen Voraussetzungen aufweist, aufgenommen. Der Inklusionsplan wird aufzeigen, welche Unterstützungsmöglichkeiten für diese Schulen genutzt beziehungsweise schon zeitnah entwickelt werden können.

Um zukünftig weitere Informationen und Erkenntnisse zur Entwicklung inklusiver Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu gewinnen, wird der Aufbau eines Monitorings in diesem Bereich vorgeschlagen. In den Blick zu nehmen sind insbesondere:

- Schülerströme zu einzelnen Schulen,
- Entwicklungen von Schülerzahlen mit Förderbedarf an allgemeinen Schulen und an Förderschulen,
- die Entwicklung von inklusiven Bildungslandschaften auf der Ebene der Stadtbezirke, Übergänge und Abschlüsse.

41 Vgl. Klemm/Preuss-Lausitz 2011, S. 155.

Nur damit kann ermöglicht werden, die Entwicklungen und Umsetzungen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Köln zu verfolgen. Perspektivisch müssen die Beobachtungen über die Bildungssituation von Menschen mit Behinderungen auch auf den vor- und nachschulischen Bereich gelegt werden.

Literatur

Klemm, K/Preuss-Lausitz, U. (2011): Auf dem Weg zur schulischen Inklusion in Nordrhein-Westfalen. Empfehlungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich der allgemeinen Schulen. Essen und Berlin 2011. Abrufbar unter: http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Inklusion_Gemeinsames_Lernen/Gutachten__Auf_dem_Weg_zur_Inklusion_/NRW_Inklusionskonzept_2011__-_neue_Version_08_07_11.pdf. Stand 20.09.2011.

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) (Hrsg.) (2011): Richtung Inklusion. Was ist erreicht – wo geht es hin? Abrufbar unter: http://www.lwl.org/LWL/Soziales/Richtung-Inklusion/pdfview?recursive=1. Stand 18.11.2011.

Stadt Köln (2011): Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011. Köln 2011.

Vereinte Nationen (2009): Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Abrufbar unter: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/uebereinkommen-ueber-die-rechte-behinderter-menschen.pdf?__blob=publicationFile. Stand 14.09.2011.

3.3 Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss

Ein guter Abschluss an einer allgemeinbildenden Schule ist nicht nur Voraussetzung für einen gelungenen Übergang in eine Ausbildung oder in ein Hochschulstudium, sondern auch für eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft und im Beruf. In Zeiten, in denen eine hohe schulische Vorbildung für den Einstieg in Ausbildungs- und Arbeitsmarkt immer bedeutender wird, sind Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss immer mehr von Chancen- und Perspektivlosigkeit betroffen. Diese Jugendlichen sind unzureichend auf ihr weiteres Leben und den Eintritt in eine Berufsausbildung vorbereitet. Ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz sind daher gering und wer dennoch eine Erwerbstätigkeit findet, muss mit einem Niedrigeinkommen rechnen und ist einem hohen Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt.

Vor diesem Hintergrund erklärten die Regierungschefs von Bund und Ländern in einer Vereinbarung zur Qualifizierungsoffensive vom 22.10.2008, dass die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss bis zum Jahr 2015 im Bundesdurchschnitt von 8 auf 4 Prozent gesenkt werden soll.[42] Welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um dieses Ziel zu erreichen, werden von der Politik nicht konkretisiert.[43]

Auch im Kölner Bildungssystem wird die Verbesserung der schulischen Bildungserfolge angestrebt mit dem Ziel die Anzahl der Abgängerinnen und Abgänger zu reduzieren. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf Schülerinnen und Schüler mit ausländischer Staatsangehörigkeit zu legen. Auch hier sind sie aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Bildungserfolg und Herkunft eher von fehlenden Schulabschlüssen betroffen als ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler.

42 Vgl. Bundesregierung/ Regierungschefs der Länder 2008. S. 8.

43 Vgl. Klemm 2010, S. 7.

3.3.1 Daten im Einzelnen

Begriffliche Erläuterungen

In der öffentlichen Diskussion werden Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss oft mit Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss gleichgesetzt. Nach Allgemeiner Schulordnung (AschO) erwerben Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der Klasse 9 der Hauptschule oder der Gesamtschule nach Maßgabe der Ausbildungs- und Prüfungsordnung den Hauptschulabschluss. Dieser berechtigt zum Besuch der Klasse 10 Typ A der Hauptschule, des Berufsgrundschuljahres, bestimmter Berufsfachschulen, der Berufsaufbauschule, bestimmter Fachschulen.[44]

In der Anzahl an Schülerinnen und Schülern ohne Abschluss sind jedoch Schülerinnen und Schüler enthalten, die an Förderschulen nach Jahrgangsstufe 10 den „Abschluss des Bildungsgangs im Förderschwerpunkt Lernen“[45] und einen sogenannten Lernbehindertenabschluss erworben haben und diejenige, die im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung die Schule mit einem Abschlusszeugnis, das die erworbenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten bescheinigt, verlassen.[46]

In den folgenden Analysen werden daher die Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss und die Schülerinnen und Schüler mit „Abschluss des Bildungsgangs im Förderschwerpunkt Lernen“ sowie mit dem Abschlusszeugnis des Förderschwerpunkts Geistige Entwicklung separat aufgeführt. Zusammen ergeben sie die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne mindestens einen Hauptschulabschluss.

---

44 Der Hauptschulabschluss kann in Nordrhein-Westfalen mit dem Übergang von der neunten in die zehnte Klasse erworben werden. In der zehnten Klasse werden die Schülerinnen und Schüler in zwei Formen von Klassen unterteilt, Klasse 10 Typ A oder Klasse 10 Typ B. Am Ende der zehnten Klasse können die Schülerinnen und Schüler in der Klasse Typ A anhand eines Prüfungsverfahrens den Hauptschulabschluss mit Qualifikation erwerben. Die Schülerinnen und Schüler der Klasse Typ B werden auf den Erwerb der Fachoberschulreife vorbereitet. Quelle: Ministerium für Schule und Weiterbildung Nordrhein-Westfalen.

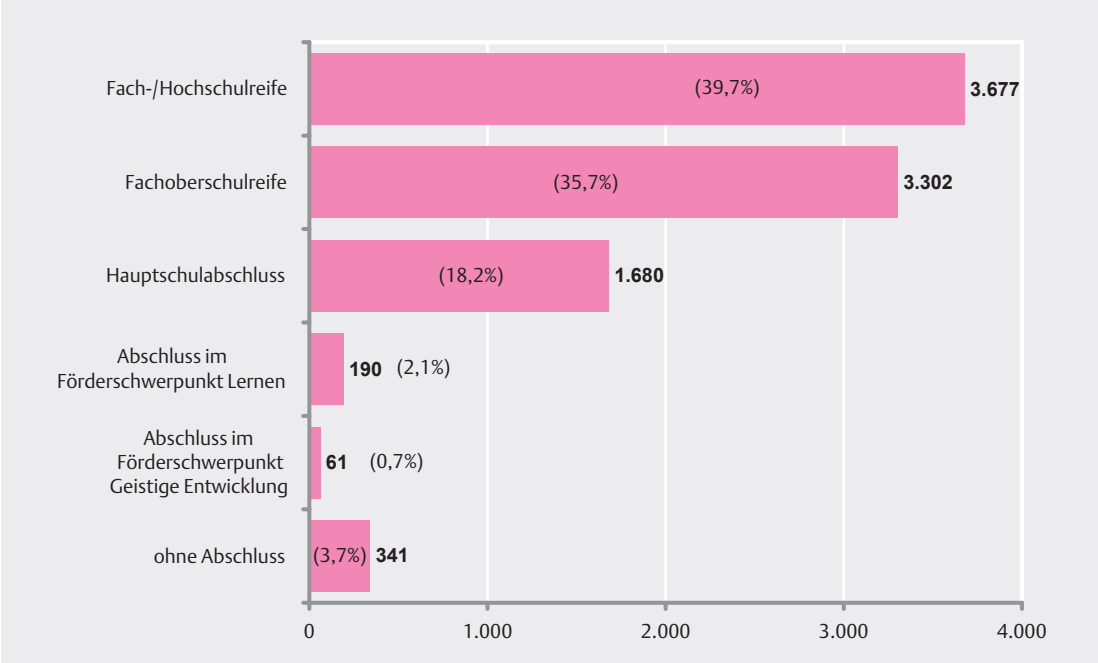
45 Vgl. Ausbildungsordnung gemäß Paragraph 52 SchulG – AO-SF Paragraph 30 Abs. 2.

46 Vgl. AO-SF Paragraph 35. Im Förderschwerpunkt Lernen und im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung werden die Schülerinnen und Schüler zu eigenen Abschlüssen geführt. Vgl. Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) Paragraph 20, Abs. 4.

3.3.1.1 Schulabschlüsse

- Im Schuljahr 2010/11 verließen insgesamt 9.251 Schülerinnen und Schüler in Köln die allgemeinbildenden Schulen. Davon erreichten 341 Schülerinnen und Schüler (3,7 Prozent) keinen Abschluss. 190 Schülerinnen und Schüler (2,1 Prozent) verließen die Schule mit einem Lernbehindertenabschluss und weitere 60 (0,6 Prozent) mit dem Abschluss im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung. Damit beendeten insgesamt 592 Schülerinnen und Schüler (6,4 Prozent) im Schuljahr 2010/11 die Schule ohne einen Hauptschulabschluss vorweisen zu können.
- Fast 40 Prozent aller Abgängerinnen und Abgänger beendete das Schuljahr 2010/11 mit einer Fachhochschul- beziehungsweise Hochschulreife gefolgt von der Fachoberschulreife[47] (35,7 Prozent). Nahezu jede fünfte Absolventin beziehungsweise jeder fünfte Absolvent (18,2 Prozent) verließ die Schule mit einem Hauptschulabschluss.

Abbildung 30: Schulabgängerinnen und -abgänger im Schuljahr 2010/11 nach Abschlussart in absoluten Zahlen und in Prozent



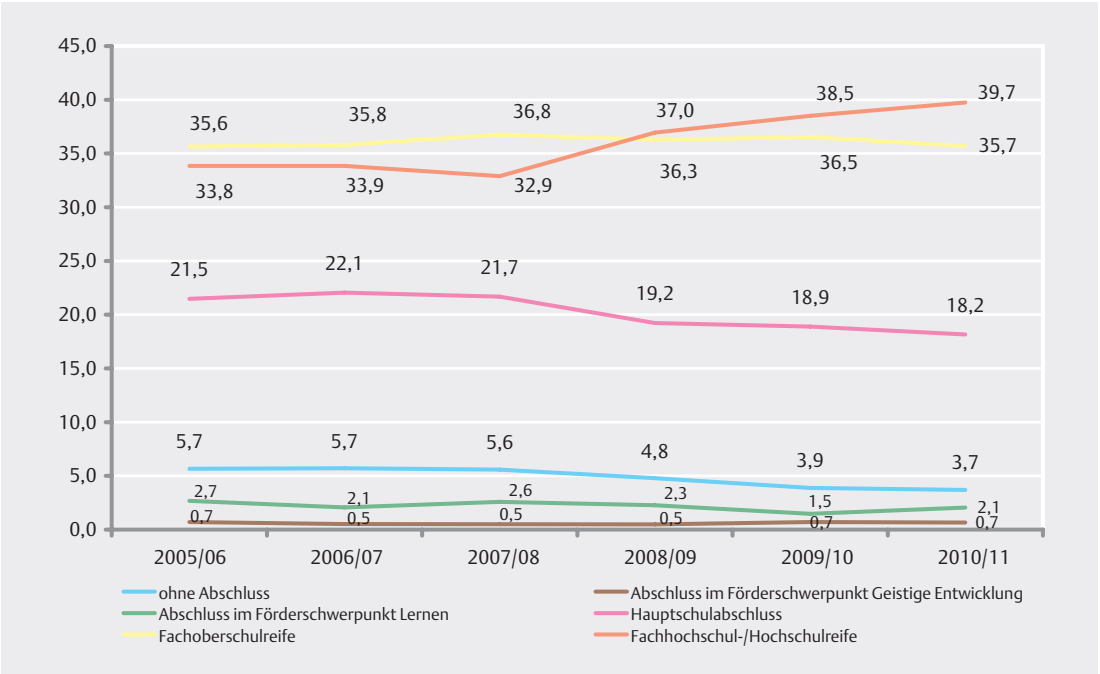
Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

47 Die Fachoberschulreife bezeichnet den mittleren Schulabschluss (auch Mittlere Reife genannt) nach der Klasse 10. Er berechtigt bei mindestens befriedigenden Leistungen in allen Fächern zum Besuch der gymnasialen Oberstufe. Die Fachoberschulreife wird in der Regel an einer Realschule erworben. Vgl.: Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, 2012.

3.3.1.2 Entwicklung der Schulabgängerzahlen

- Bei steigenden Schülerzahlen seit dem Schuljahr 2005/06 ist die Zahl derjenigen ohne Abschluss absolut und prozentual bis zum Schuljahr 2010/11 gesunken.
- Der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne mindestens einen Hauptschulabschluss ist vom Schuljahr 2005/06 zum Schuljahr 2010/11 von 9,1 Prozent auf 6,4 Prozent gesunken. Damit verbunden ist der rückgängige Anteil an Schulabgängerinnen und -abgängern mit Abschlüssen in den Förderschwerpunkten Geistige Entwicklung und Lernen.
- Bei den Schulabgängerinnen und -abgängern mit Hauptschulabschluss zeigt sich in den letzten fünf Jahren ebenfalls eine rückläufige Entwicklung um 3,3 Prozent.
- Unter allen Abschlussarten hat der Anteil an Absolventinnen und Absolventen mit Fach-/Hochschulreife gegenüber 2005/2006 den höchsten Anstieg zu verzeichnen (+5,9 Prozent).

Abbildung 31: Prozentuale Entwicklung der Abgängerinnen und Abgänger ohne Abschluss in den Schuljahren 2005/06 bis 2010/11

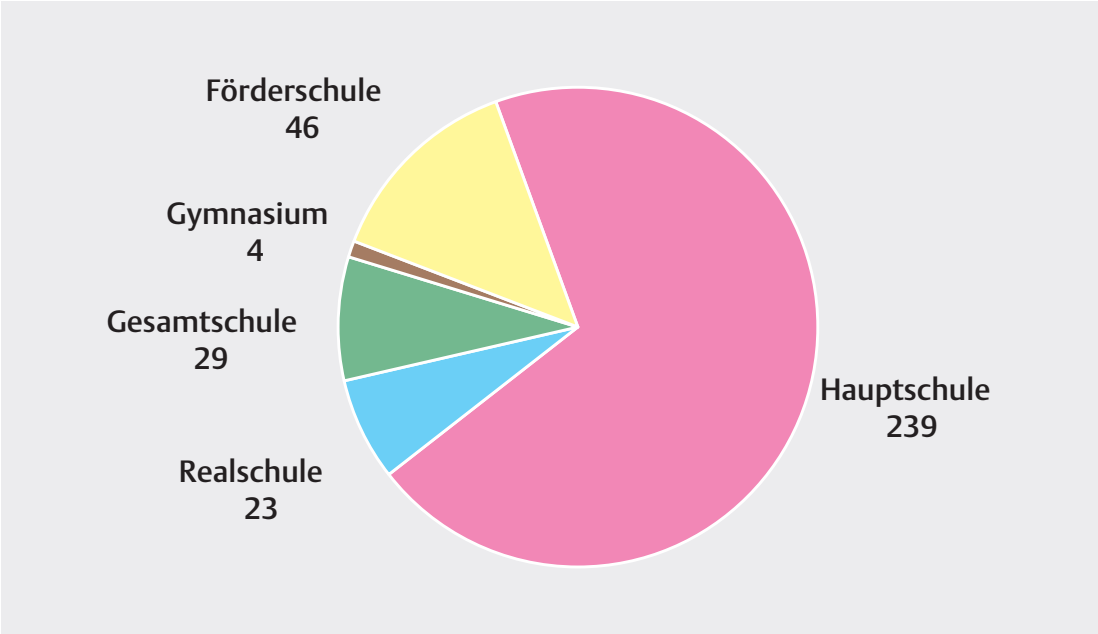


Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

3.3.1.3 Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss nach schulischem Hintergrund

- Von insgesamt 342 Schülerinnen und Schülern ohne Abschluss im Schuljahr 2010/11 kam der Großteil (69,9 Prozent), aus Hauptschulen. 46 Schülerinnen und Schüler kamen von der Förderschule.

Abbildung 32: Anzahl der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss nach Schulform im Schuljahr 2010/11



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

- Bezieht man bei der schulformspezifischen Betrachtung die Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss auf die jeweilige Gesamtzahl der Abgängerinnen und Abgänger dieser Schulform, so zeigt sich: 14 Prozent der Hauptschülerinnen und -schüler verfehlten 2010/11 einen allgemeinbildenden Abschluss im Vergleich zu 8,1 Prozent bei den Förderschulen, 1,1 Prozent bei den Realschulen, 2,1 Prozent bei den Gesamtschulen und 0,1 Prozent bei den Gymnasien.

- Fokussiert man bei der Betrachtung nun die 592 Schulabgängerinnen und -abgänger ohne mindestens einen Hauptschulabschluss, so stammt die Hälfte von ihnen (296 Schülerinnen und Schüler) aus Förderschulen und 40 Prozent aus Hauptschulen. Die übrigen kommen aus anderen Schulformen der Sekundarstufe I.

Tabelle 2: Anzahl der Schulabgängerinnen und -abgänger nach Abschluss nach Schulform im Schuljahr 2010/11

Abschlussart	Haupt-schule	Real-schule	Gesamt-schule	Gym-nasium	Freie Wal-dorfschule	Förder-schule	Abschlüsse insgesamt
Fach-/Hochschulreife	0	0	555	3.071	0	21	3.647
Fachoberschulreife	489	1.941	507	334	3	28	3.302
Hauptschulabschluss	985	89	357	28	30	221	1.710
Lernen*	0	0	0	0	0	190	190
Geistige Entwicklung*	0	0	1	0	0	60	61
ohne Abschluss	239	23	29	4	0	46	341
insgesamt	**1.713**	**2.053**	**1.449**	**3.437**	**33**	**566**	**9.251**

*Abschlussart mit Förderschwerpunkt

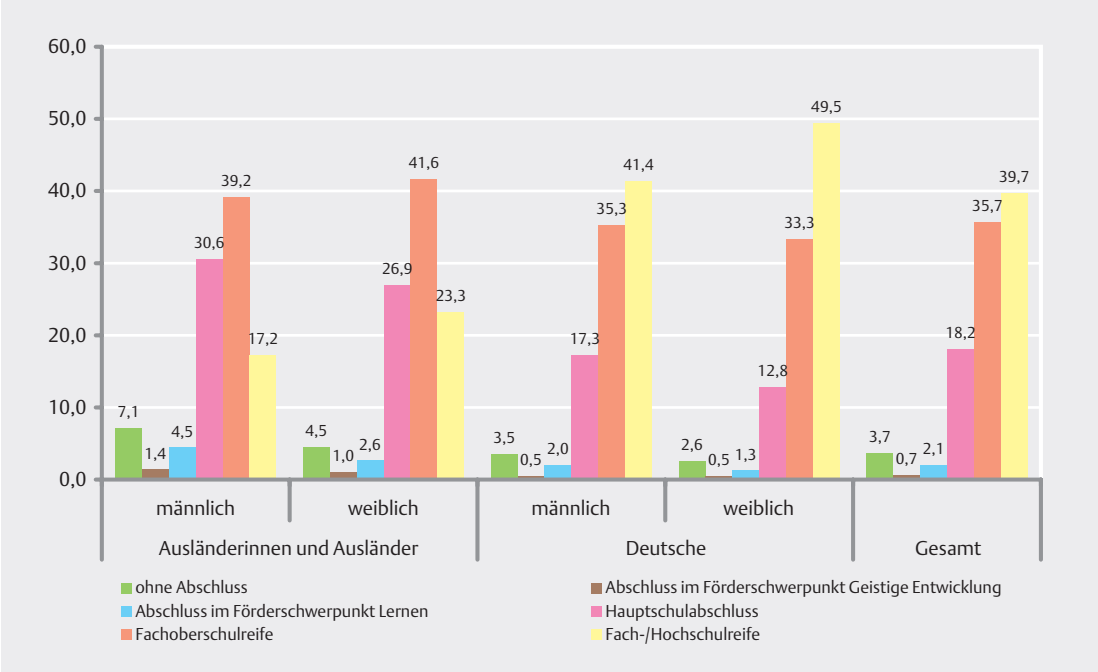
Quelle: Information und Technik NRW

3.3.1.4 Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss nach Geschlecht und Nationalität

- Betrachtet man die Anteile der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss nach Geschlecht und Nationalität, so fällt auf, dass Jungen häufiger die Schule ohne Abschluss verlassen als Mädchen. Diese Unterschiede zeigen sich sowohl bei den deutschen, als auch den ausländischen Schülerinnen und Schülern.
- Der Anteil der ausländischen, männlichen Schüler ohne mindestens einen Hauptschulabschluss (13 Prozent) war im Schuljahr 2010/11 mehr als doppelt so hoch wie bei den deutschen Mitschülern (6 Prozent). Diese Unterschiede lassen sich ebenfalls bei einem Vergleich von deutschen und ausländischen Mädchen ohne Hauptschulabschluss beobachten.

- Auch bei den anderen allgemeinbildenden Abschlüssen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländerinnen beziehungsweise Ausländern. So erreichten mehr als doppelt so viele deutsche Schülerinnen und Schüler die Fachhochschul- oder Hochschulreife (49,5 Prozent beziehungsweise 41,4 Prozent) wie ihre ausländischen Mitschülerinnen und -schüler (23,3 Prozent beziehungsweise 17,2 Prozent). Schülerinnen und Schüler mit ausländischer Nationalität erreichen eher die Fachoberschulreife. Die Anteile der weiblichen und männlichen ausländischen Abgängerinnen und Abgängern mit diesem Abschluss liegen jeweils über dem Durchschnittswert von 35,7 Prozent.

Abbildung 33: Schulabgängerinnen und -abgänger nach Abschlüssen, nach Geschlecht und Nationalität 2010/11 in Prozent

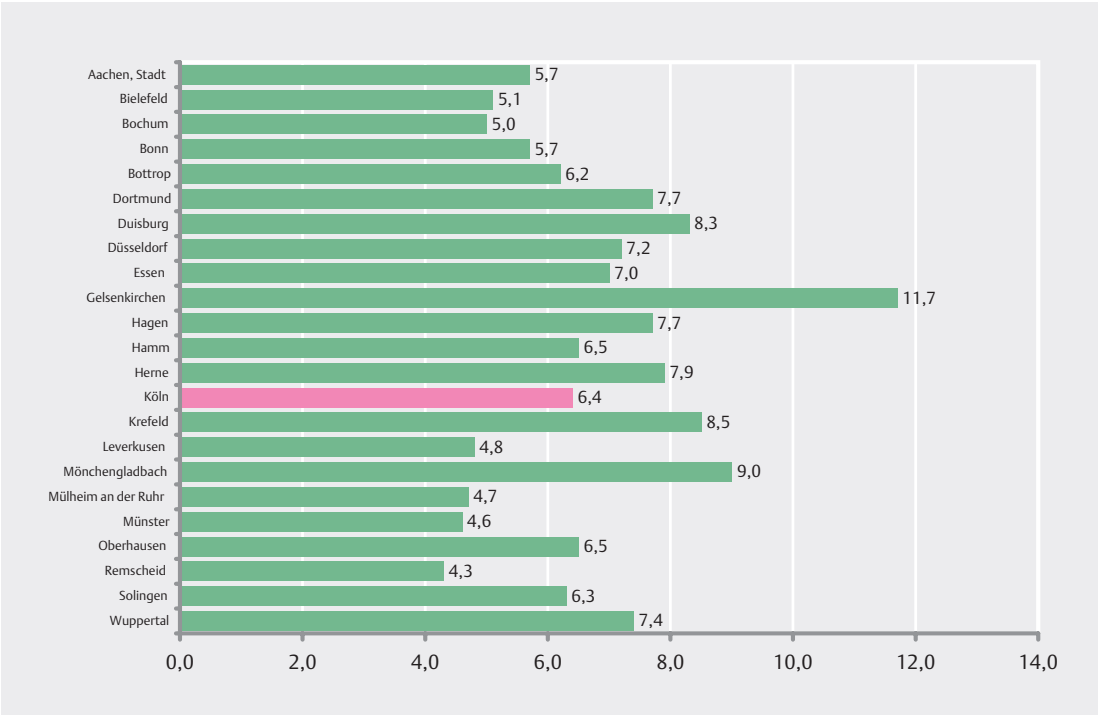


Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

3.3.2 Interkommunaler Vergleich

- Der landesweite Durchschnitt an Schulabgängerinnen und -abgängern ohne mindestens Hauptschulabschluss[48] betrug im Schuljahr 2010/11 5,7 Prozent. Im Vergleich zu Großstädten wie Essen (7,0 Prozent), Duisburg (8,3 Prozent), Dortmund (7,7 Prozent) und Düsseldorf (7,2 Prozent) weist Köln eine geringere Quote auf.
- Insgesamt betrachtet, reicht die Spannweite an Schülerinnen und Schülern ohne einen Hauptschulabschluss in Nordrhein Westfalen zwischen 4,3 Prozent in Remscheid und 11,7 Prozent in Gelsenkirchen.

Abbildung 34: Schulabgängerinnen und -abgänger ohne mindestens Hauptschulabschluss in kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen im Schuljahr 2009/10 in Prozent



Quelle: Information und Technik NRW

3.3.3 Schlussbetrachtung

Im Schuljahr 2010/11 verließen in Köln 592 junge Menschen die allgemeinbildenden Schulen, ohne dass sie einen Hauptschulabschluss erworben hatten. Damit beendeten 6,4 Prozent aller Abgängerinnen und Abgänger ihre Schulzeit in allgemeinbildenden Schulen ohne den Hauptschulabschluss, welcher als Mindestvoraussetzung für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung gilt. Die jungen Menschen ohne Abschluss kommen überwiegend aus Hauptschulen. Fokussiert man allerdings alle Kölner Jugendliche ohne mindestens einen Hauptschulabschluss im Schuljahr 2010/11, so stammt die Hälfte aus Förderschulen gefolgt von Hauptschulen. Die übrigen kommen aus anderen Schulformen der Sekundarstufe I.

48 Die Abschlüsse in den Förderschwerpunkten Geistige Entwicklung und Lernen werden nicht separat erfasst, sondern fließen hier als Abgängerinnen und Abgänger ohne mindestens Hauptschulabschluss mit ein.

Betrachtet man den persönlichen Hintergrund der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss, zeigt sich, dass ausländische Schülerinnen und Schüler häufiger ohne einen Hauptschulabschluss bleiben. Auch sind Jungen in stärkerem Maße betroffen als Mädchen. Landesspezifische Unterschiede bei den Anteilen junger Menschen ohne Hauptschulabschluss zeigt der interkommunale Vergleich, wobei Köln gegenüber einer Vielzahl an Großstädten in Nordrhein-Westfalen eine geringere Quote von Schulabgängerinnen und -abgängern ohne mindestens Hauptschulabschluss aufweist.

Da der nachträgliche Erwerb eines Schulabschlusses mit erheblichem Aufwand für die Schülerinnen und Schüler verbunden ist, sind Maßnahmen erforderlich, die dazu beitragen, dass Jugendliche bereits im Verlauf ihres Bildungsweges in den allgemeinbildenden Schulen ihren Schulabschluss erreichen. In diesem Zusammenhang hat der Rat der Stadt Köln am 29.01.2008 die Verwaltung zur Realisierung des Konzepts „Strategische Planung der Regionalen Schullandschaft Köln (RSK)“ beauftragt. Zusammen mit dem Ratsbeschluss vom 29.05.2008 zur Weiterentwicklung der regionalen Bildungslandschaft Köln wurde das Gremium „Lenkungskreis Regionale Bildungslandschaft Köln“ installiert. Dieser verfolgt prioritär die Entwicklung eines Projektes, das auf die Verringerung der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne allgemeinbildenden Schulabschluss zielt. Die Steuerung der Projektgruppe liegt in der Verantwortung des Regionalen Bildungsbüros. Als kurzfristig wirksame Maßnahmen werden Modelle eines möglichst intensiven Coachings der betreffenden Schülerinnen und Schüler – orientiert an deren individuelle Problemlage – angewandt. Die Coachingmaßnahmen sollen durch eine Bündelung der Beratungskompetenzen unterstützt werden. Dies soll mit Vereinbarungen zur konkreten Zusammenarbeit unter anderem der Schulpsychologie oder Erziehungsberatung, des Jugendamtes und so weiter erfolgen.

Das Projekt wird zurzeit modellhaft in vier Hauptschulen durchgeführt, wobei der Blick vor allem auf möglichst kurzfristig wirksame Maßnahmen ausgerichtet ist. Die Coachingmaßnahmen werden an zwei Hauptschulstandorten ab dem 01.02.2012 durch Zuweisung von zwei Vollzeitkräften, sogenannte „Fellows“, für die Dauer von vorerst anderthalb Jahren aus dem Fellow-Programm der Bildungsinitiative Teach First Deutschland[49] umgesetzt. In den anderen beiden Modell-Hauptschulen werden derzeit schulbezogene Unterstützungsleistungen in Kooperation mit der Hit Stiftung abgestimmt und auf den Weg gebracht. Erste Gespräche mit beiden Schulen lassen einen großen Bedarf an sozialen Trainings erkennen. Als Maßnahme für die Zeit nach der Schule wird der Einsatz eines sogenannten Ausbildungscoaches mit Unterstützung der Hit Stiftung überlegt. Weiterhin will man im Sommer 2012 versuchen, zwei weitere Fellows von Teach First Deutschland für das Modellprojekt zu akquirieren – jede der vier Hauptschulen würde somit über einen Fellow als Vollzeitkraft verfügen.

49 Die Initiative Teach First Deutschland startete zum Schuljahr 2009/10 in Nordrhein-Westfalen. Hochqualifizierte junge Akademikerinnen und Akademiker unterstützten als Fellows an allgemeinbildenden Schulen für zwei Jahre die Arbeit der regulären Lehrkräfte, bringen neue Angebote an die Schulen und fördern Schülerinnen und Schüler individuell.

Weitere Projekte für Schülerinnen und Schüler von Hauptschulen in Köln werden vom Amt für Kinder, Jugend und Familie, vom Schulamt der Stadt Köln, sowie von Trägern der Jugendhilfe und des Landschaftsverbandes Rheinland angeboten. Es handelt sich um sogenannte „Schulmüdenprojekte“, die sich an noch schulpflichtige junge Menschen, die den Unterricht nicht mehr oder nur noch sporadisch besuchen, richten. Ziel ist es, über werkpraktische und schulische Arbeit sowie einer intensiven, sozialpädagogische Begleitung schulverweigernde Jugendliche persönlich zu stabilisieren und ihre Lernmotivation neu zu entwickeln. Die Angebote finden in bestimmten Jugendwerkseinrichtungen und außerschulischen Lernorten statt.

Neben diesen hier angeführten Projekten gibt es in Köln weitere zahlreiche Projekte, die dazu beitragen, Schülerinnen und Schüler kompetent zu beraten, zu fördern und zu einem Abschluss zu führen. Dies soll ihnen einen gelungenen Übergang in die Ausbildung oder Beschäftigung ermöglichen.

Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld 2010.

Bundesregierung/Regierungschefs der Länder (2008): Aufstieg durch Bildung. Die Qualifizierungsoffensive für Deutschland. Dresden. Abrufbar unter: http://www.bmbf.de/pub/beschluss_bildungsgipfel_dresden.pdf. Stand 23.01.2012.

Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2012): Die Realschule. Abrufbar unter: http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Schulformen/Realschule. Stand 23.01.2012.



4 Bildungsübergänge

4 Bildungsübergänge

4.1 Kinder im Übergang von der Kita in die Grundschule

Im Rahmen der aktuellen Bildungsdebatte, die vor allem durch die PISA-Studien neu entfacht wurde, richtet sich die Aufmerksamkeit zunehmend auf die frühkindliche Bildung und damit auf den Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen. Die Bildungsvereinbarungen Nordrhein-Westfalen postulieren: „Kinder, die in die Schule kommen, stehen in der Kontinuität längst begonnener Bildungsprozesse“[50].

Dieses Grundverständnis rückt den Übergang aus der Kindertageseinrichtung in die Grundschule in den Fokus. Hier werden sowohl die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt der Einschulung als auch Fragen der Anschlussfähigkeit zwischen den Systemen Kindertageseinrichtung und Grundschule sowie die gemeinsame Verantwortung von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und den kommunalen Trägern diskutiert.

Mit dem Ziel das Einschulungsalter zu senken, wurde seit dem Schuljahr 2007/08 der Stichtag der Schulpflicht in Nordrhein-Westfalen schrittweise vorverlegt.[51] Mit dem 6. Schuländerungsgesetz ist im Jahr 2011 ein weiteres Vorverlegen des Einschulungsalters gestoppt worden. Der Stichtag zur Einschulung liegt ab sofort dauerhaft auf dem 30.09. eines Jahres. Auf Antrag können Eltern ihre Kinder, die nach dem jeweiligen Stichtag das sechste Lebensjahr vollenden, frühzeitig einschulen. Die Kinder müssen hierfür die notwendigen körperlichen und geistigen Voraussetzungen besitzen. Rückstellungen von schulpflichtigen Kindern erfolgen nur noch aus erheblichen medizinischen Gründen.

Im Rahmen einer datengestützten Bildungsberichterstattung sind neben Aussagen zum Sprachstand von Vorschulkindern (siehe hierzu das Kapitel zur Sprachlichen Bildung) Faktoren wie Schulanfängerzahlen, Regeleinschulungen, vorzeitige und verspätete Einschulungen zur Beschreibung der Schulanfangssituation traditionell von hohem Interesse.

Fragen zur qualitativen Verbesserung des Übergangs vom Elementar- in den Primarbereich und des Zusammenwirkens von Kindertagesstätte und Grundschule lassen sich aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit datengestützt im vorliegenden Bildungsbericht nicht beantworten, werden aber im Fazit aufgegriffen.

---

50 Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen 2003, S. 4.

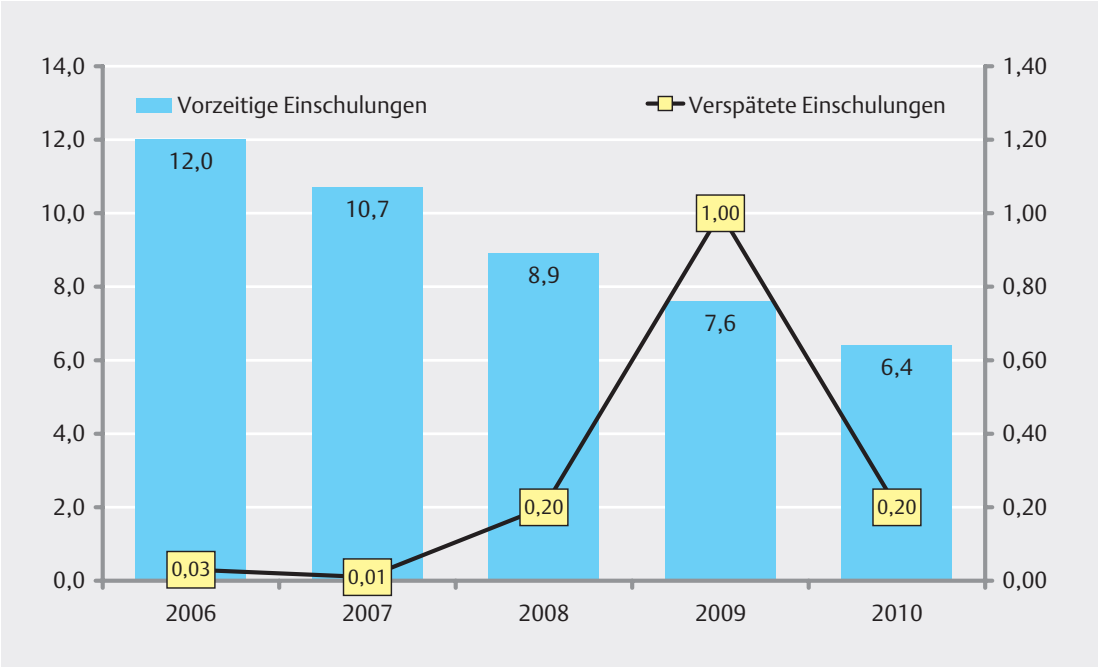
51 Der Beginn der Schulpflicht wird in Nordrhein-Westfalen durch Paragraph 35 des Schulgesetzes geregelt. Eine grundsätzliche Altersbegrenzung nach unten besteht in Nordrhein-Westfalen nicht.

4.1.1 Daten im Einzelnen

4.1.1.1 Entwicklung der Einschulungen

- Von insgesamt 8.699 Schulanfängerinnen und -anfängern im Jahr 2010 wurden 93,4 Prozent (8125 Kinder) fristgemäß, 6,4 Prozent (554 Kinder) vorzeitig und 0,2 Prozent (20 Kinder) verspätet eingeschult.
- Seit 2006 sind die fristgemäßen Einschulungen von 7.763 auf 8125 Kinder, das heißt um 4,7 Prozent gestiegen. Die vorzeitigen Einschulungen wurden um etwa die Hälfte (47,7 Prozent) reduziert.

Abbildung 35: Anteil der vorzeitigen und verspäteten Einschulungen gesamtstädtisch von 2006 bis 2010 in Prozent

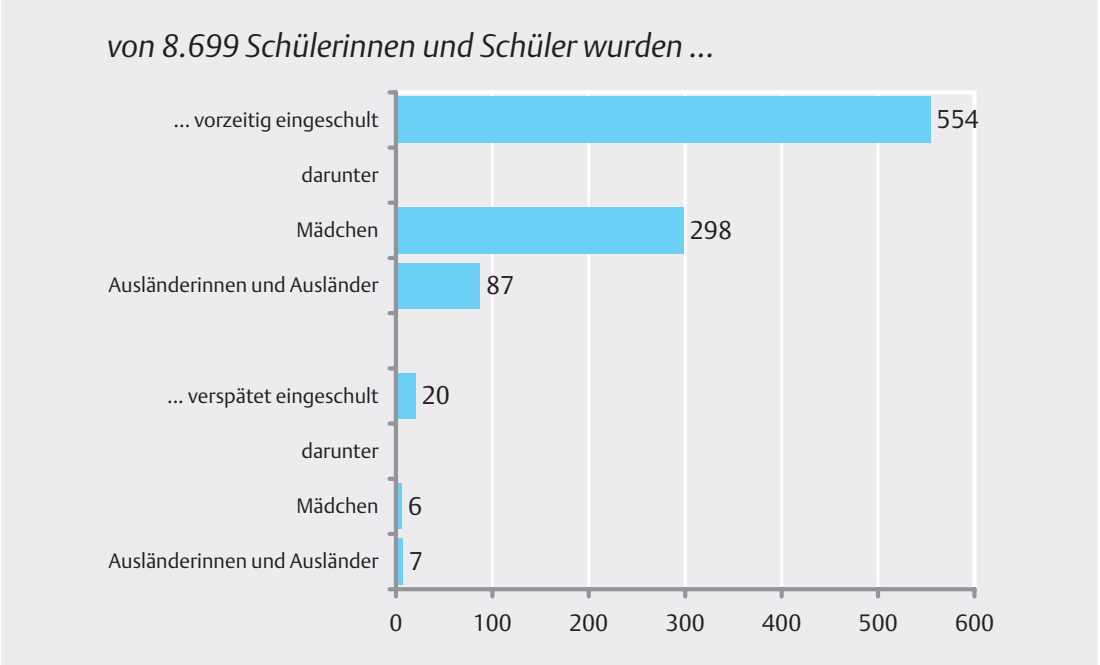


Quelle: Information und Technik NRW

4.1.1.2 Einschulungen nach Geschlecht und Nationalität

- Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bezüglich Einschulungen sind minimal. Mädchen wurden im Jahr 2010 eher vorzeitig eingeschult als Jungen. Jungen werden im Vergleich zu Mädchen eher zurückgestellt.
- Geringe Unterschiede zeigen sich zwischen deutschen und ausländischen Kindern bei den frühen und verspäteten Einschulungen dahingehend, dass deutsche Kinder eher früher und ausländische Kinder eher verspätet eingeschult werden.

Abbildung 36: Anzahl der vorzeitigen und verspäteten Einschulungen gesamtstädtisch nach Nationalität und Geschlecht im Jahr 2010



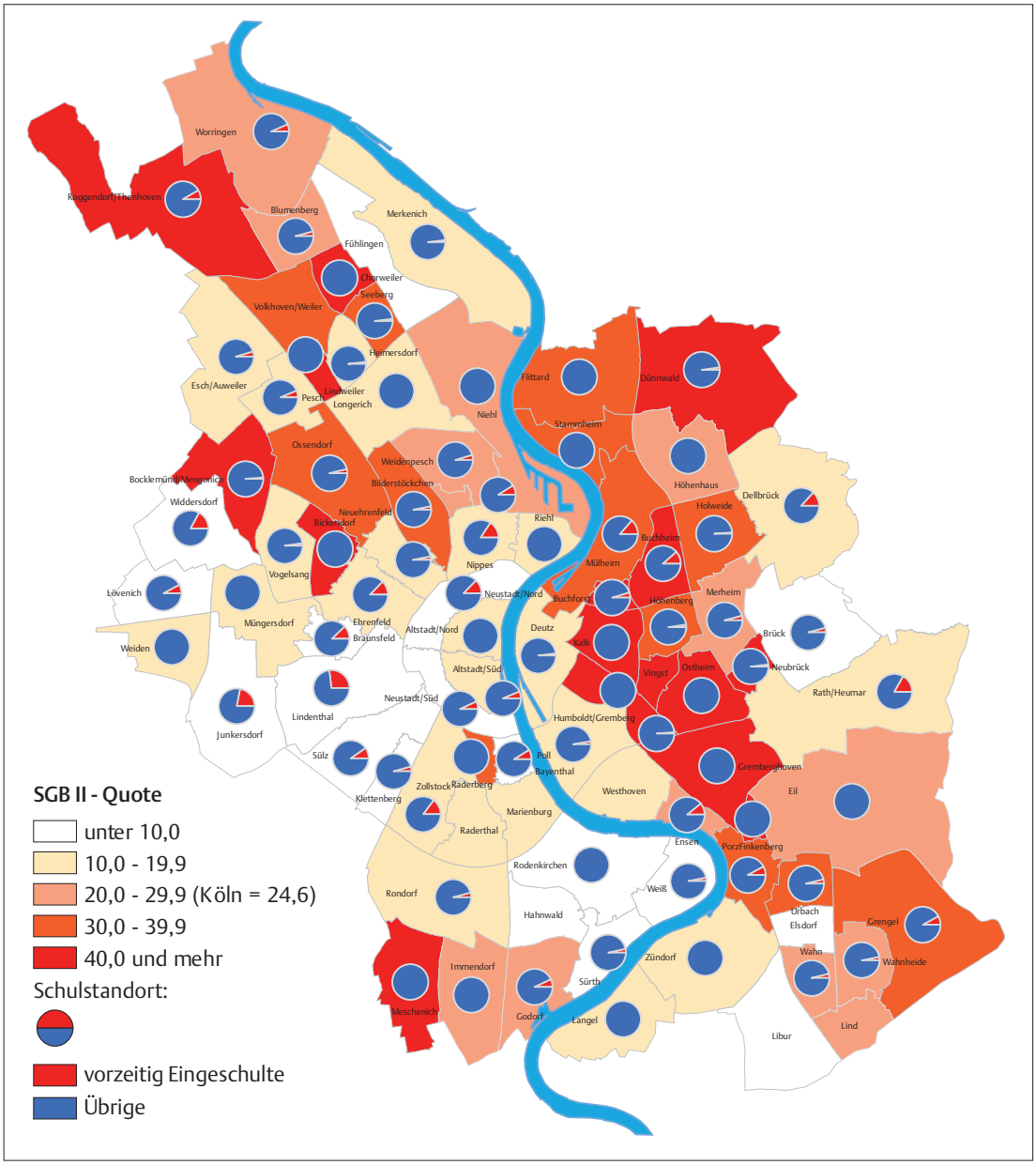
Quelle: Information und Technik NRW

4.1.1.3 Kleinräumige Betrachtung vorzeitiger Einschulungen

- Im Jahr 2010 gab es in neun der 15 Stadtteile mit einer SGB II-Quote von 40 Prozent und mehr keine vorzeitigen Einschulungen. Roggendorf/Thenhoven und Buchheim weisen als Stadtteile mit einer hohen SGB II-Quote hingegen einen vergleichsweise hohen Anteil von vorzeitigen Einschulungen auf (8,3 Prozent und 11,4 Prozent).
- Die höchsten Anteile an vorzeitig eingeschulten Kindern weisen die Stadtteile Lindenthal (27 Prozent), Junkersdorf (21,9 Prozent) und Widdersdorf (17 Prozent) auf. In diesen Stadtteilen liegt die SGB II-Quote der unter 6-Jährigen unter 10 Prozent.
- Der auf Basis der Stadtteilsummen ermittelte Korrelationskoeffizient[52] von -0,44 zeigt, dass ein negativer linearer Zusammenhang zwischen SGB II-Abhängigkeit und vorzeitiger Einschulung besteht. Das heißt je höher der Anteil der hilfebedürftigen Kinder im Stadtteil ist, desto geringer ist der Anteil an vorzeitig eingeschulten Kindern in diesem Stadtteil.

52 Der Korrelationskoeffizient ist ein Maß für den Grad statistischen linearen Zusammenhangs zwischen zwei Merkmalen.

Karte 6: Bevölkerungsanteile der unter 6-Jährigen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach Sozialgesetzbuch II (Dezember 2010) und Anteil der vorzeitig eingeschulten Kinder 2010 in Prozent



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

4.1.2 Vergleich zum Landesdurchschnitt

- In Nordrhein-Westfalen lag der Anteil an vorzeitig eingeschulten Kindern im Jahr 2009 bei 6,2 Prozent. Mit 7,6 Prozent lag Köln im Jahr 2009 höher als der Landesdurchschnitt.
- Der Anteil verspäteter Einschulungen stieg 2009 auf Landesebene um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. In Köln ist der Anstieg von 2008 auf 2009 deutlicher ausgeprägt. Der Anteil verspäteter Einschulungen lag 2009 bei 1,0 Prozent (85 Kinder) aller Einschulungen gegenüber 0,2 Prozent im Jahr 2008 (13 Kinder).

Methodische Erläuterungen

Im Schuljahr 2010/11 begann die Schulpflicht für Kinder, die bis zum 31. August 2010 das sechste Lebensjahr vollendet hatten. Ab dem Schuljahr 2011/12 liegt der Einschulungsstichtag auf dem 30.09. eines Jahres.

Vorzeitig eingeschulte Kinder sind Kinder, die erst nach dem gesetzlich festgelegten Stichtag ihr sechstes Lebensjahr vollenden. Bei verspätet eingeschulten Kindern handelt es sich um Kinder, die im Vorjahr vom Schulbesuch zurückgestellt worden sind und im aktuellen Schuljahr eingeschult werden.

4.1.3 Schlussbetrachtung

Zum Einschulungszeitpunkt im Jahr 2010 war der Großteil der Schülerinnen und Schüler Regelschulkinder. Die beschriebenen aktuellen Entwicklungen sind zum Teil auf die Vorverlegung des Schulpflicht-Stichtages seit dem Schuljahr 2007/08 zurückzuführen. Wie bereits angeführt, hat die Landesregierung diese Planung mittlerweile aufgehoben und den Einschulungsstichtag dauerhaft auf den 30.09. eines Jahres festgelegt. Die schrittweise Vorverlegung hatte bisher zur Folge, dass das Zeitfenster für die Regeleinschulung auf 13 Monate erweitert wurde. Dies bewirkte, dass sich die Zahl der Regeleinschulungen in Köln jedes Jahr erhöhte und gleichzeitig die vorzeitigen Einschulungen zurückgingen.

Die zum jetzigen Zeitpunkt vorhandenen und hier dargestellten Einschulungsdaten ermöglichen keine Aussagen zur Qualität und zum Erfolg des Übergangsprozesses. Grundsätzlich können Übergangsprozesse als gelungen betrachtet werden, „wenn das Kind sich in der Schule wohl fühlt, die gestellten Anforderungen bewältigt, das Bildungsangebot für sich optimal nutzt und wenn sich das Kind emotional, psychisch und intellektuell angemessen in der Schule präsentiert.“[53] Ob der Übergang in diesem Sinne gelingt, hängt maßgeblich von der Qualität der Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtung und Grundschule ab[54].

Auf der Einrichtungs- und Grundschulebene pflegt die überwiegende Mehrheit der Kindertageseinrichtungen (Kitas) und Grundschulen in Köln seit langem Kooperationen oder haben Kooperationen im Zuge der Einführung der Sprachstandsfeststellung zwei Jahre vor der Einschulung neu aufgenommen beziehungsweise ihre Kooperation weiterentwickelt. Diese Vielfalt an Kooperationen und gemeinsamen Projekten zwischen Kitas und Grundschulen weist eine große Bandbreite an Intensität und Kontinuität auf.

53 Wilfried 2006, S. 32.

54 Wilfried/Niesel 2005, S. 204 ff.

Wegweisend bezüglich der Qualität der Zusammenarbeit sind die Kooperationen zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, die derzeit im Rahmen der Erprobung der „Grundsätze zur Bildungsförderung für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Kindertageseinrichtungen und Schulen im Primarbereich in Nordrhein-Westfalen“ an zwei Kölner Erprobungsnetzwerken entwickelt werden. Beide Erprobungsnetzwerke setzen auf stetige Weiterentwicklung der Qualität ihrer Zusammenarbeit. Sie sehen ihren Auftrag zu Erziehung und Bildung als eine gemeinsame Aufgabe von Kindertageseinrichtung und Grundschule an. Ihr Ziel ist es, optimale Bedingungen zu schaffen, die jedem Kind einen erfolgreichen Start in den Bildungsweg ermöglichen. Dies gelingt durch eine enge, vertrauensvolle und wertschätzende Zusammenarbeit auf Augenhöhe in der die Bildungsinhalte regelmäßig abgestimmt und gemeinsam weiterentwickelt werden.

Best-Practice-Beispiele gelungener Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen

A) Aktivitäten im Erprobungsnetzwerk der Katholischen Grundschule Everhardstraße und den beiden städtischen Kindertageseinrichtungen Venloer Straße und Gutenbergstraße:

- Entwicklung eines Kooperationskalenders zur Festlegung gemeinsamer Aktivitäten basierend auf den Bildungsbereichen der Bildungsgrundsätze.[55]
- Regelmäßige Netzwerktreffen zur Planung und Umsetzung einzelner Aktionen wie gemeinsames Vorleseprojekt (Bildungsbereich: Sprache und Kommunikation) und gemeinsame „Kinder-Olympiade“ (Bildungsbereich: Bewegung) damit die Vorschulkinder Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Räumlichkeiten der Grundschule kennen lernen.

B) Aktivitäten im Erprobungsnetzwerk „Kindertageseinrichtung und Grundschule in Ossendorf/Bickendorf“ der Katholischen Offenen Ganztagsgrundschule Wilhelm-Schreiber-Straße, dem Katholischen Familienzentrum in BiOs Katholische Kindertagesstätte an St. Rochus, dem AWO Familienzentrum Kinder- und Familienhaus Pfiffikus und dem KölnKitas gGmbH Familienzentrum Kindertagesstätte Henriette-Ackermann-Straße:

- Fixierung der Kooperation in einer Kooperationsvereinbarung und einem Kooperationskalender
- Gestaltung eines gemeinsamen Homepagetextes und eines Flyers
- Planung und Durchführung mehrerer gemeinsamer Aktivitäten und Veranstaltungen im Jahr, wie Gestalten eines „Übergangsbuches“ durch Vorschulkinder in der Kita, Einführung von „Schnupperzeit“, in der die Vorschulkinder gemeinsam mit Patenschulkindern der 3. Klasse an einem gemeinsamen Projektthema arbeiten
- Vorstellung der Ergebnisse im „Regionalen Leitungskreis von Tageseinrichtungen für Kinder kommunaler Träger und Träger der freien Jugendhilfe in den Stadtteilen - Bickendorf - Ossendorf - Vogelsang“ durch die Netzwerkpartner.

55 Die zehn Bildungsbereiche der Bildungsgrundsätze Nordrhein-Westfalen sind: Bewegung; Körper, Gesundheit und Ernährung; Sprache und Kommunikation; soziale, kulturelle und interkulturelle Bildung; musisch-ästhetische Bildung; Religion und Ethik; mathematische Bildung; naturwissenschaftlich-technische Bildung; ökologische Bildung; Medien.

Der Eintritt der Verbindlichkeit der Bildungsgrundsätze Nordrhein-Westfalen (voraussichtlich im Laufe des Jahres 2012) kann für die Stadt Köln Anlass bieten, die Qualitätsentwicklung der Zusammenarbeit in den Netzwerken zwischen Kindertageseinrichtungen (Kitas) und Grundschulen stärker zu fördern und zu unterstützen, zum Beispiel in dem die Ergebnisse der beiden Kölner Erprobungsnetzwerke allen Kitas und Grundschulen bekannt gemacht werden. Orientierung bieten können dabei auch die Handlungsempfehlungen des Positionspapiers des deutschen Städtetags zum „Übergangsmanagement Kindertageseinrichtung – Grundschule“ vom Februar 2010[56], die derzeit in einer Arbeitsgruppe für Köln im „Wegweiser Übergangsmanagement Kita – Grundschule Köln“ konkretisiert werden.

Literatur

Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2003): Bildungsvereinbarung NRW – Fundament stärken und erfolgreich starten. Düsseldorf 2003.

Griebel, W. (2006): Übergänge fordern das ganze System. In Diskowski, D./Hammes-Di Bernardo E./Hebenstreit-Müller, S./Speck-Hamdan, A. (Hrsg) (2006): Übergänge gestalten. Wie Bildungsprozesse anschlussfähig werden. Weimar 2006, S. 32 – 47.

Griebel, W./Niesel, R. (2005): Forschungsergebnisse und pädagogische Ansätze zur Ausgestaltung des Übergangs vom Kindergarten zur Grundschule. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2005): Auf den Anfang kommt es an: Perspektiven für eine Neuorientierung frühkindlicher Bildung. Berlin, 2005, S: 191 – 251.

Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2010): Übergangsmanagement Kindertageseinrichtung – Schule. Positionspapier des Deutschen Städtetags. Berlin 2010.

56 „Die Städte sollen die Stärkung der Zusammenarbeit der Institutionen und die Verbesserung des Übergangs im Rahmen ihrer Möglichkeiten bestmöglich unterstützen. ... sehen sich die Städte in der Verantwortung, auch inhaltlich auf eine positive Bildungsentwicklung vor Ort hinzuwirken. Das kommunale Engagement ist dabei zum einen auf Qualitätsentwicklung und die Verwirklichung besserer Chancen in der Bildung und zum anderen auf die Vernetzung der vor Ort bestehenden Bildungseinrichtungen in öffentlicher und anderer Trägerschaft gerichtet.“ Vgl. Deutscher Städtetags 2010, S. 1, S. 5.

4.2 Kinder im Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I

Der Übergang von einer Bildungseinrichtung in eine folgende, spielt für Kinder und Jugendliche eine bedeutende Rolle bei der Bewältigung von neuen Lebenssituationen und ist für den zukünftigen Bildungserfolg ausschlaggebend. Nach dem Wechsel von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule ist der Übertritt an eine weiterführende Schule für ein Kind oft richtungsführend für den Verlauf des weiteren Bildungsweges. Er wird als der bedeutendste Übergang in der Bildungsbiografie eines Heranwachsenden mit langfristigen Folgen für den Bildungs- und Lebensverlauf gesehen.[57]

Der Übertritt von der Grundschule auf die weiterführende Schule unterliegt in Nordrhein-Westfalen den Regelungen im Schulgesetz Paragraph 11 Abs. 4. Der Übertritt orientiert sich an einer Empfehlung der Grundschule. Die Grundschule erstellt mit dem Halbjahreszeugnis der Klasse 4 eine zu begründende Empfehlung für die Schulform, die für die weitere schulische Förderung geeignet erscheint. Die Entscheidung an welcher Schule das Kind angemeldet wird, liegt letztlich bei den Eltern, da die Grundschulempfehlung nicht bindend ist.

Die Bewältigung von Bildungsübergängen ist nicht ausschließlich aus individueller Perspektive relevant. Sie hat in der Vergangenheit auch gesellschaftlich Bedeutung dadurch gewonnen, dass diese Gelenkstellen innerhalb der Bildungskarriere als entscheidende Stationen für die Entstehung von Bildungsungleichheiten identifiziert wurden. Insbesondere die Frage, welche weiterführende Schule besucht wird, ist eng verknüpft mit dem späteren Schul- und Bildungsabschluss und damit auch mit der sozioökonomischen Position als Erwachsener innerhalb der Gesellschaft.[58] Spätestens seit PISA ist bekannt, dass die soziale Herkunft von Schülerinnen und Schülern eng mit dem Zugang zu den jeweiligen Schulformen der weiterführenden Schulen verbunden ist.

57 Vgl. Baumert u. a. 2010, S. 23.

58 Vgl. Baumert u. a. 2010, S. 5.

4.2.1 Daten im Einzelnen

Exkurs: Gemeinschaftsschulen und Sekundarschulen

Neben den gängigen Schulformen in Köln, den Haupt-, Real-, Gesamt-, Förderschulen und Gymnasien bietet die Kölner Schullandschaft zusätzlich zwei Gemeinschaftsschulen an, die das Ministerium für Schule und Weiterbildung nach dem Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 14.12.2010 im Rahmen eines Schulversuchs genehmigt hat. Ziel dieses Schulversuchs ist es, zu erproben, wie Kinder zu besseren Schulabschlüssen durch längeres gemeinsames Lernen in der Sekundarstufe I, geführt werden können.[59]

Am 20. Oktober 2011 wurde das 6. Schulrechtsänderungsgesetz durch den Landtag in Nordrhein-Westfalen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen. Darin wurde die Einführung einer neuen Schulform der Sekundarstufe I, der „Sekundarschule", beschlossen. Die Sekundarschule umfasst die Jahrgänge fünf bis zehn und soll Schülerinnen und Schüler sowohl auf die berufliche Ausbildung als auch auf die Hochschulreife vorbereiten.[60]

Die zuvor genehmigten Gemeinschaftsschulen sollen bis zum Schuljahr 2016/17 unter den Versuchbedingungen des Modellversuchs „Gemeinschaftsschulen" arbeiten und werden anschließend aufbauend als Sekundarschulen geführt.

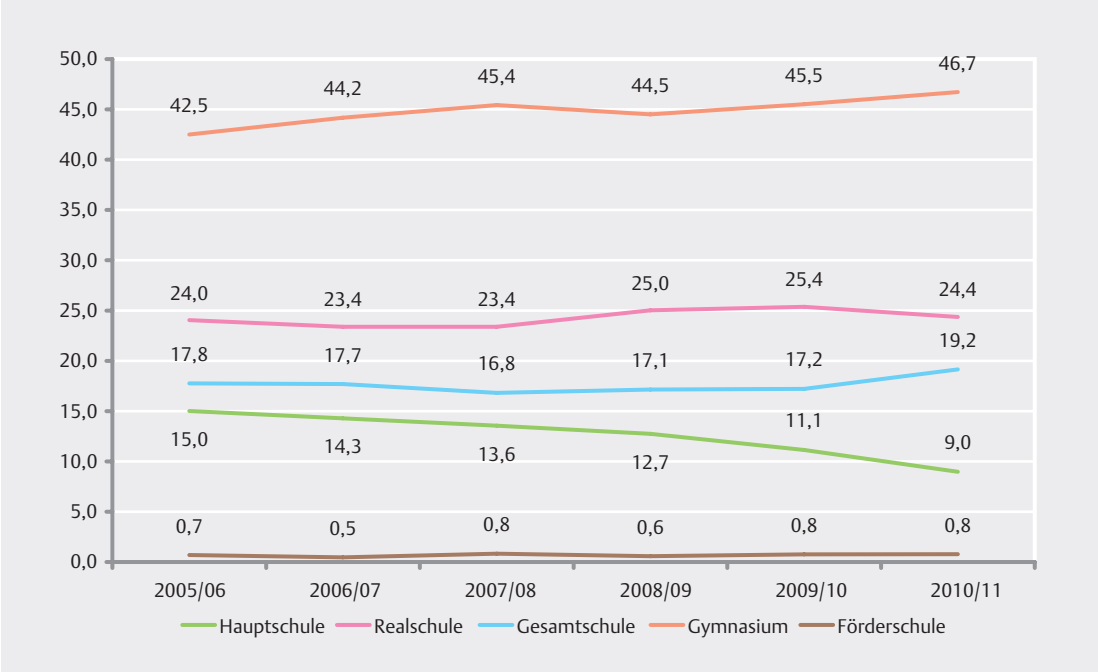
4.2.1.1 Entwicklung der Übergänge an weiterführende Schulen

- Im Schuljahr 2010/11 wechselten insgesamt 7.935 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 4 an Kölner Grundschulen in die 5. Klasse an weiterführende Schulen. Fast die Hälfte der Kinder (46,7 Prozent) wechselte dabei auf ein Gymnasium, während ein Viertel (24,4 Prozent) den Übergang zu den Realschulen wählte. 1.520 Grundschulkinder (19,2 Prozent) gingen auf die Gesamtschulen über, 712 (9 Prozent) an Hauptschulen und 62 (0,8 Prozent) an Förderschulen.
- Seit dem Schuljahr 2005/06 verzeichnen die Übertritte an Gymnasien den stärksten Zuwachs (+ 4,2 Prozentpunkte). Auch an den Gesamtschulen ist ein leichter positiver Trend zu erkennen (+ 1,4 Prozentpunkte). Gleichzeitig ist der Anteil an Übergängen auf die Hauptschule um 6 Prozentpunkte, das heißt um 489 Schülerinnen und Schüler, gesunken.

59 Vgl. Pressekonferenz der Stadt Köln: Jahresbilanz 2011. Dezernat Bildung, Jugend und Sport.

60 Vgl. Ministerium für Schule und Weiterbildung.

Abbildung 37: Übergangsquoten an weiterführende Schulen in den Schuljahren 2005/06 bis 2010/11 in Prozent

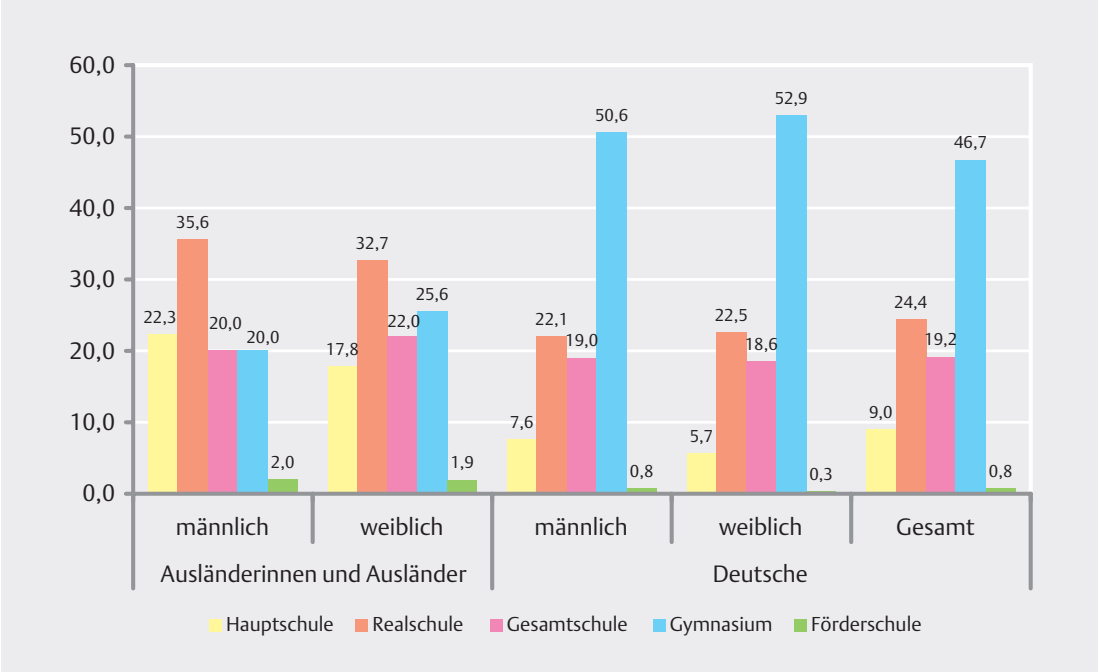


Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik. Eigene Berechnungen.

4.2.1.2 Übergänge nach Geschlecht und Nationalität

- Ausländische Kinder wechselten im Schuljahr 2010/11 deutlich seltener auf das Gymnasium und häufiger auf Real- und Hauptschule als deutsche Kinder. Deutsche Kinder, sowohl Jungen als auch Mädchen, wiesen eine Übergangsquote von mehr als 50 Prozent an das Gymnasium auf.
- Bei ausländischen Kindern zeigen sich größere geschlechtsspezifische Unterschiede als bei deutschen Kindern. Der Anteil Mädchen, der 2010/11 an Gymnasien überging, ist deutlich höher als bei Jungen (+ 5,6 Prozent). Auch wechselten mehr ausländische Mädchen als Jungen auf die Gesamtschule (+ 2 Prozent). Ausländische Jungen wiesen höhere Anteile bei Übergängen an Real- und Hauptschulen auf.

Abbildung 38: Übergangsquoten an weiterführende Schulen im Schuljahr 2010/11 nach Geschlecht und Nationalität in Prozent



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik. Eigene Berechnungen.

4.2.2 Kleinräumige Betrachtungen der Übergänge an Gymnasien und Hauptschulen

- Es zeigen sich erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Übergangsquoten an Gymnasien auf Stadtteilebene. In acht Stadtteilen überstiegen im Schuljahr 2010/11 die Übergangsquoten an Gymnasien 70 Prozent – mehr als zwei von drei Kindern wechselten von der Grundschule auf das Gymnasium. Der Stadtteil Lindenthal wies mit 88,8 Prozent dabei die höchste Übergangsquote auf. In 17 Stadtteilen lag die Quote hingegen unter 30 Prozent, das heißt, dass weniger als jedem dritten Kind der Übergang in das Gymnasium gelang. Der Stadtteil Raderberg hatte mit 12,7 Prozent die niedrigste Übergangsquote an Gymnasien.
- Bei einer kleinräumigen Betrachtung der Übergänge an weiterführende Schulen ist es wichtig das Schulangebot in den einzelnen Stadtgebieten zu betrachten. So wechseln Kinder, die beispielsweise in einem Stadtteil wohnen, in dem kein Gymnasium ortsnah zur Verfügung steht, dafür aber eine Gesamtschule, möglicherweise eher an eine Gesamtschule. Im Stadtbezirk Kalk besteht beispielsweise ein ausgeprägtes Hauptschulangebot, das von Schülerinnen und Schülern möglicherweise eher wohnortnah angenommen wird, als eine entfernter liegende Gesamtschule. Im Stadtbezirk Lindenthal hingegen besteht ein sehr hohes Angebot an Gymnasien, eine Gesamtschule gibt es dort nicht.

Karte 7: Übergangsquoten an Gymnasien nach Stadtteilen im Schuljahr 2010/11 in Prozent

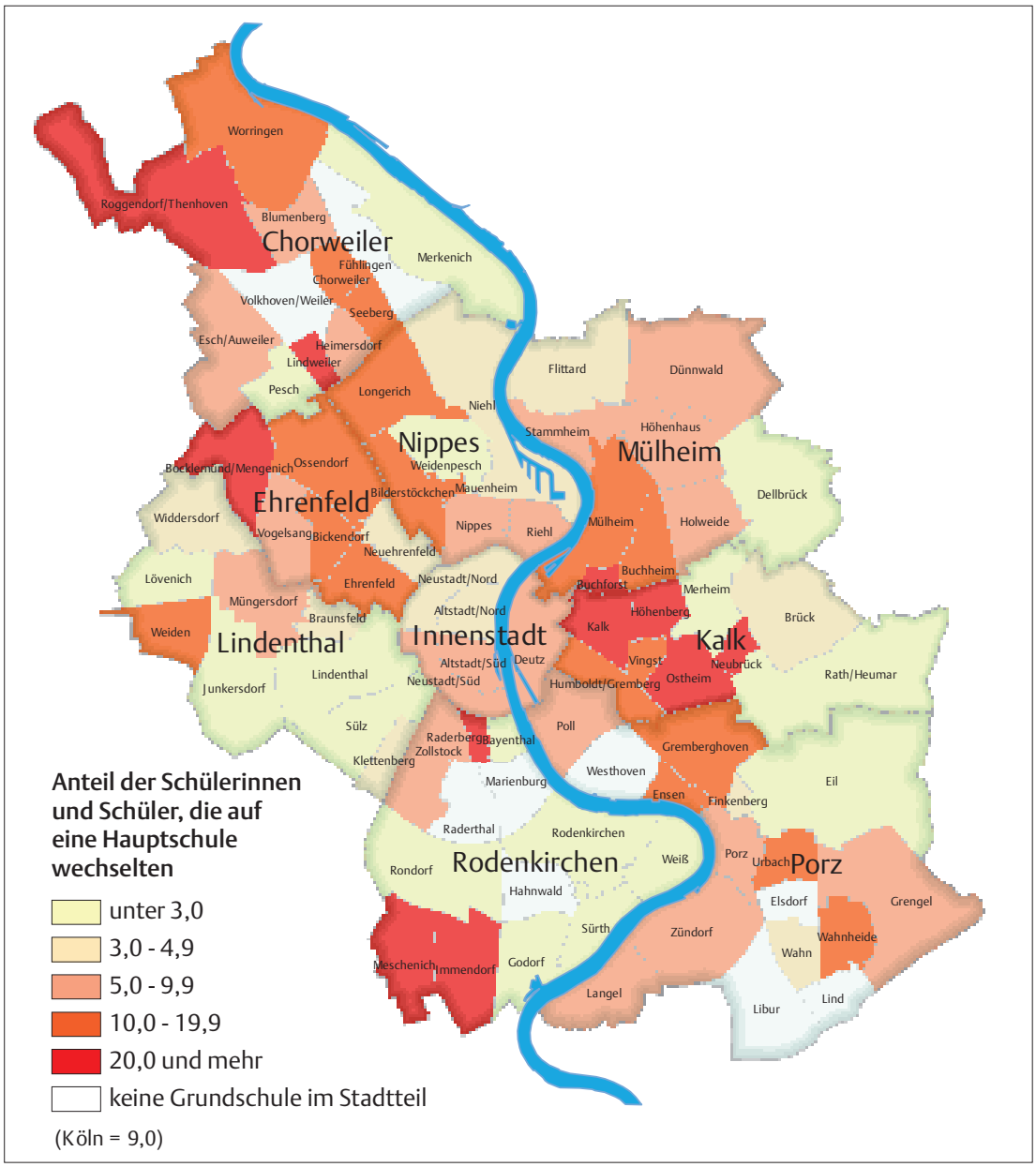


Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

- Auch die Übergangsquoten an Hauptschulen variierten im Schuljahr 2010/11 auf Stadtteilebene. Dort, wo die Übergangsquoten an Gymnasien stark ausgeprägt waren, waren die Übertritte an Hauptschulen entsprechend geringer. In mehr als der Hälfte aller Stadtteile lagen die Übergangsquoten an Hauptschulen unter dem Kölner Durchschnitt von 9 Prozent. In elf Stadtteilen lag die Quote 2010/11 hingegen über 20 Prozent, wobei der Stadtteil Buchforst mit 45,6 Prozent die höchste Übergangsquote belegte und so eine fünf Mal höhere Quote an Übergängen an Hauptschulen aufwies als der Kölner Durchschnitt.
- Setzt man den Übergangsquoten an Gymnasien und Hauptschulen die Quote der 10- bis 12-Jährigen, die Leistungen nach SGB II empfangen, gegenüber, zeigt sich, dass unterdurchschnittlichen Übergangsquoten an Gymnasien bzw. überdurchschnittliche Übergangsquoten an Hauptschulen eher in Stadtteilen mit einer höheren SGB II-Quote der 10- bis 12-Jährigen anzutreffen sind. Entsprechend werden überdurchschnittliche Übergangsquoten an Gymnasien und geringe Übergangsquoten an Hauptschulen vor allem in Stadtteilen mit niedrigeren SGB II-Quoten erreicht.

- Um den Zusammenhang zwischen den Übergängen von den Grundschulen an die Hauptschulen und dem Anteil der 10- bis 12-Jährigen, die SGB II-Leistungen empfangen berechnen zu können, bietet sich der Korrelationskoeffizient[61] an. Der berechnete Korrelationskoeffizient von r = 0,7 belegt einen starken, positiven Zusammenhang zwischen den Übergängen an Hauptschulen und der 10- bis 12-Jährigen die SGB II-Leistungen empfangen. Kinderarmut korreliert also stark positiv mit dem Übergang an Hauptschulen.

Karte 8: Übergangsquoten an Hauptschulen nach Stadtteilen im Schuljahr 2010/11 in Prozent



Quelle: Stadt Köln -Amt für Stadtentwicklung und Statistik

61 Um den Grad eines linearen Zusammenhangs messen zu können, eignet sich bei mindestens ordinalskalierten Maßen der Korrelationskoeffizient. Der Korrelationskoeffizient kann Werte von -1 bis +1 einnehmen. Bei 0 liegt kein Zusammenhang vor. Bei +1 liegt ein stark positiver Zusammenhang vor.

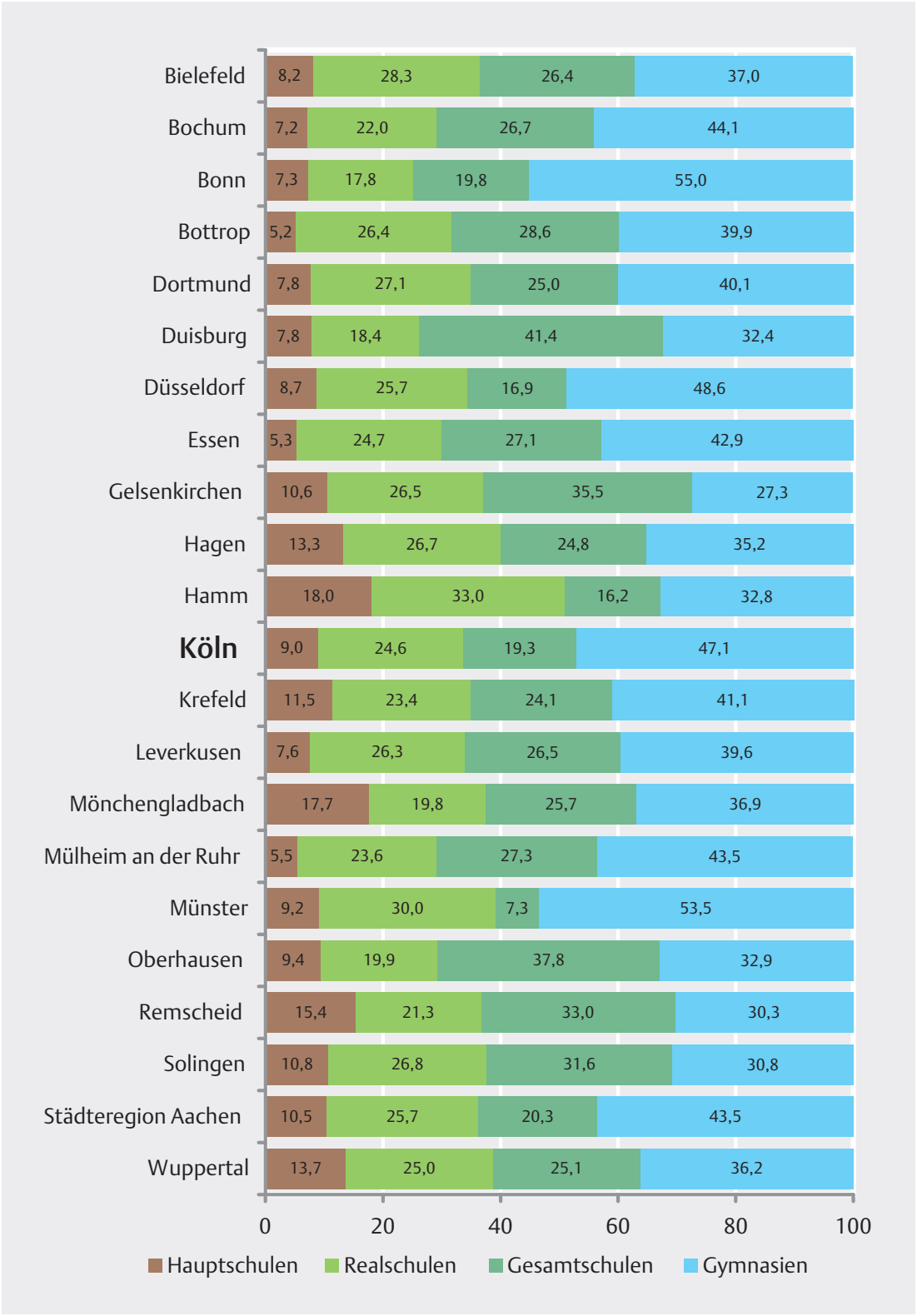
4.2.3 Interkommunaler Vergleich

Methodische Erläuterungen

Für den interkommunalen Vergleich der Übergänge in die Sekundarstufe I wird auf Daten der Landesdatenbank Information und Technik NRW zurückgegriffen. Bei ihrer Berechnung werden die Schulformen Gymnasium, Gesamt-, Real- und Hauptschulen berücksichtigt und die Förderschulen nicht mit einbezogen. Aus diesem Grund verändert sich die Grundgesamtheit und somit die Übergangsquote an die jeweiligen Schulformen gegenüber den bisher verwendeten Daten der Kölner Statistik, die die Förderschulen berücksichtigen.

- Die durchschnittlichen Übergangsquoten in Nordrhein-Westfalen für das Schuljahr 2010/11 verhielten sich wie folgt: 39,6 Prozent an Gymnasien, 19,1 Prozent an Gesamtschulen, 28,6 Prozent an Realschulen und 12,6 Prozent an Hauptschulen. In Köln liegt der Übergang an die Gymnasien (47,1 Prozent) deutlich über dem Landesdurchschnitt.
- Bei den Übertritten an Gymnasien weist Köln mit 47,1 Prozent die vierthöchste Quote aller kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen im Schuljahr 2010/11 auf. Die Übergangsquote an die Gymnasien reicht in allen kreisfreien Städten von 27,3 Prozent in Gelsenkirchen bis zu 55,0 Prozent in Bonn.
- Die Kölner Übergangsquoten an Gesamtschulen entsprechen nahezu dem Durchschnittswert auf Landesebene, während die Quoten an Haupt- und Realschulen jeweils rund 4 Prozent unter dem jeweiligen Landesdurchschnitt liegen.

Abbildung 39: Übergangsquoten an weiterführende Schulen in kreisfreien Städten in NRW im Schuljahr 2010/11 in Prozent



Quelle: Information und Technik NRW. Eigene Berechnungen.

4.2.4 Schlussbetrachtung

Im Schuljahr 2010/11 wechselte nahezu die Hälfte der Grundschülerinnen und -schüler an Gymnasien, während knapp nur jede zehnte beziehungsweise jeder zehnte (9 Prozent) Grundschüler an die Hauptschule überging. Die Entwicklung des Schulwahlverhaltens zeigt, dass sich die Bedeutung der einzelnen Schulformen in den letzten Jahren verändert hat. Besonders die Hauptschule, die Ende der 60er Jahre aus der Oberstufe der Volksschule hervorgegangen ist, muss sich heute auf immer weiter sinkende Schülerzahlen einrichten. Gleichzeitig haben die Gymnasien, auch als mögliche Folge von PISA, in ihrer Bedeutung stark zugenommen und haben seit Jahren stark steigende Schülerzahlen. Ebenfalls einen Zuwachs zu verzeichnen haben die Gesamtschulen in Köln.

Die Daten deuten außerdem auf eine unterschiedliche Teilhabe hin, wenn man die Übergänge von der Primarstufe in die Sekundarstufe I nach Nationalität und Geschlecht betrachtet. Ausländische Kinder haben geringere Chancen auf den Besuch eines Gymnasiums, wobei hier außerdem geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen sind. Ausländische Jungen wechselten im Schuljahr 2010/11 häufiger an die Haupt- und Realschulen als ausländische Mädchen. Diesen gelang häufiger der Übergang von den Grundschulen an Gymnasien oder Gesamtschulen. Bei deutschen Kindern zeigte sich vor allem bei den Übertritten in die Hauptschulen ein geschlechtsspezifischer Unterschied: Deutsche Jungen wechselten häufiger als deutsche Mädchen an die Hauptschulen. Es liegt die Vermutung nahe, dass Nationalität und Geschlecht den Übergang in die Sekundarstufe I beeinflussen können.

Wie die Berechnung des Zusammenhangs zwischen Übergängen an die Hauptschulen und dem Anteil der 10- bis 12-Jährigen, die SGB II-Leistungen beziehen auf Stadtteilebene gezeigt hat, sind sozioökonomische Hintergründe beim Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule ebenfalls von besonderer Bedeutung. Es lassen sich erhebliche Unterschiede auf Stadtteilebene feststellen, die mit der berechneten Korrelation auf eine soziale Selektivität beim Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe hindeuten: Sozial benachteiligte Kinder haben geringere Chancen ein Gymnasium zu besuchen und wechseln eher auf Hauptschulen. Dies wird auch von einschlägigen Studien aus der Schulforschung belegt: Der Übergang in die Sekundarstufe I ist eine Übergangsschwelle, an der nicht nur nach Leistung, sondern auch sozial selektiert wird.

Die vorliegenden Ergebnisse verweisen zum einen auf die Wichtigkeit einer hohen Transparenz hinsichtlich möglicher Schullaufbahnen in einem gegliederten Schulsystem. In der Elternbefragung zur Schulwahl zum Jahresende 2009 gaben 67 Prozent der Eltern an, gut oder sehr gut über die unterschiedlichen Bildungsangebote der weiterführenden Schulen informiert zu sein.[62] Die Befragungsergebnisse zeigen außerdem auf, dass der weit überwiegende Anteil der Grundschuleltern schon zu einem frühen Zeitpunkt, jedenfalls deutlich vor dem im viertem Schuljahr in den Grundschulen beginnenden Beratungsprozess, Informationen über die Bildungsangebote der weiterführenden Schulen einholt. Dass rund ein Drittel der Eltern weniger gut oder nicht gut informiert ist, dokumentiert einen zusätzlichen Bedarf an Bildungsberatung.

62 Vgl. Stadt Köln 2009, S. 4.

Zum anderen deuten die Daten auch auf den Wandel des Schulsystems auf der Grundlage des Elternwahlverhaltens hin. Nach der Elternbefragung zur Schulwahl 2009 glauben zwei Drittel der Eltern, dass man in Schulen eher bessere Chancen für alle Kinder erreicht, wenn die Kinder länger gemeinsam lernen.[63] Nach Dr. Rösner vom Institut für Schulentwicklungsforschung der Technischen Universität Dortmund reagieren die Parteien mit dem Schulkompromiss NRW vom 19.07.2011 auf eine Schulrealität, die die demografische Entwicklung und der Wille der Eltern geschaffen haben. Zukünftig werden seiner Einschätzung nach Gymnasien und Schulen des längeren gemeinsamen Lernens bestehen bleiben.[64] Auch für Köln ist davon auszugehen, dass sich die Schullandschaft auf der Grundlage eines entsprechenden Schulwahlverhaltens mittel- bis langfristig zu einem zweigliedrigen Schulsystem weiterentwickeln wird. Mit Blick auf die veränderten gesetzlichen Regelungen erarbeitet die Verwaltung derzeit ein Maßnahmenprogramm zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Kölner Schullandschaft bis 2020.

Literatur

Baumert u. a. (2010): Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule. Leistungsgerechtigkeit und regionale, soziale und ethnisch-kulturelle. In Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010): Bildungsforschung. Bd 34. Disparitäten. Bonn. Berlin 2010.

Rösner, E. (2011): Spiegel der Wirklichkeit: Der Schulkompromiss. In: Schule NRW, Amtsblatt des Ministeriums für Schule und Weiterbildung. Sonderausgabe zum Schulkonsens und zur Sekundarschule. Düsseldorf 2011.

Stadt Köln (2009): Elternbefragung zum Wechsel von Kindern auf weiterführende Schulen in Köln. Köln 2009.

63 Vgl. Stadt Köln 2009, S. 5.

64 Vgl. Rösner 2011, S. 6f.

4.3 Jugendliche im Übergang von Schule in die Ausbildung

Der Übergang Jugendlicher von der Schule in die Ausbildung wird auch als „1. Schwelle“ bezeichnet. Betroffen sind Jugendliche, die die allgemeinbildende Schule beendet und noch keine berufliche Bildung begonnen oder abgeschlossen haben. Der Übergang von der Schule in den Beruf vollzieht sich für die meisten Jugendlichen über folgende Systeme, die auf einen Berufsabschluss zielen: duale Ausbildung, schulische Berufsausbildung und Hochschulbildung.[65]

Die erfolgreiche Einmündung in eine berufliche Ausbildung hat im Bildungsprozess eine besondere Bedeutung, da diese eine zentrale Voraussetzung für die berufliche und gesellschaftliche Integration darstellt. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des damit verbundenen Fachkräftemangels kommt dem Übergang von der Schule in die Ausbildung daher zudem vermehrt bildungs- und arbeitsmarktpolitische Aufmerksamkeit zu. Das Misslingen des Einstiegs in Ausbildung und ein fehlender Ausbildungsabschluss sind mit dem Risiko einer erfolglosen existenzsichernden Integration in das Beschäftigungssystem und einer Belastung des öffentlichen Haushalts verbunden.

Nicht allen Jugendlichen gelingt nach Abschluss der allgemein bildenden Schule ein reibungsloser Übergang in eine Berufsausbildung. Ein Teil der Schulabsolventinnen und -absolventen mündet in das sogenannte berufliche Übergangssystem ein. Das Übergangssystem umfasst vorwiegend Bildungsgänge an Berufskollegs, die unterhalb einer qualifizierten Berufsausbildung liegen beziehungsweise zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen[66]. Die Gründe für einen fehlenden Zugang in eine qualifizierte Berufsausbildung sind unterschiedlich. Neben äußeren Faktoren wie Strukturwandel der Wirtschaft, demografische und konjunkturelle Entwicklungen können auch individuelle Risikofaktoren wie Schulnoten, soziale Herkunft, Nationalität und Migrationshintergrund eine wichtige Rolle spielen. Für Köln zeigte sich bereits im Ausbildungsmonitoring 2010, dass vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund bzw. ausländische Jugendliche von Risiken an diesem Übergang betroffen sind.[67]

4.3.1 Daten im Einzelnen

4.3.1.1 Schulische Vorbildung der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger

- Im Schuljahr 2009/10 verließ die Mehrheit der Kölner Schülerinnen und Schüler (3.977) die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife. Dies entspricht einem Anteil von 39,5 Prozent an allen Schulabgängerinnen und -abgängern.
- Sowohl bei den deutschen als auch bei den ausländischen Schulabsolventinnen und -absolventen hat die Zahl derer mit Hochschulreife gegenüber 2005 zugenommen. Dabei liegt der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer mit Abitur im Schuljahr 2009/10 bei 20,4 Prozent gegenüber 45,3 Prozent bei den Deutschen.

---

65 Zum Übergang von Schule in Ausbildung vgl. auch Stadt Köln 2011.

66 Vgl. Konsortium um Bildungsberichterstattung 2006, S. 79.

67 Es sei an dieser Stelle auf den Mangel an Daten zum Migrationshintergrund hingewiesen. Sehr oft werden Menschen mit Migrationshintergrund mit dem Merkmal der Staatsangehörigkeit erfasst, was allerdings eine differenzierte Abbildung von Personen mit Migrationshintergrund nicht ermöglicht. Außerdem wird das Merkmal Migrationshintergrund, soweit überhaupt verwendet, in amtlichen Statistiken und sonstigen Datenquellen unterschiedlich angewandt. Im folgenden Kapitel werden vor allem Datenquellen verarbeitet, die das Merkmal Migrationshintergrund nicht erfassen. Ausnahme stellen die Ergebnisse der Studie der Katholischen Hochschule NRW dar. Die Definition zum Migrationshintergrund, die der Studie zugrunde liegt, wird an entsprechender Stelle ausgewiesen.

- Bei deutschen Schülerinnen und Schülern dominieren seit 2005 die allgemeine Hochschulreife sowie der mittlere Abschluss und bei ausländischen Schülerinnen und Schülern der mittlere Abschluss sowie Hauptschulabschluss.
- Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss hat in den letzten fünf Jahren bei deutschen Schülerinnen und Schülern um 29,4 Prozent und bei Ausländerinnen und Ausländern um 23,8 Prozent abgenommen.

Tabelle 3: Entwicklung der Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen nach Nationalität von 2005 bis 2010 in absoluten Zahlen

Abschlussart Nationalität	Abschlussjahr (15.Oktober des Jahres)						Veränderung 2005 – 2010
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	
Deutsche							
ohne Hauptschulabschluss	521	480	484	414	324	368	-153
Hauptschulabschluss	1.436	1.510	1.506	1.323	1.274	1.212	-224
mittlerer Abschluss	2.484	2.596	2.741	2.706	2.600	2.648	164
Hochschulreife	2.913	3.042	3.044	3.353	3.287	3.502	589
Ausländerinnen und Ausländer							
ohne Hauptschulabschluss	294	299	332	298	214	224	-70
Hauptschulabschluss	795	850	784	704	658	693	-102
mittlerer Abschluss	982	1.044	978	985	939	942	-40
Hochschulreife	417	460	375	471	457	475	58

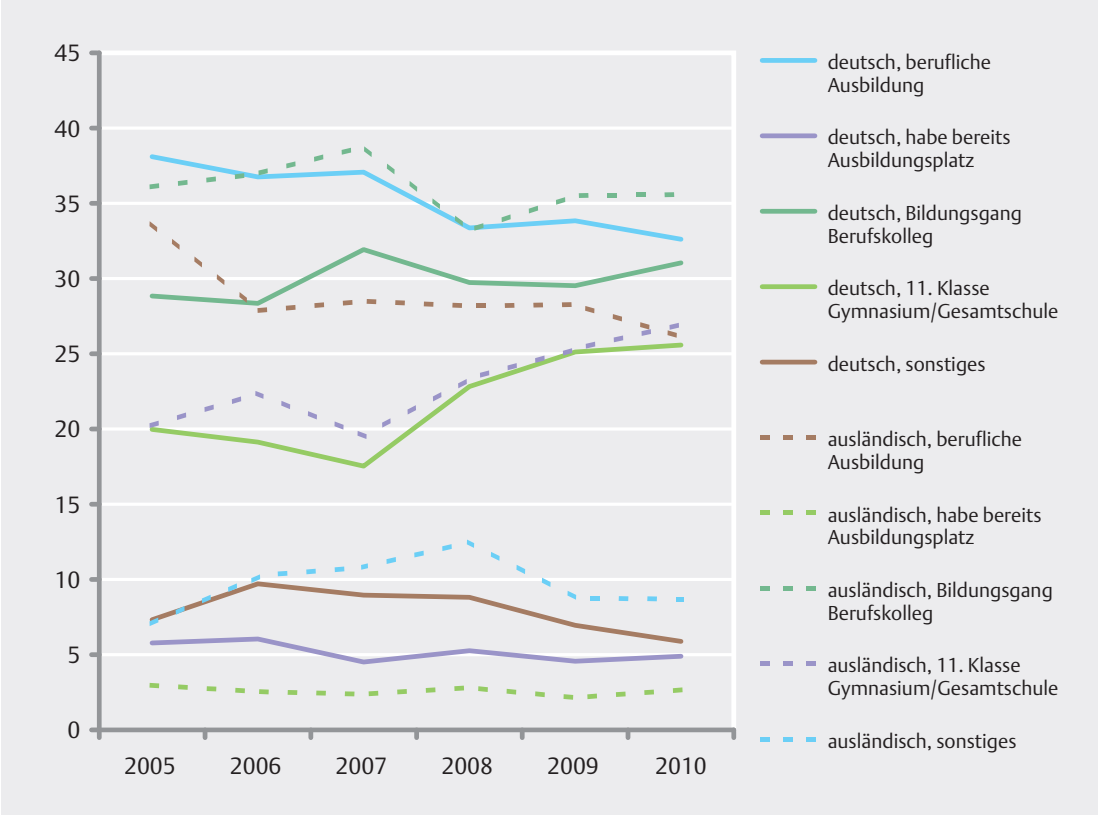
Quelle: Information und Technik NRW

4.3.1.2 Ausbildungswünsche von Schulabsolventinnen und -absolventen

- Im Rahmen der Kölner Schulabgängerbefragung[68] äußerte fast ein Drittel (30,8 Prozent) aller Befragten im Jahr 2010 den Wunsch eine berufliche Ausbildung nach Schulabschluss zu beginnen. Das Ausbildungsinteresse ist gegenüber 2009 (32,1 Prozent) gesunken.
- Nach deutschen und ausländischen Schulabgängerinnen und -abgängern differenziert zeigt sich, dass bei ausländischen Schülerinnen und Schülern seit 2005 der Wunsch nach dem Besuch eines Bildungsgangs am Berufskolleg dominiert. Der Wunsch nach einer Ausbildung ist bei Ausländerinnen und Ausländern gegenüber 2005 um 7,6 Prozent gesunken.
- Der Wunsch nach weiterführender Schulbildung insbesondere nach einem Besuch der 11. Klasse an Gymnasien oder Gesamtschulen steigt bei beiden Personengruppen kontinuierlich an. Gegenüber 2005 ist dieser Wunsch bei deutschen Schulabgängerinnen und -abgängern um 5,6 Prozent und bei Ausländerinnen und Ausländern um 6,8 Prozent gestiegen.

68 Es handelt sich hierbei um eine seit 2003 jährlich durchgeführte Online-Befragung, deren Koordination bei der Bildungsberatung der Stadt Köln liegt. Befragt werden alle zehnten Klassen der allgemeinbildenden Schulen mit Ausnahme eines Teils der Förderschulen und der Gymnasien. Im Zentrum dieser Befragung stehen die Wünsche und Vorhaben nach Klasse 10 sowie die Alternativen und geplante Ausweichmöglichkeiten. Als Bestandteil des Berufswahlunterrichts erfasst die Befragung den Stand der Berufswahlvorbereitung und der Berufswahlentscheidung der Jugendlichen. Für weitere Informationen vergleiche www.bildung.koeln.de.

Abbildung 40: Wünsche nach Abschluss der Klasse 10 nach Nationalität von 2005 bis 2010 in Prozent



Quelle: Bildungsberatung der Stadt Köln – Schulabgängerbefragung 2010

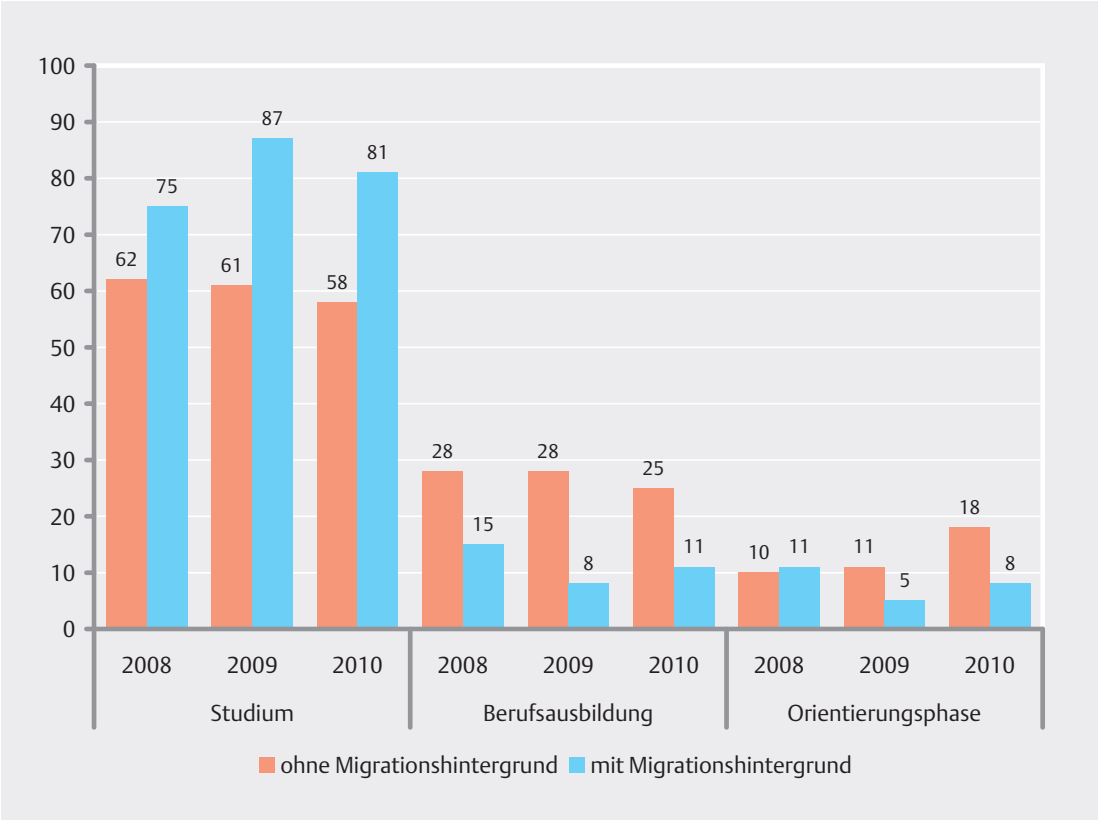
4.3.1.3 Nachschulische Pläne Kölner Gymnasiastinnen und Gymnasiasten nach Migrationshintergrund

- Die Längsschnitt-Studie der Katholischen Hochschule NRW zu Orientierungsprozessen bei der Berufswahl in der Sekundarstufe II[69] hat unter anderem die Pläne angehender Kölner Abiturientinnen und Abiturienten erhoben. Ihre Ergebnisse werden nach Migrationshintergrund differenziert.[70]
- Die Pläne der Jugendlichen für die Zeit nach der Schule differieren nach Migrationshintergrund. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund tendierten mit 81 Prozent häufiger zu einem Studium als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ohne Migrationshintergrund. Diese strebten mit 25 Prozent 2010 häufiger eine Ausbildung an. Bezogen auf die Orientierungsphase gaben 2010 deutlich mehr Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund an, dass sie eine Orientierungsphase anstreben.

69 Diese von der RheinEnergieStiftung Köln geförderte und über drei Jahre angelegte Längsschnittstudie zielte auf eine Situationsanalyse für Kölner Sek-II-Schülerinnen und Schüler, um Bedarfe zu erfassen und eine Bewertung des aktuellen Angebots der Berufswahlorientierung zu geben. Für weitere Informationen vgl. Schmidt-Koddenberg/Zorn 2012.

70 Als Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund werden in der Studie diejenigen Schülerinnen und Schüler bezeichnet, die entweder selbst nicht in Deutschland geboren wurden oder die mindestens einen im Ausland geborenen Elternteil aufweisen. Vgl. Schmidt-Koddenberg/Zorn 2012, S. 69.

Abbildung 41: Pläne für den ersten nachschulischen Schritt nach Migrationshintergrund von 2008 bis 2010 in Prozent



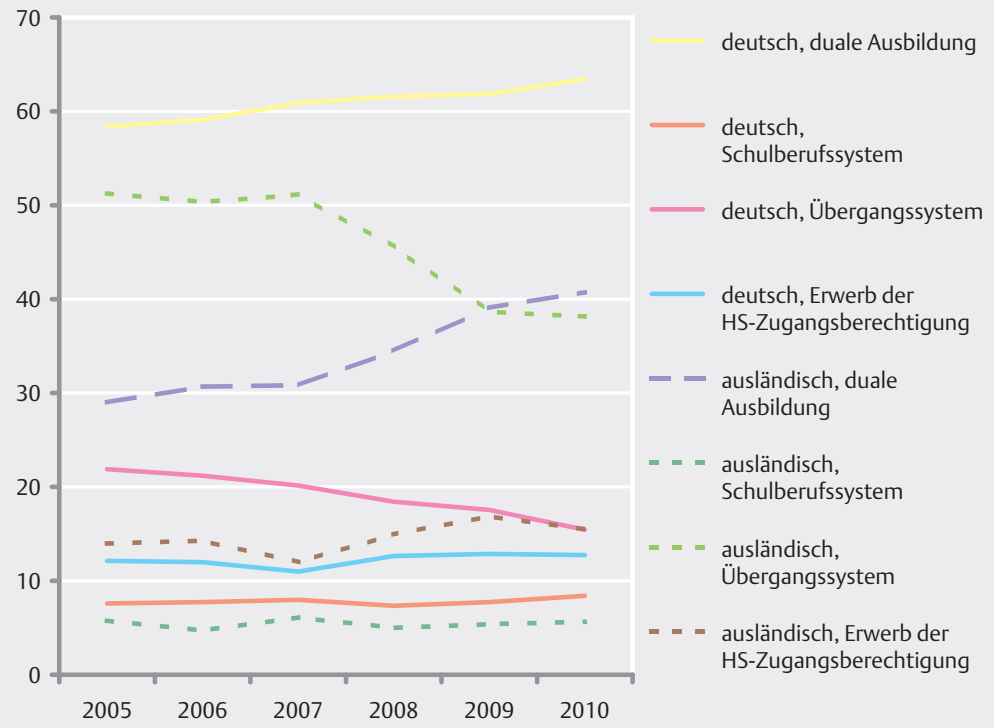
Quelle: Schmidt-Koddenberg/Zorn[71]

4.3.1.4 Übergänge in das Berufliche Bildungssystem

- Die Zahlen seit 2005 zeigen, dass mehr deutsche als ausländische Jugendliche eine duale Berufsausbildung aufnehmen. Allerdings ist bei den ausländischen Jugendlichen seit 2007 ein deutlicher Anstieg um 9,9 Prozent gegenüber 2,5 Prozent bei den deutschen Jugendlichen zu verzeichnen.
- Die Einmündungen in Bildungsgänge zum Erwerb der Hochschulreife an Berufskollegs sind bei ausländischen Jugendlichen in den letzten fünf Jahren höher als bei deutschen. 2010 mündeten 15,5 Prozent aller ausländischen Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger in diesen Sektor, während es bei den deutschen 12,7 Prozent waren.
- Parallel zu den seit 2007 zu verzeichnenden vermehrten Einmündungen von ausländischen Ausbildungsanfängerinnen und -anfängern in duale Ausbildung und in Bildungsgänge zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung sind deren Einmündungen in das Übergangssystem seit 2007 um 12,4 Prozent gesunken.
- Die Zugänge in das Schulberufssystem weisen sowohl bei ausländischen als auch bei deutschen Jugendlichen seit 2005 keine besonderen Veränderungen auf.

71 Schmidt-Koddenberg/Zorn 2012, S. 79.

Abbildung 42: Verteilung der Neuzugänge auf die Teilsysteme der beruflichen Ausbildung nach Nationalität von 2005 bis 2010 in Prozent



Quelle: Information und Technik NRW

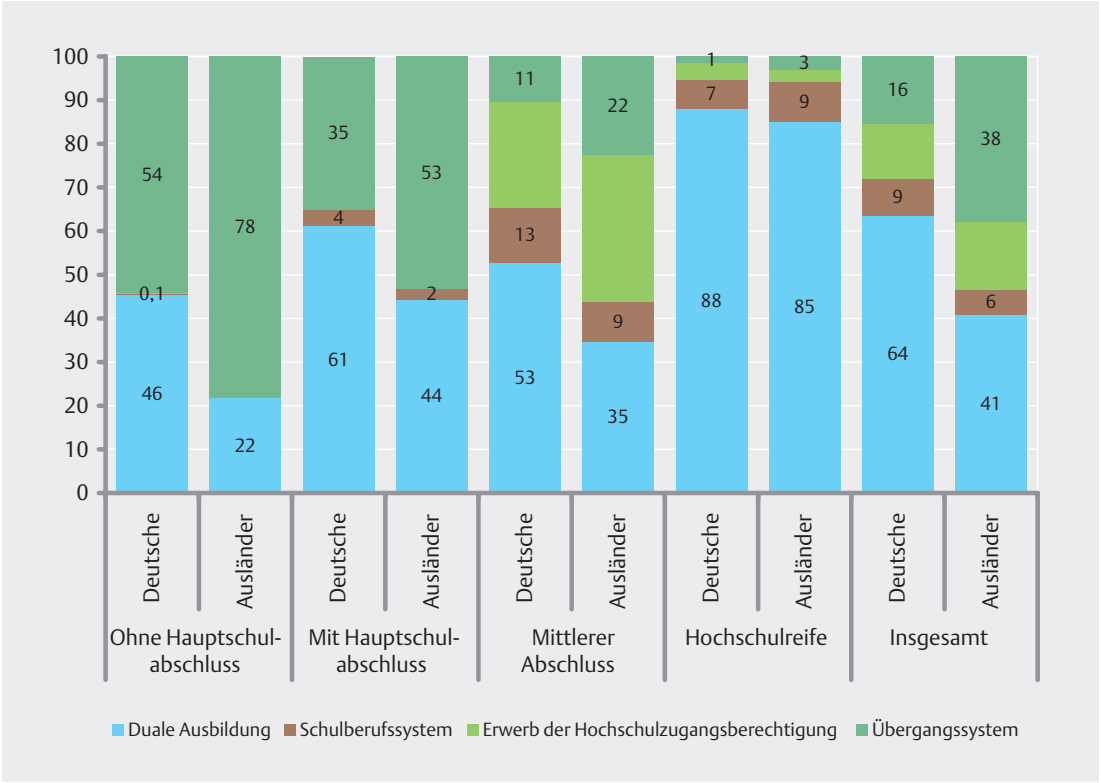
4.3.1.5 Verwertung schulischer Bildungsabschlüsse

- Allgemeinbildende Schulabschlüsse wurden im Jahr 2010 von Deutschen und Ausländerinnen beziehungsweise Ausländern unterschiedlich verwertet. Während nahezu jeder zweite Deutsche (45,5 Prozent) ohne Hauptschulabschluss eine duale Ausbildung begann, war es unter Ausländerinnen und Ausländern etwa jede Fünfte beziehungsweise jeder Fünfte (21,7 Prozent). Ohne Hauptschulabschluss mündeten ausländische Jugendliche überwiegend in das Übergangssystem ein (78,3 Prozent).
- Bei höheren allgemeinbildenden Schulabschlüssen waren die Unterschiede hinsichtlich der Verwertung geringer. Der Anteil deutscher Jugendlicher mit Hochschulreife in dualer Ausbildung lag 2010 bei 88,1 Prozent. Der Ausländeranteil mit Abitur lag mit 85,1 Prozent ähnlich hoch.

Methodische Erläuterungen

Bei den Daten ist die Einpendlerquote der Auszubildenden von über 40 Prozent für das Jahr 2010 zu berücksichtigen. Angesichts dieser hohen Einpendlerzahlen sowohl in der dualen Ausbildung als auch im berufsschulischen Bereich ist in der folgenden Darstellung zu berücksichtigen, dass ein nicht näher bezifferbarer Anteil der dualen Auszubildenden nicht in Köln wohnt.

Abbildung 43: Verteilung der Neuzugänge auf die Teilsysteme der beruflichen Ausbildung nach Nationalität und schulischer Vorbildung im Jahr 2010 in Prozent



Quelle: Information und Technik NRW

4.3.2 Schlussbetrachtung

Wesentliche Voraussetzung für gute Chancen auf dem Ausbildungsmarkt ist ein qualifizierter Schulabschluss. Der Trend zu höheren allgemeinbildenden Abschlüssen in Köln setzt sich fort, wird allerdings eher von deutschen Schülerinnen und Schülern getragen.

Das im Rahmen der Schulabgängerbefragung erhobene Interesse an weiterführender Schulbildung kann mit dem Wunsch nach höherwertigen Abschlüssen zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsuche beziehungsweise des weiteren Bildungsverlaufs einhergehen. Die Motivationslage für das nachlassende Interesse an beruflicher Ausbildung bleibt unklar. Hier wäre es im Rahmen der Schulabgängerbefragung sinnvoll über eine Erweiterung nachzudenken, die auch die Frage nach der Motivation mit einschließt.

Es lassen sich zudem Unterschiede bezüglich nachschulischer Pläne hinsichtlich des Merkmals Migrationshintergrund feststellen. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund tendieren häufiger als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ohne Migrationshintergrund zu einem Studium.

Insgesamt stellt sich die Verteilung der ausländischen Jugendlichen unter den Neuzugängen zu den Sektoren der beruflichen Bildung ungünstiger als die der deutschen Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger dar. Ausländischen Schülerinnen und Schülern gelingt seit 2005 seltener der Übergang in eine berufsqualifizierende Ausbildung, dennoch ist ihr Anteil seit 2007 gestiegen. Die Einmündungen in Bildungsgänge zum Erwerb der Hochschulreife zeigen allerdings, dass bei ausländischen Jugendlichen eine erhöhte Bildungsmotivation beziehungsweise ein gesteigertes

Interesse an höheren formalen Bildungsabschlüssen existiert. Den steigenden Einmündungen in die duale Ausbildung und in Bildungsgänge, die den Erwerb der Hochschulreife ermöglichen, ging zu Lasten des Übergangssystems.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen eng mit ihren formalen schulischen Abschlüssen zusammenhängt. Insgesamt zeigt sich eine schlechtere Verwertung allgemeinbildender Schulabschlüsse bei ausländischen Jugendlichen als bei deutschen. Die Chancen von Ausländerinnen und Ausländern mit niedrigen Schulabschlüssen in eine qualifizierende Ausbildung einzumünden, haben sich in den letzten Jahren zwar verbessert, dennoch ist der Anteil derer, die in das Übergangssystem einmünden, höher als bei den Deutschen. Bei höheren Abschlüssen sind die Chancen deutscher und ausländischer Jugendliche auf eine Ausbildung ähnlich gut.

Wegen des bereits heute erkennbaren Fachkräftemangels in Köln gilt es angesichts der hier vorliegenden Daten die Integrationsfähigkeit des Kölner Ausbildungssystems weiter auszubauen, sowohl um ein qualifiziertes Arbeitskräftepotenzial sicher zustellen als auch die Potenziale von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu erschließen und zu fördern, um Randständigkeit in unserer Gesellschaft zu vermeiden.

Mit der Fachkräftesicherung sowie mit dem Ziel, die Prozesse des Übergangs von der Schule in Ausbildung, Studium und Beschäftigung zu verbessern, beschäftigt sich in Köln auch das Kommunale Bündnis für Arbeit[72] seit seiner Gründung im Jahr 2005 mit der Ausbildungssituation der Jugendlichen in Köln. Im Jahr 2006 hat das Kommunale Bündnis den Aufbau eines Kölner Ausbildungsmonitorings beschlossen. Die jährlich erscheinenden Ergebnisse dieses Monitorings geben den Ausbildungsakteuren eine Entscheidungs- und Handlungsgrundlage zur Verbesserung der Ausbildungssituation.

Zur Verbesserung der Übergangsprozesse hat das Kommunale Bündnis für Arbeit im Jahr 2009 maßgeblich dazu beigetragen, dass die Kooperationsvereinbarung zum Übergangsmanagement Schule – Beruf zwischen der Agentur für Arbeit, der Bezirksregierung und der Stadt Köln zustande gekommen ist. Unterstützt wird diese Kooperation, deren Vorsitz die drei Kooperationspartner innehaben, von einer Steuerungsgruppe, der alle relevanten Akteure im Übergangsgeschehen angehören. Hauptanliegen ist die zielgerichtete Zusammenarbeit zur Verbesserung der individuellen Integrationschancen von Schülerinnen und Schülern in Bezug auf ihre Ausbildungs-, Studien-, Berufswege und Lebensplanung. Gleichzeitig wird das Übergangsgeschehen mittels dieser Kooperation transparenter, effektiver und abgestimmter gestaltet.

Das Büro Übergangsmanagement Schule – Beruf, als exekutiver Teil der Vereinbarung, beschäftigte sich in den vergangenen drei Jahren schwerpunktmäßig mit den Berufsorientierungsprozessen in Schule und sorgte hier für mehr Transparenz im Übergangsgeschehen. Es wurde im Rahmen der Kooperation ein Standardkonzept zur Berufsorientierung für alle Schulformen entwickelt und im ersten Schritt die flächendeckende Einführung des Portfolioinstrumentes Berufswahlpass und BerufswahlpassPlus in Angriff genommen sowie die großflächige Implementierung von Kompetenzfeststellungsverfahren in der Jahrgangsstufe 8. Zurzeit wird ein Verfahren erprobt, um eine detaillierte, aussagekräftige Verbleibstatistik der abgehenden

72 Das Kommunale Bündnis für Arbeit steht unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters und besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der wichtigsten Kölner Wirtschafts- und Arbeitsmarktakteure.

Hauptschülerinnen und -schüler zu erstellen mit dem Ziel die Anzahl der abgehenden Schülerinnen und Schüler ohne Anschlussperspektive zu reduzieren.[73]

Darüber hinaus gibt es die Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln (U 25 Konferenz). Hierzu gehören unter der gemeinsamen Geschäftsführung der Agentur für Arbeit und des Amtes für Soziales und Senioren der Stadt Köln, das Amt für Kinder, Jugend und Familie, das Gesundheitsamt, das Amt für Schulentwicklung, das Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Köln, das Büro Übergangsmanagement Schule – Beruf, das Jobcenter Köln und alle relevanten Kölner Bildungs- und Arbeitsmarktakteure.

Die U 25 Konferenz, die sich schwerpunktmäßig mit benachteiligten Jugendlichen beschäftigt, hat in einem Pilotbereich, ein Sozialraumgebiet im Stadtbezirk Chorweiler, unterschiedliche Projekte mit dem Ziel initiiert, die hierbei gesammelten Erfahrungen auch auf weitere Stadtteile zu übertragen. Zu diesen Modellen gehört auch das lokale Büro „Die Chance". Hier werden die jungen Menschen aus dem Stadtbezirk Chorweiler bei der Berufsorientierung und der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder Erlangen eines Schulabschlusses intensiv unterstützt und gegebenenfalls zu weiteren zuständigen Institutionen vermittelt.

Die U 25 Konferenz hat auf der Basis der gesammelten Erfahrungen unter dem Titel „Übergänge schaffen" zahlreiche Vorschläge für bedarfsgerechte, fachübergreifende und integrierte Hilfeansätze für besonders benachteiligte Jugendliche formuliert und diese in einem Praktikerworkshop zur Diskussion gestellt. Die Ergebnisse dieses Workshops werden derzeit mit dem Ziel ausgewertet, einen – stadtweiten – Ansatz für eine systematische und auch nachhaltige Unterstützung von arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten jungen Menschen im Übergang Schule – Beruf zu entwickeln.

Literatur

Konsortium um Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2006.

Schmidt-Koddenberg, A./ Zorn, S. (2012): Zukunft gesucht! Berufs- und Studienorientierung in der Sek II. Opladen 2012.

Stadt Köln (2011): Ausbildung in Köln – Monitoring 2010: Schwerpunkt Migration und Übergänge. Köln 2011.

73 Ausführlichere Informationen zum Büro-Übergangsmanagement und zur Jugendberufshilfe sowie deren Maßnahmen finden sich in der Integrierten Jungendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011 (Stadt Köln 2011b S. 260 ff) und in Ausbildung in Köln – Monitoring 2010 (Stadt Köln 2011a S. 120 ff).

4.4 Junge Erwachsene im Übergang von Ausbildung in Beschäftigung

Ein Ausbildungsabschluss gilt als wichtigste Zugangsvoraussetzung für den in hohem Maße beruflich strukturierten Arbeitsmarkt.[74] Traditionell zählt es zu den Stärken des deutschen Berufsausbildungssystems, das auf eine enge Verzahnung zwischen Ausbildung und Beschäftigung setzt, dass Übergänge in Beschäftigung relativ glatt verlaufen. Dennoch ist der Berufseinstieg für Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen nicht risikolos. Die steigenden Anforderungen des Arbeitsmarktes bedingen eine erhöhte Nachfrage nach hochqualifizierten Fachkräften während gleichzeitig die Nachfrage nach ungelernten Fachkräften sinkt.[75]

Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist heute in der Regel die Mindestqualifikation für den Einstieg ins Arbeitsleben. Selbst für Tätigkeiten, die eher geringe Qualifikationen erfordern, werden seitens der Betriebe heute bevorzugt Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung eingestellt.[76]

Somit sind ein erfolgreicher (Aus-)Bildungsabschluss sowie der Bildungsgrad einer Person bedeutend für den Zugang zum Arbeitsmarkt und deren Integration in das Erwerbsleben und die Gesellschaft. Wem der Übergang nicht gelingt, dem drohen als Risiken unter anderem Arbeitslosigkeit nach der Ausbildung und ein Verlassen des erlernten Berufs, welches in der Regel mit einem Verlust von Einkommen und Humankapital verbunden ist.[77]

Besonders betroffen von einem erschwerten Übergang in das Beschäftigungssystem sind dabei Menschen mit Migrationshintergrund beziehungsweise Ausländerinnen und Ausländer.

Erläuterungen zur Datenlage

Für eine Analyse der 2. Schwelle ist die quantitative Datenlage auf kommunaler Ebene eingeschränkt. Um die vorhandenen Informationen zu ergänzen, wird auf Ergebnisse einer Kölner Übergangsstudie zurückgegriffen, die von der Fachhochschule Köln durchgeführt wurde.[78]

74 Zum Übergang von Ausbildung in Beschäftigung vgl. auch Stadt Köln 2011.

75 Heuer/Schubert/Spieckermann 2011, S. 1.

76 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008, S. 169f.

77 Vgl. Velling/Bender 1994.

78 Vgl. Heuer/Schubert/Spieckermann 2011.

4.4.1 Daten im Einzelnen

4.4.1.1 Berufsqualifizierende Abschlüsse an Kölner Berufskollegs

- Die Zahl der berufsqualifizierenden Abschlüsse an Berufsschulen und Berufsfachschulen hat seit 2005 um 14 Prozent zugenommen.
- Dabei hat der Anteil der ausländischen Absolventinnen und Absolventen von 11,4 auf 9,1 Prozent abgenommen.
- Im Bereich der dualen Berufsausbildung an den Berufsschulen ist ein hoher Einpendlerüberschuss zu beachten, der die Bedeutung der Abschlusszahlen für den Kölner Ausbildungsmarkt relativiert.

Tabelle 4: Entwicklung der berufsqualifizierenden Abschlüsse an Kölner Berufskollegs nach Nationalität von 2005 bis 2010 in absoluten Zahlen

Schulformbereich Nationalität	Schuljahr					
	2005	2006	2007	2008	2009	2010
			Deutsche			
Berufsfachschule	620	673	764	600	667	678
Berufsschule	6.778	7.774	7.168	6.957	6.919	7.921
Berufliches Gymnasium	-	-	34	43	45	54
zusammen	7.398	8.447	7.966	7.600	7.631	8.653
			Ausländerinnen und Ausländer			
Berufsfachschule	94	95	94	78	86	87
Berufsschule	862	749	747	661	651	777
Berufliches Gymnasium	-	-	1	1	-	2
zusammen	956	844	842	740	737	866
			insgesamt			
Berufsfachschule	714	768	858	678	753	765
Berufsschule	7.640	8.523	7.915	7.618	7.570	8.698
Berufliches Gymnasium	-	-	35	44	45	56
Schulformbereich insgesamt	8.354	9.291	8.808	8.340	8.368	9.519

Quelle: Information und Technik NRW

4.4.1.2 Übergangstypen für Absolventinnen und Absolventen Kölner Berufskollegs

Nach einer Studie der Fachhochschule Köln zu idealtypischen Verlaufsmustern des Übergangs von der Schule in den Beruf[79] gibt es fünf Übergangstypen für Absolventinnen und Absolventen an Kölner Berufskollegs, die jeweils den beiden Clustern „die Bildungsorientierten“ und „die Berufsorientierten“ zugeordnet werden.[80]

Zu den „Bildungsorientierten“ zählen Personen, die
- nach ihrem Abschluss im Bildungssystem verbleiben und direkt auf eine Universität oder Fachhochschule wechseln (sogenannte „Bildungsorientierte mit Aufstieg“)
- oder weitere Qualifizierungsmaßnahmen wahrnehmen, um beispielsweise Schulabschlüsse nachzuholen, Zusatzqualifikationen zu erwerben oder Praktika aufzunehmen (sogenannte „Bildungsorientierte in Seitdrift“).

In der Gruppe der Bildungsorientierten befinden sich sowohl Deutsche ohne Migrationshintergrund als auch ein relativ hoher Anteil an Personen mit Migrationshintergrund und ausländischer Nationalität. Die Gruppe mit Migrationshintergrund verblieb im Bildungssystem, um beispielsweise nicht erreichte Schulabschlüsse nachzuholen oder Zusatzqualifikationen zu erwerben und zählt zu den „Bildungsorientierten mit Seitdrift“.

Zu den „Berufsorientierten“ zählen Absolventinnen und Absolventen, die entweder
- innerhalb der ersten sechs Monate nach Ausbildungsabschluss in qualifizierte Beschäftigungsverhältnisse für mindestens zwei Jahre wechselten (sogenannte „Personen in beruflicher Etablierung“) oder aber
- erst nach weiterer Aus- und Weiterbildung in eine reguläre Erwerbstätigkeit einmündeten (sogenannte „Personen in beruflicher Suchbewegung“) oder
- bisher keine qualifizierte Tätigkeit gefunden haben, zwischenzeitlich arbeitslos waren und einer geringfügigen Beschäftigung oder einer Tätigkeit nachgehen, die keine Ausbildung erfordert (sogenannte „Personen mit prekärer Beschäftigung“).

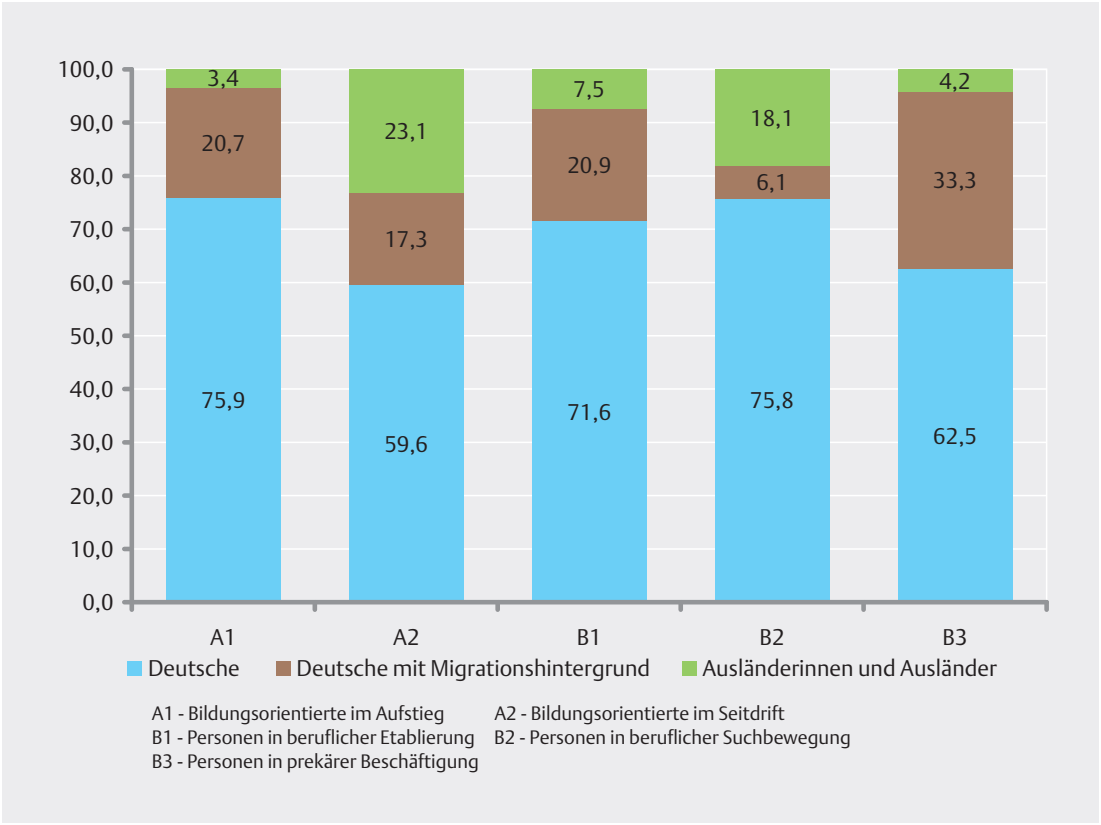
79 Diese von der RheinEnergieStiftung Köln geförderte Studie „Biografische Übergänge von der Schule in den Beruf. Verbleibsuntersuchung von Kölner Berufskollegabsolventen“ untersucht mittels quantitativer und qualitativer Verfahren Übergangsverläufe von Abgängerinnen und Abgängern Kölner Berufskollegs in Beschäftigung sowie deren Probleme und Motivationen während des Berufswahlprozesses. Für weitere Informationen vgl. Heuer/Schubert/Spieckermann 2011.

80 Für die folgenden Ausführungen vgl. Heuer/Schubert/Spieckermann 2011, S. 23ff.

4.4.1.3 Migrationshintergrund nach Übergangstypen[81]

- Die Gruppe derjenigen, die erst noch weitere Bildungsmaßnahmen absolvieren oder in geringfügige Beschäftigung einmüden, weist dabei einen hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund auf.[82]
- Bei den „Bildungsorientierten mit Seitdrift“ und den „Personen in beruflicher Suchbewegung“ ist auch ein hoher Anteil an ausländischen Personen festzustellen.

Abbildung 44: Übergangsverläufe nach Migrationshintergrund und Ausländerstatus in Prozent



Quelle: Heuer/Schubert/Spiekermann[83], Verbleibsuntersuchung von Kölner Berufskolleg-absolventen (Fachhochschule Köln)

81 Für die folgenden Ausführungen vgl. Heuer/Schubert/Spieckermann 2011, S. 28.

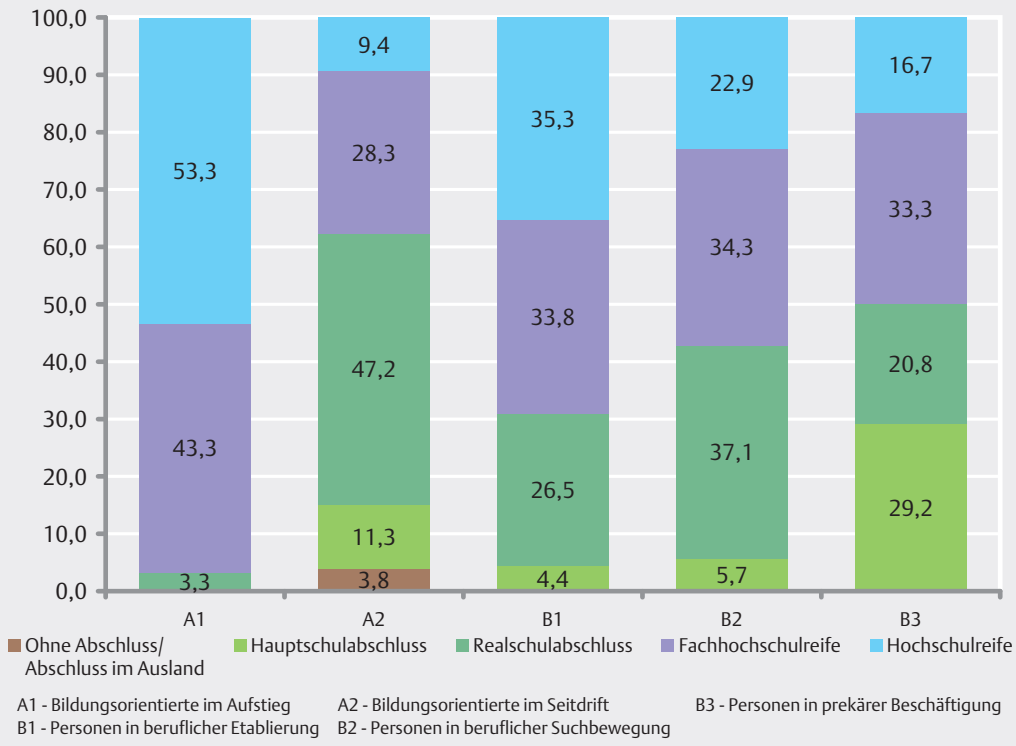
82 Vgl. Heuer/Schubert/Spieckermann 2011, S. 28f.

83 Heuer/Schubert/Spieckermann 2011, S. 28.

4.4.1.4 Verteilung der Schulabschlüsse über die Übergangstypen[84]

- Über hohe allgemeinbildende Schulabschlüsse, das heißt Hochschulreife und Fachhochschulreife, verfügen die „Bildungsorientierten im Aufstieg“ (53,3 Prozent beziehungsweise 43,3 Prozent) und die „Personen in beruflicher Etablierung“ (35,3 Prozent beziehungsweise 33,8 Prozent).
- Den höchsten Anteil an Personen mit eher niedrigeren Schulabschlüssen weisen die „Bildungsorientierten mit Seitdrift“ und die „Personen in prekärer Beschäftigung“ auf.
- „Personen in prekärer Beschäftigung“ haben den höchsten Anteil an Personen mit nur einem Hauptschulabschluss (29,2 Prozent).

Abbildung 45: Allgemeinbildender Schulabschluss der Absolventinnen und Absolventen in Prozent



Quelle: Heuer/Schubert/Spiekermann[85], Verbleibsuntersuchung von Kölner Berufskolleg-absolventen (Fachhochschule Köln)

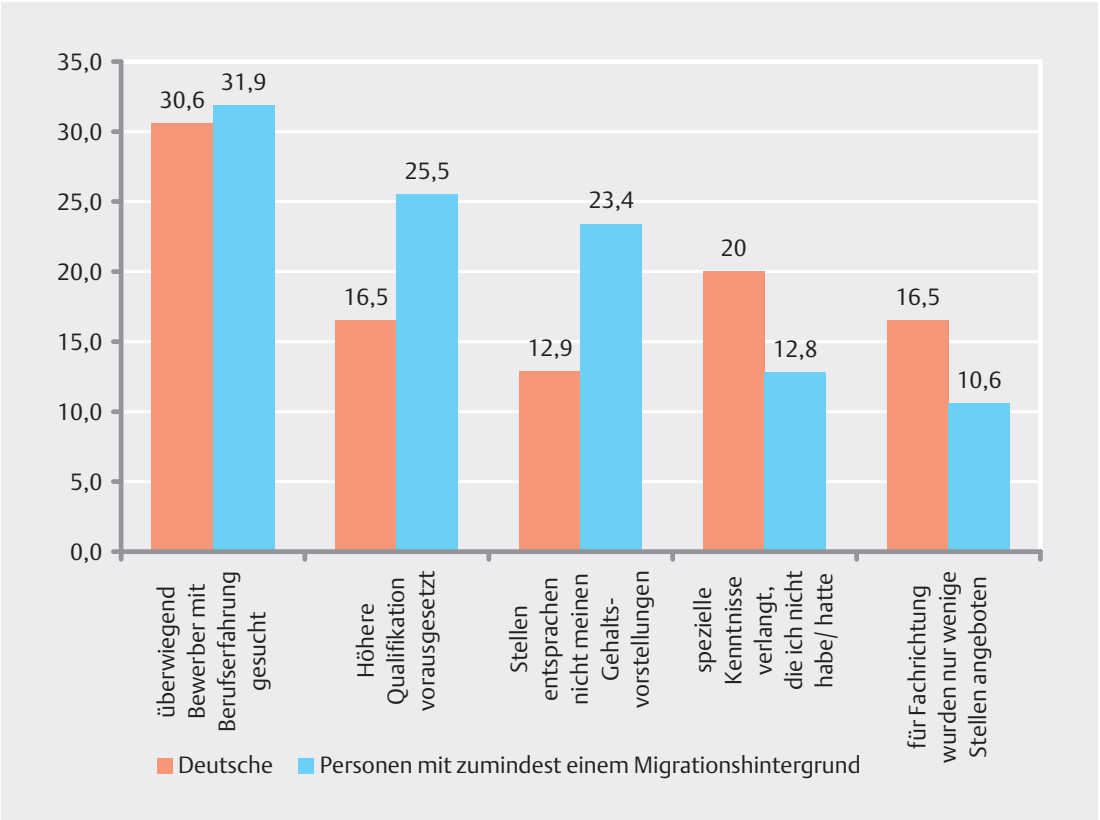
84 Für die folgenden Ausführungen vgl. Heuer/Schubert/Spieckermann 2011, S. 30f.

85 Heuer/Schubert/Spieckermann 2011, S. 30.

4.4.1.5 Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Arbeitsplatz für Menschen mit Migrationshintergrund[86]

- Personen mit Migrationshintergrund sahen sich vor allem mit dem Problem mangelnder Berufserfahrungen (31,9 Prozent) oder einer zu geringen Qualifikation (25,5 Prozent) konfrontiert.
- Die Schwierigkeit, dass spezielle Kenntnisse zur Ausübung der Arbeit fehlen, gaben mehr Deutsche als Personen mit Migrationshintergrund an.
- Auffällig ist, dass nahezu doppelt so viele Personen mit Migrationshintergrund mit den Gehaltsvorstellungen nicht zufrieden waren wie Deutsche.

Abbildung 46: Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Arbeitsplatz – nach Migrationshintergrund in Prozent



Quelle: Heuer/Schubert/Spiekermann[87], Verbleibsuntersuchung von Kölner Berufskolleg-absolventen (Fachhochschule Köln)

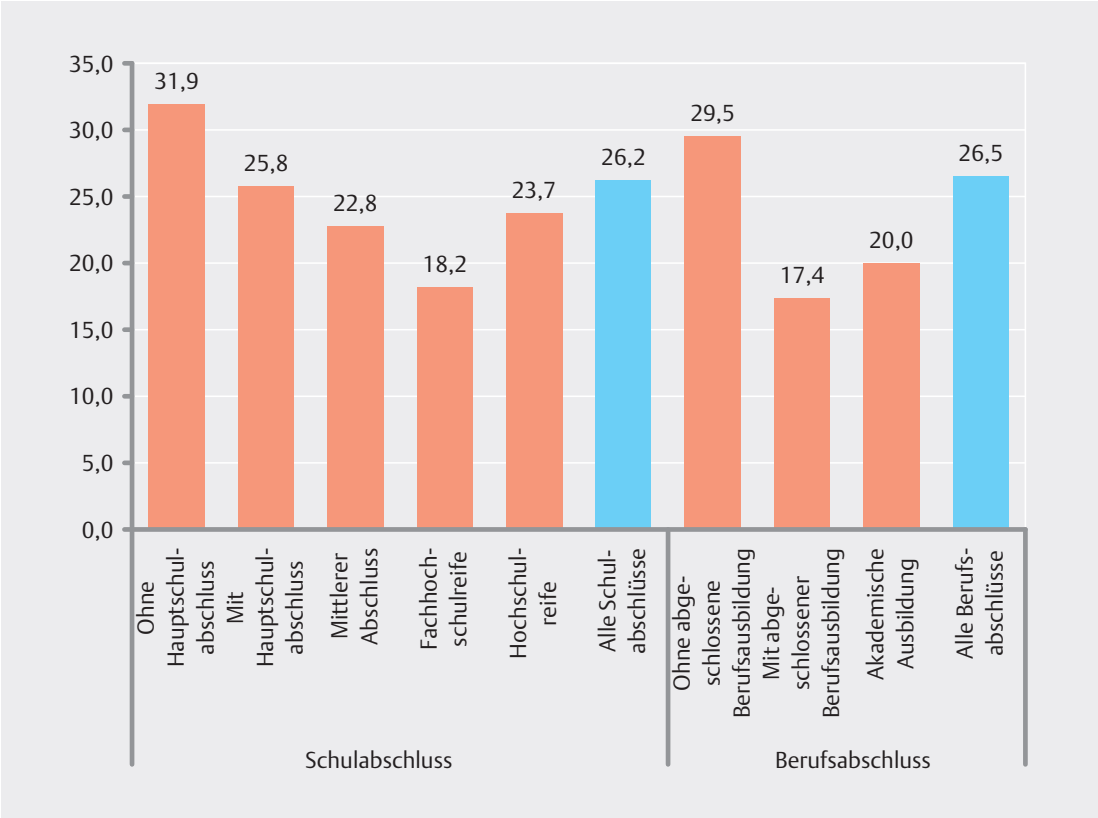
86 Für die folgenden Ausführungen vgl. Heuer/Schubert/Spieckermann 2011, S. 44f.

87 Heuer/Schubert/Spieckermann 2011, S. 43.

4.4.1.6 Die Situation auf dem Arbeitsmarkt: Ausländische Arbeitslose unter 25 Jahren nach Abschluss

- Mit mittlerem Abschluss, Fach- und Hochschulreife liegen die Ausländeranteile an allen Arbeitslosen unter 25 Jahren unter 25 Prozent.
- Gleiches gilt für die beruflichen Bildungsabschlüsse: Bei Vorliegen einer abgeschlossenen Berufsausbildung beziehungsweise eines akademischen Abschlusses sind die Ausländeranteile an allen Arbeitslosen unter 25 Jahren geringer als 20 Prozent.

Abbildung 47: Ausländeranteile bei Arbeitslosen unter 25 Jahren nach schulischem und beruflichem Bildungsabschluss 2010 in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

4.4.2 Schlussbetrachtung

Insgesamt hat die Zahl der berufsqualifizierenden Abschlüsse in den letzten fünf Jahren zugenommen. Dabei hat der Ausländeranteil deutlich abgenommen.

Die Ergebnisse der Befragung von Absolventinnen und -absolventen an Kölner Berufskollegs ermitteln fünf Typen mit differenzierten Übergangsverläufen und weisen darauf hin, dass der Übergang in Beschäftigung nicht problemlos verläuft. Insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund haben größere Probleme im Übergang. Unabhängig vom Migrationshintergrund erhöht sich allerdings die Wahrscheinlichkeit für einen eher problematisch und nicht linear verlaufenden Übergang auch, wenn der erreichte allgemeinbildende Schulabschluss eher niedrig ist.

Die Untersuchung der Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatzsuche macht auf die unterschiedlichen Probleme zwischen den deutschen Absolventinnen und Absolventen und denen mit Migrationshintergrund aufmerksam. Während mehr Personen mit Migrationshintergrund angaben über eine zu geringe Qualifikation zu verfügen, fehlten den deutschen Absolventinnen und Absolventen spezielle, für die Einstellung notwendige Kenntnisse. Diesbezüglich konnten Personen mit Migrationshintergrund entweder die fehlenden Kenntnisse in der Ausbildung nachholen oder haben sich eher auf Stellen beworben, die weniger Spezialkenntnisse verlangten.[88] Ferner spielen Gehaltsvorstellungen für die Arbeitsplatzsuche seitens Personen mit Migrationshintergrund eine bedeutende Rolle.

Hinsichtlich der Ausländerarbeitslosigkeit in Köln zeigt sich, dass für ausländische Jugendliche ein möglichst hoher Bildungsabschluss für die Vermeidung von Arbeitslosigkeit von hoher Bedeutung ist. Mit mittlerem Abschluss, Fach- und Hochschulreife liegen die Ausländeranteile bei allen Arbeitslosen unter 25 Jahren unter 25 Prozent. Auch ist berufliche Bildung für ausländische Jugendliche ein entscheidender Faktor für die Verringerung des Risikos, arbeitslos zu werden.

Die Daten und Studienergebnisse legen abschließend nahe, dass der Übergang in Beschäftigung nicht losgelöst vom Problem der Chancengleichheit im Kölner Bildungssystem diskutiert werden darf.[89] Bezogen auf die Bedeutung von Beratung im Übergangsgeschehen, machen die ermittelten Übergangstypen auf die Frage nach einer Differenzierung von berufs- und bildungsorientierter Beratung aufmerksam.[90] Eine Verbesserung der Arbeitsmarktintegration dieser Personengruppe ist angesichts der demografischen Entwicklung aus sozial- und gesellschaftspolitischen wie auch aus volkswirtschaftlichen Gründen geboten.

Literatur

Heuer, C./Schubert, H./Spieckermann, H. (2011): Biografische Übergänge von der Schule in den Beruf. Verbleibsuntersuchung von Kölner Berufskollegabsolventen. Köln 2011.

Stadt Köln (2011): Ausbildung in Köln – Monitoring 2010: Schwerpunkt Migration und Übergänge. Köln 2011.

88 Vgl. Heuer/Schubert/Spieckermann 2011, S. 45.

89 Vgl. Heuer/Schubert/Spieckermann 2011, S. 150.

90 Vgl. Heuer/Schubert/Spieckermann 2011, S. 154.



5 Berufliche Ausbildung

5 Berufliche Ausbildung

Eine berufliche Ausbildung ist für Schulabgängerinnen und -abgänger nach der Sekundarstufe I, aber auch für viele Abiturientinnen und Abiturienten ein erfolgversprechender Schritt zur Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Aus Sicht der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dient die duale Ausbildung der Fachkräftesicherung, die als Folge der demografischen Entwicklung eine zentrale Herausforderung darstellt.

Die Zahl der Kölner Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 15 bis unter 25 Jahren, das heißt die für das Ausbildungsgeschehen relevante Altersgruppe, nimmt seit 2005 leicht ab. Nach der Einwohnerprognose 2006 des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik wird sich diese bis 2035 uneinheitlich entwickeln, mit leicht sinkender Tendenz. Verglichen mit anderen Regionen und Städten handelt es sich um einen moderaten Rückgang, was auf den permanenten Zuzug von Studierenden, Auszubildenden und jungen Erwerbstätigen zurückzuführen ist. Dennoch stellt diese Entwicklung eine wichtige Rahmenbedingung für die künftige Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt dar. Neben der Altersentwicklung nimmt gleichzeitig der Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund zu. In der Altersgruppe zwischen 15 und unter 25 Jahren hatte 2010 mehr als ein Drittel aller Personen (38,3 Prozent) einen Migrationshintergrund. Was die künftigen Kölner Bewerberinnen und Bewerber für Ausbildungsplätze anbelangt, ist mittelfristig mit wachsenden Anteilen von Migrantinnen und Migranten zu rechnen. Damit nimmt diese Personengruppe für Ausbildung und Beschäftigung weiterhin zu.

Bei sinkenden Bewerberzahlen ist die Verbesserung des Zugangs für junge Menschen in berufliche Bildung erforderlich – durch Begleitung, Orientierung und mehr Transparenz über die Berufsmöglichkeiten einerseits und bessere Qualifikation der Jugendlichen andererseits. Insbesondere die erfolgreiche Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund beziehungsweise mit ausländischem Pass ist dabei für den Ausbildungsmarkt von wachsender Bedeutung. Diese Gruppe nimmt bisher deutlich seltener die Möglichkeit einer dualen Ausbildung wahr als ihre deutschen Altersgenossen.

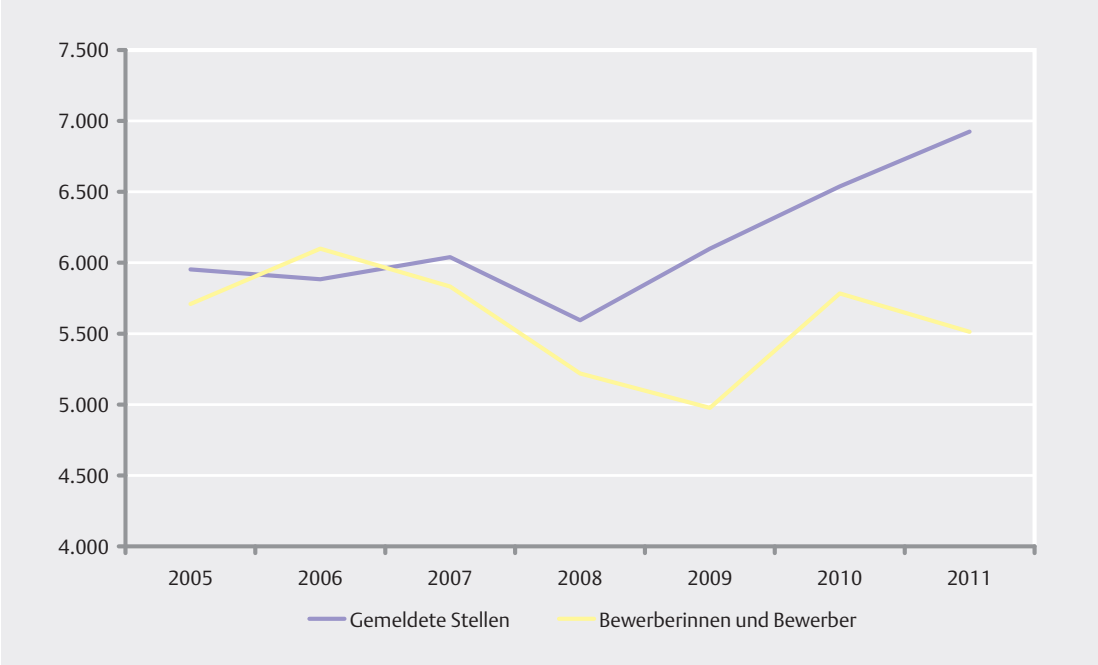
5.1 Daten im Einzelnen

5.1.1 Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf dem Kölner Ausbildungsmarkt

- Die Zahl der bis zum 30.9.2011 bei der Arbeitsagentur Köln gemeldeten Ausbildungsstellen lag bei 6.925. Ausgehend von den 6.538 Stellen im Vorjahr hat sie sich um 5,9 Prozent erhöht.
- Die Bewerberzahl entwickelt sich uneinheitlich, sie sank jedoch insgesamt seit 2006 und lag zum 30.9.2011 bei 5.513. Dies entspricht einer Abnahme von 4,6 Prozent im Vergleich zu 2010.
- Von den 5.513 Bewerberinnen und Bewerbern hatten 838 am 30.9.2011 noch keine Stelle gefunden (darunter 163 Unversorgte[91]). Ihnen standen 383 unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüber. Dies deutet auf eine fehlende Passung zwischen Angebot und Nachfrage hin.

91 Unter unversorgte Bewerberinnen und Bewerben werden ausschließlich diejenigen gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber gerechnet, die weder in eine Berufsausbildung noch in eine Alternative eingemündet sind.

Abbildung 48: Bei der Arbeitsagentur gemeldete Ausbildungsstellen und Bewerberinnen und Bewerber 2005 bis 2011 in absoluten Zahlen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

5.1.2 Prognose für Schulabgängerinnen und -abgänger

- Von 2007 bis 2010 ist die Zahl der Absolventinnen und Absolventen insgesamt um 1,8 Prozent von 9.362 auf 9.189 gesunken. Die Zahl setzt sich dabei aus Sekundarstufe I (-12,4 Prozent) und Sekundarstufe II (+17,0 Prozent) zusammen.
- Nach der Landesprognose ist bis 2016 weiter mit sinkenden Zahlen zu rechnen. Im Vergleich zu 2007 werden dann sieben Prozent weniger Absolventinnen und Absolventen die Schulen verlassen. Knapp die Hälfte von ihnen wird über die Hochschulreife verfügen und nur etwa 3 Prozent ohne Abschluss sein.

Tabelle 5: Schulabgängerprognose Sekundarstufe I und Sekundrastufe II in absoluten Zahlen

Abschlussart	2012	2013*	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
ohne Haupt-schulabschluss	309	277	261	271	268	259	270	263	280
Haupt-schulabschluss	1.224	1.263	1.140	1.112	1.150	1.141	1.103	1.148	1.131
Fach-oberschulreife	3.070	3.351	3.195	3.129	3.205	3.203	3.078	3.222	3.155
Summe Sekundarstufe I	4.603	4.891	4.596	4.512	4.623	4.603	4.451	4.633	4.566
Fach-hochschulreife	535	447	388	377	367	369	372	363	369
allgemeine Hochschulreife	3.641	6.333	3.804	3.955	3.729	3.639	3.725	3.709	3.586
Summe Sekundarstufe II	4.176	6.780	4.192	4.332	4.096	4.008	4.097	4.072	3.955
Insgesamt	**8.779**	**11.671**	**8.788**	**8.844**	**8.719**	**8.611**	**8.548**	**8.705**	**8.521**

* 2013=Doppelabiturjahrgang

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung; Information und Technik NRW

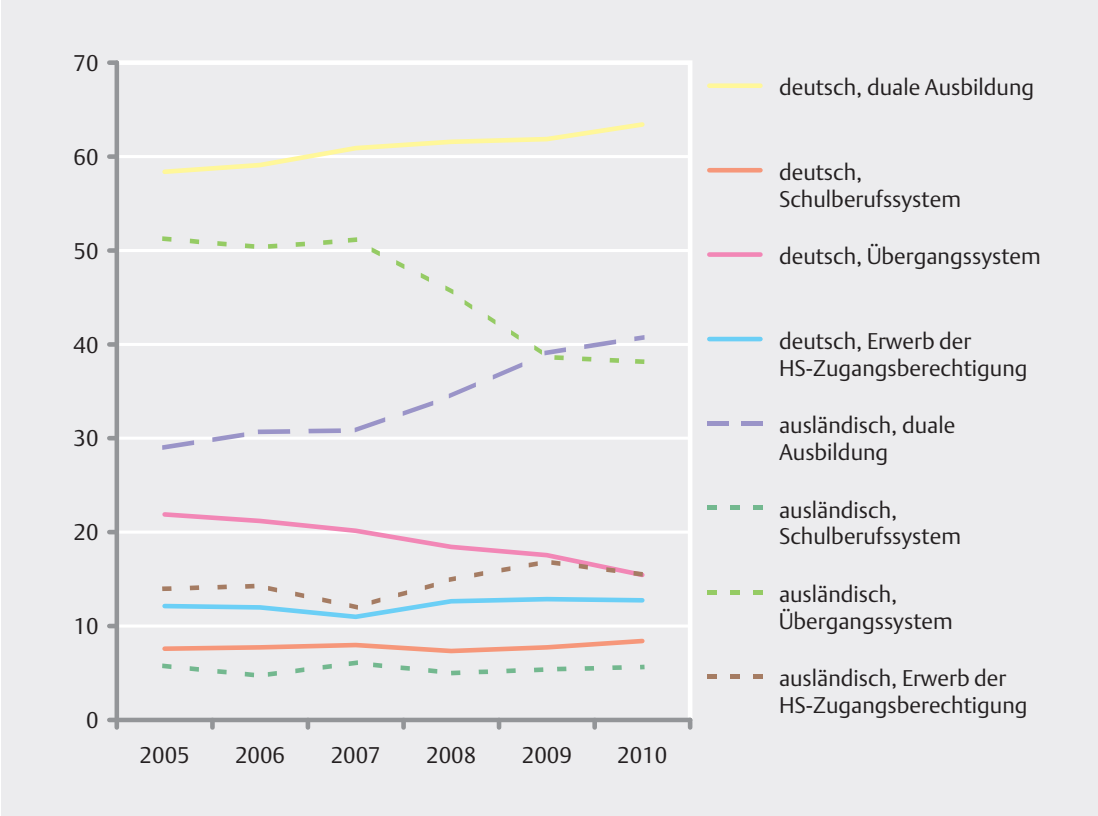
5.1.3 Neuzugänge in die Berufsbildungs-Teilsysteme

- Seit 2005 ist unter deutschen Jugendlichen ein deutlicher Trend zur Verringerung der Eintritte in das Übergangssystem (-6,5 Prozent) und eine Erhöhung der Eintritte in die duale Ausbildung zu verzeichnen (+5 Prozent).
- Die Neuzugänge in Bildungsgänge zum Erwerb der Hochschulreife und in das Schulberufssystem sind in den letzten fünf Jahren bei deutschen Jugendlichen leicht angestiegen und weisen keine besonderen Schwankungen auf.
- Bei ausländischen Jugendlichen ist die Entwicklung prozentual stärker ausgeprägt als bei deutschen. Von 2005 auf 2010 sind die Übertritte in duale Ausbildung um 11 Prozent gestiegen und im Übergangssystem um 13,2 Prozent gesunken.
- Die höheren Einmündungszahlen in Bildungsgänge zum Erwerb der Hochschulreife unter ausländischen Jugendlichen lässt eine erhöhte Bildungsmotivation beziehungsweise ein gesteigertes Interesse an höheren formalen Bildungsabschlüssen vermuten.

Erläuterungen zur Datenlage

Die dargestellten Daten entstammen der Schulstatistik des Landes Nordrhein-Westfalen und bilden die Zahlen der Schülerinnen und Schüler an den Kölner Berufskollegs ab. In der dualen Ausbildung war 2010 die Einpendlerquote 45 Prozent und eine Auspendlerquote von etwa 23 Prozent zu beobachten. Zur Darstellung der Kölner Auszubildendenzahlen ist deshalb ergänzend die differenzierte Betrachtung des Pendelverhaltens erforderlich, wie weiter unten vorgenommen wird.

Abbildung 49: Neuzugänge in die Teilsysteme der beruflichen Ausbildung von 2005 bis 2010 in Prozent

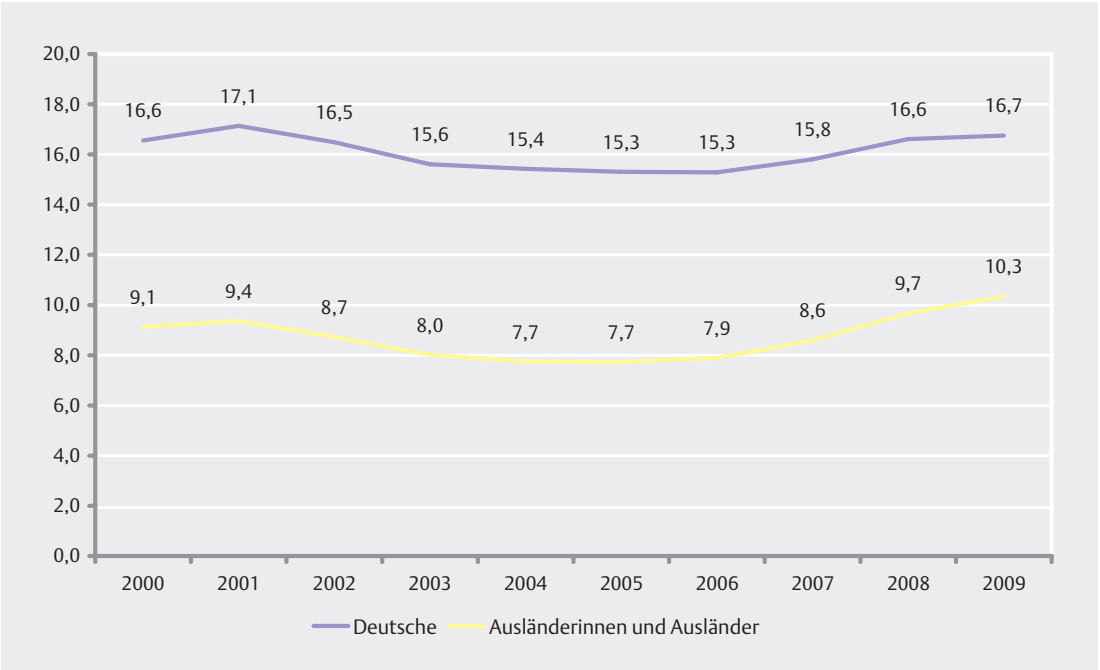


Qelle: Information und Technik NRW

5.1.4 Entwicklung der Ausbildungsbeteiligung

- Die Linien in der folgenden Abbildung, die den Anteil deutscher und ausländischer Auszubildenden an der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und unter 25 Jahren seit 2000 darstellen, zeigen einen ähnlichen Verlauf. Dennoch ist der Anteilswert bei den ausländischen Jugendlichen deutlich geringer als bei den deutschen Jugendlichen.
- Der Anteil der Auszubildenden an allen Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren wächst bei den Ausländerinnen und Ausländern seit 2005 mit plus 2,6 Prozentpunkten auf 10,3 Prozent stärker als bei den Deutschen (um 1,4 Prozentpunkte auf 16,7 Prozent).
- Bei der Altersgruppe der über 18-Jährigen ist zu bedenken, dass viele von ihnen – vornehmlich Deutsche – an Hochschulen studieren und für den Ausbildungsmarkt nicht relevant sind. Dies senkt bei den Deutschen den Anteilswert der Auszubildenden an den Einwohnerinnen und Einwohnern gegenüber den Ausländerinnen und Ausländern.

Abbildung 50: Verhältnis der Auszubildendenzahl zur Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 15 bis unter 25 Jahren von 2000 bis 2009 in Prozent



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik; Bundesagentur für Arbeit

5.1.5 Auszubildende bei Handwerkskammer und Industrie- und Handelskammer

- Für eine differenziertere Betrachtung der Auszubildenden und vor allem der Pendlersituation, die in der dualen Ausbildung eine beträchtliche Rolle spielt, werden hier die Auszubildendendaten der beiden großen Kammern betrachtet. Diese decken zusammen etwa 85 Prozent des Kölner Ausbildungsmarktes ab.
- Bei der Betrachtung von Nationalität und vorliegenden Schulabschlüssen fällt auf, dass sich Handwerkskammer (HWK) und Industrie- und Handelskammer (IHK) stark unterscheiden. Insgesamt lag 2010 der Anteil an Ausländerinnen und Ausländern bei der HWK mit 11,9 Prozent fast doppelt so hoch wie bei der IHK.
- Hinsichtlich der Schulabschlüsse verfügte mehr als die Hälfte der Auszubildenden im Bereich der HWK (53,2 Prozent) über einen Hauptschulabschluss und 9,1 Prozent über die Hochschulreife. Bei der IHK hingegen besaßen 12,0 Prozent einen Hauptschulabschluss und jeder zweite Auszubildende (52,9 Prozent) die Hochschulreife. Diese ist oftmals Eingangsvoraussetzung für kaufmännische Ausbildungsziele.

Tabelle 6: Auszubildende nach Bereichen, Qualifikation und Nationalität im Jahr 2010 in absoluten Zahlen und in Prozent

		Nationalität			
Kammer	Abschlussart	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer	Gesamt	Ausländerinnen und Ausländer in Prozent
HWK	ohne Hauptschulabschluss	88	26	114	22,8
	Hauptschulabschluss	2.127	380	2.507	15,2
	Mittlere Reife	1.530	126	1.656	7,6
	Hochschulabschluss	401	27	428	6
	Sonstiger Abschluss	3	1	4	25
	Gesamtergebnis	4.149	560	4.709	11,9
IHK	ohne Hauptschulabschluss	193	32	225	14,2
	Hauptschulabschluss	1.469	202	1.671	12,1
	Mittlere Reife	3.452	276	3.728	7
	Hochschulabschluss	7.012	339	7.351	4,6
	Sonstiger Abschluss	824	86	910	9,5
	Gesamtergebnis	12.950	935	13.885	6,7

* Die Daten weichen von den im Kölner Ausbildungsbericht 2010 dargestellten Werten ab, weil hier keine Umschulungen erfasst sind.

Quelle: Industrie- und Handelskammer zu Köln und Handwerkskammer zu Köln

5.1.6 Einpendlerverhalten von deutschen und ausländischen Auszubildenden

- Während insgesamt 45 Prozent aller Auszubildenden in den Kölner Betrieben im Bereich von Handwerkskammer (HWK) und Industrie- und Handelskammer (IHK) Einpendler sind, stellt sich die Situation je Kammer unterschiedlich dar.
- Von allen HWK-Auszubildenden im Jahr 2010 pendelte weniger als jeder Dritte nach Köln ein, während es bei der IHK jeder zweite Auszubildende war. Als eine Ursache für diesen Unterschied kann vermutet werden, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen in spezialisierten Dienstleistungs- und Industrieberufen in Großstädten größer ist als in der Umgebung.
- Sowohl bei HWK als auch bei IHK pendeln Ausländerinnen und Ausländer nur halb so oft ein wie ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen. Dies kann einerseits damit begründet werden, dass ausländische Auszubildende tendenziell eher im Handwerk zu finden sind. Die entsprechenden Ausbildungsplätze sind räumlich gleichmäßiger verteilt, so dass die Notwendigkeit zum Pendeln hier weniger besteht. Zur Verifizierung ist hier jedoch künftig die differenzierte Betrachtung nach Berufen erforderlich.

Tabelle 7: Auszubildende nach Kammern und Wohnort im Jahr 2010 in absoluten Zahlen und in Prozent

		Nationalität			
Kammer	Einpendler	Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer	Gesamt	Ausländerinnen und Ausländer in Prozent
HWK	Köln	6.277	688	6.965	9,9
	Außerhalb	6.673	247	6.920	3,6
	Gesamt	12.950	935	13.885	6,7
	Einpendlerquote	51,5	26,4	49,8	.
IHK	Köln	2.764	472	3.236	14,6
	Außerhalb	1.385	88	1.473	6,0
	Gesamt	4.149	560	4.709	11,9
	Einpendlerquote	33,4	15,7	31,3	.

Quelle: Handwerkskammer zu Köln; Industrie- und Handelskammer zu Köln

5.2 Schlussbetrachtung

Nachdem in der Mitte des letzten Jahrzehnts die Zahl der Ausbildungsbewerberinnen und -bewerber über der Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen lag, hat sich die Lage aus Sicht der Jugendlichen seitdem verbessert. Die Zahl der 2011 bei der Arbeitsagentur Köln gemeldeten Ausbildungsstellen hat sich nochmals gegenüber 2010 erhöht.

Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber entwickelte sich uneinheitlich, sie sinkt jedoch insgesamt seit 2006. Durch diese Entwicklungen hat sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt zwar rechnerisch entspannt, dennoch deuten die Zahlen auf eine mangelnde Passung zwischen Angebot und Nachfrage hin. Mit Ausnahme des Berichtsjahres 2005/06 liegen die gemeldeten Ausbildungsplätze über den Bewerberzahlen. Dies trifft auch für die Zeit seit 2008 zu, was auf die generell verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt – trotz Finanzkrise – zurückzuführen ist.

Angesichts der Auswirkungen des demografischen Wandels sehen die Betriebe in verstärkten Ausbildungsaktivitäten eine Möglichkeit zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses. In Verbindung mit der derzeit günstigen konjunkturellen Lage und einer relativ entspannten Situation auf dem Arbeitsmarkt führt dies zu mehr angebotenen Ausbildungsstellen.

Neben den leicht sinkenden Zahlen der Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen spielen für die sinkenden Bewerberzahlen aber auch Alternativen zur dualen Berufsausbildung eine Rolle, die von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den letzten Jahren stärker wahrgenommen werden. Hier ist vor allem die verstärkte Neigung zum weiteren Schulbesuch zur Erreichung der Hochschulreife zu nennen.

Weniger aber formal höher qualifizierte Schulabsolventinnen und -absolventen könnten eine Abnahme der Bewerbungen um duale Ausbildungsplätze nach sich ziehen. Dem könnte durch eine Erhöhung der Attraktivität der dualen Ausbildung entgegengewirkt werden. Gerade in den Berufsbereichen, die eine höhere formale Qualifikation voraussetzen, können die Ausweitung dualer Studiengänge oder Zusatzqualifikationen mögliche Wege sein.

Den Absolventinnen und Absolventen mit höheren Schulabschlüssen stehen die Schulabgängerinnen und -abgänger gegenüber, die noch nicht genügend motiviert und qualifiziert für eine duale Ausbildung sind und daher zunächst häufig in das Übergangssystem münden. Ausländische Jugendliche sind in der dualen Berufsausbildung unter- und im Übergangssystem überrepräsentiert. Es gelingt noch nicht einmal jedem zweiten ausländischen Jugendlichen ein problemloser Übergang in eine duale Berufsausbildung.

Seit mehreren Jahren ist zu beobachten, dass sich dieses Ungleichgewicht relativiert, jedoch besteht hier weiterer Handlungsbedarf. Gerade für ausländische Jugendliche wird laut einschlägigen Studien neben spezifischen Maßnahmen wie beispielsweise Sprachförderung auch eine Ausweitung der Berufsorientierung empfohlen. Dies leistet beispielsweise die verstärkte Vermittlung von persönlichen Erfahrungen mit Ausbildungsbetrieben, wie dies etwa im Programm „Check-Praxis“ geschieht. Ziel ist es dabei, die Schwellenangst Jugendlicher gegenüber der Wirtschaft durch die Förderung von mehr persönlichen Begegnungen zwischen Schülerinnen und Schülern und Betrieben zu vermindern.

Um gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund über Ausbildungsmöglichkeiten zu informieren und zu motivieren, gilt es, diese beispielsweise über praktische Erfahrungen in ihrem Umfeld gezielt anzusprechen. Beispiele hierfür sind zum Beispiel die Praxistage der Beratungsstelle zur Qualifizierung ausländischer Nachwuchskräfte (BQN). Die Einbeziehung der Eltern, die für die Jugendliche oftmals als Vertrauenspersonen fungieren, in derartige Maßnahmen erweist sich als sinnvoll[92].

Für eine künftige Vertiefung ist eine differenzierte Betrachtung der Berufe ebenso erforderlich wie die Darstellung von Abbrecherquoten, die über den Erfolg der einmal aufgenommenen Ausbildung Auskunft geben.

Literatur

Stadt Köln (2011): Ausbildung in Köln – Monitoring 2010: Schwerpunkt Migration und Übergänge. Köln 2011.

92 Vgl. Stadt Köln 2010, S. 53f.



6 Der Hochschulstandort Köln

6 Der Hochschulstandort Köln

Mit der zweitgrößten Universität und größten Fachhochschule in Deutschland, sowie der bundesweit einzigen deutschen Sportuniversität und europaweiten größten Musikhochschule stellt Köln nicht nur ein vielfältiges Repertoire an Wissenschaft dar, sondern gehört mit Berlin und München zu den drei größten Hochschulstädten bundesweit. Dies zeigt sich auch in der Zahl der Studierenden, der Absolventinnen und Absolventen sowie im breiten Fächerangebot. Weitere zehn Hochschulen und sechs außeruniversitäre Forschungseinrichtungen machen Köln zu einem Spitzenstandort von Wissenschaft und Forschung.[93]

Neben ihrer wichtigen Funktion als Bildungsinstitution stellen Hochschulen sowohl einen wichtigen Wirtschaftsfaktor für die Region als auch für das ganze Land dar. Sie bringen nicht nur hochqualifizierte Absolventinnen und Absolventen in die Wirtschaft, sondern fungieren auch selbst als großer Arbeitgeber. Die wissenschaftlichen Einrichtungen in Köln waren im Jahr 2010 Arbeitsgeber für zirka 17.100 Beschäftigte und zusammen drittgrößter Arbeitgeber in Köln.[94]

Mit ihrer Funktion als Bildungsinstitution und Arbeitgeber ziehen die Hochschulen viele Menschen aus umliegenden sowie aus weiter entfernt liegenden Regionen in die Stadt. Zum einem bewirkt diese Sogwirkung ein Bevölkerungswachstum, gleichzeitig führt der Zuzug von Studierenden zu einer Verjüngung der Kommune und wirkt so einer „Veralterung der Gesellschaft“ entgegen.[95] Wie der Erste Kölner Wissenschafts-Wirtschaftsbericht darlegt, stärkt der Zuzug neuer Einwohnerinnen und Einwohner gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Köln, denn Bevölkerungswachstum zieht eine Erhöhung der Kaufkraft in der Region mit sich. Einen ebenso positiven Einfluss hat die Kölner Wissenschaft auf die Wirtschaftskraft, exzellente Forschung lockt neue Anlegerinnen und Anleger sowie Unternehmen in die Region und bietet vielfältige Kooperationsmöglichkeiten. 70 Prozent der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Kölner Einrichtungen gaben an, mit Partnern aus der Wirtschaft an gemeinsamen Forschungsprojekten zu arbeiten.[96]

Eine aktuelle und viel diskutierte Herausforderung für alle Hochschulstandorte und somit auch für Köln stellt der doppelte Abiturjahrgang dar. Die im Jahr 2007 in Nordrhein-Westfalen beschlossene Verkürzung der Sekundarstufe I an Gymnasien von sechs auf fünf Jahre führt dazu, dass die Hochschulreife nunmehr nach zwölf, anstatt wie vorher dreizehn Jahren erreicht werden kann. Im Jahr 2013 werden in Nordrhein-Westfalen erstmals Schülerinnen und Schüler nach achtjähriger Gymnasialzeit ihre Hochschulreife erreichen und das Gymnasium verlassen. Damit strömen nach Prognosen von Information und Technik NRW im Jahr 2013 2.692 mehr Schülerinnen und Schüler in Köln auf den freien Arbeitsmarkt und auf die Hochschulen zu. Hinzu kommt die von der Bundesregierung beschlossene Aussetzung der Wehrpflicht, die sich vor allem im Wintersemester 2011/12 und in 2012 durch steigende Hochschulanfängerzahlen bemerkbar macht. Die Hochschulen und der Ausbildungsmarkt müssen sich auf vermehrte Bewerbungen und Anmeldungen einrichten.

---

93 Vgl. Erster Kölner Wissenschafts-Wirtschaftsbericht, Köln 2010.

94 Vgl. Erster Kölner Wissenschafts-Wirtschaftsbericht, Köln 2010, S. 9.

95 Vgl. Erster Kölner Wissenschafts-Wirtschaftsbericht, Köln 2010, S. 3.

96 Vgl. Erster Kölner Wissenschafts-Wirtschaftsbericht, Köln 2010, S. 12.

6.1 Daten im Einzelnen

6.1.1 Hochschulstandorte in Köln

Köln stellt ein vielfältiges Portfolio an Hochschulen bereit. In und um die Innenstadt herum haben sich zwei Universitäten, zwei Kunsthochschulen und zehn Hochschulen – auch in privater beziehungsweise kirchlicher Trägerschaft – für angewandte Wissenschaften angesiedelt. Die Universität zu Köln und die Fachhochschule Köln weisen dabei die höchsten Studierendenzahlen auf. Mit 42.127 Studierenden belegt die Universität zu Köln im Wintersemester 2010/11 den dritten Platz der größten Universitäten in Deutschland.[97]

Karte 9: Hochschulstandorte in Köln im Wintersemester 2010/11



* Hochschulen in öffentlicher Trägerschaft

** Hochschulen in privater Trägerschaft

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

97 Vgl. Statistisches Bundesamt 2011. In der Anzahl der Studierenden sind die Haupt- und Nebenhörer mit eingerechnet.

6.1.2 Studierende an Kölner Hochschulen

- Im Wintersemester 2010/11 waren insgesamt 72.218 Studierende an Kölner Hochschulen eingeschrieben.[98]
- Ein starker Fokus der Kölner Hochschullandschaft liegt auf den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Mehr als ein Drittel der Studierenden (26.347 Studierende) war im Wintersemester 2010/11 in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an Kölner Hochschulen eingeschrieben.
- Etwa ein Viertel der Studierenden (17.797 Studierende) belegten im Wintersemester 2010/11 Studiengänge in den Bereichen Sprach- und Kulturwissenschaften. 87,3 Prozent der Studierenden dieser Fachrichtungen waren an der Universität zu Köln eingeschrieben.
- Nicht abgedeckt durch Hochschulen werden in Köln die Fächergruppen Veterinärmedizin und Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften.

98 Ausgenommen sind die Studierenden der Macromedia – Hochschule für Medien und Kommunikation und der internationalen filmschule köln.

Tabelle 8: Anzahl der Studierende nach Fächergruppen an den Kölner Hochschulen im Wintersemester 2010/11[99] *

Wintersemester 2010/11	Sprach- und Kulturwissenschaften	Sport, Sportwissenschaft	Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	Mathematik, Naturwissenschaften	Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften	Ingenieurwissenschaften	Kunst, Kunstwissenschaft
öffentliche Trägerschaft (Land/Bund)							
Universität zu Köln	15.528		13.398	6.692	3.918	50	1.277
Deutsche Sporthochschule Köln		4.048	554		31		
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW			1.717				
Hochschule für Musik und Tanz Köln			34				1.129
Kunsthochschule für Medien							364
Fachhochschule Köln	1.642		4.711	70		6.985	632
private Trägerschaft (privat/kirchlich)							
Fachhochschule des Mittelstandes			233			5	
Cologne Business School			638				
Katholische Fachhochschule NRW-Köln	55		788		271		
Hochschule Fresenius	387		831		87		
FOM Hochschule für Oekonomie & Management			1.483	184			
Rheinische Fachhochschule	185		1.960	226	368	1.512	225
insgesamt	**17.797**	**4.048**	**26.347**	**7.172**	**4.675**	**8.552**	**3.627**

* Die Daten enthalten nur Haupthörerinnen und Haupthörer

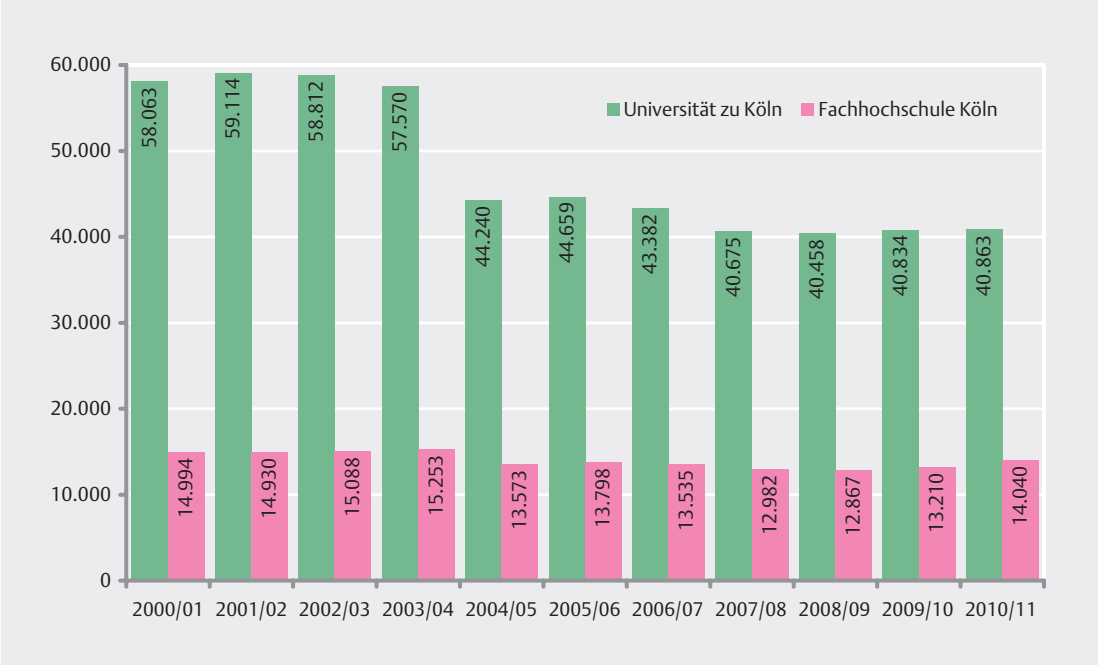
Quelle: Information und Technik NRW

99 Daten zur Macromedia – Hochschule für Medien und Kommunikation und von der internationalen filmschule köln standen von Seiten des statistischen Landesamtes nicht zur Verfügung. An der Macromedia – Hochschule für Medien und Kommunikation werden Studiengänge rund um Medien wie Film, Fernsehen und Journalistik angeboten. Vgl. http://www.macromedia-fachhochschule.de/hochschule/fakten.html. Zugriff am 01.12.2011. An der internationalen filmschule köln können Studiengänge zu Film, Screenwriting, Kamera und Digital Film Arts belegt werden. Vgl. http://www.filmschule.de/Seiten/sg.aspx. Zugriff am 12.01.2012.

6.1.3 Entwicklung der Studierendenzahlen

- Im Vergleich zum Wintersemester 2000/01 ist die Zahl der Studierenden an der Universität zu Köln im Wintersemester 2010/11 um fast 30 Prozent (17.200 Studierende) zurückgegangen.
- Ein besonders starker Rückgang der Studierenden an der Universität lässt sich im Wintersemester 2004/05 feststellen. Im Jahr zuvor waren es noch 13.330 Studierende mehr, die an der Universität zu Köln eingeschrieben waren. Die Abnahme von Studierenden im Wintersemester 2004/05 steht im Zusammenhang mit der Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudierende, die sich daraufhin exmatrikuliert haben. Der Rückgang der Studierenden im Wintersemester 2007/08 um 6,2 Prozent zum Vorjahr lässt sich möglicherweise mit der Einführung von Studiengebühren im Jahr 2006/07 erklären.
- Auch die Fachhochschule Köln verzeichnet seit dem Jahr 2000/01 einen Rückgang an Studierenden. Insgesamt waren im Wintersemester 2010/11 954 Studierende weniger im Vergleich zum Wintersemester 2000/01 eingeschrieben, was einer Veränderung von 6,4 Prozent entspricht.

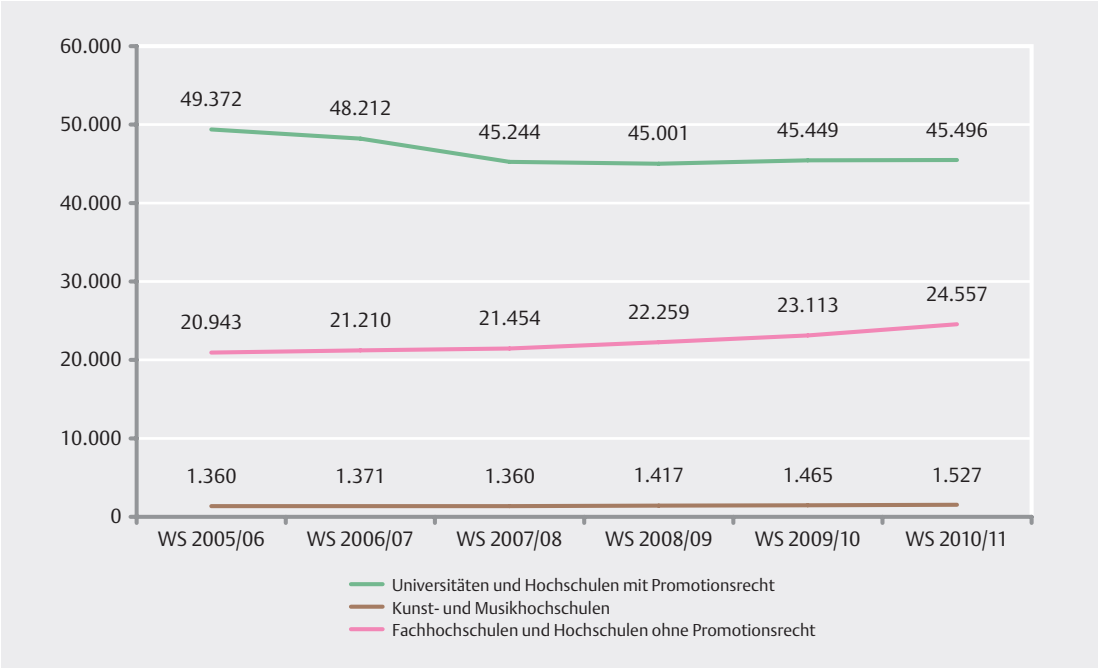
Abbildung 51: Entwicklung der Studierendenzahlen an der Universität zu Köln und Fachhochschule Köln



Quelle: Information und Technik NRW

- An Universitäten und Hochschulen mit Promotionsrecht war in den Jahren 2005/06 bis 2008/09 ein Rückgang der Studierendenzahlen zu beobachten. Seit dem Wintersemester 2009/10 steigen die Studierendenzahlen wieder leicht an.
- Bei den Fachhochschulen und Hochschulen ohne Promotionsrecht ist seit dem Wintersemester 2005/06 ein positiver Trend hinsichtlich der Studierendenzahlen zu beobachten. Vom Wintersemester 2005/06 bis zum Wintersemester 2010/11 stieg die Anzahl der Studierenden um 3.614 Personen an.
- Auch an den Kunst- und Musikhochschulen in Köln lässt sich seit dem Wintersemester 2005/06 ein leichter Anstieg von Studierenden erkennen.

Abbildung 52: Entwicklung der Studierendenzahlen an Kölner Hochschulen vom Wintersemester 2005/06 bis Wintersemester 2010/11

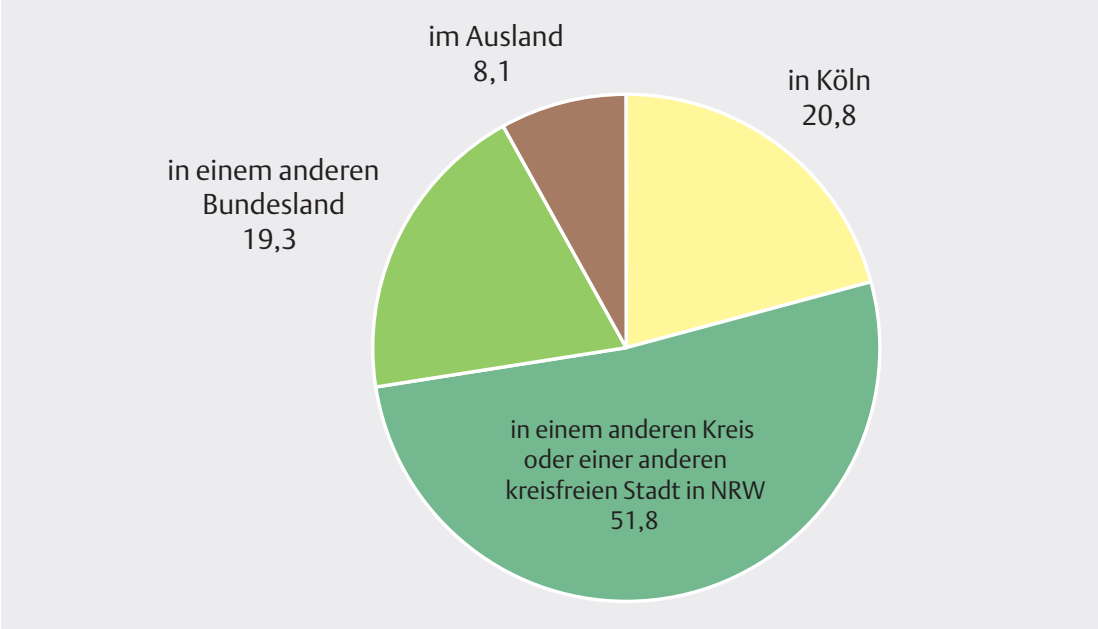


Quelle: Information und Technik NRW

6.1.4 Herkunft der Studierenden an Kölner Hochschulen

- Knapp die Hälfte (51,8 Prozent) aller Studierenden an Kölner Hochschulen kommt nicht aus Köln selbst, sondern aus einem anderen Kreis, beziehungsweise einer anderen kreisfreien Stadt in Nordrhein-Westfalen. Fast 20 Prozent der Studierenden in Köln haben ihren Hochschulzugang in einem anderen Bundesland, als Nordrhein-Westfalen erworben.
- Diese Zahlen belegen die starke Sogwirkung der Kölner Hochschullandschaft für Studierende aus ganz Nordrhein-Westfalen und auch aus anderen Bundesländern.

Abbildung 53: Studierende nach Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung im Wintersemester 2010/11 in Prozent

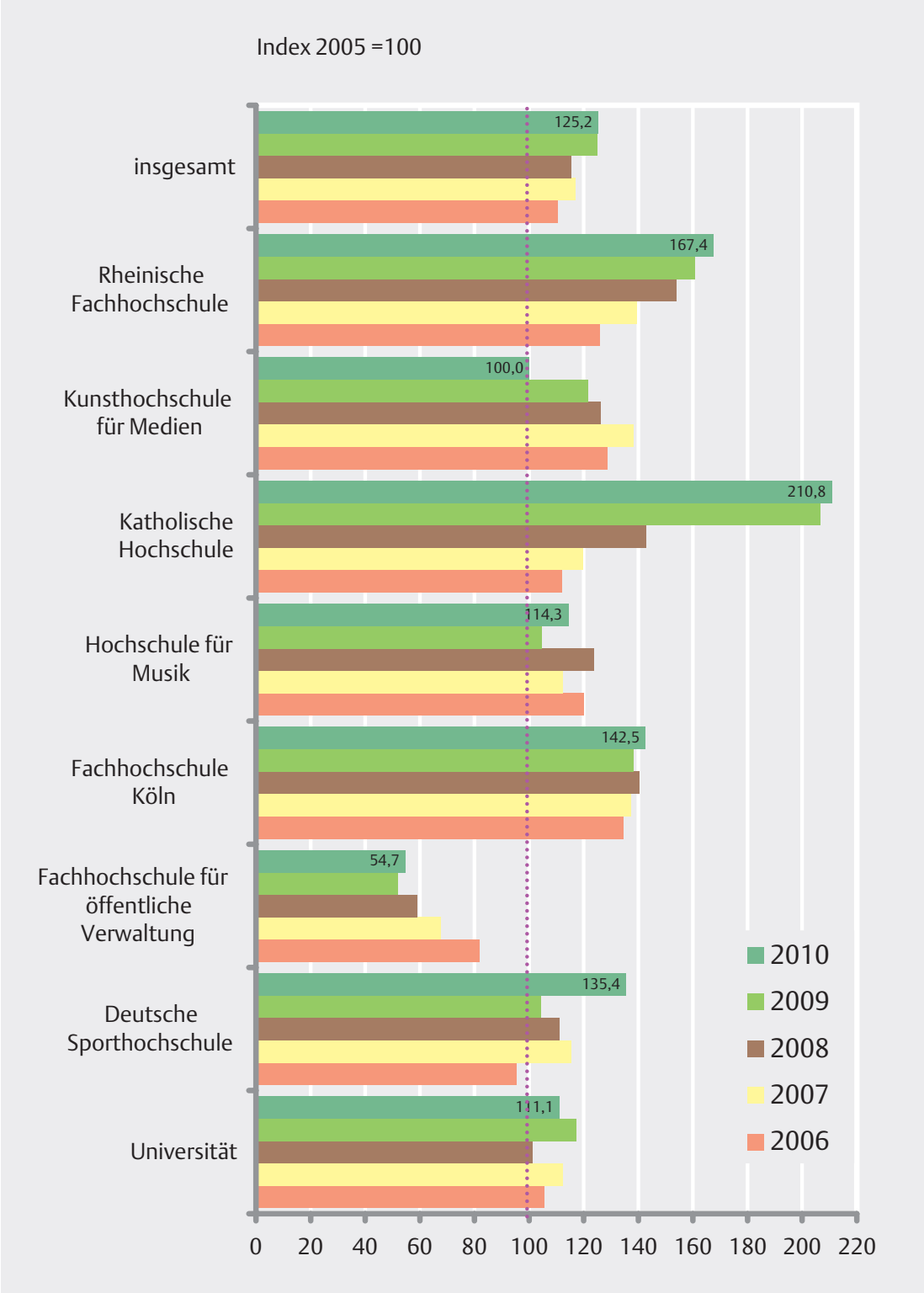


Quelle: Information und Technik NRW. Eigene Berechnungen.

6.1.5 Absolventinnen und Absolventen an Kölner Hochschulen

- Die Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen ist ein wichtiger Indikator zu Studienqualität und -effektivität. Ob und wann ein Studierender sein Studium abschließt hängt nicht nur von persönlicher Motivation und Leistung, sondern auch von äußeren Rahmenbedingungen, wie etwa Studienbedingungen oder finanziellen Belastungen, ab.
- Insgesamt betrachtet ist die Absolventenzahl an Kölner Hochschulen seit dem Jahr 2005 um 25,2 Prozent gestiegen. Die Ergebnisse an den Kölner Hochschulen belegen den bundesweiten Trend, dass immer mehr Studierende ihren Abschluss an der Hochschule erreichen. Dabei muss allerdings auch beachtet werden, dass die Abschlüsse analog zu den Studierendenzahlen steigen.
- Besonders stark haben sich die Zahlen der Absolventinnen und Absolventen an der Katholischen Hochschule entwickelt. Seit dem Studienjahr 2005 hat sich die Zahl der Studierenden, die einen Abschluss erreichen, mehr als verdoppelt. Als Hauptgrund für die starke Zunahme von Absolventinnen und Absolventen ist die Umstellung von Diplomstudiengängen auf Bachelor- und Masterstudiengängen zu sehen. Die neu eingeführten Master und Bachelorstudiengänge haben kürzere Regelstudienzeiten (Bachelor: 6 Semester, Master: 4 Semester) als die auslaufenden Diplomstudiengänge. Im Studienjahr 2010 kam es so zu einer Kumulation der Abschlüsse.

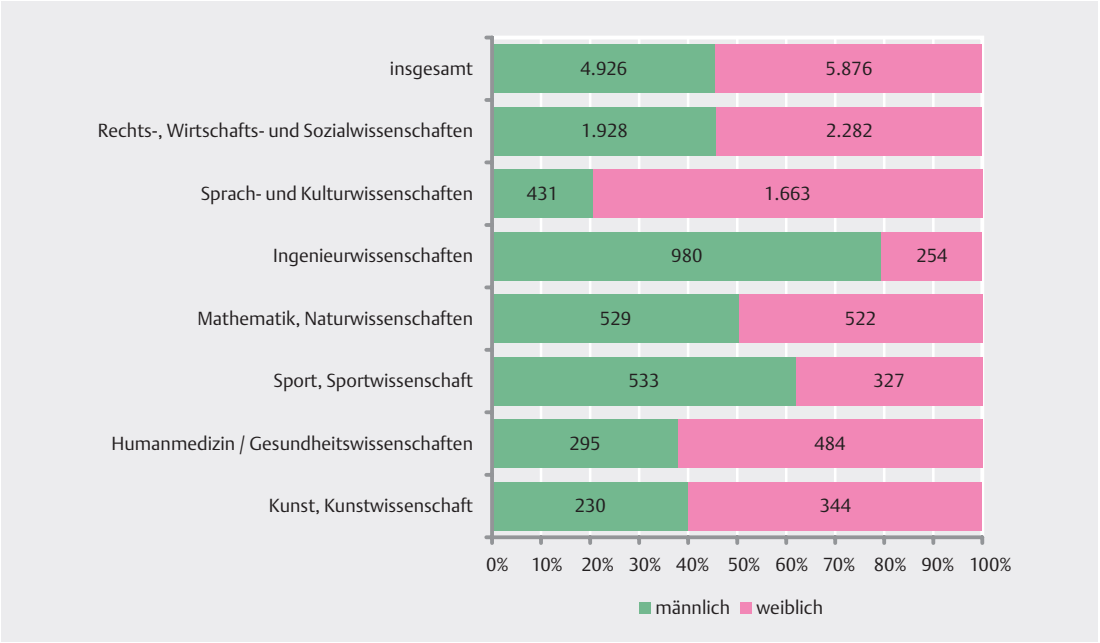
Abbildung 54: Veränderung der Absolventenzahlen an Kölner Hochschulen von 2005 bis 2010 in Prozent



Quelle: Information und Technik NRW; Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

- Im Jahr 2010 haben an den Kölner Hochschulen insgesamt 950 mehr Frauen als Männer ihr Hochschulstudium mit einem Abschluss beendet.
- Während in den Fachbereichen Mathematik und Naturwissenschaften das Geschlechterverhältnis bei den Absolventinnen und Absolventen recht ausgeglichen ist, zeigen die Fachbereiche Ingenieurwissenschaften und Sprach- und Kulturwissenschaften erhebliche Unterschiede. Die Absolventen in den Ingenieurwissenschaften waren im Jahr 2010 zu fast 80 Prozent männlich, während Frauen zum gleichen Prozentsatz in den Sprach- und Kulturwissenschaften dominierend waren.
- Es lässt sich kein Bezug der geschlechtsspezifischen Absolventenzahlen zu den Studierendenzahlen nach Geschlecht je Fachbereich durchführen, da hierzu keine Daten zur Verfügung stehen.

Abbildung 55: Anzahl von Absolventinnen und Absolventen im Jahr 2010 an Kölner Hochschulen nach Fachbereichen



Quelle: Information und Technik NRW

6.1.6 Doppelter Abiturjahrgang 2013

Nach Schätzungen von Information und Technik NRW werden im Jahr 2016 3.729 Schülerinnen und Schüler ihr Abitur erreichen, dies entspricht einer Steigerung von 18,5 Prozent zum Jahr 2011. Die Fachhochschulreife werden im Jahr 2016 367 Schülerinnen und Schüler erhalten, knapp 5 Prozent mehr als noch im Jahr 2011.

Tabelle 9: Schulabgängerprognose Sekundarstufe II

Abschlussart Sekundarstufe II	Prognosejahr				
	2012	2013	2014	2015	2016
Fachhochschulreife	535	447	388	377	367
Abitur	3.641	6.333*	3.804	3.955	3.729

* 2013 = Doppelabiturjahr (Klasse 12 und Klasse 13)

Quelle: Information und Technik NRW

6.2 Schlussbetrachtung

Nach den Schulabgängerprognosen der amtlichen Statistik wird in den nächsten Jahren die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Fachhochschulreife und Hochschulreife steigen. Die Hochschulen in Köln müssen sich den Anforderungen höherer Studienanfängerzahlen stellen.

Besonders im Jahr 2013, wenn der doppelte Abiturjahrgang auf die Hochschulen zurollt, kann es zu Engpässen hinsichtlich des Anmeldeverfahrens und der Plätze für die angehenden Studierenden kommen. Um Engpässen vorzubeugen und um allen Schülerinnen und Schülern mit Hochschulreife die Möglichkeit eines Hochschulstudiums zu ermöglichen, haben sich Bund und Länder mit dem „Hochschulpakt 2020“[100] auf den Ausbau von Studienmöglichkeiten geeinigt. So soll nach diesem Hochschulpakt beispielsweise die Universität zu Köln in den nächsten fünf Jahren insgesamt 7500 zusätzlich Studierende aufnehmen. Ferner hat die Universität zu Köln zur Vorbereitung auf den doppelten Abiturjahrgang 2013 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der Vertreterinnen und Vertreter aus allen relevanten Abteilungen die zentrale Planung für Lehre und Studium der Doppelabiturjahrgänge übernehmen. Sie kümmern sich um die Qualitätssicherung der Bereiche: Lehre, Studienbedingungen, Prüfung, Verwaltung, Beratung, Bau- und Sanierungsmaßnahmen und Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit. Auch weitere Hochschulen, wie etwa die Fachhochschule Köln und die Deutsche Sporthochschule Köln planen ihre Studienplätze und -beratung auszuweiten und die Studierenden bei der Realisierbarkeit ihrer Studienwünsche zu unterstützen.

Die Stadt Köln hat die Herausforderung der erhöhten Schulabsolventenzahl erkannt und gründete im Jahr 2011 den Runden Tisch „Doppelabiturjahrgang 2013“. Zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Agentur für Arbeit, Bezirksregierung Köln, IHK, Kreishandwerkerschaft, HWK, FH Köln, Universität zu Köln, Deutsche Sporthochschule, Kreiswehrersatzamt und Bundesamt für Zivildienst sollen Angebote und Informationen für zukünftig Studierende, Auszubildende, wie auch für Institutionen, die Absolventen aufnehmen, geschaffen werden.[101] Am 02.02.2012 fand zum Doppelabiturjahrgang eine Informationsveranstaltung unter anderem mit der Ministerin für Wissenschaft, Innovation und Forschung, Svenja Schulze, dem Oberbürgermeister der Stadt Köln und der Dezernentin für Bildung, Jugend und Sport, Köln, sowie den zuvor genannten Akteuren, für Eltern und Schülerinnen und Schüler an der Universität zu Köln statt.

Neben der Versorgungsproblematik an den Hochschulen, stellt die Frage der Unterbringung der Studierenden eine weitere gesellschaftliche Herausforderung dar. Wie aus den Kölner Zahlen ersichtlich wird, hat die Hälfte der im Wintersemester 2010/11 an Kölner Hochschulen eingeschriebenen Studierenden ihre Hochschulzugangsberechtigung in einer anderen Stadt oder einem anderen Kreis in Nordrhein-Westfalen erlangt. Rechnet man dazu noch diejenigen Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland oder in einem anderen Bundesland erworben haben, so kommen mehr als drei Viertel aller Studierenden an Kölner Hochschulen nicht aus Köln selbst. Selbst unter Berücksichtigung der pendelnden Studentinnen

---

100 Die erste Phase des Hochschulpaktes erstreckte sich über den Zeitraum von 2007 bis 2010. Im Juni 2009 haben Bund und Länder die Fortsetzung des Hochschulpakts für die Jahre 2011 bis 2015 beschlossen. Mit dem Hochschulpakt soll ein bedarfsgerechtes Angebot für die in den Jahren 2011 bis 2015 zu erwartenden 275.000 zusätzlichen Studienanfängerinnen und -anfänger geschaffen werden. Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Hochschulpakt 2020 für zusätzliche Studienplätze. Artikel vom 23.11.2011. http://www.bmbf.de/de/6142.php 17.01.2011.

101 Unter anderem wurde ein Internetauftritt zum Thema „Doppelter Abiturjahrgang“ (www.doppelabi-köln.de) vom Runden Tisch initiiert, der Schülerinnen und Schüler in Köln umfassend informieren soll.

und Studenten, wird doch deutlich, wie groß die Anzahl der für das Hochschulstudium zugezogenen und in Zukunft zuziehenden Studierenden ist.

Die Wohnversorgung der Studierenden ist dabei eine der originären Aufgaben des Kölner Studentenwerks. Daneben gibt es weitere Einrichtungen, die neben dem freien Markt Unterkunftsmöglichkeiten für Studierende anbieten. Neben weiterer Aktivitäten und Förderungen durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen gibt es unter anderem ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt Köln und der Universität zu Köln zur Unterstützung von Studierenden bei der Suche nach erschwinglichen Unterkünften.[102]

Die ausreichende Verfügbarkeit von Plätzen an Hochschulen und die Versorgung mit Wohnraum für zukünftige Studierende ist jedoch nur ein einzelner Baustein dessen, was gute Studienbedingungen ausmacht. Die gute Qualität der Lehre in den einzelnen Fachbereichen und die intensive Beratung, Begleitung und Unterstützung von Studierenden kann enorm dazu beitragen, die Studierenden zu einem guten Abschluss zu führen.

Qualifizierte und spezialisierte Akademikerinnen und Akademiker können durch ihr Fachwissen den Kölner Arbeitsmarkt und damit die Wirtschaft stärken. Gerade Berufsanfängerinnen und -anfänger, die ihr Studium in Köln absolviert haben, arbeiten auch nach dem Abschluss in der Kölner Region. Mehr als zwei Drittel der Absolventinnen und Absolventen von Kölner Hochschulen bleiben, so der erste Kölner Wissenschafts-Wirtschaftsbericht, in den ersten drei Jahren in Köln.[103] Selbst nach sieben Jahren sind noch mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Absolventinnen und Absolventen in Köln tätig.[104]

Literatur

Kölner Wissenschaftsrunde (2010): Erster Kölner Wissenschafts-Wirtschaftsbericht der Kölner Wissenschaftsrunde. Köln 2010.

Statistisches Bundesamt (2011): Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen. Fachserie 11 Reihe 4.1. Wiesbaden 2011.

102 Das Programm „Wohnen für Hilfe“ baut auf den Erfahrungen mit Wohnpartnerschaften zwischen Senioren und Studenten auf und basiert darauf, dass statt Miete Alltagshilfen geleistet werden.

103 Vgl. Erster Kölner Wissenschafts-Wirtschaftsbericht, Köln 2010, S. 6.

104 Vgl. Erster Kölner Wissenschafts-Wirtschaftsbericht, Köln 2010, S. 6.



7 Weiterbildung im Kontext Lebenslangen Lernens

7 Weiterbildung im Kontext Lebenslangen Lernens

Weiterbildung nimmt im Rahmen des Lebenslangen Lernens einen zentralen Stellenwert ein. Nicht nur aufgrund der demografischen Entwicklung sondern auch, weil Wissensbestände und Arbeitswelten sich ständig verändern, werden permanent neue Anforderungen an das Wissen und Können der Menschen im Erwachsenenalter gestellt. Eine aktive Anpassung an diese Veränderungen durch Weiterlernen ist daher für eine erfolgreiche Bildungs- und Erwerbsbiografie wesentlich.

Neben dieser individuellen Dimension gibt es auch eine gesellschaftliche Dimension von Weiterbildung. Weil Weiterbildungsaktivitäten das Humankapital erhöhen, die Arbeitsproduktivität verbessern und zum technischen Fortschritt beitragen, entwickelt sich Weiterbildung zunehmend zu einem bedeutenden Faktor wirtschaftlicher Entwicklungen einer Kommune.

Die Kölner Weiterbildungslandschaft zeichnet sich durch eine plurale, vielfältige Struktur von Einrichtungen und Angeboten aus und ist somit organisatorisch und rechtlich breit gefächert. Diese Landschaft ist ein komplexes Gebilde mit unterschiedlichsten Einrichtungen, Organisationsstrukturen, Zielen und Interessen.

Um eine Grundversorgung im Bereich Weiterbildung zu gewährleisten, sind die Kommunen nach dem Weiterbildungsgesetz verpflichtet, Weiterbildungseinrichtungen in Form von Volkshochschulen (VHS) zu unterhalten. Mit Volkshochschulen soll ein flächendeckendes und an individuellen und gesellschaftlichen Bedarfen ausgerichtetes Weiterbildungsangebot sichergestellt werden. Die Flächendeckung in Köln soll über ein Mindestangebot an Unterrichtsstunden pro Einwohnerin und Einwohner gewährleistet werden. Mit 167.152 durchgeführten Unterrichtsstunden im Jahr 2010 lag die Kölner VHS viermal höher als das gesetzlich geforderte Pflichtangebot von 41.600 Unterrichtsstunden. Durch das breit gefächerte Angebot in den Programmbereichen Politik, Umwelt und Gesundheit, Kunst und Kultur, Sprachen, Informationstechnologie (IT) und Medien sowie durch zusätzliche Projekte zur Qualifizierung und Beschäftigungsförderung wird in Köln der ganzheitliche Bildungsauftrag der Volkshochschulen verfolgt und die Grundversorgung gesichert. Darüber hinaus sorgen die mehr als 300 unterschiedlichst ausgerichteten Weiterbildungseinrichtungen in anderer Trägerschaft für eine insgesamt quantitativ und qualitativ reiche Angebotsstruktur.

Ein zentraler Aspekt der Bemühungen in der Kölner Weiterbildungslandschaft ist die Verbesserung der Weiterbildungsbeteiligung in Anlehnung an das bundesweit politisch formulierte Ziel, die Beteiligung an formalisierter Weiterbildung bis 2015 auf 50 Prozent aller Einwohnerinnen und Einwohner im Alter zwischen 25 und 64 Jahren zu erhöhen. Für Geringqualifizierte wird eine Zielmarke von mindestens 40 Prozent vorgeschlagen.[105]

105 „Die Zielquoten beziehen sich auf die in Einführung befindliche EU-Erhebung zur individuellen Weiterbildungsbeteiligung (Adult Education Survey). Als Geringqualifizierte gelten hier Personen mit geringem Schulbildungsniveau." Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008, S. 8.

Außerdem bedeutsam ist für Köln der Ausgleich räumlicher und sozialer Disparitäten in der Teilnahme an Weiterbildung. Trotz dieser Zielsetzungen, ein bedarfsgerechtes Angebot zu schaffen und ein Mindestangebot in der Fläche sicherzustellen, deuten sich bestimmte Beteiligungsmuster an. Diese Muster sind durch unterschiedliche Einflussfaktoren wie dem Erwerbsstatus oder dem Bildungsabschluss bedingt. Mit Blick auf die Altersstruktur der Kölner Bevölkerung und die Diskussionen zur demografischen Entwicklung und Ausweitung der Lebensarbeitszeit, spielt die altersspezifische Teilnahme in der Weiterbildung eine wichtige Rolle.

Erläuterungen zur Datenlage

Die Erfassung und Analyse des Kölner Weiterbildungsgeschehens ist zum einen durch die Vielfalt der Träger und Einrichtungen und entsprechende Ab- und Eingrenzungsprobleme, zum anderen auch durch die Entwicklungsdynamik an Neugründungen und Schließungen vor allem im Bereich der kommerziell orientierten Einrichtungen eingeschränkt.

Für die Bearbeitung des Themas Weiterbildung im vorliegenden Bericht wird auf die Umfragedaten des Kommunalen Mikrozensus und auf die Statistik der Volkshochschule (VHS) zurückgegriffen.

Die Daten des Kommunalen Mikrozensus (Umfrage „Leben in Köln“) wurden Anfang 2009 erhoben und erfassen die organisierten Weiterbildungsaktivitäten[106] der Kölnerinnen und Kölner insgesamt. Beim kommunalen Mikrozensus wurden insgesamt 48.000 Kölner Bürgerinnen und Bürger im Alter von 18 bis 80 Jahren befragt, den Fragebogen ausgefüllt haben letztendlich 11.100. Die VHS-Statistik gibt Auskunft über die Teilnehmenden- und Kundenstruktur der VHS mit der Möglichkeit einer kleinräumigen Betrachtung.

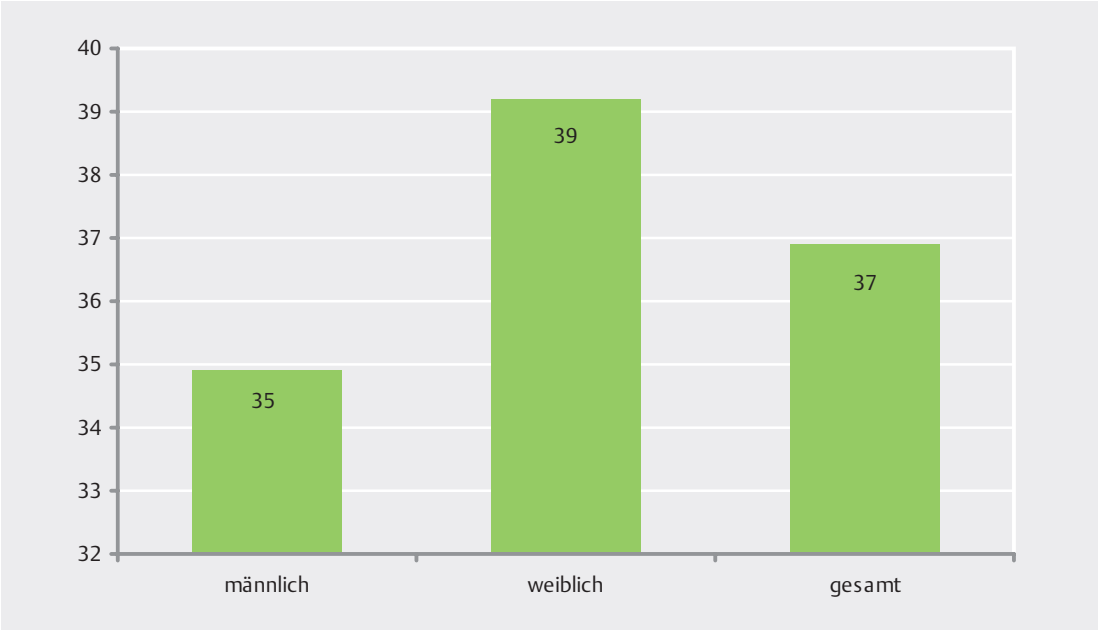
106 Unter organisierter Weiterbildung werden in der Umfrage „Leben in Köln“ Kurse, Seminare, Lehrgänge, Schulungen und ähnliches verstanden und von selbst organisiertem Lernen abgegrenzt.

7.1 Daten aus dem Mikrozensus im Einzelnen

7.1.1 Teilnehmende an organisierter Weiterbildung

- Im Jahr 2008 nahm mehr als ein Drittel der erwachsenen Kölner Bevölkerung an organisierter Weiterbildung teil.
- Die Kölner Teilnahmequote von 37 Prozent liegt deutlich unterhalb der bundesweiten Quote von 42 Prozent, die für das Jahr 2010 ermittelt wurde.[107] Dies ist etwas weniger als in der Erhebung drei Jahre zuvor, als der Anteil der 19- bis 64-Jährigen, die an Weiterbildung teilnahmen, noch 44 Prozent betrug. Es ist deutschlandweit insgesamt für die Weiterbildungsbeteiligung ein Rückgang der Teilnahmequote zu verzeichnen. Auch in Köln zeigt sich eine rückläufige Entwicklung und die städtische Teilnahmequote liegt noch weit entfernt von der politisch vorgegebenen Zielmarke von 50 Prozent.
- Mit knapp 40 Prozent lag 2008 in Köln die Beteiligung an Weiterbildung unter Frauen höher als unter Männern (35 Prozent). Gegenüber den Daten auf nationaler Ebene zeigen sich hier sowohl in den Quoten als auch in der Verteilung Unterschiede: deutschlandweit lag die Beteiligung an Weiterbildung im Jahr 2010 unter Männern mit 43 Prozent etwa so hoch wie unter Frauen mit 42 Prozent. Noch 2007 lag die Quote auf Bundesebene unter den Männern mit 46 Prozent deutlich über der der Frauen (42 Prozent).[108]

Abbildung 56: Teilnahme an organisierter Weiterbildung im Jahr 2008 in Prozent (n = 9.780)



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, „Leben in Köln“-Umfrage 2008/2009 (Kommunaler Mikrozensus).

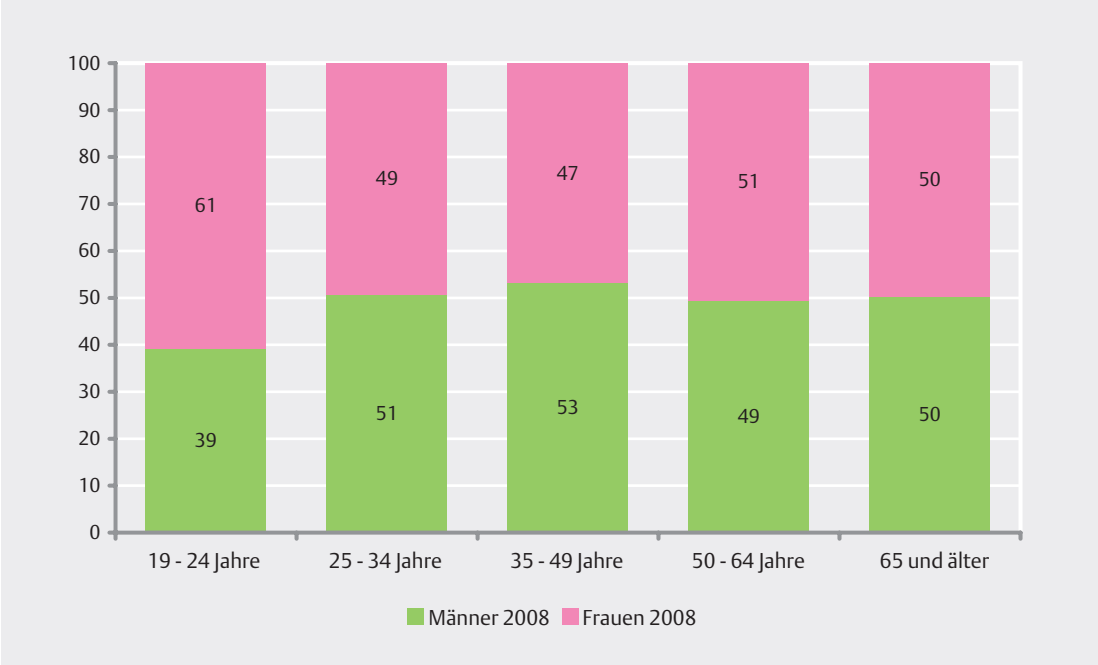
107 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2011, S. 5. Zur Trendbeobachtung auf nationaler Ebene werden seit dem Jahr 1979 im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung regelmäßige Erhebungen zur Weiterbildungsbeteiligung der Bevölkerung durchgeführt. Es handelt sich um eine bundesweite repräsentative Befragung von Personen der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren. Erfasst wird die Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen in den vorangegangenen zwölf Monaten. Im Jahr 2007 wurde auf ein europäisches Erhebungskonzept umgestiegen, um international vergleichbare Zahlen zum Weiterbildungsverhalten in allen Mitgliedsstaaten der EU zu erheben.

108 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2011, S. 30.

7.1.2 Teilnehmende nach Alter und Geschlecht

- Die Geschlechterverteilung nach Altersgruppen bei den Teilnehmenden an organisierter Weiterbildung zeigt für das Jahr 2008, dass in der jüngsten Altersgruppe mehr Frauen als Männer an Weiterbildung teilnahmen (61 zu 39 Prozent).
- In den Altersgruppen ab 25 Jahren ist die Beteiligung der Frauen etwa so hoch wie bei den Männern. Die Quote liegt jeweils bei rund 50 Prozent.

Abbildung 57: Teilnahme an organisierter Weiterbildung nach Geschlecht in den Altersgruppen im Jahr 2008 in Prozent (n = 3.567)



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, „Leben in Köln“-Umfrage 2008/2009 (Kommunaler Mikrozensus)

7.1.3 Teilnehmende nach Bildungsabschluss und Erwerbsstatus

- In der Auswertung zeigt sich, dass die Beteiligung an Weiterbildung stark vom jeweiligen Bildungshintergrund beziehungsweise vom Erwerbsstatus einer Person beeinflusst ist. Ein solches Zusammenhangsmuster lässt sich auch in den Umfragedaten von 2010 auf nationaler Ebene erkennen.[109]
- 2008 nahm in Köln die Beteiligung an Weiterbildung mit steigender Schulbildung und höherem Berufsabschluss zu. Auch zeigt sich, dass Erwerbstätige deutlich häufiger an Weiterbildung teilnehmen als Nichterwerbstätige und Rentnerinnen beziehungsweise Rentner.
- Die Beteiligung von Personen an organisierter Weiterbildung mit einem hohen allgemeinbildenden Abschluss wie Fach-/Hochschulreife lag 2008 mit 48 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die von Personen mit niedriger Schulbildung, das heißt mit Volks- beziehungsweise Hauptschulabschluss (19 Prozent).

109 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2011, S. 29.

- Die geringste Weiterbildungsteilnahme hatten Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Sie beteiligten sich 2008 lediglich zu einem Fünftel an Weiterbildung (20 Prozent).
- Überwiegend erwerbstätige Personen nahmen Weiterbildung in Anspruch, gefolgt von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden (35 Prozent) und Arbeitslosen (27 Prozent).

Tabelle 10: Weiterbildungsteilnahme nach Allgemeinbildendem Abschluss, Berufsabschluss und Erwerbsstatus in Prozent (n = 9.662)

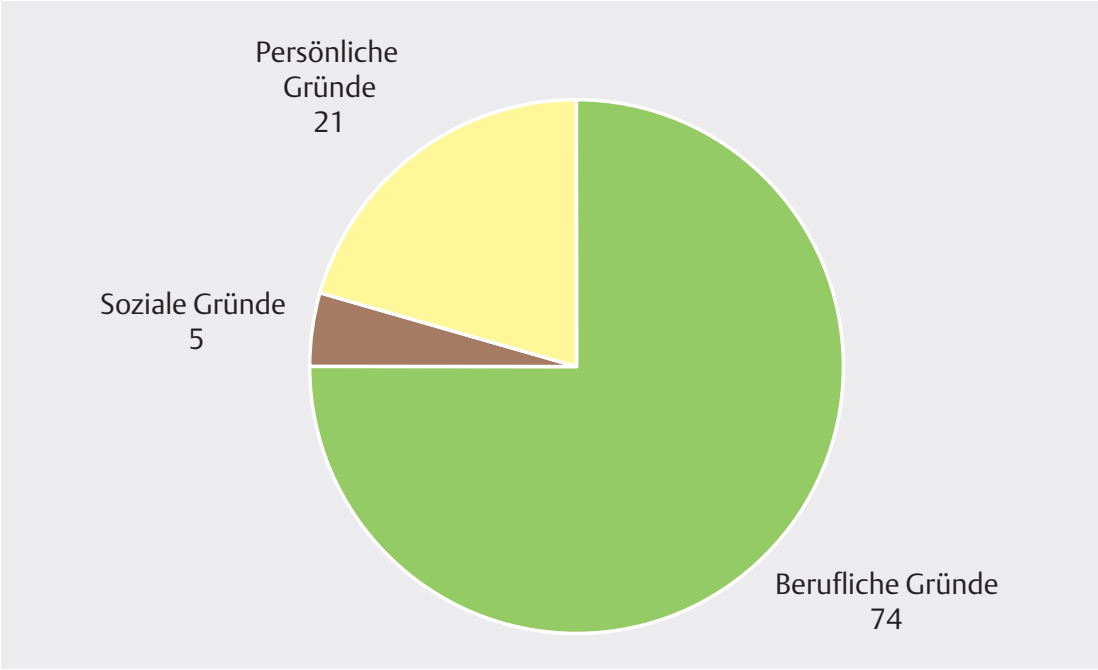
Teilnahme an organisierter Weiterbildung nach folgenden Merkmalen ... (in Prozent)		
Abschlussart	**Teilnahme**	**Nichtteilnahme**
Allgemeinbildender Abschluss		
kein, da noch Schülerin/Schüler	31	69
Volks- bzw. Hauptschulabschluss	19	81
Mittlere Reife	37	63
Fach-/Hochschulabschluss	48	53
kein Abschluss	15	85
Berufsabschluss		
kein, da noch Auszubildender	40	60
abgeschlossene Berufsbildung	34	66
Fachschulabschluss	42	59
Fach-/Hochschulabschluss	54	46
kein Abschluss	20	80
Erwerbsstatus		
erwerbstätig	46	54
Rentnerin/Rentner	12	88
arbeitslos	27	73
Hausfrau/Hausmann	17	83
Schülerin, Schüler/Studentin, Student	35	65
sonstiges/nicht erwerbstätig	24	76

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, „Leben in Köln“-Umfrage 2008/2009 (Kommunaler Mikrozensus)

7.1.4 Motive für die Weiterbildungsteilnahme

Für die Teilnahme an organisierter Weiterbildung dominieren eindeutig berufliche Gründe. Jede fünfte Bürgerin beziehungsweise jeder fünfte Bürger gibt persönliche Gründe an.

Abbildung 58: Hauptgründe für die Weiterbildungsteilnahme in Prozent (n = 3.625)



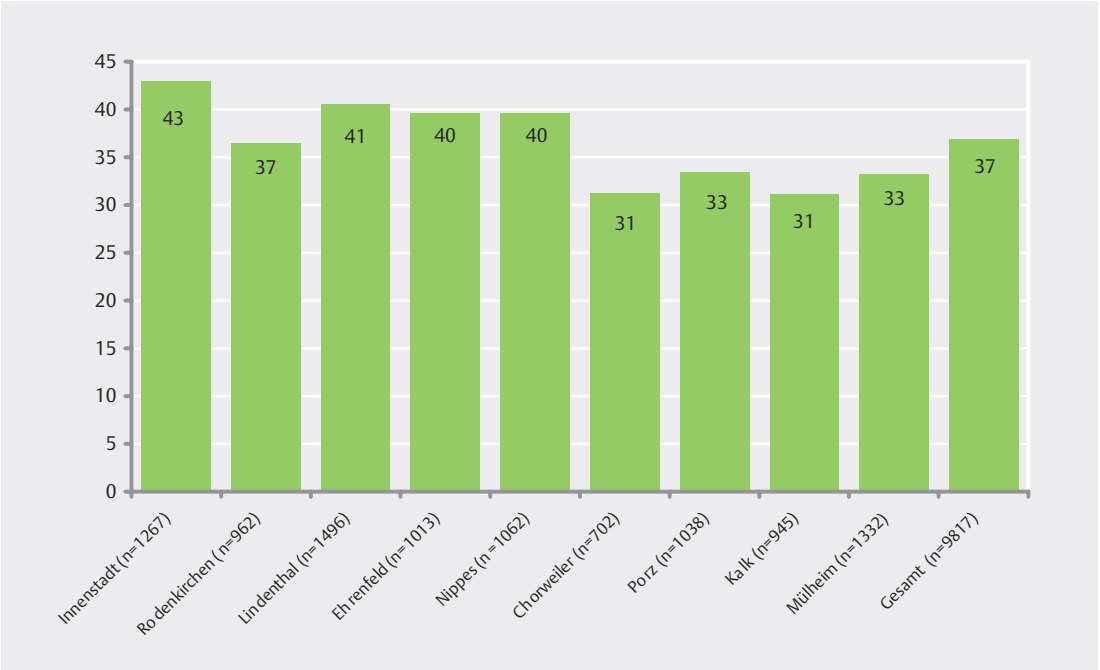
Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, „Leben in Köln"-Umfrage 2008/2009 (Kommunaler Mikrozensus)

7.1.5 Kleinräumige Betrachtung der Weiterbildungsteilnahme

- Für die Teilnahme an organisierter Weiterbildung zeigt sich für das Jahr 2008, dass insbesondere Einwohnerinnen und Einwohner in den Stadtbezirken Innenstadt und Lindenthal weiterbildungsaktiv waren. Mehr als 40 Prozent der in diesen Bezirken lebenden Bevölkerung nahm an organisierter Weiterbildung teil. In diesen beiden Stadtbezirken lag die Weiterbildungsquote über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 37 Prozent. Diese Stadtbezirke zeichneten sich im Jahr 2008 auch dadurch aus, dass ihre Bevölkerung ein hohes Bildungsniveau hat und auch überwiegend über hohe Berufsabschlüsse verfügt.[110] Außerdem fiel 2008 in beiden Stadtbezirken der Bevölkerungsanteil an Personen mit Migrationshintergrund mit weniger als 30 Prozent vergleichsweise niedrig aus.
- Mit Weiterbildungsquoten von knapp über 30 Prozent nahm in den Stadtbezirken Chorweiler, Kalk, Porz und Mülheim etwa jeder Dritte der jeweiligen Stadtbezirksbevölkerung an organisierter Weiterbildung teil. Diese Stadtbezirke zeichneten sich 2008 im Vergleich zu Lindenthal und Innenstadt durch ein niedrigeres Bildungsniveau, einem höheren Bevölkerungsanteil an Menschen mit Migrationshintergrund (mehr als 35 Prozent) sowie einem höheren Anteil an Menschen aus, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind.

110 Vgl. die Ausführungen zum Bildungsstand der Bevölkerung im Kapitel Rahmenbedingungen.

Abbildung 59: Teilnahme an organisierter Weiterbildung nach Stadtbezirken im Jahr 2008 in Prozent



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, „Leben in Köln"-Umfrage 2008/2009 (Kommunaler Mikrozensus)

7.2 Daten zu Weiterbildungsmaßnahmen der Volkshochschule im Einzelnen

7.2.1 Belegungen in der Volkshochschule

- 2010 zählte die Volkshochschule (VHS) 59.008 Belegungen beziehungsweise Teilnahmefälle in Kursen und Lehrgängen. Hochgerechnet entspricht diese Teilnahmequote rund 36.880 Teilnehmenden.[111] Zieht man außerdem die Belegungen in Einzelveranstaltungen, Studienfahrten und Ausstellungen hinzu, waren es insgesamt 73.790 Belegungen, das heißt hochgerechnet 46.119 Teilnehmende.
- In den letzten zehn Jahren sind die Belegungen um 16.077 gesunken. Dies entspricht gegenüber 2001 einem Rückgang von 21,4 Prozent.
- In den Jahren 2001, 2005 und 2010 lag die Beteiligung an VHS-Kursen unter Frauen mindestens doppelt so hoch wie unter Männern, ist dennoch in den letzten 10 Jahren um 17.462 gesunken. Dies entspricht einem prozentualen Rückgang von 35,2 Prozent. Verglichen mit den Belegungsquoten unter Männern, lässt sich vermuten, dass sich die rückläufige Beteiligung an Weiterbildung seit 2001 demnach vor allem auf die weibliche Bevölkerung bezieht.

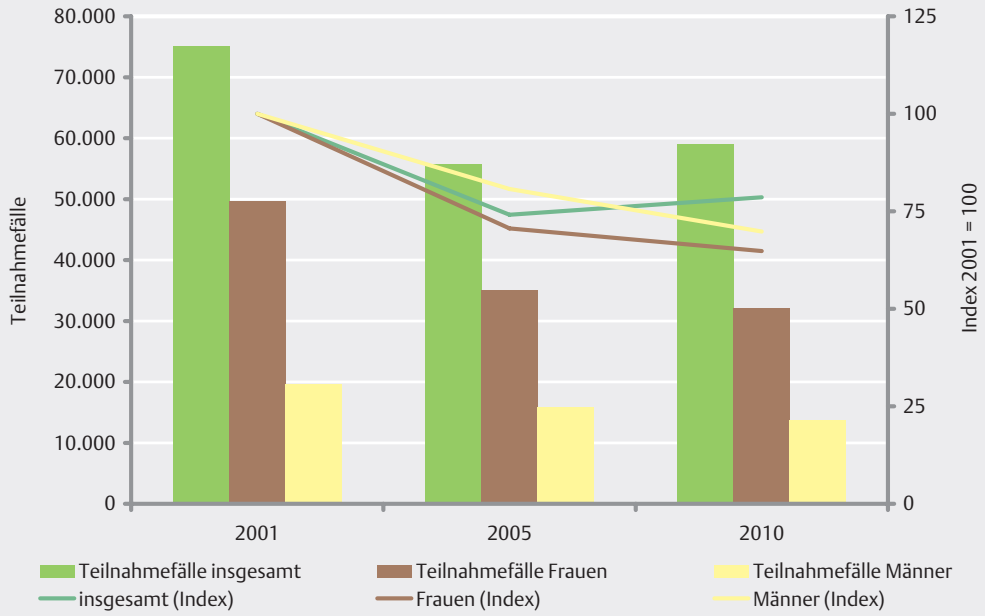
111 Die hochgerechnete Zahl kann nur als Näherungswert angesehen werden. Siehe für die Berechnung die methodischen Erläuterungen.

Methodische Erläuterungen

Untersuchungen zur Teilnahme in der Weiterbildung erfolgen zum einen anhand von Teilnehmerzahlen und zum anderen anhand von Teilnahmefällen beziehungsweise Belegungen. Die Statistik der Volkshochschule (VHS) zählt jährlich im Rahmen ihrer Veranstaltungsstatistik nicht Teilnehmende, sondern die Zahl der Teilnahmefälle. Dies ist die Zahl der Belegungen. Personen können im Berichtszeitraum eine oder mehrere Veranstaltungen belegt haben. Alle berechenbaren Quoten aus der VHS-Statistik, die sich auf die Beteiligung beziehen, sind daher Teilnahmefallquoten beziehungsweise Belegungsquoten. Die Frage, wie groß der Bevölkerungsanteil ist, den die VHS erreicht, lässt sich nicht direkt aus den Belegungszahlen beziehungsweise Teilnahmefallquoten beantworten.

Nach Pehl sind Teilnahmefallquoten/Belegungsquoten und Teilnehmerquoten nicht mittels einfacher Berechnungen ineinander überführbar. Eine Teilnehmerin oder ein Teilnehmer belegt im Durchschnitt etwa 1,6 Veranstaltungen. Nach seiner Modellrechnung stehen hinter Belegungen zwischen 55 Prozent und 62 Prozent Individuen.[112]

Abbildung 60: Absolute und prozentuale Entwicklung der Belegungen der Volkshochschule von 2001 bis 2010 nach Geschlecht



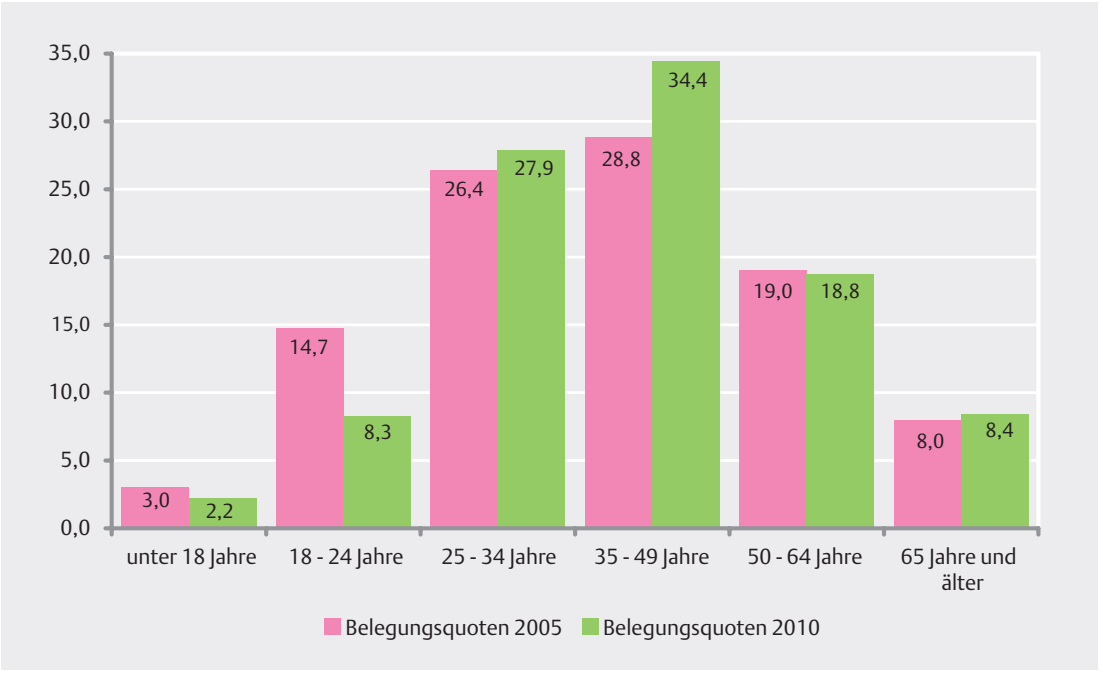
Quelle: Stadt Köln – Amt für Weiterbildung; Amt für Stadtentwicklung und Statistik

112 Vgl. Pehl 2005, S. 1ff.

7.2.2 Entwicklung der Belegungen in Kursen und Lehrgängen nach Alter

- Anhand des Indikators „Alter“ lassen sich in der Weiterbildungsbeteiligung einige auffällige Entwicklungen zwischen 2005 und 2010 beobachten. Wie auch auf nationaler Ebene sinken der Tendenz nach die Belegungszahlen bei den jüngeren Altersgruppen, während die der mittleren und älteren Gruppen eher zulegen.
- Auffällig ist in Köln der Anstieg in der Beteiligungsquote der 35- bis unter 50-Jährigen, das heißt die beruflich stark eingebundene Altersgruppe, von 28,8 Prozent im Jahr 2005 auf 34,4 Prozent im Jahr 2010. Damit baut diese Altersgruppe bei den Belegungen ihre Mehrheit weiter aus. Parallel zu dieser Entwicklung zeigt sich ein leichter Anstieg der Beteiligung unter den 25- bis unter 35-Jährigen, die nicht nur beruflich, sondern auch familiär stark eingebunden sind. Unter den 50- bis unter 65-Jährigen zeigt sich hingegen eine Stagnation der Beteiligung.
- Angesichts des starken Rückgangs an Teilnahmequoten in 2010 unter den 18- bis unter 25-Jährigen stellt sich die Frage, ob die höheren Teilnahmequoten in 2010 in den mittleren Altersgruppen zu Ungunsten der jüngeren Altersgruppen erfolgten.
- Deutlich niedriger sind die Belegungsquoten bei den unter 18-Jährigen und den über 65-Jährigen, dennoch beteiligt sich die Gruppe der über 65-Jährigen vier Mal mehr als die jüngste Gruppe.

Abbildung 61: Belegungsquoten nach Alter in den Jahren 2005 und 2010 in Prozent

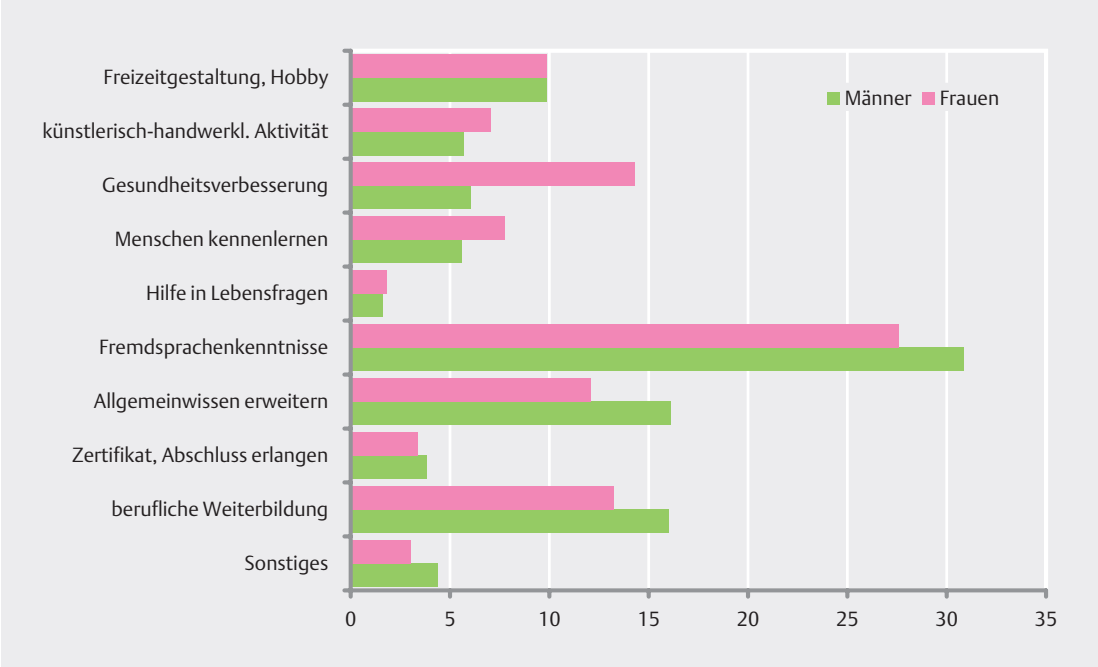


Quelle: Stadt Köln – Amt für Weiterbildung; Amt für Stadtentwicklung und Statistik

7.2.3 Motive für einen Besuch der Volkshochschule

- Im Rahmen des kommunalen Mikrozensus wurden die Gründe für einen Besuch der Volkshochschule (VHS) ermittelt. Diese variierten nach Geschlecht.
- Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen dominierte das Fremdsprachenlernen, gefolgt von gesundheitlichen und beruflichen Motiven für eine Teilnahme von Frauen. Bei Männern waren berufliche Motive sowie die Erweiterung von Allgemeinwissen ausschlaggebend für den VHS-Besuch.

Abbildung 62: Motive für einen Besuch der Volkshochschule in Prozent (n = 2.585)



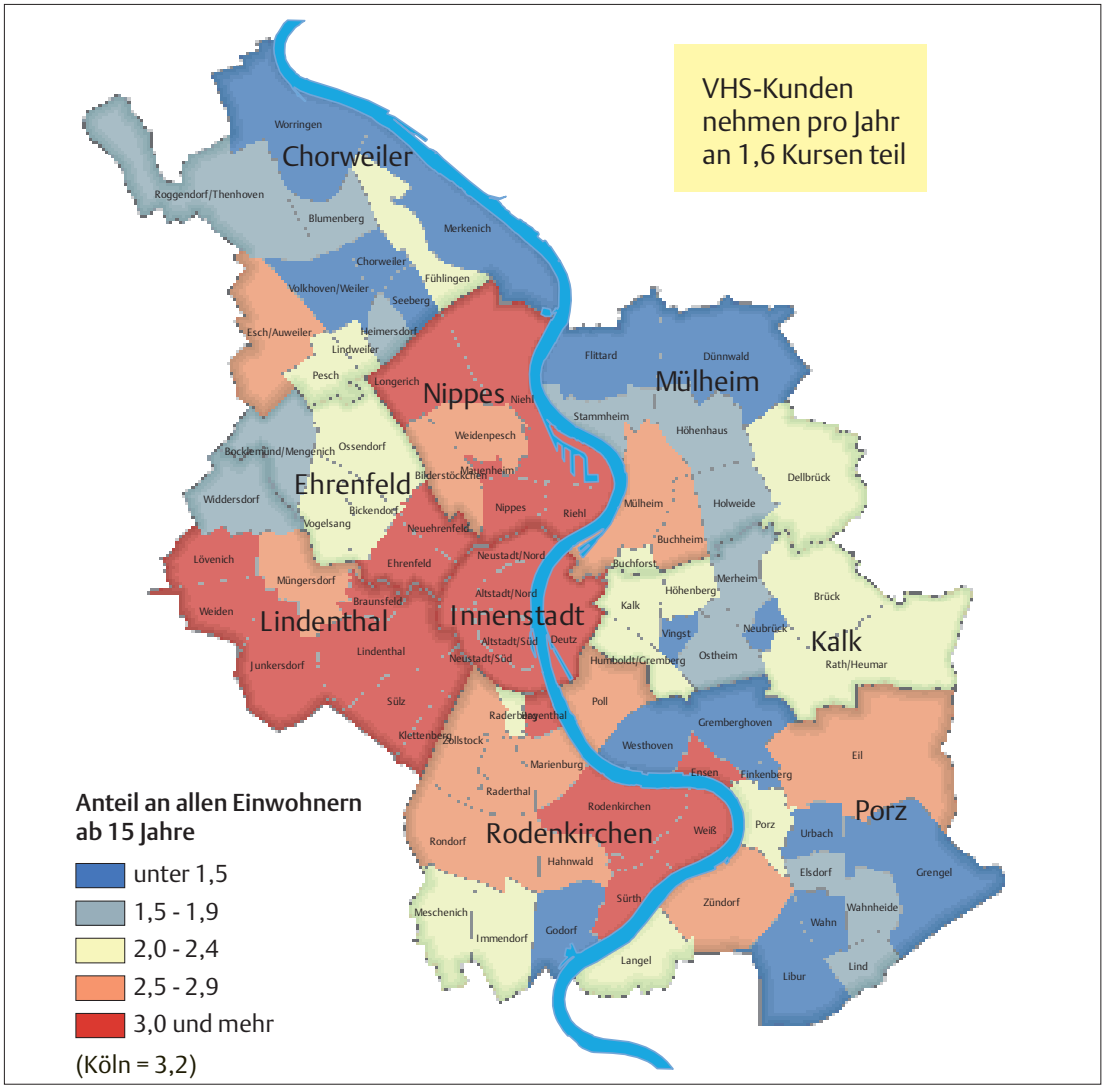
Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, „Leben in Köln“-Umfrage 2008/2009 (Kommunaler Mikrozensus)

7.3 Kleinräumige Betrachtung der VHS-Kundenanteile

- Die Daten der Volkshochschule (VHS) lassen sich auf Stadtteilebene betrachten. Hier variierte im Jahr 2010 der Anteil der VHS-Kunden an allen Einwohnerinnen und Einwohnern ab 15 Jahren zwischen 0,8 Prozent in Worringen und 5,6 Prozent in Klettenberg. Die höchsten Kundenanteile liegen mit über 5 Prozent aller Stadtteileinwohnerinnen und -einwohner in den Stadtteilen Klettenberg (5,6 Prozent), Nippes (5,3 Prozent) und Lindenthal (5,0 Prozent).
- Es zeigt sich, dass in Stadtteilen mit höheren SGB II-Quoten tendenziell eher geringere VHS-Kundenanteile festzustellen sind. Auffällig sind dennoch Stadtteile wie Niehl, Ehrenfeld, Neuehrenfeld, die hohe Kundenanteile und gleichzeitig höhere SBG II-Quoten (zwischen 8,4 und 13,4 Prozent) aufweisen. Ebenso fallen die Stadtteile Deutz, Poll, Emsen und Eil insofern auf, als dass trotz eines SGB II-Anteils von über 8 Prozent die Weiterbildungsbeteiligung hoch ausfällt.

- Bezieht man zudem die Verteilung der Kölner Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund[113] in die Betrachtung mit ein, so zeigt sich, dass in Stadtteilen mit hohem Kundenanteil der Migrantenanteil unter dem städtischen Durchschnitt von 30 Prozent liegt. Ausnahme stellt unter anderem Niehl mit einem Migrantenanteil von über 30 Prozent und einem Kundenanteil von 3,2 Prozent dar. Weiterhin auffallend sind die Stadtteile Mülheim und Buchheim, die Kundenanteile über 2,5 Prozent und gleichzeitig einen Migrantenanteil von mehr als 40 Prozent aufweisen.
- Die Berechnung des Korrelationskoeffizienten bestätigt einen tendenziell negativen Zusammenhang zwischen Weiterbildungsbeteiligung und SGB II-Quote. Setzt man den Anteil an VHS-Kunden und den Anteil an Leistungsberechtigten nach SGB II in Beziehung, ergibt sich ein Korrelationskoeffizient von -0,47. Demnach korreliert der Teilnehmeranteil negativ mit dem Anteil an SBG II-Leistungsberechtigten im Stadtteil. Tendenziell gilt damit: je höher der Anteil an Leistungsberechtigten in einem Stadtteil ist, desto niedriger ist der Anteil der VHS-Kunden.

Karte 10: Anteil der VHS-Kunden an allen Einwohnerinnen und Einwohnern ab 15 Jahren je Stadtteil im Jahr 2010 in Prozent



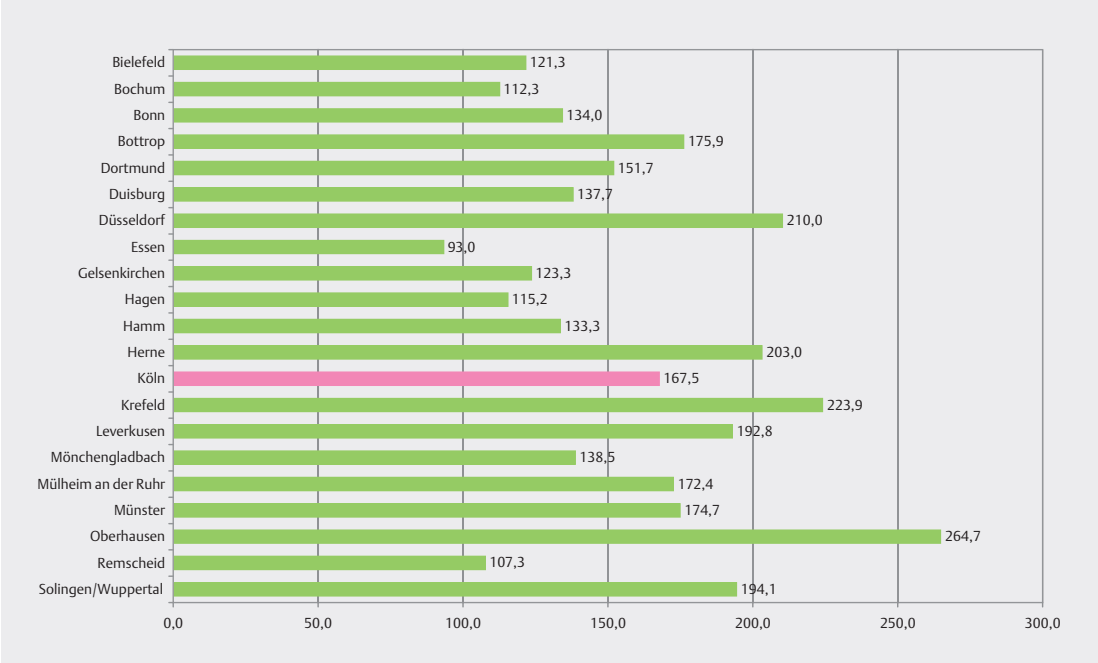
Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik

113 Vgl. Karte im Kapitel Rahmenbedingungen.

7.4 Interkommunaler Vergleich

- Köln lag im Jahr 2010 mit einer Versorgungsquote von 167,5 Unterrichtsstunden je 1000 Einwohner im Mittelfeld aller kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen. Während Bochum (112,3), Remscheid (107,3) und Essen (93,0) die geringsten Unterrichtsstunden je 1000 Einwohner im Jahr 2010 aufwiesen, zeigten Oberhausen (264,7), Krefeld (223,9) und Düsseldorf (210,0) die höchsten Quoten.
- Die Kölner Versorgungsquote lag im Jahr 2010 unter dem NRW-Durchschnitt von 173,2 Unterrichtsstunden pro 1000 Einwohner.

Abbildung 63: Unterrichtsstunden je 1000 Einwohner in kreisfreien Städten in NRW



Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)

7.5 Schlussbetrachtung

Etwas mehr als ein Drittel der Kölner Bevölkerung nimmt an organisierter Weiterbildung teil. Dies liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 42 Prozent. Im Rahmen der Mikrozensusdaten sind in der Teilnehmerstruktur kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen erkennbar, was analog zum Geschlechterverhältnis auf nationaler Ebene ist.

Der Bildungshintergrund der Person schlägt sich – wie auch auf nationaler Ebene – in der Weiterbildungsbeteiligung nieder: nach den Mikrozensusdaten zeigt sich, je höher der allgemeinbildende Abschluss ist, desto höher ist auch die Beteiligung. Gleiches gilt, wenn man den erreichten Ausbildungsabschluss betrachtet. So ist hier mit hohem Berufsabschluss eine höhere Weiterbildungsteilnahme zu erkennen. Vor dem Hintergrund der relativen Abnahme von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte und der gleichzeitigen Erhöhung der Qualifikationsanforderungen an Arbeitsplätzen ist die vergleichsweise geringe Teilnahme an beruflicher Weiterbildung von Personen mit niedrigem Schulabschluss beziehungsweise geringer beruflicher Qualifikation und damit verbundener niedriger beruflicher Stellung als problematisch anzusehen.

Es zeigt sich zudem eine hohe Bedeutung der Erwerbstätigkeit für die Weiterbildungsteilnahme. Diese kann in enger Beziehung zur beruflichen Weiterbildung stehen. Personengruppen außerhalb aktiver Erwerbstätigkeit wie sonstige Nichterwerbstätige, Hausfrauen beziehungsweise Hausmänner, Rentnerinnen und Rentner sowie Arbeitslose weisen geringere Beteiligungswerte auf. Dies kann damit zusammenhängen, dass ihnen der Zugang zur Weiterbildung insbesondere betrieblicher Weiterbildung fehlt. Eine Herausforderung besteht in der Aktivierung dieser unterrepräsentierten Gruppen.

Betrachtet man fokussiert die Weiterbildung an der Volkshochschule (VHS), so zeigt sich, dass die Belegungsquoten seit 2001 stark zurückgegangen sind. Die rückläufige Beteiligung an Weiterbildung seit 2001 lässt sich vor allem auf die weibliche Bevölkerung beziehen.

Differenziert nach Altersgruppen sind im Laufe der letzten fünf Jahre die Belegungsquoten insbesondere in den mittleren Altersgruppen (35 bis unter 50 Jahre) gestiegen und in der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen deutlich gesunken. Die jüngste und älteste Personengruppe (bis 18 Jahre und über 65 Jahre) weisen ebenso eine niedrigere Weiterbildungsbeteiligung auf, wobei die Älteren 2010 eine höhere Beteiligung als die Jüngeren aufwiesen. Jedoch ist deren Beteiligung noch gering. Vor dem Hintergrund der Verlängerung der Lebensarbeitszeit sind die geringe Weiterbildungsbeteiligung der älteren Personen sowie die stagnierende Beteiligung in der Gruppe der 50- bis unter 65-Jährigen als Herausforderung anzusehen.

In den einzelnen Stadtteilen variieren die VHS-Teilnahmequoten. Während Unterschiede auf die Verteilung der VHS-Standorte und deren Angebotsspektrum zurückgeführt werden können, lassen sich außerdem der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund sowie der Anteil an Leistungsberechtigten nach SGB II in den jeweiligen Stadtteilen als weitere mögliche Einflussfaktoren ausmachen. In Stadtteilen mit hohen Anteilen an Menschen mit Migrationshintergrund und hilfebedürftigen Personen nach SGB II waren die Kundenanteile in der VHS überwiegend niedrig. Auch zeigt sich anhand der Mikrozensusdaten, dass das vorherrschende Bildungsniveau der Bevölkerung in einem Stadtbezirk die Weiterbildungsbeteiligung beeinflusst. In diesem Zusammenhang gewinnen Fragen nach dem Zugang zu Weiterbildung und Unterstützungsstrukturen für „bildungsferne Gruppen“ vor allem auf kleinräumiger Ebene an Bedeutung. Dies soll der Gefahr entgegenwirken, dass sich die Kluft zwischen eher wissensnahen Gruppen und eher wissensfernen Gruppen, die immer mehr den Anschluss verlieren könnten, vergrößert.

Literatur

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung für eine Strategie zur Gestaltung des Lernens im Lebenslauf. Bonn 2008.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Weiterbildungsverhalten in Deutschland AES 2010 Trendbericht. Bonn. Berlin 2011.

Pehl, K.: Ein (Wahrscheinlichkeits-)Modell zur Relation zwischen Teilnehmenden und Teilnahmefällen in der Weiterbildung. Bonn 2005. Abrufbar unter: http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2005/pehl05_07.pdf. Stand 10.02.2012.



8 Informelles Lernen im Bürgerschaftlichen Engagement

8 Informelles Lernen im Bürgerschaftlichen Engagement

Die meisten Lernprozesse finden nicht planmäßig oder geleitet in Bildungsinstitutionen statt, sondern in alltäglichen Lebens- und Arbeitszusammenhängen. Anlässe wie Familie, Beruf, Öffentlichkeit fordern dieses „natürliche“ Lernen, das sogenannte informelle Lernen. Es findet in wechselnden Erfahrungs- und Tätigkeitszusammenhängen ganz selbstverständlich statt und wird von den Menschen ein Leben lang immer wieder weitgehend selbstgesteuert praktiziert. Einschlägige Untersuchungen schätzen den Anteil des informellen Lernens bei Erwachsenen auf 70 bis 90 Prozent ein.[114]

Dementsprechend kommt auch dem Bürgerschaftlichen Engagement[115] als Lernfeld große Bedeutung zu. In Vereinen, Projekten oder Bürgerinitiativen setzen sich Menschen für das Gemeinwohl ein, leben und gestalten gleichzeitig den demografischen Wandel in ihrem unmittelbaren Umfeld. Zugleich bedeutet die freiwillige Tätigkeit für viele das Sammeln von Erfahrungen in der Arbeit gesellschaftlicher Organisationen, Erwerb von Schlüsselqualifikationen sowie die Chance für Teilhabe und Mitbestimmung, Selbstorganisation und Interessenvertretung.[116]

Der Einzelne kann spezielle Fähigkeiten und Kompetenzen erwerben, die ihm nicht nur im persönlichen, sondern auch im beruflichen Bereich von Nutzen sein können. So erfolgt beispielsweise im Rahmen von sozialen Tätigkeiten das Bürgerschaftliche Engagement im Miteinander von Menschen und fördert die Weiterentwicklung sozialer Fähigkeiten. Aus einschlägigen Studien ist zudem bekannt, dass aktuelles freiwilliges Engagement wesentlich davon abhängt, ob die Person sich bereits früher als Jugendlicher eingesetzt hat.[117] Da sich engagierte Jugendliche selbst stärker als Teil ihrer Gesellschaft begreifen beziehungsweise als „gesellschaftliche Gestalter“ erleben, sind sie motiviert auch im Erwachsenenalter freiwillig aktiv zu sein.[118]

Freiwilliges Engagement ist außerdem ein Schlüssel zur kommunalen Zukunft. Der Erhalt und die Erweiterung von kommunalen Handlungs- und Gestaltungsoptionen wird zukünftig auch davon abhängen, inwieweit es Kommunen gelingt, ihren Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheiten für eine verstärkte Beteiligung – zum Beispiel an Daseinsvorsorge[119] und Stadtentwicklung – zu geben[120]. Bürgerinnen und Bürger wollen und sollen sich zunehmend an (politischen) Entscheidungsprozessen beteiligen und sich für die Belange ihres Stadtteils einsetzen. Durch freiwilliges Engagement können diese mehr Verantwortung für die Probleme der Menschen in ihrem

---

114 Bundesministerium für Bildung und Forschung 2001, S. 178.

115 Die Begriffe „freiwilliges“ und „Bürgerschaftliches Engagement“ werden in diesem Kapitel synonym verwendet. „Bürgerschaftliches Engagement umfasst die gemeinnützige Tätigkeit in Vereinen, Verbänden, Kirchen, Selbsthilfegruppen, soweit Betroffene ihre gegenseitige Hilfestellung als Bürgerschaftliches Engagement verstehen, (...). Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig, selbst gewählt und selbstbestimmt. Es bezieht sich auf das Gemeinwohl und ist unentgeltlich.“ Vgl. Stadt Köln, 2010a, S. 20.

116 Vgl. Deutscher Bundestag, 2002, S. 269.

117 Vgl. Rauschenbach, 2008, S. 3.

118 Vgl. Christoph/Reinders 2010, S. 18. Beinahe die Hälfte der Jugendlichen in Deutschland (44,9 Prozent) hat sich im Jahr 2010 ehrenamtlich engagiert, so die Studie „Jugend. Engagement. Politische Sozialisation“ der Universität Würzburg.

119 Daseinsvorsorge umschreibt die staatliche Aufgabe Güter und Leistungen (von Bildung, Kultur über Gesundheitsversorgung, Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln usw. bis zur Müllabfuhr), die für ein menschliches Dasein als notwendig erachtet werden, bereitzustellen. Daseinsvorsorge zielt auf eine nachhaltige Sicherung der Lebensgrundlagen für alle.

120 Vgl. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW, 2011.

Wohngebiet übernehmen und soziale Leistungen erbringen, die bisher vom Staat übernommen wurden.[121] Im Rahmen des Kölner Leitbildprozesses wird Köln als „eine Bürgerstadt mit hoher Bereitschaft zum Engagement für das Gemeinwesen" gesehen mit der Herausforderung diesen Bürgersinn gezielt weiter zu entwickeln.[122]

Aus stadtentwicklungspolitischer Sicht kann dem Bürgerschaftlichen Engagement für die Verbesserung der nahräumlichen Lebensbedingungen und Stabilisierung benachteiligter Stadtteile eine zentrale Bedeutung zugesprochen werden.

Erläuterungen zur Datenlage

Für die Analyse des Bürgerschaftlichen Engagements im vorliegenden Bericht wird auf die Daten der Bürgerumfrage „Demografischer Wandel in Köln 2009" zurückgegriffen.[123]

Die Demografie-Umfrage wurde in der zweiten Jahreshälfte 2009 durchgeführt und fand in zwei Befragungswellen statt. Angeschrieben wurden 66.000 Kölnerinnen und Kölner, davon füllten 13.300 Kölnerinnen und Kölner den Fragebogen aus.

Im Rahmen eines Exkurses werden ergänzend für Jugendliche zwischen 14 und 15 Jahren Ergebnisse der repräsentativen Befragung „Jugend. Engagement. Politische Sozialisation" der Universität Würzburg herangezogen. Diese Studie erforscht die Auswirkung gemeinnütziger Tätigkeit auf die Persönlichkeitsentwicklung Jugendlicher und deren Bereitschaft zu politischer Partizipation.[124]

8.1 Daten im Einzelnen

8.1.1 Bürgerschaftliches Engagement nach Geschlecht und Alter

- Seit 2004[125] ist der Anteil der freiwillig engagierten Personen in Köln relativ stabil geblieben. Etwa ein Fünftel der Kölnerinnen und Kölner zwischen 18 und 80 Jahren sind bürgerschaftlich aktiv. Im Jahr 2009 entsprach dies rund 178.000 freiwillig tätigen Personen. Rechnet man die geschätzten 10.000 minderjährigen freiwillig Engagierten zwischen 14 und 17 Jahren hinzu, waren insgesamt 188.000 im Bürgerschaftlichen Engagement aktiv.
- Im Jahr 2009 engagierten sich mit 23 Prozent mehr Männer freiwillig als Frauen (21 Prozent). Dieses Geschlechterverhältnis geht mit den Ergebnissen des bundesweiten Freiwilligensurvey überein.
- Betrachtet man die verschiedenen Altersgruppen, so zeigt sich, dass die Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen, die beruflich und familiär orientierte Personen mit knappen Zeitressourcen umfasst, mit 15 Prozent deutlich weniger aktiv war als die anderen Altersgruppen.

121 Stadt Köln 2010a, S. 28 f.

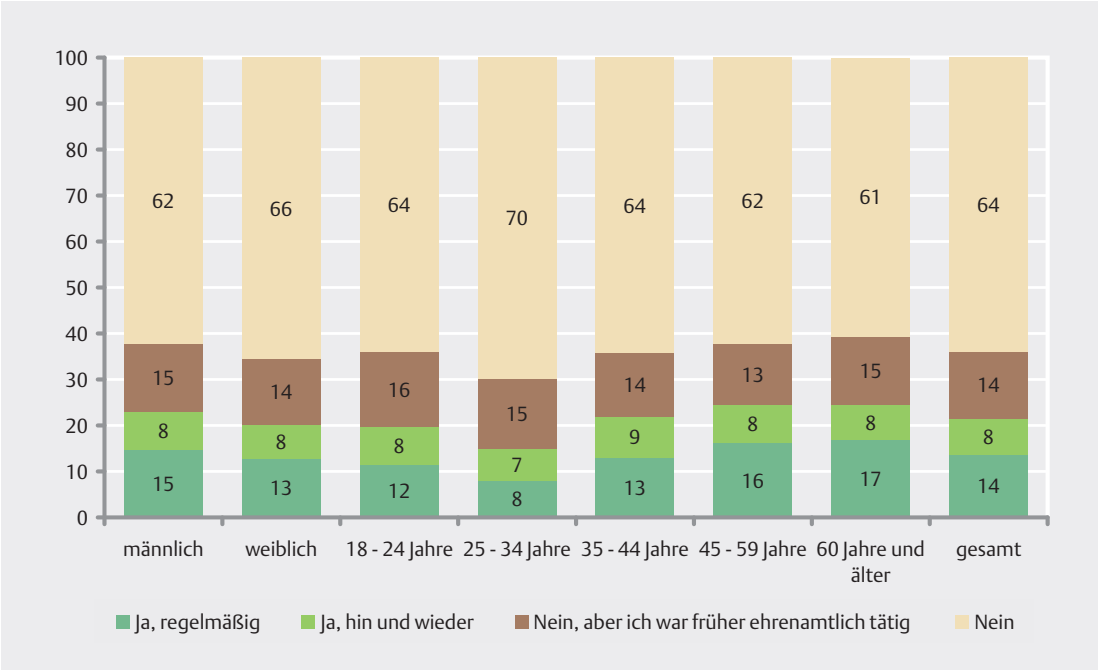
122 Vgl. Stadt Köln 2009, S. 10.

123 Vgl. hierzu auch Stadt Köln 2012.

124 Vgl. Christoh/Reinders 2011.

125 Vgl. die Ergebnisse der „Leben in Köln-Umfrage" 2004.

Abbildung 64: Freiwillig Engagierte nach Geschlecht und Alter im Jahr 2009 in Prozent



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Bürgerumfrage „Demografischer Wandel in Köln“ 2009

8.1.2 Bereiche Bürgerschaftlichen Engagements nach Geschlecht und Alter

- Im Jahr 2009 waren Frauen und Männer in pflegerischen und sozialen Engagementbereichen unterschiedlich aktiv.[126] Während Frauen häufiger im Rahmen unbezahlter Familienarbeit[127] (24 Prozent) und Altenhilfe (18 Prozent) tätig sind, gaben 14 Prozent beziehungsweise 12 Prozent der Männer an, in diesen Bereichen aktiv zu sein.
- Männer engagierten sich stärker im sportlichen Bereich (21 Prozent), im Freizeitbereich (17 Prozent) und im Rahmen beruflicher Interessenvertretung (13 Prozent).
- Junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren engagierten sich im Jahr 2009 vor allem im Rahmen außerschulischer Jugendarbeit/Bildungsarbeit (27 Prozent) gefolgt von Tätigkeiten im kirchlich/religiösen Bereich (24 Prozent) und sportlichen Bereich (15 Prozent). Die Aktivitäten im kirchlich/religiösen Bereich und soziale Tätigkeiten wie unbezahlte Familienarbeit und Altenhilfe nahmen mit zunehmendem Alter zu und waren vor allem bei den über 60-Jährigen überdurchschnittlich. Bei der eher familiär stärker eingebundenen Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen dominierte das Engagement im Bereich Schule/Kindergarten (30 Prozent).

126 Es wird in diesem Kapitel das aktive freiwillige und nicht das finanzielle Engagement, das regelmäßige Spenden umfasst, berücksichtigt.

127 Unbezahlte Familienarbeit beinhaltet in der Umfrage Pflege und Betreuung von hilfebedürftigen Familienangehörigen sowie die Betreuung/Beaufsichtigung von minderjährigen Familienangehörigen (nicht eigene Kinder).

Tabelle 11: Engagementbereiche nach Geschlecht und Alter im Jahr 2009 in Prozent

Bereiche Bürgerschaftlichen Engagements (Mehrfachnennungen)	Insgesamt	Geschlecht		Altersgruppe				
		männlich	weiblich	18 – 24 Jahre	25 – 34 Jahre	35 – 44 Jahre	45 – 59 Jahre	60 Jahre und älter
Kirchlicher/ religiöser Bereich	24	20	28	24	20	20	23	31
Finanzielles Engagement	24	23	24	6	22	21	25	30
Unbezahlte Familienarbeit	19	14	24	13	17	16	20	24
Sport und Bewegung	15	21	10	15	18	19	16	11
Schule/ Kindergarten	15	13	18	10	13	30	17	4
Hilfe + Unterstützung älterer Menschen	15	12	18	8	10	10	16	25
Sozialer Bereich	14	14	15	11	14	11	16	16
Freizeit und Geselligkeit	13	17	9	12	13	12	13	15
sonstiges ehrenamtliches Engagement	12	11	10	10	11	9	12	10
Kultur und Musik	11	13	8	10	10	9	11	11
Berufliche Interessenvertretung	10	13	7	8	11	11	13	6
Außerschulische Jugendarbeit, Bildungsarbeit für Erwachsene	10	10	10	27	18	7	8	4
Politik, politische Interessenvertretung	9	11	6	16	10	7	9	7
Umwelt und Naturschutz, Tierschutz	6	7	5	7	7	8	6	4
Sonstige bürgerliche Aktivität am Ort	6	7	4	4	5	4	7	7
Unfall-/Rettungsdienste, Freiwillige Feuerwehr	4	6	3	15	9	4	3	1
Justiz- und Kriminalitätsprobleme	4	4	3	1	1	3	5	5
Gesundheitsbereich	4	4	5	4	3	5	4	5
Engagement für Frauen	3	1	5	1	4	3	3	3

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Bürgerumfrage „Demografischer Wandel in Köln“ 2009

8.1.3 Bürgerschaftliches Engagement nach Einkommen, Bildung und beruflicher Stellung

- Mit steigendem monatlichem Einkommen und Bildungsgrad nahm 2009 die Engagementquote zu. Bei der beruflichen Stellung zeigt sich, dass Beamtinnen und Beamte sowie Freiberuflerinnen und -berufler sich eher freiwillig engagierten als Angestellte oder Arbeiterinnen und Arbeiter.
- Der Anteil derjenigen, die sich freiwillig engagierten, war bei den Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit 24,1 Prozent am höchsten. Bei den Befragten mit Abitur und mittlerer Reife waren es jeweils 21 Prozent und bei den Hauptschulabsolventinnen und -absolventen 19 Prozent.

Tabelle 12: Engagementquote nach Einkommen, Bildung und beruflicher Stellung im Jahr 2009 in Prozent

Merkmal	ja, regelmäßig	ja, hin und wieder	nein, aber ich war früher ehrenamtlich tätig	nein, ich bin nicht ehrenamtlich tätig
monatliches Haushaltsnettoeinkommen				
bis 999 Euro	11	7	14	68
1000 – 1999 Euro	12	8	14	67
2000 – 2999 Euro	14	8	15	63
3000 – 3999 Euro	16	8	15	60
4000 – 4999 Euro	17	9	15	59
Bildungsabschluss				
Hauptschulabschluss	11	8	10	71
Mittlere Reife	14	7	12	66
Abitur	13	8	17	63
Hochschulabschluss	15	9	18	58
Berufliche Stellung				
Angestellte	12	8	15	66
Arbeiterin/Arbeiter	10	7	8	75
Beamte	15	10	17	59
Selbständige/Freiberufler	18	10	17	56

Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Bürgerumfrage „Demografischer Wandel in Köln“ 2009

Exkurs

Die repräsentative Studie der Universität Würzburg zum ehrenamtlichen Engagement bei Jugendlichen aus dem Jahr 2010/11[128] zeigt, dass bei Jugendlichen die Engagementquote mit der Schulform korreliert: Während bei Gymnasiasten jeder zweite freiwillig tätig ist (51 Prozent), engagiert sich unter Hauptschülerinnen und -schülern nur jeder Dritte (33 Prozent). In diesem Zusammenhang weist die Studie darauf hin, dass vor allem höhere Bildungsschichten eine größere Nähe zum freiwilligen Engagement haben. Diese sind mit zeitlichen und finanziellen Ressourcen überhaupt vermehrt in der Lage, sich für die Belange anderer zu engagieren.[129]

Vor dem Hintergrund, dass sich engagierte Jugendliche laut Studie als handlungswirksam in der Gesellschaft erleben, ihren Blick auf sich selbst verändern, ein größeres Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten sowie ein größeres Selbstwertgefühl entwickeln und ihre Bereitschaft zu demokratischem Handeln erhöhen, wird der Unterschied zwischen Gymnasiasten und Hauptschülerinnen und -schülern als problematisch erachtet.[130]

Wichtiger Einflussfaktor für den Zugang zum freiwilligen Engagement von Jugendlichen ist neben Familie auch die Schule. Sie bahnt den meisten Jugendlichen den Eintritt zum Bürgerschaftlichen Engagement und nimmt daher eine Schlüsselstellung ein. Nach Schulform differenziert, zeigt sich außerdem, dass Schülerinnen und Schüler von Gymnasien und Realschulen eher als Hauptschülerinnen und -schüler dazu geneigt sind, ihr Engagement selbst zu suchen (37 beziehungsweise 36 Prozent). Bei Hauptschülerinnen und -schülern haben vor allem Freunde (41 Prozent) und Lehrerinnen und Lehrer (41 Prozent) große Bedeutung für den Zugang zu freiwilligem Engagement.

Tabelle 13: Zugänge von Jugendlichen zum Engagement nach Schulform in Prozent (n = 2.408; Mehrfachnennungen möglich)

	Schulform		
Zugänge zum Engagement	**Hauptschule**	**Realschule**	**Gymnasium**
Freunde	41	30	32
Schule / Lehrkräfte	41	40	41
Eigeninitiative	30	37	36
Eltern	27	29	29
Werbung Organisation	29	15	20
Verwandte	12	11	8
Geschwister	11	13	14

Quelle: Christoph/Reinders[131]

128 Das Forschungsprojekt der Universität Würzburg erforscht die Auswirkungen gemeinnütziger Tätigkeit auf die Persönlichkeitsentwicklung Jugendlicher und deren Bereitschaft zu politischer Partizipation. 2.408 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 15 Jahren wurden im Zeitraum von Oktober 2010 bis Januar 2011 für die Studie befragt.

129 Entnommen aus Christoph/Reinders 2010, S. 9.

130 Vgl. Christoph/Reinders 2011, S. 14ff.

131 Christoph/Reinders 2011, S. 12.

8.2 Sozialräumliche Betrachtung des Bürgerschaftlichen Engagements

Im Folgenden findet eine Betrachtung des freiwilligen Engagements in den Kölner Sozialraumgebieten statt.

Begriffliche Erläuterungen

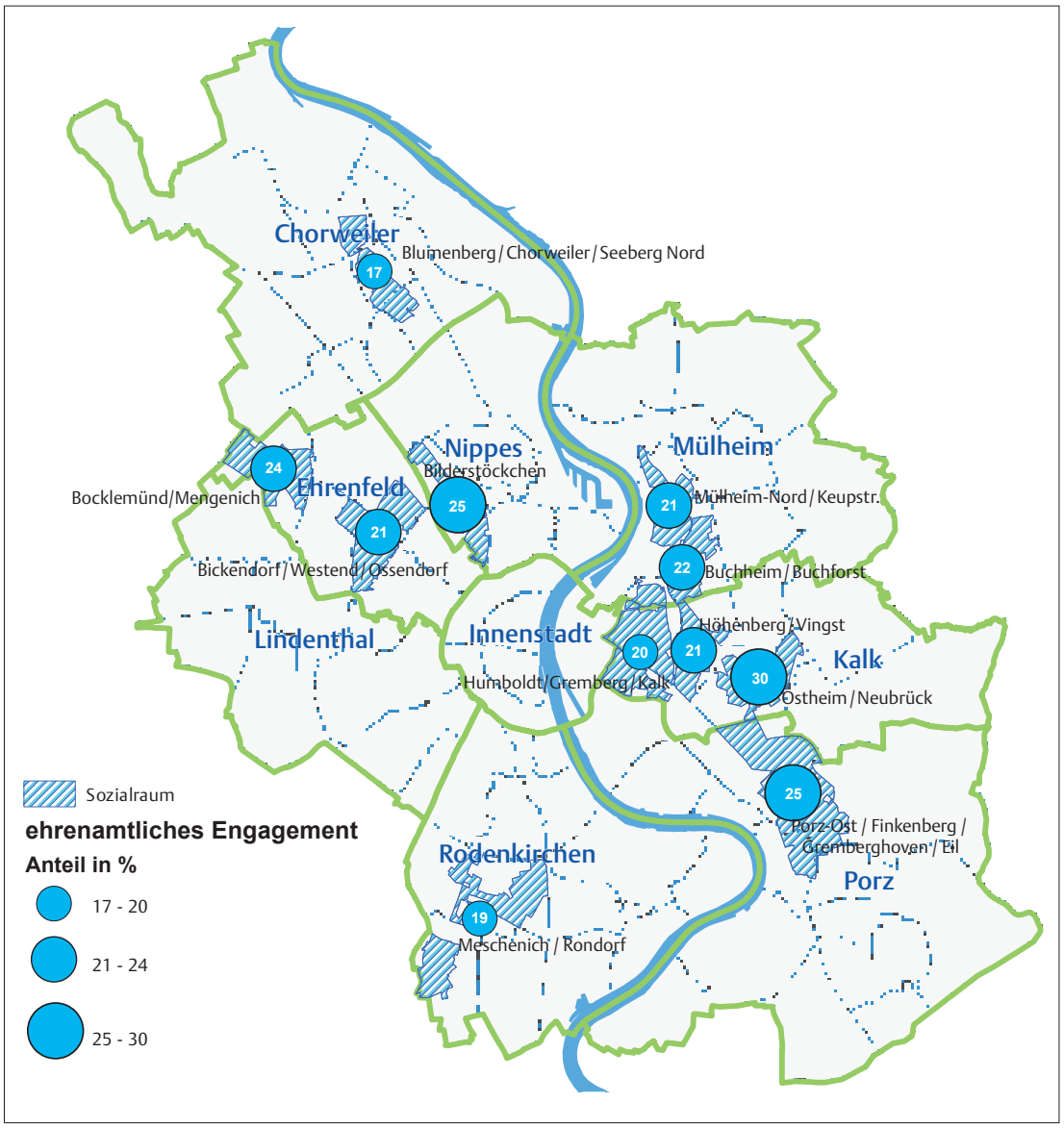
Die Sozialraumgebiete umfassen bestimmte Stadtviertel und Stadtteile. Dabei orientiert sich die Gebietsauswahl vor allem an Kriterien der sozialen Benachteiligung der Wohnbevölkerung, wie beispielsweise hohen Arbeitslosenquoten, SGB II-Bedarfsgemeinschaften, hoher Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, geförderte und/oder zwangsverwaltete Wohnungen und Anteil an Jugendhilfefällen. Die Einwohnerzahl liegt in der Regel zwischen 20.000 und 30.000 Personen.

Seit 2006 wird das Rahmenkonzept „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ in derzeit elf Sozialraumgebieten in der Stadt Köln umgesetzt. Ziel ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen vor Ort. Erreicht wird dies durch eine optimierte Zusammenarbeit und Vernetzung der Akteure vor Ort und den städtischen Dienststellen, der Umsetzung von bedarfsgerechten themenübergreifenden- und ressourcenorientierten Aktivitäten, Angebote der Stärkung von Eigeninitiative und Bürgerengagement. Zur Umsetzung wurden elf Koordinationsstellen eingerichtet.

Die Aktivitätsfelder sind vielfältig, wie beispielsweise die Verbesserung der Bildungsteilhabe von Kindern und Jugendlichen, die verbesserte (soziale) Integration oder die Verbesserung der Wohnsituation.

- Die Engagementquote war im Jahr 2009 auf Ebene der elf Kölner Sozialraumgebiete gleich hoch wie auf gesamtstädtischer Ebene. Die Verteilung zeigt, dass die höchsten Engagementquoten in den Sozialräumen Ostheim/Neubrück (30 Prozent), Porz-Ost/Finkenberg/Gremberghoven/Eil (25 Prozent) und Nippes/Bilderstöckchen (25 Prozent) lagen und damit höher waren als der gesamtstädtische Durchschnitt. Die niedrigste Quote wies der Sozialraum Chorweiler/Blumenberg/Seeberg auf (17 Prozent).
- Es überwog ein Engagement in den Bereichen Kirche/Religion (27 Prozent) und unbezahlte Familienarbeit (20 Prozent).
- Im Gegensatz zur Gesamtstadt war das Engagement nicht von einem hohen Einkommen abhängig. Die Engagementquote war in der unteren Einkommensklasse (1000 bis 1999 Euro monatlich) am höchsten (35 Prozent).
- Der Bildungsgrad wirkte sich auf die Engagementbereitschaft aus. Etwa ein Drittel der ehrenamtlich Tätigen in allen Sozialräumen hatte einen Hochschulabschluss. Ein weiteres knappes Drittel verfügte über die mittlere Reife (27 Prozent).
- Auch in den Sozialraumgebieten waren die älteren Altersgruppen engagierter als die jüngeren.

Karte 11: Engagementquote nach Sozialraumgebieten in Prozent



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Bürgerumfrage „Demografischer Wandel in Köln“ 2009

8.3 Schlussbetrachtung

In Köln war 2009 etwas mehr als ein Fünftel der Bevölkerung ehrenamtlich aktiv, wobei Männer etwas häufiger engagiert als Frauen waren. Es brachten sich vor allem die älteren Altersgruppen sowie die gut ausgebildete und einkommensstärkere Bevölkerung ein. Das Engagement konzentrierte sich abgesehen vom finanziellen Engagement auf soziale Tätigkeiten in Form unbezahlter Familienarbeit und Aktivitäten im kirchlichen Bereich.

Auf Ebene der Sozialraumgebiete war 2009 die Engagementquote ähnlich hoch wie der Kölner Durchschnitt. Der Bildungsgrad als Einflussfaktor, der sich gesamtstädtisch auf die Bereitschaft zum Engagement von Bürgerinnen und Bürger auswirkte, ließ sich auch in den Sozialraumgebieten feststellen. Je höher der Bildungsgrad, desto höher ist auch die Bereitschaft sich zu engagieren. Die Einkommenshöhe hingegen ist in den Sozialraumgebieten von geringerer Relevanz.

Eine Förderung des freiwilligen Engagements erfolgt seit mehreren Jahren durch Ideen, Maßnahmen und Einrichtungen der Stadt Köln, wie:
- Kommunalstelle Förderung und Anerkennung Bürgerschaftlichen Engagements (FABE) der Stadt Köln
- Kölner Netzwerk Bürgerengagement
- Beratungs- und Vermittlungsarbeit der Kölner Vermittlungsagenturen (Kölner Arbeitskreis Bürgerschaftliches Engagement, KABE)[132]
- Organisation des Ehrenamtstages und Ehrenamtspreises „KölnEngagiert“
- Stadtteilinstitutionen zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements im Sozialraum
- Niedrigschwellige Zugänge[133] zum Bürgerschaftlichen Engagement im Sozialraum.

Damit sich zukünftig das Potenzial des Bürgerschaftlichen Engagements für Köln weiter entfalten kann und vorhandenes Engagement sich verstetigt, bedarf es der Schaffung beziehungsweise des Ausbaus günstiger Rahmenbedingungen. Gleichzeitig gilt es den Mehrwert von Bürgerengagement für die Kompetenz- und Persönlichkeitsentwicklung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger weiterhin zu erhöhen. Jugendliche sollen verstärkt für Bürgerschaftliches Engagement gewonnen werden, damit sie auch als Erwachsene häufiger freiwillig aktiv sind.
Aus den Daten ergeben sich folgende Schwerpunkte:
- Weiterentwicklung von sozialraumorientierten Angeboten (wie im Projekt „Ehrenamt im benachteiligten Veedel“), um die Beteiligung von Menschen in benachteiligten Stadtteilen zu erhöhen;
- Weiterentwicklung von niedrigschwelligen Zugängen, um mehr Menschen mit niedrigerem Schul- und Berufsabschluss für Bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen;
- Förderung des freiwilligen Engagements von Jugendlichen, damit sie neben Persönlichkeitsentwicklung auch Kompetenzen erwerben, die ihre Chancen für Ausbildung und Beruf verbessern;
- Förderung des freiwilligen Engagements von Jugendlichen, um sie langfristig für die Stadt als Freiwillige zu gewinnen und diese Potenziale zu sichern;

---

132 In KABE sind sechs Vermittlungsagenturen zusammengeschlossen. Jede Vermittlungsagentur berät Freiwillige und vermittelt sie in geeignete ehrenamtliche Tätigkeiten.

133 Im Rahmen des Projektes „Ehrenamt in benachteiligten Veedel“ sind mit niedrigschwelligen Zugängen Projekte gemeint, die sozial benachteiligten Menschen den Zugang zu sozialem und freiwilligem Engagement in ihrem Stadtteil ermöglichen. Vgl. Stadt Köln, 2010 S. 24 f.

- Zugänge für Hauptschülerinnen und -schülern erleichtern, zum Beispiel durch gezielte Ansprachen und durch die Initiierung von Projekten für freiwilliges Engagement, die sich an diese Zielgruppe richten;
- Vernetzung von Schulen, Verbänden und Vereinen für einen besseren Zugang zu freiwilligem Engagement für Jugendliche;
- Initiierung von Projekten, die eine Sicherung und Weitergabe der Kompetenzen und Erfahrungen Älterer an die jüngeren Generationen sowie das Mit- und Voneinander Lernen der Generationen fördern;
- Stärkung des freiwilligen Engagements durch Engagement- beziehungsweise Kompetenznachweise als Ergänzung zu formalen Bildungsabschlüssen.

Literatur

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2001): Das informelle Lernen. Die internationale Erschließung einer bisher vernachlässigten Grundform menschlichen Lernens für das lebenslange Lernen aller. Bonn 2001.

Christoph, G./Reinders, H. (2010): Jugend. Engagement. Politische Sozialisation. Deskriptive Befunde der ersten Erhebungswelle 2010. In: Schriftenreihe Empirische Bildungsforschung. Band 19. Würzburg. 2010.
Deutscher Bundestag (2002): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“. O.O., 2002.

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW (2011): Zukunftsfaktor Bürgerengagement: Entwicklungswerkstatt für kommunale Engagementstrategien in NRW. Abrufbar unter: http://www.engagiert-in-nrw.de/kommunen_engagement/zukunftsfaktor_be/index.php. Stand 10.02.2012.

Rauschenbach, Thomas (2008): Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. In: Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat. Protokoll der 32. Sitzung. 28.11.2008. S. 2-4. Abrufbar unter: http://www.fes.de/buergergesellschaft/debatten/ProtokolleTagesordnungen/32_%20PROTOKOLL_081128.pdf. Stand 01.05.2009.

Stadt Köln, Leitlinien zum Bürgerschaftlichen Engagement , Kölner Netzwerk Bürgerengagement.

Stadt Köln (2010a): Ehrenamt im benachteiligten Veedel. Dokumentation und Handlungsempfehlungen des Projektes Niedrigschwelliger Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement in benachteiligten Stadtteilen. 2010.

Stadt Köln (2009): Leitbild Köln 2020: Köln Weg in die Zukunft. S. 10.



9 Bildungsberatung

9 Bildungsberatung

Lebenslanges Lernen gilt als einer der zentralen Faktoren für die Entwicklungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Nur wer sich stetig weiterbildet und somit weiterentwickelt, kann mit dem raschen Wandel unserer Zeit Schritt halten. Das gilt für den beruflichen ebenso wie für den privaten Bereich. Damit das Lebenslange Lernen gelingen kann, bedarf es aber unter anderem auch einer lebensbegleitenden Beratung für Bildung, Beruf und Beschäftigung, die Bürgerinnen und Bürger bei ihren Bildungsentscheidungen unterstützt. Ganz gleich, ob es um Fragen der Schullaufbahn, die Suche nach der richtigen Ausbildung, das passende Studium, die berufliche Weiterbildungsstrategie oder den Wiedereinstieg in den Beruf geht. Bildungsberatung bietet die Grundlage, um das Für und Wider verschiedener Bildungsoptionen abzuwägen und eine fundierte, eigenständige Entscheidung zu treffen. Sie hilft Menschen, sich in Zeiten eines vielseitigen, aber ebenso unübersichtlichen (Weiter-)Bildungsangebotes zurechtzufinden und übersetzt die Formel des Lebenslangen Lernens in konkrete Entscheidungshilfen.

Komplexe Bildungsübergänge, Abbrüche in Schule, Ausbildung oder Studium sowie von Brüchen gekennzeichnete Bildungs- und Erwerbsbiografien erfordern passgenaue Bildungsberatung. Sie soll dazu beitragen, die Bürgerinnen und Bürger in ihrer erfolgreichen Bildungsbiografie zu unterstützen und gleichzeitig gesellschaftliche Fehlinvestitionen zu vermeiden. Somit leistet Bildungsberatung einen wichtigen Beitrag zu Kernaspekten demokratischer Stabilität wie Beschäftigungsfähigkeit und sozialer Teilhabe.

Köln zeichnet sich trotz schwieriger, häufig projektbezogener Finanzierungsbedingungen durch eine vielfältige Beratungslandschaft aus, die sich aus städtischen und nicht-städtischen Beratungsangeboten für Bildung, Beruf und Beschäftigung zusammensetzt. Die differenzierten Beratungsstrukturen sprechen unterschiedliche Zielgruppen passgenau und sozialraumorientiert an. So gibt es in Köln Beratungsstellen, die sich speziell an junge Menschen, an Erwerbslose, an Frauen, an Migrantinnen und Migranten, an Senioren oder an Weiterbildungsinteressierte wenden. Die Angebote sind oftmals themenspezifisch ausgerichtet und umfassen Beratung zu Themen wie: Berufliche und Allgemeine Weiterbildung, Förderinstrumente zur Finanzierung von Aus- und Weiterbildung, Ausbildung, Studium, Kompetenzfeststellung, Übergang Schule – Beruf/Studium, Nachholen von Schulabschlüssen und so weiter.

Erläuterungen zur Datenlage

Die datenbasierte Erfassung und Analyse der Kölner Bildungsberatungslandschaft ist durch die Vielfalt von Trägern, Einrichtungen, Angeboten und Bildungsberatungsprojekten sowie deren Entwicklungsdynamik eingeschränkt.

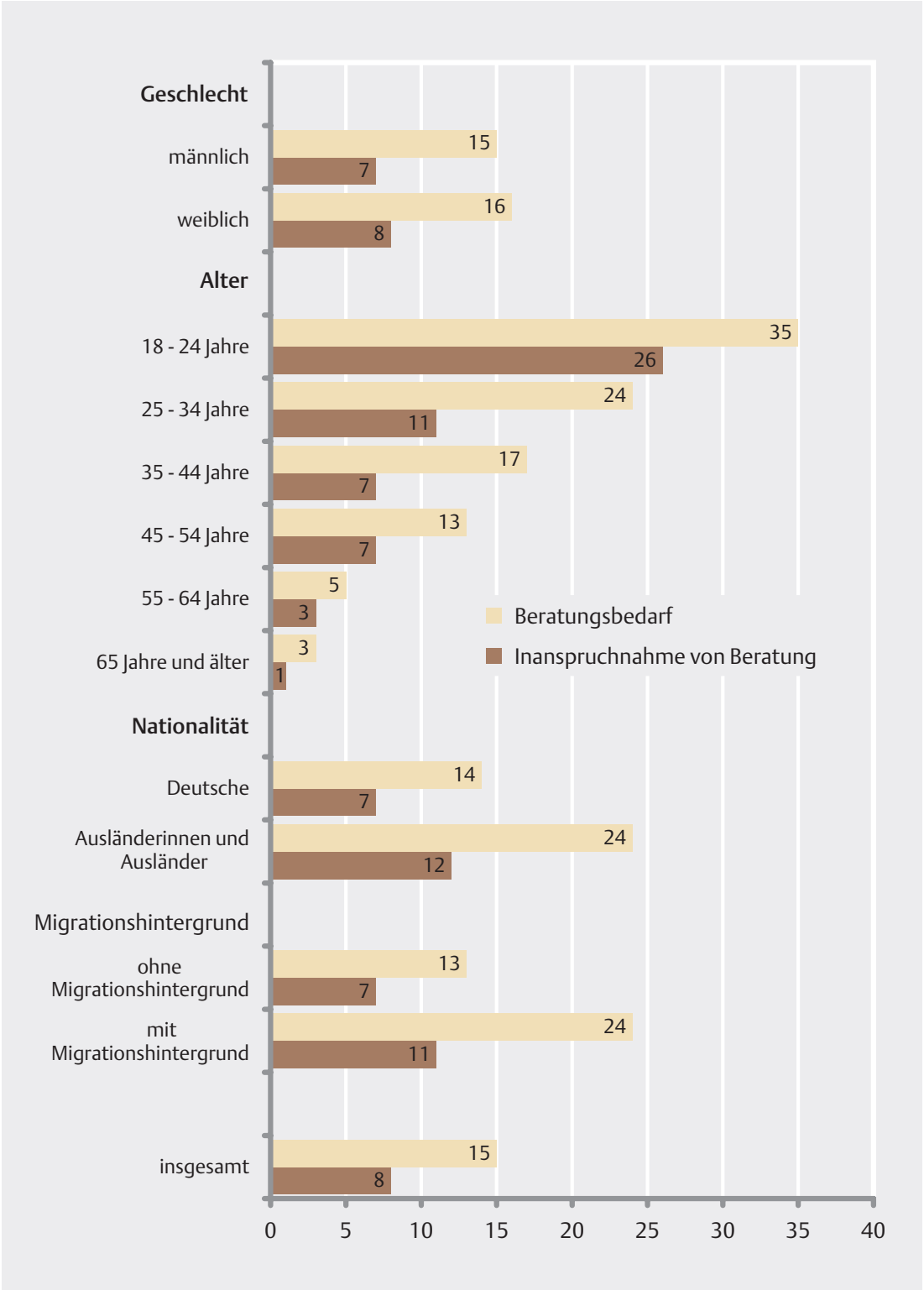
Für die Bearbeitung des Themas Bildungsberatung im vorliegenden Bericht wird auf die Umfragedaten des kommunalen Mikrozensus (Umfrage „Leben in Köln“) zurückgegriffen. Die Daten wurden Anfang 2009 erhoben und erfassen unter anderem den Beratungsbedarf und die Inanspruchnahme von Bildungsberatung durch Kölner Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2008. Beim kommunalen Mikrozensus wurden insgesamt 48.000 Kölner Bürgerinnen und Bürger befragt, den Fragebogen ausgefüllt haben letztendlich 11.100.

9.1 Daten im Einzelnen

9.1.1 Beratungsbedarf und Inanspruchnahme von Beratung nach Geschlecht, Alter, Nationalität und Migrationshintergrund

- 15 Prozent (1436 Personen) aller Antwortenden hatten im Jahr 2008 Beratungsbedarf zu Bildungsthemen und 8 Prozent (732 Personen) hatten bereits in der Vergangenheit Bildungsberatung in Anspruch genommen. Dieses Verhältnis, das heißt ein höherer Bedarf als eine Inanspruchnahme, zeigt sich weiterhin bei fast allen weiteren differenzierteren Betrachtungen.
- Für den Beratungsbedarf und die Inanspruchnahme von Beratung zeigen sich keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen.
- Bei der Altersstruktur ist zu erkennen, dass sowohl der Bedarf als auch die Inanspruchnahme mit zunehmendem Alter abnimmt. Der Beratungsbedarf und die Inanspruchnahme sind bei der jüngsten Altersgruppe (18- bis 24-Jährige), die sich noch in Ausbildung/Studium oder zu Berufsbeginn befindet, mit 35 Prozent beziehungsweise 26 Prozent am höchsten. Demgegenüber sind der Bedarf und die Inanspruchnahme von Bildungsberatung bei älteren Bevölkerungsgruppen (ab 65 Jahre) mit 2 beziehungsweise 1 Prozent sehr gering ausgeprägt.
- Im Vergleich zur deutschen wies die ausländische Bevölkerung einen fast doppelt so hohen Beratungsbedarf auf und suchte 2008 auch mehr Bildungsberatung auf.
- Ein ähnliches prozentuales Verhältnis wie zwischen Ausländerinnen beziehungsweise Ausländern und Deutschen zeigt sich bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Abbildung 65: Beratungsbedarf und Inanspruchnahme von Beratung nach Geschlecht, Alter, Nationalität und Migrationshintergrund im Jahr 2008 in Prozent



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, „Leben in Köln“-Umfrage 2008/2009 (Kommunaler Mikrozensus)

Exkurs

Die Altersgruppe der unter 18-Jährigen wird in der Umfrage „Leben in Köln“ nicht erfasst, so dass auf dieser Datengrundlage keine Erkenntnisse darüber gewonnen werden können, wie sich Beratungsbedarf und Inanspruchnahme von Bildungsberatung für diese Altersgruppe darstellen. Die Beratung zur Schullaufbahn wird vor allem in den Schulen selber von Klassenlehrkräften, Beratungslehrerinnen und -lehrern sowie den Schulleitungen wahrgenommen. Sie arbeiten dabei mit externen Beratungsfachkräften zusammen. Städtischerseits steht mit der Bildungsberatung, neben dem schulpsychologischen Dienst und der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) im Amt für Schulentwicklung eine Anlaufstelle für Fragen zum Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II und zum Nachholen von Schulabschlüssen zur Verfügung. Neben Einzelfragen werden bei der Bildungsberatung Querschnittsaufgaben zur Schullaufbahn und im Übergang Schule – Beruf/Hochschule wahrgenommen.

Der Übergang Schule – Hochschule ist laut Erlass[134] an allen Schulformen fachübergreifendes Prinzip. Koordinatorinnen und Koordinatoren für Berufs- und Studienorientierung sollen die schulinterne Entwicklung dieses Prozesses und die Einbettung in einen Kooperationszusammenhang mit außerschulischen Partnern sicher stellen. In der Altersgruppe der unter 18-Jährigen ist der Beratungsbedarf zum Übergang an der so genannten ersten Schwelle hoch. Dies zeigen die Erfahrungen aus der Praxis an Schule, in Schulsozialarbeit und in Beratungsstellen. Auch ohne dass in der Studie „Zukunft gesucht! Berufs- und Studienorientierung in der Sek. II“[135] der Katholischen Hochschule NRW näher auf Alter eingegangen wird, spiegeln die Ergebnisse, dass sich Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe zunehmend aktiv mit ihrer Studien- und Berufswahl auseinandersetzen und diesbezüglich Beratungsbedarf haben. Insbesondere die Schülerschaft mit Migrationshintergrund wies einen sehr hohen Beratungsbedarf auf.[136] Schülerinnen und Schüler, die noch keine genauen nachschulischen Ausbildungspläne hatten, gaben vor allem die Unklarheit über die eigenen Interessen, Fähigkeiten und Eignungen als Schwierigkeit bei der Entscheidungsfindung an.[137] Es fehlte ihnen weniger an Informationen über berufliche Möglichkeiten als an Beratung und Unterstützung, die eingeholten Informationen hinsichtlich der eigenen Interessen und Fähigkeiten zu reflektieren. In diesem Zusammenhang steht auch der von den Schülerinnen und Schülern geäußerte Bedarf an einer auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnittene Einzelberatung.[138]

Der Bedarf an Information und Beratung veränderte sich laut Befragungsergebnissen nach den sozialen Merkmalen Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsherkunft, aber auch nach dem Stand des Orientierungsprozesses.

134 Berufs- und Studienorientierung, Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung von 21.10.2010.

135 Diese von der RheinEnergieStiftung Köln geförderte und über drei Jahre angelegte Längsschnittstudie zielte auf eine Situationsanalyse für Kölner Sek-II-Schülerinnen und Schüler, um Bedarfe zu erfassen und eine Bewertung des aktuellen Angebots der Berufswahlorientierung zu geben. Im Rahmen dieser Studie wurde an zehn Kölner Gymnasien und Gesamtschulen der individuelle und schulische Berufsorientierungsprozess nachgezeichnet und eine Situationsanalyse vorgenommen. Für weitere Informationen vergleiche Schmidt-Koddenberg/Zorn 2012.

136 Vgl. Schmidt-Koddenberg/Zorn 2012, S. 118.

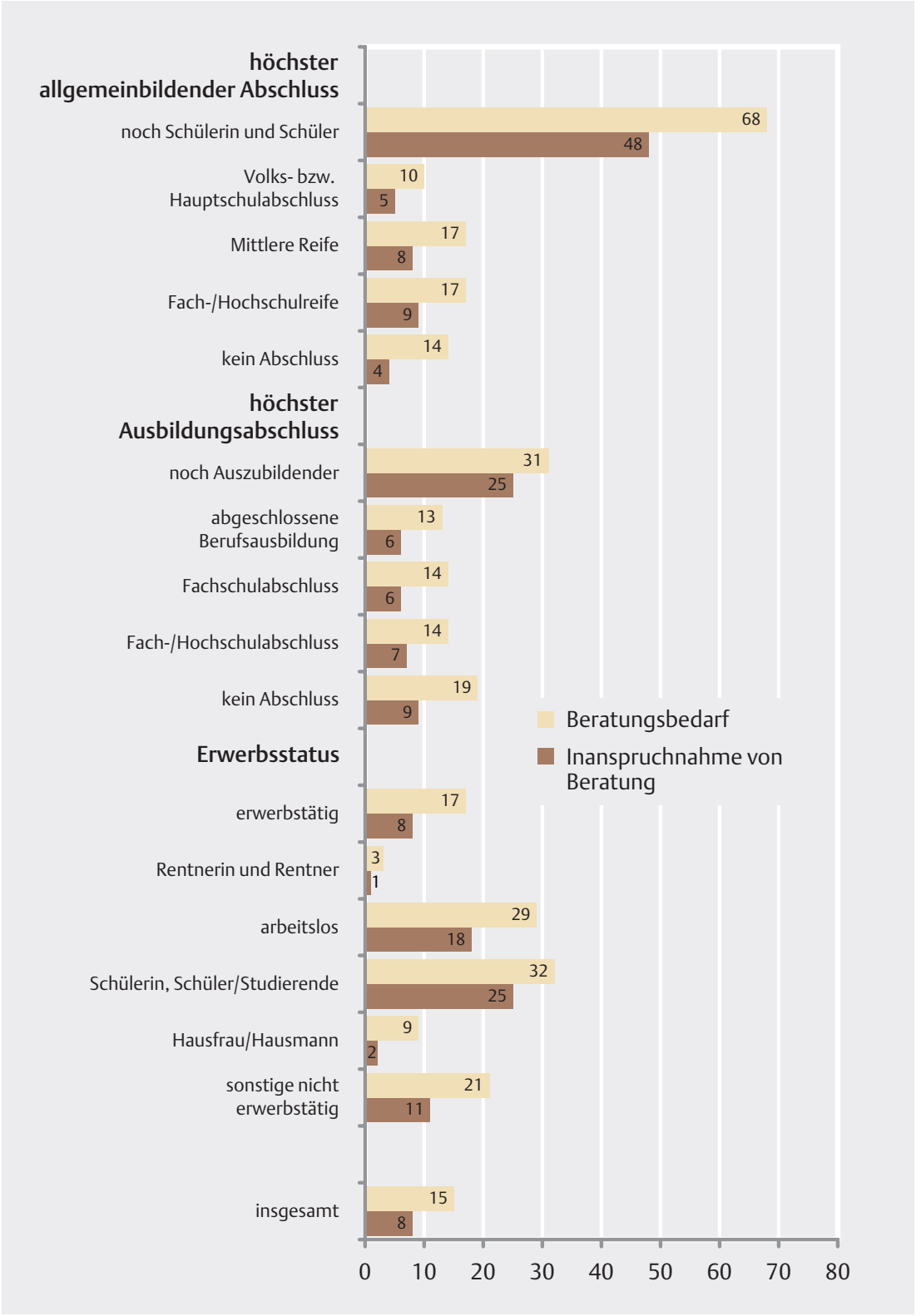
137 Vgl. Schmidt-Koddenberg/Zorn 2012, S. 120.

138 Vgl. Schmidt-Koddenberg/Zorn 2012, S. 121.

9.1.2 Beratungsbedarf und Inanspruchnahme von Beratung nach Bildungs-, Berufsabschluss und Erwerbsstatus

- Insbesondere Schülerinnen und Schüler über 18 Jahren, die noch keinen allgemeinbildenden Abschluss erworben hatten, sowie Auszubildende und Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung wiesen 2008 den höchsten Beratungsbedarf auf und hatten entsprechend auch in der Vergangenheit eher Beratung in Anspruch genommen als diejenigen, die über höhere Schul- und Ausbildungsabschlüsse verfügten.
- Differenziert nach allgemeinbildenden Abschlüssen gaben eher Personen mit höheren Bildungsabschlüssen (mittlere Reife und Fach-/Hochschulreife) Beratungsbedarf und die Inanspruchnahme von Bildungsberatung an.
- Die verschiedenen Ausbildungsabschlüsse übten hingegen keinen unterschiedlich starken Einfluss auf den Beratungsbedarf oder die Inanspruchnahme von Beratung aus.
- Nach dem Erwerbsstatus hatten insbesondere Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie Arbeitslose im Jahr 2008 Beratungsbedarf zu Bildungsthemen und nahmen auch eher Beratung in Anspruch als Rentnerinnen und Rentner oder Hausfrauen und -männer.

Abbildung 66: Beratungsbedarf und Inanspruchnahme von Beratung nach Bildungsabschluss, Berufsabschluss und Erwerbsstatus im Jahr 2008 in Prozent

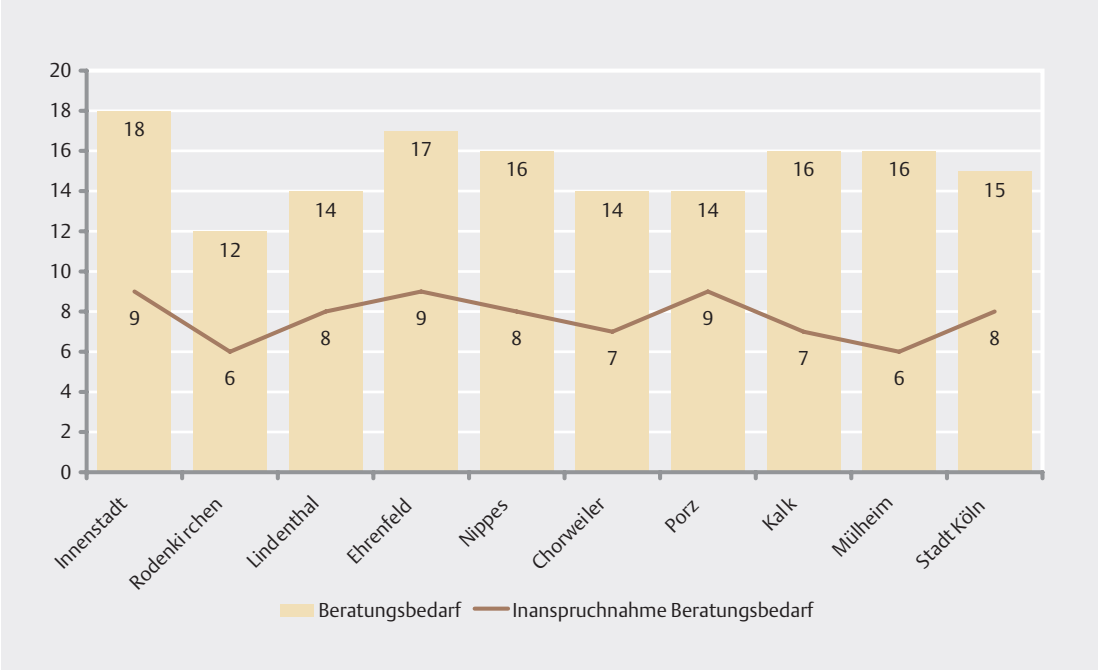


Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, „Leben in Köln“-Umfrage 2008/2009 (Kommunaler Mikrozensus)

9.2 Kleinräumige Betrachtung des Beratungsbedarfs und der Inanspruchnahme von Bildungsberatung

Die Beratungsbedarfsquote lag im Jahr 2008 in den Kölner Stadtbezirken zwischen 12 Prozent im Stadtbezirk Rodenkirchen und 18 Prozent im Stadtbezirk Innenstadt. Dabei lag der Beratungsbedarf der Bevölkerung in den Stadtbezirken Innenstadt, Ehrenfeld, Nippes, Kalk und Mülheim geringfügig über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 15 Prozent. Die Inanspruchnahme von Bildungsberatung lag allerdings in Kalk und Mülheim niedriger als auf gesamtstädtischer Ebene. Auch der Stadtbezirk Chorweiler zeichnete sich trotz eines höheren Beratungsbedarfs in der Bevölkerung durch eine niedrigere Inanspruchnahme an Bildungsberatung aus.

Abbildung 67: Beratungsbedarf und Inanspruchnahme von Beratung nach Stadtbezirken im Jahr 2008 in Prozent



Quelle: Stadt Köln – Amt für Stadtentwicklung und Statistik, „Leben in Köln“-Umfrage 2008/2009 (Kommunaler Mikrozensus)

9.3 Schlussbetrachtung

Während etwa 15 Prozent der Kölner Bevölkerung im Jahr 2008 Beratungsbedarf zu Bildungsthemen aufwies, hatten 8 Prozent der Kölner Bürgerinnen und Bürger bereits Bildungsberatung in Anspruch genommen. Dabei gab es nur geringfügige Differenzen zwischen Männern und Frauen. Es zeigt sich, dass vor allem die jüngeren Altersgruppen, das heißt die sich noch in Schule oder in Ausbildung befindenden Personen, die ausländische Bevölkerung und Personen mit Migrationshintergrund eher Rat suchten sowie Bildungsberatung in Anspruch nahmen.

Die Auswertung zeigt außerdem, dass sich der Bildungshintergrund einer Person in ihrem Beratungsbedarf niederschlägt: je höher der allgemeinbildende Abschluss, desto höher war der Beratungsbedarf und das Aufsuchen von Beratung. Hinsichtlich der unterschiedlichen Ausbildungsabschlüsse konnten diese Unterschiede nicht festgestellt werden. Allerdings zeigt sich, dass vor allem Schülerinnen und Schüler, die noch keinen allgemeinbildenden Abschluss

erworben hatten, sowie Auszubildende, Schülerinnen und Schüler, Studierende, Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Arbeitslose und nicht erwerbstätige Personen hohen Beratungsbedarf hatten. Die im Vergleich zum Beratungsbedarf festgestellte geringere Inanspruchnahme von Beratung bei diesen Zielgruppen zieht Fragen nach dem Zugang zu Bildungsberatung sowie Unterstützungsstrukturen für diese Zielgruppen nach sich.

Auf Stadtbezirksebene variieren die Quoten zum Beratungsbedarf und zur Inanspruchnahme. Vor allem in den Stadtbezirken Innenstadt, Ehrenfeld, Kalk, Mülheim und Chorweiler war ein Beratungsbedarf zu verzeichnen, der über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 15 Prozent lag. Die Inanspruchnahme von Beratung lag hingegen gesamtstädtisch und in den neun Stadtbezirken unter 10 Prozent. Mit dem Ziel, die Menschen durch qualitativ hochwertige Beratung für Bildung vor allem auf kleinräumiger Ebene zu unterstützen und Bildungsberatung als Instrument chancengleicher Bildungsteilhabe zu nutzen, werden Fragen nach günstigen Standorten, Zugängen, Vernetzung und Angebotsstruktur relevant: Wie kann es zukünftig gelingen, den bestehenden Bedarf besser abzudecken? Braucht es dafür mehr Angebote, mehr Transparenz oder Lotsen, die Bürgerinnen und Bürgern helfen, ein geeignetes Beratungsangebot zu finden?

Diesen und anderen Fragen geht der Kölner „Arbeitskreis Vernetzte Beratung“ seit 2004 nach. Hier kommen Akteure der Kölner Beratungslandschaft regelmäßig zusammen, um Kölner Beratungsangebote besser zu verzahnen und Informationen zu Trends und Förderinstrumenten auszutauschen. In dem Arbeitskreis zeigt sich der hohe Vernetzungsgrad der Kölner Beratungslandschaft. Transparenz soll die Beratungsstellen-Datenbank auf dem Portal www.bildung.koeln.de schaffen, die für ratsuchende Bürgerinnen und Bürger einen Überblick über rund 100 Beratungsstellen und deren Beratungsschwerpunkte in Köln liefert.

Da Fragen der Qualität in der Beratung Lebenslanges Lernen zunehmend bedeutsam werden, hat der Arbeitskreis in einem mehrjährigen Prozess Mindeststandards für „Qualität in Beratung Köln“ entwickelt. Aspekte wie
- Transparenz des Beratungsangebotes
- Angemessene Ausstattung und Rahmenbedingungen
- Nachgewiesene Qualifikation und regelmäßige Weiterbildung der Beratenden
- Einsatz aktueller Methoden und Instrumente der Beratung
- Teilnehmerbefragungen zur Qualitätsverbesserung
- Trägerinternes Beschwerdemanagement

bilden die Grundlage des Anfang 2011 gegründeten Kölner Qualitätsnetzwerkes „Qualität in Beratung für Bildung, Beruf und Beschäftigung Köln (QiB Köln)“, dem sich bereits 15 Beratungsstellen mit einer Selbstverpflichtung angeschlossen haben; das Netzwerk ist offen für weitere Mitglieder.

Literatur

Schmidt-Koddenberg, A./Zorn, S. (2012): Zukunft gesucht! Berufs- und Studienorientierung in der Sek II. Opladen 2012.

Der einleitende Textbeitrag und die Schlussbetrachtung zum Kapitel 9 – Bildungsberatung stammen von Lernende Region – Netzwerk Köln e. V.

Kontakt/Impressum

Herausgeber: Stadt Köln
Der Oberbürgermeister

Erstellt von:
Dezernat für Bildung, Jugend und Sport
Stabsstelle Bildungssekretariat
Projekt „Lernen vor Ort“
Willy-Brandt-Platz 2
50679 Köln
Telefon 0221/221-21303 und -21304
Fax 0221/221-22673
bildungssekretariat@stadt-koeln.de
www.stadt-koeln.de/5/lernen-vor-ort

In Kooperation mit dem Amt für Stadtentwicklung und Statistik und
der Stabsstelle Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung.

Autorinnen:
Dr. Katja Berner, Julita Przygoda

Wissenschaftliche Beratung:
Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Bonn
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Berlin

Die Publikation des Kölner Bildungsberichts erfolgt im Rahmen des Programms „Lernen vor Ort“. Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert.

Der Europäische Sozialfonds ist das zentrale arbeitsmarktpolitische Förderinstrument der Europäischen Union. Er leistet einen Beitrag zur Entwicklung der Beschäftigung durch Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, des Unternehmergeistes, der Anpassungsfähigkeit sowie der Chancengleichheit und der Investition in die Humanressourcen.

Unterstützt wird das Kölner Vorhaben von der RheinEnergieStiftung.

LernenvorOrt
Eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium für Bildung und Forschung
ESF Europäischer Sozialfonds für Deutschland
EUROPÄISCHE UNION
Grundpatenschaft:
RheinEnergie Stiftung Kultur Familie Jugend | Beruf Wissenschaft

Stadt Köln

Der Oberbürgermeister

Dezernat für Bildung, Jugend und Sport
Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Gestaltung:
Zentrale Dienste – Servicebetrieb Druckerei

Bildnachweis:
S. 37: Sandor Kacso / fotolia.de; S. 57: Christian Schwier / fotolia.de;
S. 87: Yuri Arcurs /fotolia.de; S. 121: Lisa F. Young / fotolia.de; S. 131: WavebreakmediaMicro / fotolia.de;
S. 143: goodluz / fotolia.de; S. 157: somenski / fotolia.de; S. 169: Robert Kneschke / fotolia.de

Druck:
reproplan Köln GmbH

13-CS/IV-3/1.500/04.2012

© Stadt Köln, Nachdruck (auch auszugsweise) nur mit Quellenangabe